

41. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 13. Dezember 2006

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	2869	<u>2. Lesung</u>	
Vereidigung des Ministers für Infrastruktur und Raumordnung	2869	Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
1. Regierungserklärung „Die neue Wirtschaftsstrategie - Anstoß zu Wachstum aus eigener Kraft“		Drucksachen 4/3800 bis 4/3808 Drucksachen 4/3810 bis 4/3815 Drucksache 4/3820	
Ministerpräsident Platzeck	2869	<u>in Verbindung damit:</u>	
Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS)	2873	Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2006 bis 2010	
Baaske (SPD)	2877	Unterrichtung durch die Landesregierung	
Frau Hesselbarth (DVU)	2880	Drucksache 4/3351	
Lunacek (CDU)	2883	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Müller (SPD)	2886	Drucksache 4/3821	2890
2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Brandenburg		Einzelplan 01 - Landtag	
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD		Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	
Drucksache 4/3774		Einzelplan 13 - Landesrechnungshof	
<u>1. Lesung</u>	2888	Einzelplan 14 - Verfassungsgericht	
Schulze (SPD)	2888	Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Vietze (Die Linkspartei.PDS)	2888	Drucksache 4/3801 Drucksache 4/3802 Drucksache 4/3813 Drucksache 4/3814	2890
von Arnim (CDU)	2889	Frau Stobrawa (Die Linkspartei.PDS)	2890
Claus (DVU)	2889	Frau Funck (CDU)	2892
3. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007)			
Gesetzentwurf der Landesregierung			
Drucksache 4/3210			

	Seite		Seite
Schuldt (DVU)	2895	Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Bischoff (SPD)	2897		
Minister der Finanzen Speer	2899		
Vietze (Die Linkspartei.PDS)	2900		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Frau Richstein (CDU)	2903		
Einzelplan 03 - Ministerium des Innern			
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Drucksache 4/3806	2929
Drucksache 4/3803	2905	Jürgens (Die Linkspartei.PDS)	2929
Petke (CDU)	2905	Frau Geywitz (SPD)	2930
Claus (DVU)	2907	Nonninger (DVU)	2931
Frau Stark (SPD)	2909	Dr. Niekisch (CDU)	2932
Dr. Scharfenberg (Die Linkspartei.PDS)	2910	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	2933
Minister des Innern Schönbohm	2911	Dr. Hoffmann (Die Linkspartei.PDS)	2935
Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz		Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Drucksache 4/3804	2914	Drucksache 4/3807	2936
Schuldt (DVU)	2914	Frau Schier (CDU)	2936
Ziel (SPD)	2916	Görke (Die Linkspartei.PDS)	2937
Sarrach (Die Linkspartei.PDS)	2916	Frau Lehmann (SPD)	2938
von Arnim (CDU)	2918	Frau Fechner (DVU)	2939
Ministerin der Justiz Blechinger	2918	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	2941
Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		Frau Schulz (CDU)	2943
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Anlage	
Drucksache 4/3805	2920	Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord- nungspunkt 3 - Gesetz über die Feststellung des Haus- haltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushalts- jahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007)	
Frau Geywitz (SPD)	2920	- Einzelplan 05 - Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, Drucksache 4/3917	2945
Frau Große (Die Linkspartei.PDS)	2921		
Senftleben (CDU)	2923		
Frau Fechner (DVU)	2934		
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	2926		
Krause (Die Linkspartei.PDS)	2927		
Frau Hartfelder (CDU)	2928		

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Plenarsitzung und begrüße Schüler der Maxim-Gorki-Gesamtschule Kleinmachnow. Ich wünsche euch einen spannenden Vormittag im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, dass Herr Frank Szymanski mit Ablauf des 29. November 2006 auf seine Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg verzichtet habe und Frau Kerstin Kircheis mit Wirkung vom 30. November 2006 Mitglied des Landtags Brandenburg geworden sei. Sie gehört der SPD-Fraktion an. Herzlich willkommen und viel Freude an der Arbeit im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Die von den Fraktionen und der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen sind in die heutige Tagesordnung eingearbeitet worden. Ich stelle die Tagesordnung zur Abstimmung. Wer ihr die Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall; damit ist sie beschlossen.

Ich habe mitzuteilen, dass der Ministerpräsident ab 12.30 Uhr und Minister Schönbohm bis 11.30 Uhr abwesend sein werden. Von einigen Abgeordneten liegen ebenfalls Abwesenheitserklärungen vor.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Vereidigung eines Ministers. Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass er Herrn Reinhold Dellmann am 12. Dezember 2006 zum Minister für Infrastruktur und Raumordnung gemäß Artikel 84 der Verfassung des Landes Brandenburg ernannt habe. Gemäß Artikel 88 der Verfassung des Landes Brandenburg leisten die Minister der Landesregierung vor Übernahme der Geschäfte vor dem Landtag ihren Dienst.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann:

Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg widmen, ihren Nutzen mehren, Schaden von ihnen wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe!

Präsident Fritsch:

Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit als Minister für Infrastruktur und Raumordnung.

Minister Dellmann:

Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall - Die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, der Linkspartei.PDS und DVU gratulieren dem Minister und überreichen Blumensträuße. Ministerkollegen und zahlreiche Abgeordnete schließen sich an.)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Nach diesem erfreulichen ersten Teil der Tagesordnung rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung „Die neue Wirtschaftsstrategie - Anstoß zu Wachstum aus eigener Kraft“

Es spricht der Ministerpräsident. Bitte schön.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den Tag genau vor einem Jahr habe ich hier vor Ihnen gestanden, um Ihnen Argumente vorzutragen, die die brandenburgische Landesregierung dazu bewegen haben, ein generelles Umsteuern in der Wirtschafts- und Förderpolitik des Landes vorzunehmen. Es galt, die eigenen Kräfte des Landes zu mobilisieren, um spätestens im Jahr 2020 auf eigenen Füßen stehen und auch laufen zu können. Wir wollten möglichst richtige Impulse geben. Die Entwicklung vor Ort, die Einschätzungen des Bundes und die europäischen Entwicklungen zeigen uns: Es scheint gelungen zu sein, die richtigen Impulse zu geben.

Die heutige Erklärung ist die Bilanz über eineinhalb Jahre Neuausrichtung der Förderpolitik in Brandenburg. Im Frühjahr 2005 wurde dafür der Anstoß gegeben. Was war und ist das Ziel? - Diese neue Förderstrategie soll dazu beitragen, der Abwanderung gegenzusteuern, indem arbeitsplatzschaffende Wachstumskerne gebildet und gestärkt werden. Sie soll dazu beitragen, der Arbeitslosigkeit in Brandenburg besser Herr zu werden, indem den hier ansässigen oder ansiedlungswilligen Unternehmen passgenauere Investitionsbedingungen und attraktivere Standorte geboten werden. Zudem soll die neue Strategie dazu beitragen, die bereits ab dem Jahr 2007 sinkenden Mittel des Landes - die Debatte darüber wird auf unterschiedlichsten Ebenen sehr heftig geführt -, unter anderem Strukturfondsmittel und Zuweisungen des Bundes, effizienter einzusetzen; denn wir sind gemeinsam zu der klaren Einschätzung gelangt: Weniger werdende Mittel immer breiter zu streuen ist für die Entwicklung des Landes nicht sinnvoll.

Meine Damen und Herren! Die neue Förderpolitik folgt dem Prinzip „Stärken stärken“. Dies wird durch die Ausrichtung auf 16 Branchenkompetenzfelder und 15 regionale Wachstumskerne erreicht, die wir zu Beginn dieser Strategie identifiziert haben. Mit dieser Herangehensweise kommen wir deutlich weg von der Flächenförderung hin zur Wachstumsförderung. Ziel der bisherigen Förderung war der Ausgleich regionaler Nachteile. Diese Herangehensweise hat sich jedoch unter den neuen und härteren Bedingungen als nicht mehr ausreichend erwiesen.

Wir setzen an dem an, was in unserem Land entstanden ist - wir gehen nicht von irgendwelchen, wie auch immer gearteten Hoffnungen aus - und fördern mit einem einfachen und transparenten System in nur noch drei Stufen: Basisförderung, Potenzialförderung und KMU-Zuschlag. Ich selbst, der Wirtschaftsminister und auch andere Kollegen haben in zahlreichen Gesprächen mit Unternehmern und Unternehmerinnen gespürt, dass dies wohl der richtige Weg ist. Die Resonanz der Unternehmen, der Kammern und Wirtschaftsverbände war durchweg positiv.

Für Neuansiedlungen und Erweiterungsvorhaben bietet das Land als weiteren Baustein der neuen Förderpolitik seit wenigen

Wochen für Investoren ein Servicepaket an, das Fragen des Fachkräftebedarfs - einige der wichtigsten Fragen der Zukunft - einschließt. Erster Ansprechpartner für die Unternehmensansiedlungen bleibt - das ist keine Frage - die ZukunftsAgentur Brandenburg. Der zweite Partner, die Bundesagentur für Arbeit, stellt Daten zu Verfügbarkeit, Struktur und Qualifikation von Arbeitskräften zur Verfügung und hilft bei der Personalauswahl und der Weiterbildung von derzeit arbeitslosen Fachkräften. Der dritte Partner ist die Landesagentur für Struktur und Arbeit. Sie unterstützt Investoren bei der Qualifizierung von Mitarbeitern und bei der Suche nach Partnern für die Weiterbildung.

Eine begleitende Maßnahme der Wirtschaftspolitik ist der Abbau - das wurde in diesem Hause heftig und oft diskutiert - von überflüssigen Vorschriften und unnötigen Belastungen der Unternehmen. Die Landesregierung hat im regelmäßigen und intensiven Streitgespräch mit der Wirtschaft und der Wissenschaft die ersten Schritte zum Abbau überflüssiger Bürokratie - ich sage bewusst „überflüssige Bürokratie“, weil es durchaus Bürokratie gibt, die für den Interessenausgleich und für eine vernünftige Entwicklung des Landes notwendig ist - eingeleitet. Im Gesprächskreis Bürokratieabbau diskutieren wir, an welcher Stelle der Schuh drückt, wie Maßnahmen aussehen müssen und welche Ergebnisse zu erwarten sind.

Bei der Ermittlung der Bürokratiekosten nach dem niederländischen Standardkostenmodell haben wir in Deutschland eine Vorreiterrolle übernommen und schaffen damit ein deutliches Kostenbewusstsein für Normen und Standards. An dieser Stelle will ich dem Sonderausschuss des Landtages und Tina Fischer ein ausdrückliches Dankeschön aussprechen. Es wurde viel bewegt, obwohl man beim ersten Aufeinandertreffen auf keinen großen Beifall gestoßen ist.

Die Zentrale Normenprüfstelle in der Staatskanzlei untersucht Gesetze und Verordnungen auf ihre Erforderlichkeit, Zweckmäßigkeit und vor allem auf ihre Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Vollzugsbehörden.

In den Branchenkompetenzfeldern fördern wir die Einrichtung von landesweiten Netzwerken. Aufgrund der fehlenden Großkonzerne müssen wir Kooperations- und Vernetzungsarbeit leisten, um unsere Unternehmen schlagkräftiger zu machen. Das wird dazu beitragen, die Branchen zu stärken.

Der Branchenansatz schlägt sich darüber hinaus im Landesinnovationskonzept vom Dezember 2005, in der Landestourismuskonzeption vom Februar 2006 und bei den Maßnahmen zur Fachkräftesicherung eindeutig nieder. Das ist damit gemeint, wenn wir sagen, dass wir Politik aus einem Guss anstreben. Handlungen eines Ressorts sollen mit Handlungen eines anderen Ressorts kompatibel sein; eine sollte möglichst sinnvoll aus der anderen hervorgehen.

Mit der Hinwendung zu den Branchenkompetenzfeldern ging ein weiterer Effekt einher. Wir konnten die getrennte Betrachtung der Bundesländer Berlin und Brandenburg hinter uns lassen. Berlin und Brandenburg sind endlich die eine Metropolregion, als die wir in Europa ohnehin schon wahrgenommen werden.

Das zweite Standbein der neuen Förderstrategie sind die regionalen Wachstumskerne. 15 von ihnen wurden für Brandenburg

ausgewiesen. Dafür wurden sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien herangezogen. Wir haben zum einen nach Orten gesucht, an denen Branchenkompetenzfelder bereits stark vertreten sind. Zum anderen haben wir untersucht - weil das eine mit dem anderen zusammenhängt -, wo Fachhochschulen, Universitäten oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vorhanden sind. Das waren aus meiner Sicht einleuchtende Eckpunkte, an denen wir die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale künftiger Entwicklungsmöglichkeiten festgemacht haben.

Zudem war sich die Landesregierung einig - dazu gab es Auseinandersetzungen -, dass ein regionaler Wachstumskern in Bezug auf die Bevölkerungszahl eine kritische Masse überschreiten muss, weil nur dann nennenswerte Ausstrahlungseffekte auf das Umland zu erwarten sind. Deshalb wurde neben den anderen Kriterien die Mindesteinwohnerzahl auf 20 000 Einwohner festgelegt. In den Ausnahmefällen, in denen mehrere Orte einen regionalen Wachstumskern bilden, muss mindestens ein Ort über diese Einwohnerzahl verfügen. Hier war entweder ein besonderes wissenschaftliches Potenzial vorhanden, und/oder die Orte verfügten über eine so enge wirtschaftliche Verflechtung und über gemeinsam gewachsene Strukturen, dass man sie sinnvollerweise nur zusammen betrachten konnte. Das ist unter anderem der Fall beim regionalen Wachstumskern Westlausitz - bestehend aus Finsterwalde, Lauchhammer, Schwarzeiche, Senftenberg und Großräschen.

Meine Damen und Herren! Die Debatte um die regionalen Wachstumskerne war für alle Beteiligten anstrengend. Sie war aber auch produktiv und konstruktiv. Im Ergebnis hatten wir nicht allein 15 Regionen mit speziellen Kompetenzen ausgemacht, sondern es gab in allen Regionen des Landes eine Art Bestandsaufnahme, und zwar in der Art, dass man überlegte: Wo liegen unsere besonderen Potenziale? Wie können wir unsere Fähigkeiten weiterentwickeln? Wo können wir unsere Kräfte bündeln? - Das war eine erhoffte, in so außerordentlich positiver Form jedoch nicht erwartete Bestandsaufnahme der eigenen Stärken. Auf diese Weise konnten sich selbst diejenigen, die nicht regionalen Wachstumskernen zuzuordnen waren, recht schnell mit eigenen Mitteln eine Perspektive erarbeiten.

Der Geschäftsführer des Neuruppiner Technologie- und Gründerzentrums Ostprignitz-Ruppin, Jürgen Paul, hat gut zusammengefasst, was gemeint war: Nachdem die Regierung ein klares Signal gesendet hatte, gab es einen Mentalitätswechsel. Es ging den Regionen nicht mehr darum, zu zeigen, wie bedürftig man sei, sondern darum, welche Potenziale vorzuweisen sind. Die Gegend um den RWK Neuruppin sei zwar selbst kein Wachstumskern, aber man hat sich mit anderen Regionen zusammengetan, um Entwicklungskonzepte auszuarbeiten. Wir haben uns gesagt: Jetzt erst recht!

Ich kann nur sagen: Richtig so!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Eine ähnliche Aufbruchstimmung kann man im regionalen Wachstumskern Perleberg-Wittenberge-Karstädt erkennen. Wer sich in der Gegend auskennt, weiß, dass es dort auch früher gewachsene Beziehungen - besser gesagt: Nicht-Beziehungen - gab. So heiratete man nicht quer; man redete auch sonst nicht viel miteinander. Diese tief verwurzelten Ressentiments wurden dank der neuen Förderpolitik aufgebrochen. Das ist übri-

gens ein Zitat aus Ihrer Region, Herr Domres; es stammt nicht von mir. Plötzlich setzen sich Perleberger, Wittenberger und Karstädter an einen Tisch und reden darüber, wie sie gemeinsam die Lebensverhältnisse in ihrer Region verbessern können. Das Motto des regionalen Wachstumskerns lautet: „Prignitz - Brandenburg ganz oben“. Dieser Satz ist sicherlich nicht nur als geografische Beschreibung gemeint; er versinnbildlicht auch, wohin man sich entwickeln will. Das ist gemeint, wenn wir davon sprechen, dass die Erneuerung aus eigener Kraft gelingen muss. Der dafür notwendige Mentalitätswechsel ist in Gang gekommen. Die Ergebnisse werden positiv sein; sie sind kaum bezahlbar.

Meine Damen und Herren! Nicht allein die Stärken-Schwächen-Analyse hat uns weitergebracht, sondern auch das Herangehen über die Ressortgrenzen hinweg. Die ersten Überlegungen der regionalen Wachstumskerne waren in mancher Hinsicht - Herr Infrastrukturminister, damit trete ich Ihnen nicht zu nahe - noch „betonlastig“ und „asphaltfixiert“. In erster Linie wurde über neue Straßenverbindungen nachgedacht. Der Erkenntnisprozess ging aber weiter. Man erkannte schließlich, dass Straßen allein nicht das Allheilmittel für die Entwicklung einer Region sind, und widmete sich Stück für Stück den weichen Faktoren, die heute den entscheidenden Unterschied zwischen „erfolgreich“ und „nicht erfolgreich“ ausmachen: Es geht um die Sicherung eines hinreichenden Fachkräftepotenzials. Dafür ist eine gute Aus- und Weiterbildung notwendig. Wir haben aber auch gespürt, dass in den Debatten mit den regionalen Wachstumskernen die Stadtentwicklung in Gänze, der Tourismus und viele andere Faktoren eine zunehmend wichtige Rolle spielten. Erst die Mischung macht es.

Die ersten sechs Standortentwicklungskonzepte der regionalen Wachstumskerne lagen bereits Ende Juni vor. Mitte September hat das Kabinett daraus abgeleitete prioritäre Maßnahmen gebilligt. Etwa zum gleichen Zeitpunkt hatten alle 15 regionalen Wachstumskerne ihre Konzepte aufgestellt. Das Kabinett hat am 15. Dezember über weitere Maßnahmen entschieden. Jetzt wird an der Umsetzung intensiv gearbeitet.

Die Standortentwicklungskonzepte sind nicht am grünen Tisch entstanden. Vielmehr wurde vor Ort mit Vertretern aus Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung über die Konzepte der regionalen Wachstumskerne lebhaft diskutiert. Ich bin froh, dass viele Teilnehmer diesen Diskussionsprozess fortsetzen wollen. Die Beteiligung möglichst vieler Akteure trägt zur zügigen Umsetzung der Konzepte bei und stellt sicher, dass neue Ideen einfließen können.

Von den Vertretern der regionalen Wachstumskerne selbst gibt es eine positive Resonanz auf die besondere Qualität der Zusammenarbeit, die sich - auch mit der Landesregierung! - entwickelt hat. In unzähligen Gesprächen wurde mit der interministeriellen Arbeitsgruppe diskutiert. Es saßen also Vertreter vieler Ministerien an einem Tisch. Dieser Umstand wurde von etlichen Teilnehmern als wohltuend empfunden. Sie müssen mit ihren Vorstellungen nicht von Ministerium zu Ministerium laufen, sondern alle Ministerien sitzen an einem Tisch und ziehen mit den Verantwortlichen in den regionalen Wachstumskernen an einem Strang.

Wer sich heute die Konzepte anschaut, kann eine große Bandbreite an Vorhaben erkennen. Lassen Sie mich nur drei Beispiele nennen:

In Schwedt wurde es als eines der wichtigsten Vorhaben erachtet, das PCK-Raffineriegelände zu einem offenen Industriepark weiterzuentwickeln. In Fürstenwalde hat man es als prioritär erachtet, die Einrichtung eines Ausbildungsverbundes des produzierenden Gewerbes voranzutreiben. Das Thema „Fachkräftesicherung“ steht also jetzt schon ganz oben auf der Tagesordnung. Für Cottbus war es sehr wichtig, die Eisenbahntrasse nach Berlin für die Zuggeschwindigkeit 160 km/h auszubauen. Diese sehr unterschiedlichen Notwendigkeiten und Ansätze haben alle dasselbe Ziel: eine möglichst gut fundierte, schnelle Entwicklung des Wachstumskerns zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Angesichts vielfach gestellter Fragen will ich noch einmal feststellen: Das Ganze ist weder ein starres Konzept noch ein Korsett. Die sich in den nächsten Jahren verändernden Gegebenheiten und Bedürfnisse sollen einbezogen werden. Die Entwicklung der Konzepte soll sich daran anpassen. Wirtschaftsprozesse verlaufen nun einmal dynamisch. Das soll auch so sein. Der Erfolg von Branchen und Produkten lässt sich nicht hundertprozentig vorhersagen. Auch die zukünftigen Erfolgsregionen sind nicht mit letzter Sicherheit für alle Zeiten zu benennen.

Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg Brandenburgs ist, wie es uns gelingt, auch zukünftig genügend Fachkräfte vorzuhalten. Der Geburtenknick zur Wendezeit macht das Thema ab dem Jahr 2008 hochgradig virulent. Sehr bald wird sich drastisch zeigen: Wir können es uns nicht mehr leisten, in unserem Land Jugendliche ohne qualifizierte Ausbildung zu haben. Aber unsere mittelständische Wirtschaft wird aufgrund ihrer Struktur kaum in der Lage sein, das Problem allein zu lösen. In den zumeist kleinen Unternehmen muss Personalentwicklung, wie Aus- und Weiterbildung, zusätzlich zum Tagesgeschäft, das oft schwierig genug ist, betrieben werden. Das ist für Betriebe mit wenigen Beschäftigten nur schwer zu organisieren.

Deshalb hat die Landesregierung das Thema „Fachkräftesicherung“ weit nach oben auf ihren Arbeitsplan gesetzt und sechs Handlungsfelder zur Sicherung der Bedarfe bestimmt.

Erstens: Wir werden die Berufsorientierung der Schulen und die Anschlussfähigkeit für nachfolgendes Lernen verbessern; wir sind gerade dabei.

Zweitens: Wir werden die Erstausbildung quantitativ und qualitativ ausbauen.

Drittens: Wir werden die betriebliche Kompetenzentwicklung und die Qualifizierung der Beschäftigten fördern.

Viertens: Wir werden die Qualifizierung der Arbeitsuchenden weiter in den Vordergrund rücken.

Fünftens: Wir werden die Zusammenarbeit und den Wissenstransfer als sehr wichtige Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern.

Sechstens: Wir werden weiterhin Existenzgründungen fördern.

Meine Damen und Herren! Die Frage der Fachkräftesicherung ist mittlerweile so existenziell, dass wir sie nur im engen Schulterschluss mit allen wichtigen Akteuren auf dem Arbeitsmarkt angehen können: mit den Kammern, den Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit, den Hochschulen, den Schulen und auch der Bundesregierung.

Sechs Regionalbüros für Fachkräftesicherung bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg haben in diesem Jahr ihre Arbeit aufgenommen. Sie sollen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen die Kompetenzen zur Fachkräftesicherung bündeln und für qualifizierte Beratung sorgen. Zugleich bieten diese Regionalbüros wichtige Unterstützungsleistungen für die regionalen Wachstumskerne an.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der eingeschlagene Weg kann und wird nur erfolgreich sein, wenn wir ihn gemeinsam mit Berlin gehen. Die Ausrichtung auf die Gesamtmetropolregion Brandenburg-Berlin macht deutlich, dass es keine abgehängten Regionen geben wird. Das ist auch der tiefere Sinn des neuen Leitbildes. Es ist übrigens ein Unikum, dass sich zwei Bundesländer per Beschluss auf ein Leitbild verständigt haben. Erstmals dokumentieren Brandenburg und Berlin verbindlich, dass sie sich als gemeinsame Metropol- und Wirtschaftsregion begreifen. Nach diesem Startschuss wird im jetzt folgenden Prozess das Leitbild mit Leben erfüllt. Hier ist noch eine ganze Menge guter Ideen gefragt.

Die gemeinsamen Kabinettsitzungen der Landesregierungen von Brandenburg und Berlin legen jeweils ganz konkrete Schritte der Zusammenarbeit fest. Wir setzen auf die gemeinsame Vermarktung der Region, auf gemeinsame Investorenwerbung, auf gemeinsame Außenwirtschaftsaktivitäten. Die beiden Wirtschaftsfördergesellschaften - ZAB und Berlin Partner GmbH - sollen bis 2008 zusammengeführt werden. Die Entwicklung einer Business-Marke für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist fortgeschritten. Die Ausarbeitung einer länderübergreifenden Akquisitionsstrategie durch ZAB und Berlin Partner geht mit der Bildung gemeinsamer Teams für die Investoren in Europa und darüber hinaus einher. Die Förderrichtlinien für die Außenwirtschaft und die Messförderung werden harmonisiert. In der Summe tragen die genannten Einzelmaßnahmen dazu bei, uns in Europa als die eine Metropolregion Berlin-Brandenburg zu präsentieren.

Was für Brandenburg gilt, gilt unter den Bedingungen globalisierter Märkte auch für Europa insgesamt. Wir müssen uns in der Welt behaupten. Das darf aber nicht heißen, soziale Errungenschaften in Europa über Bord zu werfen, ganz im Gegenteil: Die eigentliche Herausforderung besteht darin, dieses soziale Europa, das auch eine Kultur auf unserem Kontinent darstellt, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen - mit angelsächsischen, mit skandinavischen und mit anderen Modellen - im globalisierten Wettbewerb weiter auszubauen, zu bewahren und zu einem Standortvorteil zu formen.

Wir müssen heute in globalen Maßstäben denken und gleichzeitig die europäische Wirtschaftspolitik im Land, aber auch in den Regionen, in den kleinsten Einheiten, umsetzen. Es kommt darauf an, europäische, nationale und Landespolitik für Wachstum, Beschäftigung und Innovation noch viel besser als bisher miteinander zu verzahnen.

Europa spielt heute nun einmal in fast allen Lebensbereichen eine wichtige, in vielen Fällen sogar mittlerweile, gewollt oder nicht gewollt, die entscheidende Rolle. Beschlüsse aus Brüssel und Straßburg - wir spüren es immer öfter - betreffen längst jeden Einzelnen. Daher müssen wir dringender denn je sicherstellen, dass die regionalen und Landesinteressen frühzeitig und wirksam in den Brüsseler Entscheidungsprozess eingebracht werden. Die EU ist ihrerseits in vielen Schlüsselbe-

reichen, wie zum Beispiel der erneuerten Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, auf die aktive Mitwirkung und die dauerhafte Umsetzung ihrer Entscheidungen durch die Mitgliedsstaaten, die Länder und die Regionen angewiesen. Bei der Förderpolitik, der Programmierung der Strukturfondsmittel, der Erhöhung entsprechend der Forschungsaufgaben, der Bildungs-, Innovations- und Wissenschaftspolitik ist das Ineinandergreifen europäischer, nationaler und Landespolitiken der Schlüssel zum Erfolg.

Mit der Neuausrichtung der Förderstrategie haben wir uns entsprechend den Lissabon-Zielen auf Zukunftsfelder konzentriert. Wir haben außerdem Maßnahmen eingeleitet, um die Fördermittel der neuen Periode 2007 bis 2013 im Sinne der Lissabon-Strategie zu strukturieren.

Wir haben weitere in die Zukunft weisende Schritte eingeleitet. Dies gilt für die Erschließung und Förderung von Unternehmenspotenzialen, insbesondere bei kleineren Unternehmen, ebenso wie für die Stärkung von Humanressourcen. Gerade bei Innovation und Forschung hat sich die Strategie eines zupackenden Landes bewährt. Die Mittelstandsförderung wird verstärkt, Forschungsausgaben werden erhöht.

Wie geht es weiter? Das Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den regionalen Wachstumskernen zu stärken, um dadurch höhere Wachstumseffekte zu erzielen und so ein Plus an Arbeitsplätzen zu erreichen, kann nur durch eine langjährige Unterstützung erreicht werden; wir brauchen langen Atem. Die Neuausrichtung der Förderpolitik ist deshalb auf Dauer angelegt. Darin ist sich die Landesregierung einig und daran wirken alle Ressorts mit. Das Kabinett hat die interministerielle Arbeitsgruppe deshalb darum gebeten, den Dialog mit den Wachstumskernen fortzusetzen und im Herbst 2007 über den Stand der Umsetzung zu berichten sowie weitere Vorschläge für zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen zu unterbreiten. Dies werden wir auch in den Folgejahren fortführen.

Eine Evaluation der Wirkungen ist erst zu einem Zeitpunkt sinnvoll, zu dem die Maßnahmen wirklich greifen. Wir beabsichtigen aber, im kommenden Jahr genau dafür Kriterien zu erarbeiten. Den interministeriellen Koordinierungsprozess und die Kooperation mit den regionalen Wachstumskernen werden wir bis Ende des Jahres 2008 überprüfen. Wir sind überzeugt: Der eingeschlagene Weg ist richtig. Die Zwischenbilanz berechtigt uns zu realistischen Hoffnungen, wenn wir jetzt nicht die Hände in den Schoß legen. Das alles ist der Anfang. Mit dieser Förderpolitik stehen wir in Ostdeutschland heute nicht schlecht da. Im Jahresbericht der Bundesregierung wird der Brandenburger Ansatz „Stärken stärken“ ausdrücklich als Zukunftskonzept hervorgehoben. Dasselbe gilt für die Strategie, sektorale und regionale Schwerpunkte der Förderung zu bilden.

Zugleich wird in dem Bericht hervorgehoben - auch das ist eine wichtige Facette -, dass dabei die ländlichen Räume eben nicht vernachlässigt werden. Dieser Aspekt ist der Landesregierung wichtig. Konzentration von Förderung heißt eben nicht, dass in der Fläche gar nichts mehr passiert. Die Wachstumskerne sind von Schwedt bis Spremberg über ganz Brandenburg verteilt, auch im ländlichen Raum. Dort sollen sie ihre Strahlkraft ins Umland entfalten und Perspektiven bieten. Im ländlichen Raum wird es auch weiterhin Fördermöglichkeiten geben, denken wir nur an die Förderprogramme des MLUV zur ländlichen Entwicklung, die wir übrigens künftig noch

stärker unter dem Aspekt der Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen werden. Ich denke auch an die Förderung von Branchenkompetenzfeldern wie Holz- und Ernährungswirtschaft sowie Energie und Tourismus, für die der ländliche Raum ganz besondere Potenziale bietet.

Klar muss aber auch sein, dass sich der Ausbau der Infrastruktur künftig auf die Regionen konzentrieren muss, in denen Wachstum und Beschäftigung für unser Land zu erwarten sind. Hier wird es in Zukunft eine noch engere Verzahnung von Wirtschafts-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik geben. Der vom Kabinett beschlossene Masterplan Stadtbau ist uns hierbei ein Wegweiser.

Der sorgsame Umgang mit immer knapper werdenden Haushaltsmitteln, die Anstrengungen, das Beste aus dem immer weniger werdenden Geld zu machen, dies ist auch unsere Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen. Dieser Verpflichtung werden wir mit der neuen Förderpolitik besser gerecht. Der Grundstein ist gelegt; jetzt kommt es darauf an, das Begonnene auch zielstrebig zu gestalten.

Meine Damen und Herren, wir werden nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht gleichzeitig unsere Anstrengungen in Wissenschaft und Bildung ausbauen. In Forschung und Bildung der ostdeutschen Länder stecken mittlerweile Investitionen in Milliardenhöhe, gut getätigte Investitionen, weil sie dazu geführt haben, dass mittlerweile auch hier Zentren der Spitzenforschung entstanden. Erneut ist beispielsweise der wichtigste und mit 2,5 Millionen Euro dotierte Leibniz-Preis an einen Brandenburger Wissenschaftler, an Herrn Prof. Dr. Haug, verliehen worden. Genau hieran müssen wir anknüpfen, denn in die Köpfe zu investieren ist und bleibt die wichtigste Investition für die Zukunft. Nur bestens ausgebildete Menschen sind die Garantie für den Bestand und die Weiterentwicklung sowohl der demokratischen Gesellschaft als auch für den wirtschaftlichen Fortschritt. In Zukunft wird noch viel mehr als bereits heute gelten: Qualifikation, Kreativität und Bildung sind die Hauptanforderungen für eine vernünftige Gesellschaftsentwicklung.

Wachstum und Wissenschaft, Bildung und Beschäftigung werden in Zukunft ausschließlich miteinander zu haben sein. Wir brauchen eine enge Verzahnung und ein gutes Miteinander von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, um den Technologietransfer deutlich zu stärken. Im Zeitalter des Lernens sind und bleiben qualifizierte Arbeitskräfte ein entscheidender Standortfaktor. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Standortfaktor „hohes Qualifikationsniveau“ für uns erhalten bleibt. Er wird zunehmend Attraktivität entfalten.

Die Zukunft Deutschlands liegt in wissensintensiven Produkten und Dienstleistungen. Es gibt keine Alternativen zu einer auf modernem Human- und Sachkapital beruhenden Wirtschaftsstruktur, die auch noch stärker exportfähig sein muss, als es heute der Fall ist. Nur so kann es uns gelingen, Arbeitslosigkeit abzubauen und der Abwanderung entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss aus der gestrigen Meldung einer großen Nachrichtenagentur zitieren, die das Jahr 2006 in Brandenburg beschreibt:

„Das Jahr 2006 bringt viele gute Nachrichten. Die Arbeitslosigkeit sinkt auf den niedrigsten Stand seit Beginn

des Jahrzehnts. Die Zahl der Jobs steigt. Im ersten Halbjahr führen brandenburgische Unternehmen Waren im Wert von fast 4 Milliarden Euro aus, so viel wie im gesamten Jahr 2000. Frankfurt entwickelt sich zur Hauptstadt der Solarindustrie. In Potsdam wird eine Fabrik gebaut und das neue Theater eröffnet. Das Bundesverwaltungsgericht genehmigt den Ausbau des Airports Schönefeld zum Großflughafen Berlin-Brandenburg; die ersten Bagger sind angerollt. Der Triebwerksspezialist MTU Ludwigsfelde sichert sich einen Großauftrag über eine Viertelmilliarde Euro. Der Schienenfahrzeughersteller Bombardier erhält die Option zum Bau von mehr als 200 Straßenbahnen.“

Und dann setzt die Meldung fort:

„Was macht die rot-schwarze Regierung mit so vielen guten Nachrichten? Sie vermässelt die Bilanz durch interne Affären, erst die CDU, dann die SPD.“

Meine Damen und Herren, das stimmt leider; das kann man nicht anders beschreiben. Dafür tragen meine Mannschaft und ich selber auch Mitverantwortung. Bei den Menschen, die dadurch Zweifel an der Seriosität und der Integrität unserer Politik bekommen haben, entschuldige ich mich ausdrücklich. Wir haben aus den Vorgängen gelernt, und ich verspreche Ihnen, dass wir im Jahr 2007 mit aller Kraft nur an einem arbeiten werden: ihr Vertrauen wiederzugewinnen und unser Land auf dem eingeschlagenen und, wie gerade noch einmal anhand der Meldung beschrieben wurde, erfolgreichen Weg weiter voranzubringen. 2006 war ein gutes Jahr, 2007 soll ein noch besseres werden. Dafür werden wir arbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die Debatte wird mit dem Redebeitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS fortgesetzt. Es spricht die Abgeordnete Kaiser.

Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! In elf Tagen ist Weihnachten, man sieht es auf den Regierungstischen; Sie haben sich selbst beschenkt. Und pünktlich zum Fest bekommen auch die Abgeordneten und andere Landeskinder ein Geschenk präsentiert - mit Glanzpapier und Schleife: die Regierungserklärung 2006, „Die neue Wirtschaftsstrategie - Anstoß zum Wachstum aus eigener Kraft“. Aber wie beim Julklapp kommen unter der schönen Hülle andere Geschenke zum Vorschein, allerdings schon ein bisschen abgegriffen: die neue Förderstrategie von 2005 und darangebunden die Regierungserklärung „Erneuerung aus eigener Kraft“ 2004.

Grundsteine, Herr Ministerpräsident, von denen Sie heute gesprochen haben, legt man aber nur einmal. Wie wahr, Herr Ministerpräsident: Ein Politikwechsel, eine neue Politik im Sinne der Brandenburgerinnen und Brandenburger wäre dringend nötig. Erst vor einem Monat haben Sie in der Aktuellen Stunde Fragen gestellt, Probleme aneinandergereiht. Die politischen Antworten auf Massenarbeitslosigkeit, Strukturschwäche, auf

Abwanderung und leere öffentliche Kassen, besonders in den Kommunen, sind Sie uns aber schuldig geblieben, auch heute wieder. Dabei muss man von einem Mann Ihrer Statur ernsthaft erwarten dürfen, dass Sie die politischen Grundsätze, Pläne und Absichten der Regierung ordnen, überprüfen und mit dem Parlament und der Öffentlichkeit diskutieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Doch auf diesen großen Ansatz einer Regierungserklärung verzichten Sie, Herr Ministerpräsident. Sie bleiben im Kleinen stecken: Sie erklären uns einen Kabinettsbeschluss aus der vergangenen Woche. Mit diesem Vehikel verschaffen Sie sich noch einmal einen Auftritt, damit Sie sich hier im Parlament während der Haushaltswoche wenige Tage vor Weihnachten als Regierungschef mit einer positiven Botschaft präsentieren können. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis.

(Zuruf von der SPD: Na also!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben damals, als Sie Ihr Leitbild für die künftige Landesentwicklung bis 2020 vorgelegt haben, keine Regierungserklärung abgegeben. Da wollten Sie nicht einmal eine Debatte hier im Parlament. Verraten Sie uns noch, warum diese Erklärung hier und jetzt?

Die Grundsätze der neuen Förderstrategie haben Sie uns bereits fast auf den Tag genau vor einem Jahr hier im Parlament dargelegt. Ich sage Ihnen: Die heutige Weihnachtsbotschaft sollte sich wohl gut anhören, aber nicht nur meiner Fraktion fehlt der Glaube an das ausschließlich segensreiche Tun dieser Landesregierung, das Sie uns hier beschrieben haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Ministerpräsident, selbst die Ihnen sonst recht gewogene Presse meint schon, dass Ihnen das Maß verloren gegangen ist. Die Überschriften der letzten Tage: „Was ist nur mit Ministerpräsident Platzeck los?“ oder „Die Patzer des Ministerpräsidenten Platzeck sorgen für Kopfschütteln“, „Pleiten und Pannen bei der Brandenburger SPD“, „Die Politik der Hinterzimmer Brandenburgs“ oder „Der einstige Deichgraf steckt im Morast der Landespolitik“. Verloren, Herr Ministerpräsident, ging Ihnen wohl nicht nur der rechte Blick auf das, was Sie tun und lassen, auf das tatsächliche Gewicht Ihrer Entscheidungen, deren Folgen und Wirkungen. Es scheint, Sie haben das politische Handwerkszeug verlegt, die Regularien vergessen, Sie übergehen Institutionen und haben dabei das Gefühl für die Führung demokratischer Entscheidungsprozesse und auch das Gefühl für die Menschen in diesem Land verloren. Das belegen die Sonderzahlungsgesetzdebatten und die Diskussionen über Versorgungsleistungen für Ex-Minister. Die Risse im Vertrauen lassen sich, meine ich, mit einer schön verpackten Regierungserklärung nicht verdecken. Dennoch, Sie haben sich hier heute entschuldigt, haben die Verantwortung übernommen. Wir nehmen das mit dem nötigen Respekt zur Kenntnis.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das wichtige Ereignis im Zentrum der heutigen Debatte sollen Ihre Umsetzungsbeschlüsse zu einzelnen regionalen Wachstumskernen sein. Die klingen ganz gut, und man hofft vor Ort natürlich erst einmal auf die Unterstützung der Landesregierung. Zwischen Ihrem

Beschluss und einem Fördermittelbescheid aber - das wissen Sie - liegt ein langer Weg. Sie und wir wissen: Das Hauptproblem der brandenburgischen Förderpolitik liegt im tatsächlichen Mittelabfluss. Das heißt: Solange Sie da nicht ansetzen, solange bewilligte Gelder bis zu einer Milliarde Euro wie in den letzten drei Jahren nicht investiert werden, so lange geht nichts. Ändern Sie das! Ändern Sie bitte die Förderkonditionen zugunsten der Kommunen! Passen Sie die Förderinstrumente den Kleinst- und Familienbetrieben im Land an!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Weiter zur Sache: Der größte Teil Ihrer Vorhaben bezieht sich auf Infrastrukturmaßnahmen, wie sie zum Beispiel für den regionalen Wachstumskern Perleberg/Wittenberge/Karstädt nicht erst seit heute diskutiert werden. Eine Autobahnverbindung zwischen Magdeburg und Schwerin, also der jetzt als prioritär eingestufte Bau der A 14, wurde schon zu den Zeiten diskutiert, als Sie, Herr Ministerpräsident, noch im Trabbi über die Autobahn fuhren. Auch der Ausbau der B 189 und die Sanierung des Abschnitts Wittstock-Pritzwalk des Prignitz-Expresses wurde schon in der letzten Wahlperiode debattiert.

Ähnlich sieht es für die anderen regionalen Wachstumskerne aus: In Cottbus ist es der Ausbau der Eisenbahntrasse Cottbus-Berlin und der Bundesstraße in Richtung Leipzig. In Schwedt geht es um den Gleisanschluss des Hafens, um die Verbesserung der Anbindung an die A 11 und die A 20, in Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt um den weiteren Ausbau der Lausitz-Straße und auch in der Westlausitz um die Verbesserung der Straßenanbindung.

Das alles ist nicht neu. Planungs- bzw. Realisierungsstände lassen sich bis weit vor den Kabinettsbeschluss vom vergangenen November zurückverfolgen. Nur, damit wir uns nicht missverstehen: Deshalb müssen ja diese Vorhaben nicht falsch sein. Es ist nur unredlich, sie jetzt als etwas Neues, Tolles zu verkaufen. Schließlich freut sich auch kein Mensch zu Weihnachten, wenn er alte Kekse, taube Nüsse oder die Kuckucksuhr von vor drei Jahren unterm Weihnachtsbaum findet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Ministerpräsident, in Ihrem eigenen Bericht vom 5. Dezember 2006 heißt es dazu:

„Eine Evaluierung der Wirkungen der verstärkten Förderung der regionalen Wachstumskerne ist erst zu einem Zeitpunkt sinnvoll, zu dem die aus heutiger Sicht erst noch zu ergreifenden Maßnahmen auch eine Wirkung gezeigt haben können. Das dürfte in dieser Legislaturperiode schwerlich der Fall sein.“

Abgesehen davon, dass man von dieser Sprache eine Gänsehaut bekommt, meine ich, das spricht für sich. Ein Umbau der Förderlogik, der nicht bereits in drei Jahren Wirkung zeigt, verschiebt doch die Auseinandersetzung über die Zukunft des Landes auf die nächste Legislaturperiode. Die Folge: Sie verschenken weitere Jahre, meine Damen und Herren.

Als geradezu abenteuerlich empfinden wir, was Sie sich für den regionalen Wachstumskern Potsdam im Infrastrukturbereich als wichtigste Maßnahme ausgedacht haben: die ÖPNV-Brücke für die separate Trassenführung der Tram.

Meine Damen und Herren, jeder hier im Saal und jeder einigermaßen politisch informierte in Brandenburg ist sich bewusst, wie sensibel und wie problematisch die Entscheidungen über den Ausbau der Potsdamer Innenstadt sind. Jeder weiß, dass die Schloss-Koalition in Potsdam zweimal eine Niederlage hat einstecken müssen. Parteiübergreifend hat man sich nun endlich darauf verständigt, den Bürgerinnen und Bürgern das letzte Wort zu lassen - was die Linkspartei als einzige in der Stadt seit Jahren gefordert hat. Nur die Landesregierung schert sich offenbar nicht um das zu erwartende Votum. Wie anders ist es zu erklären, wenn nun unabhängig von der Bürgerbefragung die neue Brücke gebaut werden soll, die man genau nur für den Fall braucht, dass es doch zum neuen Landtag im alten Schloss kommt? Soll das nun noch ein Schildbürgerstreich werden?

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, der Klarheit wegen sage ich es gern noch einmal: Notwendige Investitionen in die Infrastruktur unterstützen wir ausdrücklich. Diese Schritte aber als Neuausrichtung der Förderpolitik verkaufen zu wollen ist doch wohl nur aus der Not geboren - in Ermangelung wirklich guter Nachrichten. Von einer Regierungserklärung muss man zudem erwarten, dass die vorgestellten Positionen einigermaßen stimmig sind. Und auch das sind sie nicht.

Was Sie, Herr Ministerpräsident, und uns unterscheidet, ist nicht das Ringen um ein zukunftsfähiges Land, sondern die Auffassung zum Verfassungsgrundsatz der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen. Dass „gleichwertig“ nicht „gleichartig“ heißt, ist allen klar. Wir aber wollen, dass keine Region abgehängt wird, dass die Lausitzer eben nicht sagen, wie zu lesen war: „Die Menschen gehen - die Wölfe kommen.“ Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, hat unsere Linksfraktion bereits in die jetzigen Haushaltsberatungen die Anträge eingebracht, um verschiedenste Förderinstrumente zum Beispiel zur Entwicklung des ländlichen Raumes intelligent zu verknüpfen.

Ja, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich ja: Bildung ist auch für die Linksfraktion das A und O. Bedingungslos. Deshalb lehnen wir Ihre überdimensionierten Stellenstreichungen ab! Die Zeitungen von heute bescheinigen eine weitere harte Nuss. Die jüngste Kienbaum-Studie besagt, dass die Hochschulen im Land dramatisch unterfinanziert sind.

(Ministerin Prof. Dr. Wanka: Nein!)

- Ich kann mich nur auf das verlassen, was eine Studie feststellt. Vielleicht können wir hier noch ausführlicher darüber diskutieren, Frau Ministerin.

Es geht uns um die Sicherung des Mittelabflusses. Wir wollen Förderung nicht über verlorene Zuschüsse, sondern über günstige Kredite, die bei Rückzahlung dem Land wieder zur Verfügung stehen. Das sind sogenannte revolving Fonds. Es geht uns um eine Stärkung immaterieller Leistungen, zum Beispiel in Schulen und Hochschulen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es geht im Kern eben nicht nur darum, Stärken zu stärken, sondern Schwächen zu minimieren und Stärken zu stärken. Unser Entwurf eines Leitbildes berücksichtigt genau diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und steht für ein Brandenburg der Regionen. Dass Sie Ihr Konzept als alternativlos darstellen, Herr Ministerpräsident, ist deshalb falsch. Es ver-

hindert leider - wie ich sagen möchte - die notwendige umfassende Diskussion über die besten Entwicklungswege für das Land Brandenburg.

Wir hätten heute schon gern eine Antwort darauf gehabt, wie man zum Beispiel mit den von den regionalen Wachstumskernen angemeldeten Maßnahmen umgehen will, bei denen das Kabinett weiteren Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf sieht. Das etwa 100-seitige Papier mit sehr konkreten Vorschlägen aus dem regionalen Wachstumskern Perleberg/Wittenberge/Karstädt passierte die Black Box Landesregierung. Im Ergebnis wurden vorerst lediglich vier Infrastrukturmaßnahmen als prioritär bestimmt. Was wird nun aus dem Rest der vielen Ideen und Gedanken? Warum sind ausgerechnet alle Vorschläge für Investitionen in Köpfe, wie Sie es nennen, herausgefallen? Laut Aussage der Landesregierung sind diese nicht förderfähig.

Herr Ministerpräsident, es ist nicht redlich und nicht zu akzeptieren, wie Sie hier heute wieder mit den Prignitzern umgehen und Dinge als Erfolg Ihrer Politik verkaufen, die gar nichts mit deren „segensreichen“ Wirken zu tun haben. Sie wissen das auch: Erstens entstand Fördermittelkonkurrenz in den 90iger Jahren unmittelbar aus den damals geltenden Förderkonditionen des Landes. Zweitens hatten sich die Akteure von Perleberg und Wittenberge einige Jahre vor der Entscheidung für den Wachstumskern zur Zusammenarbeit entschlossen, zum Beispiel über gemeinsame soziale Einrichtungen. Zugegebenermaßen waren ihre SPD-Parteifreunde dabei nicht die Impulsgeber; vielleicht ist es Ihnen deshalb auch entgangen. Streichen Sie dieses Beispiel aus Ihren Reden. Ich habe es schon zu oft von Ihnen gehört. Es ist unwahr.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Ministerpräsident, es fällt auf, dass ein Teil der Maßnahmen zu den schon bestehenden Förderprogrammen auf Landes- und Bundesebene nicht kongruent ist. Vor allem die Betroffenen selbst würden sehr gern wissen, ob und wie die Landesregierung bestehende Konflikte mit politischen Ansätzen der Bundesregierung aufzulösen gedenkt. Ein Beispiel: Die Bundesregierung sieht gemäß dem Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit vom 2. Oktober 2006 in der Kreisregion Havelland einen potenzielle Wachstumsmotor. In den Planungen der Landesregierung Brandenburg ist von einem regionalen Wachstumskern im Havelland nicht die Rede. Wie gehen Sie mit diesen Widersprüchen um?

Es gibt weitere harte Nüsse: In welchem Verhältnis stehen regionale Wachstumskerne, Branchenschwerpunktorte und das Zentrale-Orte-System in Überarbeitung der Landesplanung ab dem Jahr 2008? Was bleibt nach der Konzentration der Fördermechanismen auf die regionalen Wachstumskerne tatsächlich für die weitere Landesentwicklung übrig? Die zu verteilenden Mittel werden nicht mehr. Die Auseinandersetzungen um die Kommunalfinanzen für das Jahr 2007, die Proteste aus bisherigen Grundzentren belegen das. Wir werden damit weiterhin zu tun haben.

Nach all den Debatten des letzten Jahres wäre ein selbstkritischer Blick auf das Konzept „Stärken stärken“ schon zu erwarten gewesen, Herr Ministerpräsident. Schlussfolgerungen wären möglich gewesen, aber leider gibt es in dieser Hinsicht null Selbstkritik. Jegliche Kritik an Ihren Politikinhalten prallt bekanntlich an der Platzeck-Speer-Spitze ab. So ganz neu ist das Konzept „Stärken stärken“ nämlich auch nicht.

Erinnern wir uns: Anfang der 90er Jahre gab es das Prinzip der Leuchttürme, wonach industrielle Kerne insbesondere im stark deindustrialisierten Ostdeutschland geschaffen werden sollten. Man versprach sich Ausstrahlungseffekte für kleinere Unternehmen, die sich ansiedeln sollten. Von Ihnen sollten Aufträge ausgehen, die Kaufkraft sollte gesteigert werden und sie sollten weitere Wachstumsimpulse aussenden. Man investierte erheblich. Es gab beachtliche Ergebnisse, bei der Erdölverarbeitung in Schwedt, der Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt und bei einer der größten Neuansiedlungen, der Luft- und Raumfahrt-industrie in Dahlewitz.

Ja, es gibt leistungsstarke industrielle Kerne in Brandenburg, aber die Saat ist nicht aufgegangen. Es kamen weder massenhaft Arbeitsplätze noch Kaufkraft nach. Nach der Diskussion über die Leuchttürme wurde in den letzten Jahren über regionale Cluster gesprochen. Wirtschaftspolitik und -förderung setzten auf Netzwerke. Das ist sicherlich richtig. Das Zauberwort seither lautet Synergieeffekte. So weit die Theorien. Im wirklichen Leben blieben, wie wir konstatieren müssen, die Effekte hinter den Erwartungen zurück.

Wie sieht die Praxis aus?

(Dr. Klocksinn [SPD]: Haben Sie eigene Ideen?)

- Ja, die haben wir mehrfach auf den Tisch gelegt. Wenn Sie meine Rede aus der letzten Aktuellen Stunde nachlesen, können wir gern darüber ins Gespräch kommen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Dr. Klocksinn [SPD]: Aber darin stand nicht viel!)

Der Dienstleistungssektor in Brandenburg bleibt unterrepräsentiert. Trotz steigender Wachstums- und Investitionsraten im verarbeitenden Gewerbe kommen viele Unternehmen in Brandenburg über den Charakter von verlängerten Werkbänken nicht hinaus. Das Land ist von einem selbsttragenden Entwicklungskonzept leider noch weit entfernt. Spezifische Probleme sind unter anderem die geringe Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, worüber wir seit Jahren reden, und ein relativ niedriger Anteil von Unternehmen mit betrieblicher Forschung, die im Land selbst Netzwerke bilden könnten.

Wie haben sich die Regionen in Brandenburg entwickelt? Die wirtschaftlichen Potenziale sind sehr verschieden. Die regionalen Unterschiede haben sich durch Konzentrationsprozesse und durch die demografische Entwicklung verstärkt. Wir haben ein Problem, Herr Ministerpräsident. Die gut ausgebildete Jugend geht weg. Glauben Sie nicht, dass sie jemals wiederkommt, wenn es hier so weitergeht. Während die Bevölkerungszahl im ländlichen Raum abnimmt, bleibt sie im Metropolraum stabil. Die kontinuierliche Abwanderung geht mit einer Standortschwächung des Landes Brandenburg einher. Das heißt: Wir verlieren überdurchschnittlich hoch qualifizierte und einkommensstarke Bevölkerungsgruppen. Kaufkraft und Steueraufkommen verringern sich. Das ist eines der spezifischen Probleme in Brandenburg, die eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung massiv behindern. Dazu kommt die Frage, was mit ländlichen Regionen wird, die besonders strukturschwach sind und in Ihrer Planung der regionalen Wachstumskerne nicht vorkommen. Vor Ort - Sie waren ja auch da - ist zum Beispiel schon vom Kyritzer Loch die Rede.

Es ist wahr: Bundesweit ist der Konjunkturmotor angesprungen. Inwieweit dieser Impuls aber auf Panikkäufe vor der Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen ist, wird sich nach der Jahreswende erweisen. Herr Ministerpräsident, Sie waren und sind für die Mehrwertsteuererhöhung. Wie erklären Sie das eigentlich einer Familie mit vier Kindern am Potsdamer Schlaatz, dass das Leben mit jedem Einkauf und mit jedem Arbeitsweg teurer wird? Auch Kleidung und das Spielzeug werden teurer.

Es ist verständlich, dass die seit Jahren erstmals wieder erfreulicheren Wirtschaftsdaten in Brandenburg entspannt zur Kenntnis genommen werden. Auch wir freuen uns über gute Zahlen in der Arbeitsmarktstatistik. Alles in allem wird aber dieses Wachstum auf keinen Fall ausreichend sein, um den erheblichen Mangel an Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten im Land auf breiter Basis abzubauen. Dies gilt insbesondere für das Problem der hohen Langzeitarbeitslosigkeit - ein Problem, an dem sich in unserer Region seit Jahren nichts geändert hat. Fast die Hälfte - nämlich 44 % der 204 000 Arbeitslosen im Land - sind Langzeitarbeitslose. Das ist die bittere Wahrheit, auf die die Politik eine Antwort finden muss, auch durch öffentlich geförderte Beschäftigung.

Was hat Ihre Regierung dazu zu erklären, Herr Ministerpräsident? - Offensichtlich nichts. Frau Ministerin Ziegler war, ist und bleibt dagegen, jedenfalls bis Ihre Partei das Gegenteil beschließt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat für das Frühjahr 2007 Anträge und Vorschläge für öffentlich geförderte Beschäftigung oder, wie Sie es nennen, einen dritten Arbeitsmarkt angekündigt. Wir sagen: Der Staat muss Verantwortung tragen. Jeder, der will, muss einen Arbeitsplatz bekommen können. Die Wirtschaft ist derzeit nicht dazu in der Lage. Der Markt allein will und kann es nicht richten, also brauchen wir öffentlich organisierte und finanzierte Beschäftigung. Für die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die keinen Profit abwirft, müssen sozialversicherungspflichtige Jobs eingerichtet werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben aufgeführt, wo diese Jobs entstehen können: in Kindergärten, Schulen, im Bereich von Kunst und Kultur, bei bürgernahen Dienstleistungen, in Seniorenbetreuung, Sport und im Umweltbereich. Das ist das Ziel meiner Fraktion. Lassen Sie uns das gemeinsam ansteuern. Bezüglich Werteverziehung hat Herr Rupprecht am Montag am Runden Tisch die entsprechenden Ideen präsentiert bekommen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie könnten im Land Schrittmacher sein. Schon deshalb sollten Sie unser arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisches Programm, das wir gestern vorgestellt haben, über Weihnachten wenigstens einmal lesen. Ich übergebe es Ihnen gern, nicht nur als Weihnachtsgeschenk, Herr Ministerpräsident. Lesen bildet bekanntlich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Die Abgeordnete Kaiser überreicht dem Ministerpräsidenten das Programm. - Dr. Klocksinn [SPD]: Könnte ich auch ein Exemplar haben?)

- Sie können gern auch ein Exemplar bekommen, mit großer Freude; nicht zum Geschenk, sondern damit wir im nächsten Jahr gemeinsam daran arbeiten können. Es ist sicherlich verbesserungsbedürftig; das streite ich nicht ab.

Es reicht also nicht, als Ministerpräsident alle Jahre wieder hier zu erscheinen und dieselben Gaben und Versprechungen zu präsentieren. Wir fordern, endlich eine neue Förderpolitik, einen Politikwechsel für mehr Beschäftigung einzuleiten. Die Linksfraktion hat mit ihrem Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Land Brandenburg diesbezüglich einen anderen Ansatz entwickelt. Sie setzen auf die Stärkung einzelner Wachstumskerne, Herr Ministerpräsident, wir auf ein Brandenburg der Regionen. Dabei geht es uns nicht um einzelne innovative Aktivitäten, Branchen oder Netzwerke, sondern um die politischen Rahmenbedingungen für alle Regionen, zum Beispiel auch für die Entstehung neuer Branchen wie die der regenerativen Energien.

Wir brauchen dazu, meine Damen und Herren Abgeordnete, Herr Ministerpräsident, den Dialog mit den Menschen vor Ort. So funktioniert Demokratie oder sie funktioniert gar nicht. Das war ja in den letzten Wochen zu beobachten.

Was ist das wirklich Neue an Ihrer Regierungserklärung? Das ist unsere Frage. Einen neuen Schritt könnten Sie hier und heute sofort gehen, denn bereits in Ihrer letzten Landtagsrede vor einem Monat forderten Sie, Herr Ministerpräsident, ein Umdenken bezüglich des Investitionsbegriffs. Nun endlich, möchte ich sagen. Auch heute hörten wir es wieder: In die Köpfe zu investieren ist die wichtigste Investition in die Zukunft. Herr Ministerpräsident, dann tun Sie es auch. Was Sie mit dem Haushalt für 2007 und den Schulgesetzänderungen in diesen Tagen beschließen lassen wollen, genügt Ihren eigenen Ansprüchen nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Warum wollen Sie nicht auch im Land Brandenburg, wie in Thüringen bereits praktiziert, über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ Investitionen in die Köpfe als ausdrückliches Förderziel deklarieren? Sie regieren doch, Sie haben es in der Hand.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, Sie weichen dieser Debatte mit starrköpfiger Ignoranz leider auch in dieser Regierungserklärung aus.

Mein Fazit:

Erstens: Sie müssen heute als starker Regierungschef sich und Ihre Koalition als handlungsfähig und kreativ darstellen. Warum sonst halten Sie eine solche Regierungserklärung, für die es weder ernsthaften landespolitischen Anlass noch eine wirklich neue Substanz gibt? - Sie müssen es bitter nötig haben.

Jede Brandenburgerin, jeder Brandenburger konnte das traurige Spiel verfolgen: Seit dem Ausklang des Sommers hält uns die Regierung nicht mit politischen Angeboten, sondern mit ihrem inneren Zustand in Bewegung: Skandale und Skandalchen, Missmanagement. Zunächst schien es so, als sei nur die Union in einer internen Krise, dann verstrickte sie sich auch noch in einen unappetitlichen Machtkampf. Der Regierungsfriede war dahin. Ich weiß nicht, ob er mit dieser Regierungserklärung als Weihnachtsfriede wiederkehren kann.

Auch der SPD geht es nicht besser. Die Probleme sind genannt. Spannungen haben sie auch mit ihren eigenen Genossen vor Ort, mit den Landräten. Die Basta-Politik ist in einer Sackgas-

se. Der vorauseilende Gehorsam - diesen kritisiert meine Fraktion besonders - gegenüber der Bundespolitik und fehlende kritische Akzente bei der Föderalismusdebatte, beim Finanzausgleich und bei der Gesundheitsreform sind nicht akzeptabel.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Der jetzigen Regierung, meine Damen und Herren, fehlt eine gemeinsame in sich logische Politiklinie. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, springen halbjährlich von Thema zu Thema - erinnern Sie sich noch -: Aufschwung aus eigener Kraft, Stärken stärken, glücklich schrumpfen, Bildung als Zukunftsresource für das 21. Jahrhundert, familienfreundliches Brandenburg, das zupackende Land, Metropolregion Berlin-Brandenburg. Was bleibt? - Es sind bislang die Überschriften. Das macht die eigentliche Krise der Landesregierung aus. In diesem Zustand nur zu moderieren reicht nicht. Sorgen Sie dafür, dass regiert wird, Herr Ministerpräsident! Da hilft alles Lächeln nicht, kein Schulterklopfen und auch kein Nettsein. Sie wollen sich und anderen Optimismus und Tatkraft vermitteln. Sie wollten heute gute Laune für Weihnachten und Silvester verbreiten, aber irgendwie klingt das alles nach der Hoffnung: Der Segen wird von oben kommen. Oder: Die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr bleibt stehen. Das tut sie aber nicht, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren von der Koalition. Sicher ist, dass Ihre heute verteilten Gaben bzw. Geschenke zum Fest weder Freude noch den Weihnachtsfrieden im Land auslösen werden. Alles etwas verstaubt, aus zweiter und dritter Hand, nur neu verpackt: Diese Art politischer Geschenke können Sie behalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Baaske.

Baaske (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen. Frau Kaiser, Sie sprachen eben von dem sogenannten Kyritzer Loch.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das ist vor Ort ein Begriff!)

- Ja, ich komme gleich dazu.

Ich war am Freitag Nachmittag in Kyritz und Wittstock an der Dosse, habe in Neustadt an der Dosse Frau Ute König besucht. Sie bekam von der Handwerkskammer eine Auszeichnung als beste Betriebswirtin. Sie hat sich gegen die Männer durchgesetzt und im Bereich der Betriebswirtschaft, der Personalführung, des Rechts, des Managements hervorragende Leistungen erzielt. Ich habe mit ihr und einigen Kollegen gesprochen und gefragt, wie sie ihre Entwicklung und die Entwicklung in der Region sehen. Ich will jetzt nicht weit vom Thema abschweifen, sondern konkret zur Wirtschaft sprechen. Ich will deutlich machen, dass die dortigen Kollegen, aus der Wirtschaft kommend, gesagt haben, dass sie sehr gut klarkommen. Vor allen Dingen war ich von ihren Ideen begeistert; Ideen, die zusammen mit der Belegschaft entwickelt wurden und sich um die

Frage drehen, wie sie sich, ihr Unternehmen und das Land teils unter Verwendung von Fördermitteln, die sie nach wie vor bekommen, vielfach aber auch ohne Fördermittel voranbringen. Das geht nämlich, wenn man Ideen hat und das Land voranbringen will.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die dortigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber fühlten sich nicht abgehängt. Sie sollten endlich aufhören, ihnen das permanent einzureden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das Gleiche gilt übrigens für das Havelland, Sie sprachen es explizit an. Dort können Sie genauso Unternehmer bzw. Arbeitnehmer finden, die anpacken. Ich finde, sie haben es nicht verdient - so wie Sie es tun -, dass man ihre Arbeit nicht würdigt, ihre Leistung herabmindert und sagt, dass da nichts mehr passiert. Sie sollten anerkennen, dass wir Menschen in diesem Lande haben, die vieles bewegen, ob innerhalb oder außerhalb der Wachstumskerne.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

Ganz Brandenburg ist in Bewegung, und dazu gab es heute die Regierungserklärung. Darum werden wir das heute hier bereden und beweisen, und zwar am Thema.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

Sie haben vorhin von eigenen Ideen gesprochen; Kollege Klocksinn sprach sie an. Ich habe Ihre Rede vom letzten Mal noch gut in Erinnerung. Am Ende - ich habe es Ihnen auch gesagt - standen hinter jedem Punkt Fragezeichen. Es stand nicht da, was Sie wie oder wann machen wollen. Immer wieder kamen Fragen wie: Warum geht es nicht? Warum machen wir es nicht? Warum machen wir es nicht so? An keiner Stelle kam eine echte Alternative mit Vorschlägen zur Ausfinanzierung. Das konnte ich beim besten Willen nicht erfahren.

Ich gehe gleich noch einmal auf das Papier, das Sie vorgestern verteilt und vorhin auch dem Ministerpräsident überreicht haben, genauer ein.

Sie tun immer so, als könne man so wie vor zwei Jahren weitermachen. Ich will noch einmal kurz darauf eingehen und dann sagen, wo wir heute stehen. Das eine oder andere konnten wir tatsächlich schon bewerkstelligen. Vor zwei Jahren war die Feststellung, dass wir im Lande große demografische Veränderungen haben, der Auslöser der Debatte. Das haben wir nicht nur festgestellt, sondern gesagt, dass wir nicht nur einfach so weitermachen können, sondern darauf reagieren müssen. Wir haben Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes, nach Berlin usw. festgestellt. Wir mussten konstatieren - auch was die Verhandlungen zum Korb 2 im Rahmen des Solidarpakts II angeht -, dass wir im Jahre 2019 mit viel weniger Geld auskommen müssen. Von jetzt 10 Milliarden Euro im Haushalt werden wir auf 7,5 Milliarden Euro heruntergehen müssen. Wir hatten ein sehr unbefriedigendes Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquoten von über 20 %, und zwar seit Jahren stabil auf diesem Niveau. Wer jetzt daherkommt und sagt, man brauche da nicht zu reagieren und könne alles so lassen, wie es ist

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

- doch, ich habe Ihnen immer zugehört -, hat beim besten Willen nicht verstanden, was die Menschen in diesem Lande bewegt.

(Vietze [Die Linkspartei.PDS]: Sie haben es beim besten Willen nicht verstanden; das ist richtig!)

Genau deswegen haben wir vor zwei Jahren mit einer großen Zukunftsdebatte begonnen. Wir diskutieren über den demografischen Wandel sowie über eine moderne Wirtschafts-, Bildungs- und Familienpolitik. Ein Ergebnis - darum, Frau Kaiser, fand ich es ziemlich schofelig, dass Sie solch einen Rundumschlag um alles Mögliche gemacht haben - dieser Diskussion war die neue Förderstrategie, über die wir heute reden wollen.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Ich sprach über die Regierungserklärung!)

Wir führen diese Debatte, weil wir den Menschen in unserem Land eine Zukunft geben wollen. Wir führen diese Debatte, weil wir unseren Kindern Chancen geben wollen, und wir führen diese Debatte gerade heute, weil wir es unseren Unternehmerinnen und Unternehmern ermöglichen wollen, Arbeitsplätze zu schaffen und Jobs zu kreieren, damit Menschen bei uns im Land Arbeit haben.

(Beifall bei der SPD)

Wo stehen wir heute? Frau Kaiser, auch wenn Sie es nicht verstanden haben - wenn ich jetzt die Frage stelle, wo wir heute stehen, will ich darauf ein paar Antworten geben, um deutlich zu machen: Darüber reden wir heute und das ist der Anlass für diesen Termin am heutigen Tag.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Sie arbeiten sich an Ihrem Spiegel entlang!)

Das Wirtschaftswachstum ist entgegen Ihren Unkenrufen im I. Quartal dieses Jahres gestiegen. Es liegt bei 1,6 %. Das ist das höchste Wachstum seit sechs Jahren. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Sie haben vorhin gesagt, das wäre nicht ausreichend, insbesondere in Bezug auf die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, und Sie hätten dazu ein eigenes Programm vorgelegt. Immer wieder haben Sie den Ministerpräsidenten kritisiert und gemeint, dass das, was wir vorstellen und vorschlagen, alte Hüte seien. Mit Verlaub, Sie kommen daher und wollen die Langzeitarbeitslosigkeit in Brandenburg mit Uraltzöpfen wie ABM und SAM, die wir seit 16 Jahren in diesem Lande fahren und die bekanntlich nicht allzu viel gebracht haben, bekämpfen.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS - Beifall bei der SPD)

Was Sie hier präsentieren, sind alte Zöpfe.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Wir haben es ja gelesen. 18 Millionen Euro soll es kosten. Sie haben aufgeschrieben, die Bundesanstalt solle ABM und SAM durchführen, und die ARGEn sollten möglichst das Gleiche tun. Sie wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aus ABM und SAM rekrutieren; das haben Sie aufgeschrieben, nichts anderes steht darin.

Die Arbeitslosenquote liegt bei 15 %. Vor zwei Jahren waren es noch 20 %. Diese 15 % sind knapp 200 000 Arbeitslose. In diese Zahl sind rund 50 000 Sozialhilfeempfänger einzurechnen, die am 01.01. vergangenen Jahres dazukamen. Wir hatten, als wir die Debatte begannen, 270 000 Arbeitslose. Ich will das noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Da ist also eine Menge passiert.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

- Das müssen Sie gerade fragen, warum ich in Bezug auf die Regierungserklärung über die Arbeitslosenquote rede. Sie sind ja sonst wohin ausgeschweift.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

Der Brandenburger Export stieg im I. Quartal dieses Jahres um fast ein Drittel und, was mich besonders freut, im Vergleich zum Vorjahr haben wir 10 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr. Ich glaube, das ist ein Punkt, über den man ganz besonders gründlich nachdenken kann. Das heißt tatsächlich, dass die Wirtschaft angesprungen ist und Leute eingestellt worden sind.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

Das ist natürlich nicht genug, ich will das nicht in Abrede stellen. Die Koalition kann damit nicht zufrieden sein. Angesichts der Zahl von 200 000 Arbeitslosen - viele davon langzeitarbeitslos - sage ich: Da muss mehr passieren, keine Frage. Ich bin mir sicher, wir werden auch im Jahr 2007 deutliche Akzente setzen. Aber ich will nicht wie Sie in diese Richtung ausschweifeln. Ich glaube, das können wir durchaus einmal zum Thema einer Aktuellen Stunde im Frühjahr nächsten Jahres machen.

Die Zahlen zeigen sehr deutlich: Brandenburg ist in Bewegung und wir wollen, dass die Bewegung weitergeht. Ein zentraler Schwerpunkt dabei war die neue Förderstrategie. Ich habe vor kurzem hier in Potsdam ein Gespräch mit Unternehmern aus Nordrhein-Westfalen geführt. Die waren zu diesem Termin gut vorbereitet und haben mir gesagt, sie hätten sich angesehen, was wir hier neu machen, und festgestellt, dass wir tatsächlich moderne Wege gehen. Sie kannten Brandenburg bisher nur als Durchfahrtsstrecke von Berlin nach Nordrhein-Westfalen. Sie wussten, wenn auf der A 2 der Verkehr stockt, muss man die A 9 nehmen, und sie waren vielleicht schon einmal in Potsdam und kennen Sanssouci. Mehr war ihnen nicht bekannt. Sie haben sich angesehen, was wir hier machen, und festgestellt, in Hennigsdorf, Velten, Oranienburg passiert eine Menge. Es waren Unternehmer aus der Bionikbranche dabei, die sagten, sie müssten unbedingt einmal nach Luckenwalde fahren, weil es dort Unternehmer gebe, mit denen sie sich eine Zusammenarbeit gut vorstellen könnten.

Was heißt das praktisch? Das heißt, dass Brandenburg seine Karten neu sortiert und vor allen Dingen auch die Trümpfe zeigt. Es muss deutlich gemacht werden, was wir haben, und signalisiert werden, welche Erwartungen wir erfüllen und welche präzisen Instrumente wir Leuten, die nach Brandenburg kommen bzw. hier investieren wollen, anbieten. Die Potenziale des Landes treten dabei sehr deutlich hervor.

In Frankfurt (Oder) sollen 1 500 neue Arbeitsplätze entstehen. Das zeigt, wie groß das Vertrauen der Investoren in das Land

ist. Das zeigt aber auch, wie groß das Vertrauen der Investoren in die hiesigen Fachkräfte ist. Sie hätten sich genauso gut einige Kilometer weiter östlich niederlassen können, wo ihnen billigere Arbeitskräfte zur Verfügung gestanden hätten. Das taten sie nicht, weil sie genau wussten, sie bekommen in Brandenburg Fachkräfte.

Aber wir wissen auch, dass es sehr schwierig sein wird, diese Fachkräfte auf Dauer zur Verfügung zu stellen. Kollege Wolfgang Pohl hat mir von der Fachkräftemesse, die in Frankfurt (Oder) stattgefunden hat, erzählt. Ganz begeistert hat er von den vielen verschiedenen Autokennzeichen berichtet, die er gesehen hat. Die Leute kamen aus Sachsen und Bayern, um sich dort zu bewerben bzw. um sich schlau zu machen, ob man dort Arbeit bekommen kann.

Das macht aber auch deutlich, dass wir uns schon jetzt an einigen Stellen um den Fachkräftebestand kümmern müssen. Wir erleben schon, dass Unternehmen Probleme haben, ihren Bestand hier im Land zu sichern. Das macht deutlich, dass wir auf ein Fachkräfteproblem im eigenen Land zusteuern, das wir im Auge behalten müssen. Sie alle kennen die Zahlen bis 2010 und 2020: 100 000 und 200 000 frei werdende Jobs. Das sind Chancen; es sind aber auch Risiken für die örtliche Wirtschaft und vor allen Dingen für die Leute, die diese Lücken nicht schließen können, weil ihnen die Qualifikation fehlt. Darum ist es enorm wichtig, dass wir uns dieser Problematik annehmen, gerade was den Bereich der technischen Entwicklung, der technischen Fachkräfte angeht.

Wir müssen die Schüler in der 6. Klasse dafür begeistern, Techniker zu werden. Dann dauert es immer noch zehn Jahre, bis sie ein Technikstudium absolviert haben. Das wird also eine sehr spannende Phase. Ich hoffe, dass bei den jungen Menschen die Bereitschaft da ist, in diese Branchen einzusteigen.

Die Bedingungen, in Brandenburg zu studieren und zu lernen, sind ausgezeichnet. Frau Kaiser, Sie sprachen gerade wieder die Kienbaum-Studie an. Ich würde Sie bitten zu akzeptieren, dass das Schwarze die Schrift ist. Natürlich geben wir für die Hochschulen in diesem Land nicht ganz so viel aus wie andere Länder. Aber warum tun wir es nicht? Weil wir keine Hochschulmedizin haben.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Die ist draußen!)

- Die ist nicht draußen. Hören Sie auf, solchen Unsinn zu erzählen! Ein Hochschulstudent im Fachbereich Medizin kostet ungefähr 30 000 Euro pro Semester, das sind im Jahr 60 000 Euro; so weit können Sie wohl noch mitrechnen. Das sind also sehr teure Studienplätze. Wenn ich die mit hineinnehme, sieht die Rechnung anders aus. Ich bitte Sie, das mit aufzugreifen und nicht ständig Äpfel mit Birnen zu vergleichen! Dasselbe gilt für die Ausgaben im Schulbereich. Wenn man die Verbeamten aus Brandenburg mit hineinrechnet, sieht die Situation auch wieder anders aus. Man stellt dann fest, dass wir sehr gern viel Geld in diese Ausbildung stecken.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist enorm wichtig, dass wir diesen Weg weitergehen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass das Lernen in Brandenburg einen größeren Praxisbezug hat. Ich war vor drei Wochen in einer Schule in Kirchmöser, die Praxislernen in

Reinkultur vollzieht. An dieser Schule ist das Wahlpflichtfach: Praxislernen. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse und 8. Klasse gehen einen Tag in jeder Woche in ein Unternehmen, in der 9. Klasse zwei Tage in der Woche. Ich finde das sehr gut; ich habe dort mit jungen Leuten aus der 8. Klasse gesprochen und festgestellt, dass sie eine klare Berufsorientierung haben. Ein „angehender Schlosser“ kannte sein Lehrlingsentgelt im 1., 2. und 3. Lehrjahr; ein „angehender Koch“ wusste, dass er Weihnachten, Silvester und Ostern arbeiten muss und lange Arbeitstage hat. Das war ihm klar. Das fand ich großartig. Genau in diese Richtung muss es gehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich finde es übrigens auch gut, dass die Landesregierung die Initiative ergriffen hat, den „Tag des offenen Unternehmens“ einzurichten, an dem sich Unternehmen für Schüler und Lehrer öffnen können, um deutlich zu machen, was sie in diesem Land, gerade auch mit jungen Menschen, vorhaben. Ich lade insbesondere die PDS ein, sich das einmal anzuschauen und zu erkennen, was man in diesem Land leistet.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS - Beifall bei der SPD)

Wirtschaft ist kein Selbstzweck, gar keine Frage. Wirtschaftsförderung ist auch nicht für die Wirtschaft da, Wirtschaft muss für die Menschen da sein. Genau deshalb machen wir eine Politik, in der aktive Wirtschaftspolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Familienpolitik sowie Gesundheitspolitik wie ein Rad ins andere greifen. Da können Sie erzählen, was Sie wollen. Ich denke, es ist richtig, dass der Ministerpräsident von Zeit zu Zeit auf solche Überschriften setzt und dazu seine Meinung sagt. Das ist kein Verzetteln, sondern - ganz im Gegenteil - zeigt, dass er die Probleme aufgreift,

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

die die Menschen in diesem Lande bewegen. Genau das tut er. Ihm dann die Überschriften vorzuhalten ist absolut unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wachstum aus eigener Kraft ist unser Ziel. Der Titel dieser Regierungserklärung ist ganz bewusst gewählt, weil wir in einigen Jahren nicht nur auf eigenen Beinen stehen, sondern auch sicheren Fußes laufen können müssen. Das müssen wir nicht nur müssen, sondern wir wollen es auch wollen. Wir werden es auch können, weil wir Brandenburger dazu in der Lage sind.

(Beifall bei der SPD)

Vor ein paar Tagen habe ich in der „Märkischen Oderzeitung“ gelesen: Kein Wunder an der Oder, aber Zuversicht. - Das gilt nicht nur für Frankfurt, das gilt für ganz Brandenburg. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ein hilfloser Versuch, eine bisher verfehlte Wirtschaftspolitik gerade zu ziehen, genau das sind die Gedanken, die mir kommen, wenn ich die Politik Ihrer Regierung insbesondere in den investiven Bereichen der Wirtschaft und Infrastruktur objektiv analysiere. Das Kabinett hat am 5. Dezember ein sogenanntes Maßnahmenbündel für weitere neun sogenannte regionale Wachstumskerne, die ich hier nicht noch einmal im Einzelnen aufzählen will, gebilligt. Aus dem entsprechenden Bericht der Landesregierung, Herr Ministerpräsident, einschließlich der im Anhang befindlichen Projektlisten zu den einzelnen Schwerpunkorten geht allerdings, selbst wenn man sich das Ganze zehn Mal durchliest, nichts, aber auch wirklich nichts, was nicht ohnehin schon bekannt wäre, hervor. Daher frage ich mich als Fraktionsvorsitzende der einzigen echten Opposition hier im Landtag:

(Allgemein: „Oh!“ - Beifall bei der DVU)

Wozu heute diese Regierungserklärung? Ich denke, die Frage ist berechtigt. Warum ist sie hier und heute notwendig? - Die DVU-Fraktion hat sehr lange und intensiv über Ihre Beweggründe nachgedacht, Herr Ministerpräsident. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Sie selbst, Herr Platzek, und Ihre Regierung nach den Skandalen in den letzten Wochen angeschlagen sind und völlig orientierungslos herumtaumeln.

(Beifall bei der DVU)

Sie meinten in den letzten Wochen, nach Gutsherrenart regieren und auf die Demokratie pfeifen zu können, nach dem guten alten Motto der Grünen der siebziger Jahre: legal, illegal, scheißegal. - Das ist wohl gemerkt ein Zitat und nicht von mir.

(Beifall bei der DVU)

Nach der Szymanski-Versorgungsaffäre, Ihrem Versuch, Ihre für dieses Amt völlig ungeeignete Parteifreundin auf den Posten der Präsidentin des Landesrechnungshofs zu hieven, der doppelten Mehrheitsentscheidung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gegen die Landtagsschlossattrappe auf dem Alten Markt und schließlich auch nach den Massenprotesten von über 8 000 Beamtinnen und Beamten gegen den Versuch Ihres Finanzministers, das Weihnachtsgeld komplett zu streichen - was von Ihren Koalitionsfreunden erst einmal verschoben wurde -, stehen Sie, Herr Ministerpräsident, nackt und bloß da, wie die berühmte Gestalt aus Hans Christian Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider“.

(Beifall bei der DVU)

Da dachten Sie wohl: Ich mache jetzt nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ einen Schachzug nach vorn und lobe mich öffentlichkeitswirksam selbst in Form einer Regierungserklärung. Doch mit Verlaub, Herr Ministerpräsident, dieses Thema Ihrer Regierungserklärung ist wahrlich alles andere als dazu angetan, für diese Landesregierung Pluspunkte bei der Bevölkerung oder der mittelständischen Wirtschaft dieses Landes zu sammeln.

Herr Baaske, ich gebe Ihnen den Rat: Gehen Sie nicht immer in Vorzeigunternehmen oder Vorzeigeschulen, sondern an die Basis, und zwar unangemeldet.

(Beifall bei der DVU)

Brandenburg ist heute, 17 Jahre nach der Wende, von Massenarbeitslosigkeit, Firmenpleiten, geradezu fluchtartiger Abwanderung besonders aus den berlinferneren Regionen und dem Zusammenbruch des Bildungssystems sowie der Infrastruktur geprägt. Das sind nur die wichtigsten Politikbereiche. Mit Ihrer Fokussierung der Förderpolitik auf nur 15 sogenannte regionale Wachstumskerne und 16 sogenannte Schwerpunktbranchen wird sich die Abwärtsspirale, in der sich unser Land befindet, in Zukunft noch viel schneller drehen.

Meine Damen und Herren! Bevor ich in meiner sachlichen Analyse fortfahre, zunächst noch ein Zitat von Ihnen, Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister Junghanns, laut Presse- und Informationsamt der Landesregierung vom 22.11.2005:

„Wir haben heute wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Kernpunkt aller Überlegungen ist das Ziel, die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit in Brandenburg zu verringern. Wir stellen uns mit der neuen Förderstrategie sowohl den Auswirkungen des demografischen Wandels als auch der Tatsache, dass das Etatvolumen in den nächsten 15 Jahren um mehr als 20 % schrumpfen wird.“

Doch was, Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister, ist im vergangenen Jahr passiert? - Genau darüber haben wir uns ausführlich im Zuge der Haushaltsdebatte unterhalten. Von über 600 Millionen Euro GA- und EFRE-Mitteln des Wirtschaftsressorts wurden bis zum 30.09. dieses Jahres gerade einmal 200 Millionen Euro, das heißt ein knappes Drittel, ausgegeben. Zum Jahresende, so denken wir, dürften es nicht einmal 50 % sein. Das freut natürlich Herrn Steinbrück, und es freut sich möglicherweise auch die EU-Kommission, aber für die mittelständisch geprägte Wirtschaft unseres Landes ist das Ganze jedoch ein Skandal und eine Katastrophe zugleich. Laut vorliegendem Haushaltsplan sollen die Wirtschaftsfördermittel im Jahr 2007 gegenüber diesem Jahr nochmals um 131 Millionen Euro gekürzt werden.

Kommen wir zum Infrastrukturbereich, dem zweitgrößten Investitionsbereich unseres Landes, so stellen wir fest, dass auch hier fast 32 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Dazu kommt noch eine inzwischen durch politische Taschenspielertricks der Koalitionsfraktionen scheinbar geschlossene Deckungslücke beim ÖPNV in der Größenordnung von 25,8 Millionen Euro. Unserer Fraktion - sicherlich nicht nur unsere Fraktion - liegt ein Schreiben der Brandenburger Unternehmensgemeinschaft ÖPNV aus Cottbus zur Novellierung des vom 1. Januar 2007 an geltenden ÖPNV-Gesetzes vor. Darin heißt es:

„Die Ausgaben der Bürgerinnen und Bürger für individuelle Mobilität steigen immer weiter an. Hinter den Wohnungskosten und vor den Aufwendungen für Ernährung machen sie den zweitgrößten Anteil der Lebenshaltungskosten privater Haushalte aus. Insbesondere das Autofahren ist erheblich teurer geworden. Wie das statistische Bundesamt ermittelt hat, haben sich die Preise für den Kauf und die Unterhaltung eines Kraftfahrzeugs zwischen

August 2000 und August 2006 um 17,1 % erhöht. Dagegen sind die durchschnittlichen Verbraucherpreise in Deutschland nur um 10,5 % gestiegen. Leider führt der Zwang zum rein wirtschaftlichen Betrieb verstärkt dazu, dass immer mehr Bus- und Bahnverbindungen ausgedünnt oder eingestellt werden. Die in diesem Jahr beschlossene Kürzung der Regionalisierungsmittel um 3,3 Milliarden Euro bis 2010 wird die Situation weiter verschärfen. Gerade wenn die Kosten für das Autofahren weiter steigen, wäre es fatal, weniger Mittel für Busse und Bahnen bereitzustellen. Wir als Verkehrsunternehmen kämpfen daher um Ihre Unterstützung, damit unser Verkehrsangebot den Menschen in unserer Region als echte Alternative zum PKW erhalten bleibt. Wir fordern vom Landtag Brandenburg, die Kürzungen des Bundes weitgehend auszugleichen. Die Länder erhalten aus dem Bund-Länder-Paket unter anderem durch die erhöhte Mehrwertsteuer eine Nettoentlastung von rund 11 Milliarden Euro im Jahr. Ein Teil dieses Geldes sollte der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wieder zugute kommen und die Kürzungen der Regionalisierungsmittel weitestgehend kompensieren.“

Ja, meine Damen und Herren, ja, Herr Minister Dellmann, in anderen Bundesländern hat man das so gemacht, jedoch nicht in Brandenburg. Nach dem Motto: Was kümmert uns des Volkes Wille? soll die Verkehrsinfrastruktur in weiten Teilen unseres Landes noch stärker ausgedünnt und sollen sechs Strecken komplett gestrichen werden. So kann man Verkehrspolitik natürlich auch machen.

Meine Damen und Herren! Nachdem sich in dem zu Ende gehenden Jahr seit den großartigen Ankündigungen des Ministerpräsidenten und seines Wirtschaftsministers zur neuen Förderpolitik die Abwärtsspirale in der von mir gezeigten Weise bereits deutlich beschleunigte, wird es nach den neuen Kabinettsbeschlüssen nicht besser werden; denn, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, wenn ich mir Ihre Karte der sogenannten regionalen Wachstumskerne ansehe, stelle ich fest, dass es immer noch Landkreise in Brandenburg gibt, die überhaupt nicht gefördert werden, und zwar die Landkreise Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und auch Havelland.

Bleiben wir beim Havelland. Vor kurzem ließ eine Pressemeldung in der „Märkischen Allgemeinen“ Zeitung aufhorchen, in der berichtet wurde, dass die Gemeinden Wustermark, Brieselang, Dallgow-Döberitz und Schönwalde-Glien sowie die Stadt Falkensee von sich aus künftig enger als bisher zusammenarbeiten wollen. Hauptziel dieser neuen Gemeinschaft in Osthavelland, so die Bürgermeister, sei es, gegenüber den Akteuren auf Landesebene kraftvoller als bisher auftreten zu können. Hintergrund dieses Bündnisses ist die Tatsache, dass die genannten fünf Kommunen trotz ihrer relativ großen Wirtschaftskraft und ihres günstigen, berlinnahen Standortes ein sogenannter weißer Fleck auf der Karte der regionalen Wachstumskerne sind. Selbst Herr Müller von der SPD-Fraktion, der als selbstständiger Unternehmer bekanntlich aus dieser Region kommt - Sie werden heute bestimmt noch etwas dazu sagen -, hat im vergangenen Jahr kritisiert, dass es für diese Regionen, besonders für die Entwicklung der Metropolenregionen, kein Konzept gibt.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die von mir erwähnten Landkreise sind weiße Flecken auf Ihrer Förderlandkarte, son-

dern auch die gesamte Uckermark mit Ausnahme von Schwedt, der Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit Ausnahme von Neuruppin sowie der Landkreis Barnim mit Ausnahme von Eberswalde. In der Prignitz wurde der Wachstumskern Karstädt-Perleberg-Wittenberge

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksins [SPD])

nur deshalb künstlich zusammengeschustert, weil sich dort oben mehrere Kommunen sogar schon lautstark mit dem Gedanken trugen, das Bundesland zu wechseln und sich Mecklenburg-Vorpommern anzuschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksins [SPD])

Und wie sieht es, meine Damen und Herren, mit den sogenannten Schlüsselbranchen aus, auf die der Großteil der Fördermittel konzentriert werden soll? - Deren Arbeitskräftebedarf ist wie bei der Biotechnologie, der Informationstechnologie und der Luft- und Raumfahrttechnik entweder von Hause aus sehr gering oder erfordert so hochqualifiziertes Personal, dass man es von außerhalb holen muss, wenn man es in der Region nicht hat.

Bei anderen Schlüsselbranchen wie der Ernährungswirtschaft oder dem Tourismus wird sich die räumliche Einengung auf Wachstumskerne sehr negativ auswirken; denn diese Branchen sind von Natur aus breitflächig angelegt. Gerade zum Bereich Tourismus hatten wir im zurückliegenden Jahr mehrere Anhörungen und wissen daher sehr genau, welche Probleme herrschen und dass sich deren Lösung räumlich nicht auf sogenannte Wachstumskerne konzentrieren lässt.

(Zuruf von der SPD)

Um unsere Argumentation einer räumlichen wie auch branchenmäßigen Ausblutung Brandenburgs zu untermauern, brauchte man sich nur per Mausclick die derzeit geltende GA-Richtlinie über den Ausbau der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur anzusehen. Hier ist insbesondere interessant, was nicht mehr gefördert werden kann. Ich möchte einige Beispiele benennen: der Einzelhandel, die Erschließung von Industrie- und Gewerbegebiete, Landschaftspflege und Denkmalschutz, Naherholungsmaßnahmen, Sanierung oder Instandsetzung kulturhistorischer Gebäude, Errichtung oder Ausbau von Unterkünften, Sporteinrichtungen, Parkplätze, Bäder, Kureinrichtungen, Gästehäuser, Kongress- und Tagungszentren, Wirtschaftshäfen und Regionalflugplätze, Straßennetze oder Netze des öffentlichen Personennahverkehrs, Errichtung oder Ausbau von Gewerbezentren sowie Technologie- und Gründerzentren usw. usf.

Dass eine solche Förderpolitik Wirtschafts- und Infrastrukturverhinderung sowie Abwanderungsbeschleunigung bewirkt, pfeifen heute bereits die Spatzen von den Dächern. Nicht umsonst haben derzeit einzig und allein Abrissunternehmen in den ländlichen Regionen Brandenburgs Hochkonjunktur. Unter dem schön umschriebenen Namen „Stadtumbau Ost“ verschwanden in den letzten Jahren bereits 16 000 Wohnungen. Insgesamt sind bis zu 50 000 weitere Abrisse vorgesehen. Auslöser dieses gigantischen Abrissprogramms sind die teilweise drastisch zurückgehenden Einwohnerzahlen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksins [SPD])

Beispiel Schwedt, immerhin ein regionaler Wachstumskern: 3 100 Wohnungen wurden bereits abgerissen, 2 000 weitere sind

zum Abriss freigegeben. Von einstmalig 52 000 Einwohnern verließen in den letzten 15 Jahren 14 000 die Stadt. Die meisten Menschen zogen wegen fehlender Arbeit in andere Gegenden, insbesondere in die Alt Bundesländer.

Beispiel Wittenberge: Rund 8 000 der ehemals 28 000 Einwohner kehrten ihrer Heimat den Rücken. Von den einstmalig drei großen Arbeitgebern des Ortes blieb kein einziger übrig, und 8 000 Arbeitsplätze verschwanden praktisch über Nacht. Bis 2010 sollen in Wittenberge rund 2 000 Wohnungen abgerissen werden.

Brandenburg wird in den nächsten 15 Jahren 170 000 Einwohner verlieren. Neben der inzwischen geradezu fluchtartigen Abwanderung trägt eine dramatisch niedrige Geburtenrate ebenso zu der Bevölkerungsabnahme bei. Während die Bevölkerungszahl im sogenannten Speckgürtel rund um Berlin bis zum Jahre 2020 sogar noch einmal um 50 000 Einwohner zunehmen dürfte, werden nach statistischen Berechnungen die ländlich geprägten Regionen Brandenburgs rund 225 000 Einwohner verlieren.

(Dr. Klocksins [SPD]: Ist ja alles bekannt! Das ist alles nicht neu!)

Diesen Abwärtstrend kann nicht einmal die höhere Lebenserwartung umkehren. Im Jahre 2020 ist jeder vierte Brandenburger über 65 Jahre alt - und was tut diese Landesregierung? Statt eine Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik mit dem Ziel einer deutlichen Steigerung der Geburtenrate und eines Stopps bzw. einer Umkehr der Abwanderungsbewegung zu betreiben,

(Zuruf des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

haben Sie das verfassungsmäßig festgelegte Prinzip der dezentralen Konzentration längst aufgegeben. Sie haben sich mit den demografischen Gegebenheiten, als seien sie gottgegeben, abgefunden und preisen Ihre förderpolitische Zentralisierungspolitik in den höchsten Tönen, während Sie gleichzeitig das breite Land, das förderpolitisch zum größten Teil aus weißen Flecken besteht, buchstäblich links liegen lassen.

(Beifall bei der DVU)

Ich denke, die Frage ist berechtigt: Warum machen Sie aus rund zwei Dritteln unseres Landes nicht gleich einen überdimensionierten Naturpark? In diesem können die Touristen, wenn sie denn kommen, die wenigen verbleibenden Ureinwohner in ihren wenigen Reservaten als Touristenattraktion bestaunen.

(Dr. Klocksins [SPD]: Das ist dummes Gerede!)

- Denn nichts anderes, Herr Dr. Klocksins, ob Sie das nun wollen oder nicht, wird das Ergebnis Ihrer Förderungszentralisierung auf wenige Schlüsselbranchen in sogenannten Wachstumskernen sein.

(Beifall bei der DVU - Dr. Klocksins [SPD]: Kein eigener Gedanke!)

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Wir als DVU-Fraktion wollen kein Wirtschaftschaos, kein Förderchaos, kein Bildungschaos, auch kein Infrastrukturchaos, sondern ein lebens- und liebenswertes Brandenburg, in dem Menschen

(Dr. Klocksins [SPD]: Ja, ja, ohne Braune!)

in und von ihren Regionen leben, ohne Geburtenschwund, ohne Abwanderung und mit einer florierenden bodenständigen mittelständischen Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird.

(Dr. Klocksin [SPD]: Gute Reise!)

Das unterscheidet uns diametral von Ihnen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der DVU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksin [SPD])

Der Schriftsteller Meinhard Miegel sagte einmal: Zukunft ist, was wir heute tun und lassen. - Ihr Tun, Herr Platzek, und das Ihrer Regierung führt - das ist sicher - in keine lichte Zukunft. Die Vorschläge der DVU-Fraktion zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik dagegen würden in eine bessere Zukunft führen. An dieser Stelle ein Zitat:

„Das Volk versteht das meiste falsch, aber es fühlt das meiste richtig.“

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in ihrer übergroßen Mehrheit bereits seit längerem das Gefühl, dass es mit dieser Regierung so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Ich begrüße unsere Gäste vom Erwin-Strittmatter-Gymnasium Spremberg und wünsche ihnen interessante Stunden.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lunacek.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Neuausrichtung der Fördermittelvergabe zeigt erste Erfolge. Die Verantwortlichen in den Wachstumskernen haben sich an die Arbeit gemacht und Konzepte erstellt. Die Grundsätze und Ziele der neuen Fördermittelvergabe sind akzeptiert. In Gesprächen vor Ort habe ich erfahren: Die Leute finden es nachvollziehbar und verständlich, dass die Fördermittel angesichts der Veränderungen konzentriert werden müssen.

Vor gut einem Jahr fiel der Startschuss für die neue Förderpolitik; im September 2005 im Wirtschaftsministerium und mit Beginn dieses Jahres in den anderen Ressorts. Ich begrüße, dass wir heute darüber reden, eine erste Bilanz ziehen und prüfen, was funktioniert. Diese Erfolge sollten wir benennen.

Wir stehen im Land Brandenburg vor zwei wichtigen Herausforderungen. Die erste ist die demografische Entwicklung und der damit verbundene Einwohnenschwund im ländlichen Raum. Während die Einwohnerzahl der dortigen Städte und Dörfer schrittweise zurückgeht, wächst sie im Speckgürtel an. Die Uckermark hatte im Jahr 1990 noch 170 000 Einwohner, inzwischen sind es weniger als 140 000 Einwohner. Die Prignitz zählte im Jahr 1990 knapp 110 000 Einwohner, jetzt sind

es noch 88 000 Einwohner. Wenn wir verantwortlich handeln wollen, müssen wir auf diese Veränderungen reagieren.

Zweitens: Die Anzahl der Kinder geht zurück. In den berlinfernen Räumen sind die 10. Klassen an Oberschulen oder Gymnasien im Allgemeinen drei- und vierzünftig, die 7. und 8. Klassen jedoch nur noch zweizünftig.

Es kommt ein Weiteres hinzu: Die Solidarzuweisungen und die Zuweisungen der Europäischen Union werden gekürzt. Wir bekommen in diesem und im nächsten Jahr ca. 1,5 Milliarden Euro an Solidarzuweisungen im Rahmen des Aufbau-Ost-Programms. Ab dem Jahr 2009 werden diese Mittel schrittweise um jährlich 150 Millionen Euro abgesenkt. Kollege Baaske erwähnte es bereits: Im Jahr 2019 wird unser Haushaltsvolumen im Vergleich zum jetzigen um ca. 20 % reduziert sein. Insbesondere diejenigen, die kommunalpolitisch tätig sind, wissen: Dies zu stemmen ist eine Herkulesaufgabe und erfordert eine große Kraftanstrengung.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Das ist doch kein Naturgesetz!)

Wir haben diese Herausforderungen bereits vor den Koalitionsverhandlungen erkannt und deshalb im Koalitionsvertrag ein Umsteuern festgeschrieben. Darin steht:

„Die künftige Wirtschaftspolitik muss noch zielgenauer ausgestaltet werden als bisher. Die Förderung ist auf die vorhandenen Cluster und Kompetenzfelder zu konzentrieren, damit die starken Branchen sich positiv weiterentwickeln und Ausstrahleffekte entfalten können ... Dies erfordert, dass sich alle anderen mit der Wirtschaftsentwicklung zusammenhängenden Politiken ebenfalls an diesem Ziel orientieren und im Rahmen der vorhandenen Steuerungsmöglichkeit auf entsprechende Schwerpunkte konzentrieren. Dies gilt beispielsweise für die Verkehrspolitik und die Hochschul- und Forschungspolitik.“

Wie gesagt: Wir haben dies erkannt und festgeschrieben und setzen es seit einem Jahr um.

Neben den beiden Herausforderungen möchte ich weitere Gründe nennen. Wir müssen uns die Frage stellen: Wo stehen wir im Aufbauprozess? Wo steht Brandenburg bei der Ost-West-Angleichung? - Diesbezüglich muss man sagen, wir haben den größten Teil der Wegstrecke geschafft. Die Infrastruktur in vielen Bereichen ist gut erschlossen, das Schienen- und das Straßennetz wurden ausgebaut; in den Dörfern und Städten ist viel Neues entstanden; Fußgängerzonen wurden errichtet, die Städte und Dörfer erstrahlen. Das Gesundheitswesen hat Westniveau erreicht.

Das alles sind gute Erfolge, die wir benennen können und die Mut machen. Dennoch ist ein gutes Stück der Wegstrecke noch zurückzulegen. Die Zahl der Industriearbeitsplätze ist bei uns wesentlich niedriger als in den alten Bundesländern; dort besteht etwa jeder dritte Arbeitsplatz im Bereich des verarbeitenden Gewerbes oder der Industrie. Die Infrastruktur ist an einigen Stellen noch verbesserungsbedürftig. Die Forschungsintensität unserer Wirtschaft muss Schwung erhalten bzw. es gibt bei der Verbindung Wirtschaft-Forschung-Universitäten noch viel zu tun. Frau Kaiser, Herr Baaske hatte es zum Teil schon ausgeräumt: Es ist nicht richtig, dass die brandenburgische

Hochschullandschaft unterfinanziert ist, sondern es ist so, dass wir eine geringere Anzahl von Universitäten und Studienplätzen haben. Brandenburg könnte sich bezogen auf die Einwohnerzahl im Vergleich gut und gerne eine Universität mehr leisten; wenn wir sie denn finanzieren könnten.

(Beifall bei der CDU - Frau Kaiser [Die Linkspartei. PDS]: Aber das Kienbaum-Gutachten kennen Sie, ja?)

- Ja, das kenne ich, Frau Kaiser.

Beim Aufbau Ost und bei der von uns allen gewünschten Ost-West-Angleichung ist es wie bei einem Marathon: Das letzte Stück ist das schwerste. Deswegen sagen wir: Es bedarf neuer Impulse. Wir als Union haben uns immer als Partei der deutschen Einheit verstanden und fühlen uns der inneren Einheit verpflichtet. Wir wollten sie, als alle anderen sie schon aufgegeben hatten. Deshalb sagen wir: Wir wollen neue Wachstumsimpulse für Brandenburg. - Diese geben wir mit der neuen Struktur.

Den Schritt hin zu einer konzentrierten Förderung haben viele wissenschaftliche Institute und auch die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Merkel als fortschrittlich gelobt. In einem ersten Schritt haben wir eine neue Wirtschaftsförderpolitik beschlossen, die nun fast ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten erste Erfolge zeigt. Wir haben uns auf wichtige Branchen konzentriert und die Förderinstrumentarien entsprechend angepasst.

Die Koalition und die Landesregierung haben aber auch auf anderen Feldern die Weichen neu gestellt. Mit dem Masterplan Stadtbau hat das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung ein Zehn-Punkte-Programm vorgestellt, das die Städte in unserem Land in die Lage versetzen soll, sich auch zukünftig positiv zu entwickeln. Dazu zählen unter anderem die Stärkung der Innenstädte, die Stärkung der Städte als Wirtschaftsstandorte, die Förderung von familiengerechtem Wohnen und in Zukunft auch die Förderung des ländlichen Raums, die meines Erachtens eine wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre ist und nicht aus dem Auge verloren werden darf.

Im Bereich der Kommunalfinanzen haben wir - durch den Symmetriebericht angeregt - ein zukunftsfähiges Konzept gefunden. Ich weiß, dass es einige Anlaufschwierigkeiten und zum Teil auch verärgerte Bürgermeister gibt, aber insgesamt ist das Konzept logisch, erklärbar und der richtige Weg.

Mit der Festlegung von 15 regionalen Wachstumskernen durch die Landesregierung haben wir in den Regionen des Landes einen Vorgang angeschoben, der bis heute einzigartig ist. Im Vorlauf der Festlegung haben sich kommunale Vertreter, Vertreter der Wirtschaft und Vertreter der örtlichen Bildung an einen Tisch gesetzt und über die Region bzw. deren Zukunft nachgedacht. Nach anfänglichem Klagen haben sie einen Weg gefunden, die positiven Seiten, die Stärken ihrer Region in den Vordergrund zu stellen. Die Frage war nicht mehr: „Wie können wir die Probleme und die Bedürftigkeit unserer Region in den Vordergrund stellen, um für den Erhalt von Fördermitteln möglichst attraktiv zu erscheinen?“, sondern: Wie können wir die Stärken unserer Region in den Vordergrund stellen? Worin sind wir richtig gut? Was ist unser Alleinstellungsmerkmal? Was zeichnet uns gegenüber anderen aus? - Dieser Prozess des Umdenkens hat zu mehr Selbstbewusstsein und einem anderen Auftreten nach außen hin, für mehr Attraktivität gegenüber In-

vestoren oder anderen, die man in die Region holen will, geführt.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Prozess spielten die harten Fakten eine herausragende Rolle: Ohne eine vernünftige Anbindung wird kein Investor an den Standort kommen. - Im Verlauf haben sich aber auch andere Faktoren bzw. Fragen mehr und mehr in den Vordergrund gespielt: Haben wir genug gut ausgebildete Arbeitskräfte für die Wirtschaft? Funktioniert der Technologietransfer? - All das sind wichtige Punkte, wenn man eine Region voranbringen will.

Es gab auch eine andere unerwartete erfreuliche Entwicklung: Durch den Wettbewerb der Regionen untereinander, auch im Vorlauf der Ausweisung der Wachstumskerne, haben eine ganze Reihe von Regionen ihre Stärken benannt und in den Vordergrund gestellt. Auch wenn sie am Ende nicht als Wachstumskerne ausgewählt wurden, so haben sie sich doch auf die eigenen Kräfte besonnen. Als Beispiel nenne ich einmal die Orte Kleinmachnow, Teltow und Stahnsdorf. Diesbezüglich gab es Überlegungen, Herr Klocksins - er hört im Moment nicht zu -, daraus einen Wachstumskern zu bilden. Dies wurde leider nicht Realität, weil sie als einzelne Orte die erforderlichen Einwohnerzahlen nicht vorweisen konnten. Dennoch gibt es auch hier Konzepte, die förderwürdig sind, und ich bin mir sicher, dass die Landesregierung auch hier fördern wird.

Des Weiteren nenne ich den östlichen Speckgürtel mit Erkner, Neuenhagen und Strausberg.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksins [SPD])

Diese östliche Region des Speckgürtels ist ebenfalls kein Wachstumskern. Dennoch gibt es hier - vor allem mit Hoppegarten als einem sehr starken Industriestandort - Förderkonzepte und andere Konzepte für das Voranbringen der Region, die würdig sind, unterstützt zu werden. Ich bin mir sicher, diesbezüglich wird einiges machbar sein.

(Dr. Klocksins [SPD]: Als Wachstumskern, ja!)

In den regionalen Wachstumskernen wurde in mehreren Regionalveranstaltungen über das jeweilige Konzept diskutiert und gestritten. Schlussendlich ist eine Liste von Projekten herausgekommen, die es der einzelnen Region ermöglichen, ihren Bürgern eine sichere Zukunft zu bieten.

Als erstes Beispiel nenne ich den Wachstumskern Eberswalde. Dort haben sich die regionalen Vertreter zusammengesetzt und festgestellt, dass die Stadt nach dem Zusammenbruch der alten Industriestrukturen inzwischen wieder neue Industriepotenziale aufgebaut hat, mit denen an die alten Stärken angeknüpft wird. Es wurde festgelegt, die Verkehrsanbindung zu den Gewerbegebieten und die Verkehrsanbindung B 167 zur Autobahn prioritär zu verbessern.

Zudem wurde das Problem des Fachkräftemangels deutlich. Man hat festgestellt - das teilten mir auch Unternehmer mit -, dass es zum Beispiel an guten Schweißern und guten Ingenieuren fehlt. Diese werden trotz der bei etwa 20 % liegenden regionalen Arbeitslosigkeit gesucht. Aufgrund dessen bildete man einen Runden Tisch „Bildung“, an dem die Bildungs-

träger, die Arbeitsagentur und andere kommunale Vertreter sitzen. Auch dies wird als förderwürdig akzeptiert und gefördert werden.

Als zweites Beispiel nenne ich den Wachstumskern Westlausitz. Dort wurde festgelegt, ein Netzwerk Kunststoff Chemie zu bilden und zu unterstützen. Dabei spielt BASF Schwarzheide eine herausragende Rolle. Hinzu soll unter anderem der Umbau des Autobahnanschlusses Ruhland kommen, damit Vestas seine Flügel für Windkraftblätter besser transportieren kann. Das Unternehmen Vestas hat in dem Zusammenhang gesagt: Wir könnten uns vorstellen, uns an den Kosten zu beteiligen. - Demnach gibt es auch hier neue Impulse und Punkte, die wichtig und richtig sind.

Als drittes Beispiel nenne ich den Wachstumskern Oranienburg, Velten, Hennigsdorf. Hennigsdorf ist ein alter Industriestandort, an dem Schwerindustrie - das Stahlwerk - ansässig war. Derzeit befinden sich RIVA und Bombardier dort, die an die alten Stärken anknüpfen. Mit der Kommune wurde ein Flächenaustausch vereinbart, sodass weitere Gewerbeflächen entwickelt werden können; denn die großen Industrien dort entwickeln eine eigene Kraft. Es kommen neue Zulieferindustrien aus eigenem Antrieb hinzu, die beste Bedingungen vorfinden müssen. Das wird vor Ort gefördert.

Zudem empfiehlt sich Oranienburg als kultureller Standort und als Standort zum Wohnen, damit das Pendeln nach Berlin nicht mehr notwendig ist. Somit gibt es auch hier gute und richtige Impulse.

Anhand dieser Beispiele ist erkennbar, dass sich die Akteure vor Ort Gedanken darüber gemacht haben, wie sie ihre Region voranbringen können.

Ein Wachstumskern wurde aus politischen Gründen festgelegt. Das ist der Wachstumskern in der Prignitz mit Karstädt, Wittenberge und Perleberg. Dies war umstritten. Aber das ist ein Signal dieser Koalition: Wir wollen keine Region hängen lassen. Jede Region bekommt eine Chance. Dort kann sich etwas entwickeln, was dazu führt, dass sich niemand abgehängt fühlt.

Der größte Wachstumskern in Brandenburg - er ist zwar nicht so benannt, aber durchaus realistisch - sind Berlin und das Umland. Berlin hat derzeit 3,5 Millionen Einwohner und das Umland inzwischen mehr als 800 000 Einwohner. Dies stellt einen starken Ballungsraum mit mehr als 4 Millionen Menschen dar, der Entwicklungspotenzial hat. Darum beneiden uns andere. Dieser Raum ist eine Perle in unserer Mitte. Es liegt an uns, alles dafür zu tun, damit das Potenzial, das im Umland von Berlin schlummert, genutzt wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Diesbezüglich gibt es einiges, was bereits getan wurde. Ab dem 01.01.2007 werden wir mit Berlin keine gemeinsame Arbeitsmarktregion mehr haben. Es wird damit möglich sein, im Speckgürtel um Berlin Unternehmen mit 50 % Investitionsförderung zu unterstützen. Bis jetzt sind es lediglich bis zu 38 %. Somit erhalten ab dem 01.01.2007 Unternehmen, die im Gürtel von Berlin investieren, deutlich bessere Bedingungen. Das muss so benannt werden und das kann diese Region auch als Stärke herausstellen.

Der Neubau des Flughafens Berlin-Brandenburg gibt Impulse. Ich bin froh, dass man nun endlich - der erste Spatenstich ist erfolgt - mit dem Bau beginnt. Vor 14 Tagen teilte mir ein mittelständischer Unternehmer Folgendes mit: Man merkt, dass man sich im Wirtschaftsministerium erfolgreich Gedanken darüber macht, wie brandenburgische Unternehmen daran beteiligt werden können. - Es gibt Runden und das Bieterverzeichnis. Zudem hat man ein offenes Ohr. Damit kann sich der brandenburgische Mittelstand - insbesondere im Bauhaupt- und Baunebengewerbe - gut aufstellen.

Für die Zusammenführung der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften - BerlinPartner und ZukunftsAgentur - wurden erste Schritte gemacht. Berlin-Brandenburg kann man überregional und international nur gemeinsam vermarkten. Alles andere macht keinen Sinn.

Dennoch liegt auch noch einiges im Argen. Das muss man ganz nüchtern sagen. Die Landesplanung legt einige Kommunen um Berlin regelrecht in Ketten. Die Bürgermeister dieser Kommunen betrachten die Landesplanung als einen großen Hemmschuh. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie mit der neuen Landesplanung - diese befindet sich in Arbeit - auch hier neue Freiräume schafft.

Als Beispiel nenne ich die Region um die B 158. Der gerade ernannte Minister Dellmann - das ist mit seine Heimatregion - kennt das. Auf dieser Straße fahren täglich Tausende von Pendlern nach Berlin. Sie können natürlich dort einkaufen oder sollten dort auch einkaufen können. Zudem sollten Unternehmen in angelegtem Gewerbe investieren können. Dies ist derzeit jedoch nicht möglich. Mit der neuen Landesplanung erwarte ich Freiräume dahin gehend, dass diese Potenziale auch genutzt werden; denn jeder muss wissen: Wenn sich der Gürtel um Berlin gut entwickelt, nützt das dem gesamten Land - auch der Uckermark, der Lausitz und der Prignitz.

Verunsichert sind die Kommunalpolitiker vor Ort auch aus einem anderen Grund. Sie warten auf das neue Konzept des Zentralen-Orte-Systems. Bei der Förderung haben wir Schwerpunkte - Wachstumskerne, Branchenkompetenzfelder, Branchen - geschaffen. Das Zentrale-Orte-System lässt jedoch derzeit noch auf sich warten. Ich mahne an, dass wir hier zügig vorankommen müssen. Zudem erwarte ich, dass wir im nächsten Jahr darüber diskutieren werden. Ein schwerer Fehler wäre es, diese Diskussion in den Kommunalwahlkampf 2008 zu legen. Dann kämen völlig sachfremde Kriterien hinzu, die zu anderen und von uns möglicherweise nicht gewollten Ergebnissen führen können. Aus diesem Grunde müssen wir hier zügig vorankommen, um für die Kommunalpolitiker vor Ort Klarheit zu schaffen, wohin es geht, wie ihre Orte künftig eingestuft werden.

Eine chinesische Weisheit besagt: „Nichts ist teurer als das, was Du umsonst bekommst!“ - Von vielen werden Fördermittel als selbstverständlich angesehen. Wir wissen, dass die Fördermittel von der Allgemeinheit durch Steuermittel aufgebracht werden müssen. Mittlerweile sollte jeder begriffen haben, dass die Zeiten, in denen wir auf Pump gelebt haben oder in denen Fördermittel als Selbstverständlichkeit betrachtet wurden, zu Ende gehen. Lassen Sie uns eine Politik gestalten, die dazu führt, dass unsere Bürger aus eigener Stärke eine positive Zukunft gestalten können. Lassen Sie uns Brandenburg für die

Zukunft unserer Kinder fit machen. Dazu müssen wir das Begonnene konsequent weiterführen. Die Fokussierung auf die Wachstumskerne und Branchenkompetenzzentren muss sich stringent durchziehen. Im Ergebnis heißt das: Die Konzepte aus allen Ressorts müssen als Karten übereinandergelegt werden können, ohne dass dabei Unterschiede erkennbar werden. Nur so können die Wachstumskerne ihre Ausstrahlung entwickeln, die für die positive Entwicklung des ländlichen Raums in Brandenburg benötigt wird.

Bekanntermaßen ist der ländliche Raum neben der Metropolregion nicht einfach so das Reizvolle in unserem Land Brandenburg, sondern er bedarf auch einer entsprechenden Fürsorge. Dabei wird nicht zu vermeiden sein, dass es bei den Veränderungen das eine oder andere Mal im Gebälk knirscht. Das ist einfach so. Viele werden ihre Meinung einbringen wollen, was auch völlig normal ist. Nehmen wir uns ein Beispiel an der Großen Koalition auf Bundesebene! Auch dort knirscht oder quietscht es hin und wieder. Aber bereits Altkanzler Kohl hat gesagt: „Wichtig ist, was am Ende herauskommt.“ - Das kann sich sehen lassen. Die Wirtschaft boomt wie seit Jahren nicht mehr. Zudem steigt die wichtige Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten merkbar an. Das trifft auch für Brandenburg zu. Nun liegt es an uns, diesen positiven Trend zu festigen und unser Land zukunftsfähig zu machen. Lassen Sie uns gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die zweite Hälfte der Redezeit der SPD-Fraktion ist der Abgeordnete Müller angemeldet. Bitte, Herr Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kaiser, dass Sie zu dem Ergebnis kommen, wir würden weitere Jahre verschenken, liegt daran, dass Sie die Dimension der im vorigen und in diesem Jahr auf den Weg gebrachten Veränderung nicht verstanden haben. Um sie zu verstehen, muss man zurückblicken und die Frage beantworten, was in den Jahren nach 1990 passiert ist und wie wir darauf reagiert haben.

Das erste Ergebnis des Rückblicks lautet: Der Umbau der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war eine Herausforderung ohne Beispiel in der Geschichte Deutschlands, Europas und darüber hinaus. Er ging mit Arbeitsplatzverlusten insbesondere in der Industrie und der Forschung einher.

Ferner mussten nicht nur wir in Brandenburg oder nur die neuen Bundesländer, sondern auch die damalige Bundesregierung und die EU feststellen, dass es erheblichen Nachholbedarf in der gesamten Wirtschaft, insbesondere in der Infrastruktur, gab. Im Ergebnis wurden zwei große Förderinstrumente entwickelt, die uns bis heute zur Verfügung stehen: die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - GA - und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung - EFRE. Mit diesen uns an die Hand gegebenen Instrumenten mussten wir irgendwie umgehen.

Zunächst, beginnend 1991, wurde fast alles gefördert. Das hat man sehr schnell korrigiert und eine Abstufung zwischen dem Umland von Berlin, dem engeren Verflechtungsraum, und dem

Rest des Landes vorgenommen, dies wiederum so extrem, dass im Umland fast gar nicht mehr gefördert wurde. Einige Jahre später, beginnend 1995, nahm man erneut eine Veränderung vor, weil man erkannt hatte, dass man sonst Investitionen verlieren würde. Es gab danach zwar immer noch eine Abstufung, aber nur noch eine moderate.

Das zu jener Zeit entwickelte Motto „Dezentrale Konzentration“ hatte einen Ausgleich zwischen dem Berliner Umland und den anderen Regionen Brandenburgs zum Ziel. Es ging offensichtlich auch ein Stück weit darum, Investoren zu steuern. Mit unterschiedlichen Investitionsanreizen wollte man erreichen, Unternehmen, die ursprünglich eher im Berliner Umland investiert hätten, dazu zu bewegen, in anderen Regionen Brandenburgs zu investieren. Bis zu einem gewissen Grade sollte es allen recht gemacht werden. In dem Papier des Wirtschaftsministeriums liest man in diesem Zusammenhang immer wieder das Wort Gießkanne.

Das Interessante ist, dass Frau Kaiser und die PDS damit weitermachen wollen, obwohl sich gezeigt hat, dass die bisherige Förderstrategie nicht zu den Ergebnissen führt, die wir gemeinsam brauchen. Die PDS überschätzt nach wie vor die Binnenwirkung. Rathenow steht nicht wirklich im Wettbewerb mit Potsdam. Die Region Berlin-Brandenburg steht im Wettbewerb mit den Regionen um München, Paris und London sowie mit Irland, um nur Beispiele zu nennen. Nur wenn wir diesen Blickwinkel an den Anfang stellen, können wir am Ende zu richtigen Entscheidungen kommen.

Eines hat die alte Förderstrategie mit sich gebracht: Die Regionen konzentrierten sich auf ihre Schwächen, nicht auf ihre Stärken. Das konnte nicht so weitergehen, sondern musste verändert werden. Die Rahmenbedingungen haben sich, was von vielen damals vielleicht nicht vorhergesehen wurde, seit 1990 massiv verändert; das Stichwort Globalisierung ist schon angesprochen worden. Hinzu kamen die EU-Osterweiterung und das Thema Demografie. Der Fachkräftemangel ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Die verfügbaren Fördermittel gehen massiv zurück. Die Rahmenbedingungen mussten also überprüft werden. Das ist 2005 auf den Weg gebracht worden. Im Jahre 2006 sind die Rahmenbedingungen verändert worden.

Dabei geht es nicht darum, Unternehmen zu steuern, sondern darum, passgerechte Angebote zu entwickeln. Das Ausgleichsziel kann nicht aufrechterhalten werden, wenn dadurch unter Umständen Investitionen verhindert werden.

Die Neuausrichtung ist notwendig. Das Wort Konzentration ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Es geht dabei sowohl um eine regionale als auch eine sektorale Konzentration. Wir haben heute schon gehört, dass es weiterhin Ausnahmetatbestände geben wird. Eine Mittelstandskomponente wird eingefügt. Die Fördersätze werden überall im Land gleich sein, auch im engeren Verflechtungsraum. Die Splittung in zwei Regionen wird, zumindest was Umland und Außenbereiche angeht, aufgehoben. Das neue Motto „Stärken stärken“ ist ohne Wenn und Aber richtig und spiegelt sich auch in den Regionen wider.

Richtig ist aber auch, dass Wirtschaftsförderung nicht allein, sondern nur im Gesamtpaket funktionieren kann. Dazu gehören Investitionsförderung und Infrastrukturförderung, aber auch Marktzugangsförderung sowie Netzwerk- und Koopera-

tionsförderung. Auch die Fachkräftesicherung ist Teil der Wirtschaftsförderung. In diesem Zusammenhang ist immer wieder das Wort Bildung zu nennen. Die Region Berlin-Brandenburg ist als gemeinsamer Standort zu entwickeln und zu vermarkten. Schließlich nenne ich die Aspekte Technologie- und Wissenstransfer sowie Bürokratieabbau. All das sind Faktoren, die die Attraktivität von Standorten beschreiben und für andere erkennbar machen.

Die überministerielle Zusammenarbeit ist ein sehr wichtiger Punkt. Lange Jahre wurde darüber diskutiert. Häufig hat es nicht so funktioniert, wie es eigentlich gewollt war. Es kann ein Qualitätssprung erreicht werden, wenn die Ziele aller Ministerien aufeinander abgestimmt werden. Um das greifbar zu machen, gibt es das neue Medium des Wachstumskerns. Der Wachstumskern macht die Zusammenarbeit an einem Ort erkennbar. Hier gibt es einen bestimmten Bereich, der eine bestimmte Aufgabe umsetzen will.

Im November 2005 wurden 15 Wachstumskerne nominiert. Zwischenzeitlich liegen die in den Wachstumskernen erstellten Entwicklungskonzepte vor. Das ist ein guter Grund, eine Zwischenbilanz zu ziehen; das tun wir im Moment.

Auch wenn Sie von der PDS ein anderes Konzept verfolgen, würden Sie interessanterweise im Osten Berlins gern einen Wachstumskern sehen. Das habe ich jedenfalls so verstanden. Das wäre neben dem Osten übrigens auch im Süden und Westen sinnvoll. Insofern sind wir nicht mehr so weit auseinander.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn man eine Zwischenbilanz zieht, ist zunächst zu prüfen, was geschehen ist und was wir erreicht haben. Ich denke, es ist sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landtags völlig unstrittig, dass es einen Imagegewinn der Region Berlin-Brandenburg, aber auch des Standortes Brandenburg selbst gegeben hat. Der Imagegewinn spiegelt sich überall in der Presse wider und ist auch in den Unternehmen zu erkennen. In vielen Orten hat man gemerkt: Mit der Umstellung der Förderpolitik hat das Land einen mutigen Schritt gemacht, obwohl das nicht nur Freude ausgelöst, sondern auch zu manchen Gegenstimmen und zu Verärgerung geführt hat. Wir haben die Umstellung vorgenommen, indem wir die Stärken in den Mittelpunkt gestellt haben. Dieser Weg ist nicht immer einfach gewesen, aber richtig. Das wird auch außerhalb dieses Hauses anerkannt.

Wenn man anhand der Entwicklungskonzepte die Zwischenbilanz ein wenig weiterführt, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass es noch ein paar korrekturbedürftige Dinge gibt. Aus meiner Sicht wird die Infrastruktur immer noch überbetont. Hier ist schon eine kleine Korrektur erfolgt; dennoch ist das nach wie vor ein Problem in den Entwicklungskonzepten, die regional aufgestellt worden sind.

Als zweites Problem sollte man im Auge behalten, dass die aus dem Fachkräftemangel resultierenden Probleme noch nicht in allen Regionen ausreichend erkannt worden sind. Es fehlt an ausreichend entwickelten Strategien. Man kann aus den Entwicklungskonzepten ein Stück weit herleiten, dass es insoweit Nachholbedarf gibt.

Wenn man eine Zwischenbilanz zieht, muss man auch feststellen: Der Aufbruch in die neue Förderpolitik vollzog sich ein

wenig holprig, ein wenig überstürzt. Das hat dazu geführt, dass in der Anfangsphase manches vielleicht nicht so optimal gelaufen ist, wie man sich das hätte vorstellen können.

Ferner ist feststellen, dass wir nach wie vor kein schlüssiges Konzept haben, wie wir die Potenziale im engeren Verflechtungsraum nutzen können. Das ist ein Problem. Das ist meines Erachtens eine Aufgabe für die Evaluierung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und des Abgeordneten Dr. Klocksin [SPD])

Damit bin ich bei den Handlungsempfehlungen. Ich glaube, die Bedeutung der Evaluierung, die sicherlich in den nächsten zwei Jahren ansteht, wird von allen Seiten anerkannt. Aber 2008 müssen wir Ergebnisse haben. Wir können Entscheidungen nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben, sondern müssen das, was wir an richtigen Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, vernünftig nachsteuern können. Dazu brauchen wir eine Evaluierung. Darin sollte der Landtag noch stärker einbezogen werden, als es bei Aufstellung der Konzeption der Fall gewesen ist. An dieser Stelle halte ich insbesondere Transparenz für ein Schlüsselwort.

(Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

Es war nicht immer klar, warum eine Region zum Wachstumskern geworden ist, eine andere dagegen nicht. Das muss transparenter gemacht werden. Nur dann wird es möglich sein, das zu erreichen, was wir perspektivisch wollen: ein dynamisches System. Vielleicht gibt es Absteiger, die ihre Entwicklungskonzepte nicht umsetzen. Es gibt aber auch die Chance für Aufsteiger, Wachstumskern zu werden, wenn sie sich gut entwickeln. Beides muss möglich sein. Dafür muss man aber wissen, wie die Auswahl funktioniert. Es muss Regeln geben; momentan gibt es sie noch nicht.

Ich meine, wir müssen noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht zu viele Branchenkompetenzen gibt; es sind 17, wenn man die Mikroelektronik einrechnet. Möglicherweise muss an dieser Stelle nachgesteuert werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

Im Rahmen der Evaluierung sollten wir auch darüber nachdenken, ob die gemeindegrenzscharfe Betrachtung immer die richtige ist.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es gibt Wirtschaftsverflechtungen, die nicht an Kommunalgrenzen Halt machen. Auch dafür muss man im Konzept Antworten haben.

Zum letzten Punkt: In Zukunft geht es darum, eine Idee zu haben, wie man die Potenziale des Umlands tatsächlich vernünftig nutzen kann, denn darin liegt eine der wesentlichen Stärken des Landes Brandenburg oder, besser gesagt, der Region Berlin-Brandenburg. Wenn wir sie ungenutzt ließen oder sie nicht ausreichend nutzten, hätten wir meines Erachtens nicht alles ganz richtig gemacht.

Zusammengefasst muss man feststellen: Die Umsteuerung der Wirtschaftsförderung und, damit verbunden, der gesamten För-

dermentalität im Land Brandenburg war absolut richtig. Wir sind auf einem guten Weg; auf ihm sollten wir weitergehen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU sowie des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Mit diesem Redebeitrag sind wir am Ende der Debatte zur Regierungserklärung angelangt. Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof Brandenburg

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/3774

1. Lesung

Der Abgeordnete Schulze von der SPD-Fraktion eröffnet die Debatte.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Die Koalitionsfraktionen legen Ihnen einen Gesetzentwurf über die punktuelle, aber nicht unwesentliche Veränderung des Landesrechnungshofgesetzes vor. Der Landesrechnungshof ist in den letzten Tagen, Wochen und Monaten aus verschiedensten Gründen immer wieder im Fokus des Interesses der Öffentlichkeit. Das hat damit aber eigentlich nur wenig zu tun. Schon seit November 2005 wird im Landtag Brandenburg zwischen den Fraktionen über die Frage der Befristung der Amtszeit von Präsident und Vizepräsident gesprochen. Das war nicht akut, weil Frau Gisela von der Aue auf Lebenszeit gewählt worden war. Überraschend konnten, mussten oder durften wir alle dann am 20., 21. und 22. November die personelle Veränderung zur Kenntnis nehmen. Von dieser Stelle aus spreche ich der ehemaligen Präsidentin des Landesrechnungshofes Gisela von der Aue den Glückwunsch dazu aus, dass sie Justizsenatorin von Berlin geworden ist.

(Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

Das ist ein nicht ganz unwichtiges Amt, und ihre Berufung bedeutet auch eine Anerkennung dessen, was sie als Person geleistet hat.

Dadurch sind wir natürlich gemeinsam in Zugzwang gekommen, denn wenn man darüber geredet hat, das einmal ändern zu wollen, und jetzt die Wahl von Präsident und auch Direktor anstehen, dann muss man es irgendwann anpacken. Deswegen haben wir uns in Absprache mit anderen Kolleginnen und Kollegen entschlossen, hier zu handeln.

Die Regelung des Gesetzentwurfes sieht vor, dass Präsident und Vizepräsident Beamte auf Zeit sind, dass sie auf zwölf Jahre gewählt werden und danach in den Ruhestand treten. Außerdem haben wir das Eintrittsalter auf 40 Lebensjahre erhöht. Die

anderen Änderungen sind marginal. Nichtsdestotrotz ist ganz klar - dies ist in den letzten Tagen sehr deutlich geworden -, dass das Landesrechnungshofgesetz an vielen Stellen überarbeitet werden muss, denn es gibt gewisse Unstimmigkeiten und Unklarheiten, die hierbei aufgelöst werden können oder müssen. Aber jetzt ist es geboten, dass wir erst einmal die jetzt anstehenden Dinge erledigen.

An dieser Stelle zitiere ich die „Märkische Oderzeitung“ vom 24. November, die hierzu schrieb, dass der Wunsch des Landtages auf Amtszeitbegrenzung schon seit längerer Zeit im Raum stand. Mir ist es wichtig, dies noch einmal zu dokumentieren, weil es hierbei keinen inhaltlichen und tatsächlichen Zusammenhang mit den personellen Fragen gibt, die wir in den nächsten Tagen zu besprechen haben.

Im Übrigen heißt Amtszeitbegrenzung ganz klar, dass es keine Wiederwahl geben kann und geben wird. Anderenfalls müsste sich jemand, der wiedergewählt werden wollte, konform verhalten. Gerade in Bezug auf den Präsidenten oder den Vizepräsidenten eines Kontrollorgans kann ein sozusagen friedliches Verhalten nicht erwünscht sein, um die Wiederwahl nicht zu gefährden. Deswegen ist die Amtszeit auf zwölf Jahre begrenzt und nur eine einmalige Wahl möglich; danach erfolgt der Eintritt in den Ruhestand. Ebenso sind, wenn man ein solch hohes Amt bekleidet hat, andere persönliche Karrieren durchaus denkbar, möglich und sicherlich auch geboten; siehe Gisela von der Aue.

Ich bedanke mich und bitte darum, dass die Kolleginnen und Kollegen den Gesetzentwurf in den Haushaltskontrollausschuss überweisen, weil noch einige kleine redaktionelle Änderungen zu tätigen sind. Ansonsten hoffe ich auf Ihre Zustimmung und wünsche uns einen guten Beratungsverlauf.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS setzt der Abgeordnete Vietze die Debatte fort.

Vietze (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Regelungsbedarf, der mit dieser Gesetzesinitiative verbunden ist, ist sehr überschaubar: Es geht darum, für Präsident und Vizepräsident bzw. Präsidentin und Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs eine Begrenzung der Amtszeit einzuführen. Wir haben auch unter dem Gesichtspunkt der Erfahrungen, die im Umgang mit handelnden Personen im Lande Brandenburg - aber nicht nur hier - gesammelt wurden, allen Anlass, konkret wirksam zu werden.

Ich sage fairerweise, dass wir uns an dem Diskussionsprozess im Vorfeld ebenfalls beteiligt und die Frage aufgeworfen haben, möglicherweise eine Amtszeit von acht Jahren sowie die Möglichkeit der Wiederwahl vorzusehen. Am Ende haben wir uns darauf verständigt, dass die Begrenzung auf zwölf Jahre eine Regelung ist, die auch in anderen Bundesländern erfolgreich umgesetzt wird und für Brandenburg ein solides Maß des Umgangs mit dem Rechnungshof zur Wahrung seiner Würde und zur Sicherung der Möglichkeiten ist, über Legislaturperioden hinweg in Bezug auf das Parlament und die Regierung zu

wirken, und zugleich die Erneuerungsmöglichkeit an der Spitze des Rechnungshofs zu gewährleisten. Unter diesen Gesichtspunkten liegt etwas vor, das im Haushaltskontrollausschuss sicherlich zügig behandelt werden kann.

Außerdem sind wir sicherlich gut beraten - jetzt nicht im Zusammenhang mit diesem Gesetz -, das eine oder andere hinsichtlich des Regelungsbedarfs in dem auf den Landesrechnungshof bezogenen Gesetz ebenfalls zu erörtern. Hierbei besteht aber aus meiner Sicht kein Zeitdruck. Demzufolge sollten wir uns die Zeit nehmen, in vernünftiger Weise zu diesem Sachverhalt eine weitere Klärung herbeizuführen, und möglicherweise sogar einvernehmlich die notwendigen Gesetzesänderungen beschließen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete von Arnim spricht für die CDU-Fraktion.

von Arnim (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Verfassung des Landes Brandenburg obliegt dem Landesrechnungshof die Prüfung des gesamten Haushalts und der Wirtschaftsführung, und zwar mit den Sondervermögen und den Betrieben. Zudem schließt der Haushaltskreislauf stets mit der Entlastung ab; der Bericht des Landesrechnungshofs ist dafür jeweils eine maßgebliche Grundlage.

Der Rechnungshof ist damit im Grunde genommen **das** Kontrollorgan, und das Amt des Präsidenten dieser obersten Behörde erfordert eine fachliche Qualifikation, Erfahrung, Unabhängigkeit und Kompetenz. Deshalb muss diese Position bestmöglich besetzt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf präzisiert die Rahmenbedingungen hierfür in drei Punkten:

Erstens: Das Eintrittsalter wird von 35 auf 40 Lebensjahre erhöht. Nebenbei bemerkt kann man auch erst in diesem Alter zum Bundespräsidenten gewählt werden.

Zweitens: Die Amtszeit wird auf zwölf Jahre begrenzt. Auch dafür sind eindeutig gute Argumente zu finden, denn man will sicherlich dafür sorgen, dass in diesem Amt nicht angestrebt wird, eine Wiederwahl zu erreichen. Vielmehr ist klar, dass es nach zwölf Jahren vorbei ist.

Drittens: Nach Abschluss dieser zwölf Jahre geht die betreffende Person in den Ruhestand. Auch das ist in Ordnung, denn dann weiß der- oder diejenige: Ich bin sozial vernünftig abgesichert.

Wir sollten den Gesetzentwurf nachher im Haushaltskontrollausschuss noch beraten. Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Danke.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die DVU-Fraktion spricht der Abgeordnete Claus.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Die einzige Opposition! - Gucken Sie mich nicht so finster an!)

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen; vielmehr muss das Mögliche auch das Richtige sein. - Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Änderung des Landesrechnungshofgesetzes begehrt. Die Amtszeit des Präsidenten und des Vizepräsidenten soll auf zwölf Jahre begrenzt werden, eine Wiederwahl soll ausgeschlossen werden, und das Einstiegsalter des Präsidenten und der anderen Mitglieder soll von 35 auf 40 Jahre heraufgesetzt werden.

Die Motivationslage für die vorgesehenen Änderungen ist einigermaßen nachvollziehbar. Schließlich ist das Amt des Präsidenten des Landesrechnungshofs sowie der weiteren Mitglieder mit einem hohem Maß an Verantwortung verbunden.

Richtigerweise wird in der mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigten Änderung von § 5 Satz 2 auf die richterliche Unabhängigkeit explizit hingewiesen. Das bedeutet aber auch, werte Kolleginnen und Kollegen, dass zumindest der Präsident die für den Richter erforderliche Qualifikation aufweisen sollte, so wie wir es in unserem Antrag, den wir morgen mit der Drucksache 4/3772 einbringen werden, auch ausdrücklich anstreben.

Das Amt des Präsidenten des Landesrechnungshofs ist gerade in dem gemäß §§ 6, 7 und 9 des Rechnungshofgesetzes genannten Umfang mit einer Vielzahl auch juristisch geprägter Aufgaben verbunden, die dem Vorsitzenden eines Kollegialgerichts vergleichbar ist. Dafür ist es nach Auffassung meiner Fraktion allerdings nicht ausreichend, wenn die Mitglieder des Landesrechnungshofs lediglich die richterliche Unabhängigkeit besitzen. Nein, sie sollten und der Präsident muss nach Auffassung meiner Fraktion auch über die entsprechende volljuristische Ausbildung und damit über die Befähigung zum Richteramt verfügen, um dieser Aufgabe in ausreichendem Maße gerecht werden zu können.

Auch können wir das Motiv für den vorliegenden Gesetzentwurf zur Heraufsetzung des Einstiegsalters auf 40 Jahre einigermaßen nachvollziehen; denn die mit dem Amt verbundene Verantwortung bedingt natürlich auch eine gewisse Erfahrung, und die hat ein 40-Jähriger eher als ein 35-Jähriger.

Nichtsdestotrotz geht uns der vorliegende Gesetzentwurf nicht weit genug. Wir als DVU wünschen zudem eine echte Auswahlchance, die nur durch eine Ausschreibung für geeignete Bewerberinnen und Bewerber erreicht werden kann. Wir wollen einen qualitativen Mindeststandard im Hinblick auf die berufliche Qualifikation.

Nun werden Sie fragen, warum wir jetzt nicht gleich noch einen Änderungsantrag einbringen. Diese Frage kann ich Ihnen beantworten, meine Damen und Herren. Schließlich sehen wir für die im vorliegenden notwendigen Gesetzentwurf enthaltene Befristung der Amtsperiode keinen wirklichen, vor allem personalpolitischen Regelungsbedarf. Schließlich hat die bisherige Präsidentin, Frau Gisela von der Aue, hervorragende Arbeit in ihrer Funktion als Präsidentin des Landesrechnungshofs geleistet, und bei ihr hätte deswegen eine derartige Befristung keinen Sinn gemacht.

Deswegen müssen wir den vorliegenden Gesetzentwurf trotz aller sachlich wie rechtlich plausiblen Motive und Inhalte leider in Gänze ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Die antragstellenden Koalitionsfraktionen beantragen Überweisung des Gesetzentwurfs in Drucksache 4/3774, Änderung des Landesrechnungshofgesetzes, an den Ausschuss für Haushaltskontrolle. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Offensichtlich keine. Damit wurde der Überweisung zugestimmt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/3210

2. Lesung

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksachen 4/3800 bis 4/3808
Drucksachen 4/3810 bis 4/3815 und
Drucksache 4/3820

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2006 bis 2010

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Drucksache 4/3351

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3821

Das Präsidium hat sich auf den folgenden Ablauf der Beratung verständigt: Heute werden wir bis etwa 19 Uhr beraten, was einen nahtlosen Übergang zum Parlamentarischen Abend ermöglicht. Dass es eine Mittagspause nicht geben wird, haben Sie bereits bemerkt. Morgen setzen wir die Beratung fort. Wie weit wir heute kommen, wissen wir nicht. Wir haben uns aber schon einen deutlichen Zeitvorsprung erarbeitet.

Wir werden die Vielzahl der vorliegenden Änderungsanträge und Beschlussempfehlungen sowie die Berichte der Ausschüsse jeweils an der Stelle behandeln, an der sie an der Reihe sind.

Die Aussprache am heutigen und morgigen Tag soll in drei Blöcke gegliedert werden: gemeinsame Beratung der Einzelpläne 01, 02, 13 und 14 sowie der dazugehörigen Änderungsanträge und Beschlussempfehlungen, Einzelberatung der Einzelpläne 03 bis 11 und gemeinsame Beratung der Einzelpläne 12, 15 und 20 sowie des Finanzplans.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 - Landtag Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei Einzelplan 13 - Landesrechnungshof Einzelplan 14 - Verfassungsgericht

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/3410

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3801
Drucksache 4/3802
Drucksache 4/3813
Drucksache 4/3814

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Frau Stobrawa, Sie haben das Wort.

Frau Stobrawa (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir uns in der Generaldebatte im Rahmen der 2. Lesung befinden, lassen Sie mich bitte auch ganz grundsätzlich anfangen.

Man staunt schon - das muss man sich ab und zu in Erinnerung rufen -, was in sieben Jahren Großer Koalition aus einer Landesregierung und den ihr „angeschlossenen“ Koalitionsfraktionen im Landtag geworden ist - nicht nur in Fragen der Europa- und Entwicklungspolitik, über die ich schwerpunktmäßig sprechen möchte, aber eben auch in Fragen der Europa- und Entwicklungspolitik. Ich sage dies, ohne die Neunzigerjahre zu glorifizieren. Wir hatten auch damals, zu Zeiten von Manfred Stolpe und seiner SPD-Alleinregierung, genug Stoff für Kritik an der Praxis parlamentarischer Demokratie. Aber bis zum Sommer 1999 waren wichtige politische Debatten in diesem Hause noch möglich. Ich will nur an einige im ersten Halbjahr 1999 erinnern.

Damals legte uns die Landesregierung nach Aufforderung durch den Landtag einen Bericht über ihre Position zu den Zielen und Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor. Heute wird die Befassung mit der deutschen Ratspräsidentschaft von Ihnen - wir erlebten es in der letzten Landtags-sitzung - für überflüssig erklärt, denn schließlich habe ja die Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen schon „weise Beschlüsse“ gefasst. Dabei legte die Regierung des Landes Brandenburg nach unserer Kenntnis aber erst in dieser Woche ihre Position fest. Auch hier also ein wenig verkehrte Welt. Es gibt einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, in dem angeblich die für das Land Brandenburg wichtigen Fragen im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft benannt werden. Er ist bereits im Juni 2006 gefasst worden. Wir sind, wie gesagt, nicht offiziell davon in Kenntnis

gesetzt worden. Ja, Herr Ministerpräsident, Sie haben es heute richtig bemerkt: Die EU spielt eine immer entscheidendere Rolle. In Ihrer Regierungserklärung legten Sie das dar. Oft aber - das muss man der Ehrlichkeit halber hinzufügen - sind diese Entscheidungen durch Entscheidungen in den Ländern und im Bund vorab sozusagen auf den Weg gebracht worden. Deshalb liegt die Verantwortung für bestimmte Entscheidungen eben nicht nur in Brüssel, sondern hauptsächlich hier bei uns in Potsdam, im Land Brandenburg.

Damals, Anfang 1999, waren "Brandenburg und die Erweiterung der Europäischen Union" oder „Die Mitverantwortung Brandenburgs für die friedliche und demokratische Entwicklung Europas“ Gegenstand nicht nur einer Aktuellen Stunde. Heute rümpfen Sie die Nase, wenn meine Fraktion den Europäischen Verfassungsvertrag oder die Entwürfe für die Dienstleistungsrichtlinie in ihrer Wirkung für eine friedliche und demokratische Entwicklung Europas zur Diskussion stellt.

Damals, kurz vor der Großen Koalition, debattierten wir auf Antrag der SPD-Fraktion über die Auswirkungen der europäischen Förderpolitik in Brandenburg, über Projekte und Maßnahmen zur Gestaltung des Strukturwandels. Heute, im Jahr 2006 - da meine ich nicht nur die gerade zu Ende gehende Haushaltsberatung für 2007 - haben die Vertreter der Koalitionsfraktionen zuweilen den Eindruck vermittelt, sie wüssten gar nicht so recht, wie EU-Förderpolitik buchstabiert werde, geschweige denn, dass man als Landtag der Regierung auch eigene Ansätze mit auf den Weg geben könnte.

Schließlich diskutierten wir damals auch auf Forderung des Landtages über entwicklungspolitische Leitlinien der Brandenburger Landesregierung, mit denen sich das Land zu einer aktiven entwicklungspolitischen Arbeit im In- wie im Ausland verpflichtete. Heute diskutieren Sie darüber, ob Brandenburg überhaupt noch für Entwicklungspolitik zuständig ist. Schlimmer noch, die CDU-Fraktion stellt fest: Entwicklungspolitik ist keine Landesaufgabe. - Ich habe im Koalitionsvertrag allerdings etwas anderes gelesen.

Armes Brandenburg - und das meine ich nicht fiskalisch. Wie geistig arm ist unsere Debatte hier geworden? Die Koalitionsfraktionen beschränken sich in den Haushaltsdebatten auf drei Aufgaben. Erstens: Die Kürzungen der Landesregierung werden verteidigt. Zweitens: Kleinere Fehler in deren Haushaltsentwurf werden, wenn es denn unbedingt sein muss, korrigiert. Drittens: Die Anträge der Opposition werden abgeblockt. Eine inhaltliche Debatte findet von Ihrer Seite her mit uns nicht mehr statt. Das finde ich bemerkenswert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zuweilen muss die Landesregierung sogar in die Bresche springen, wenn die Koalitionsfraktionen ihre vorgeblich eigenen Anträge nicht begründen können.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

- Das ist so passiert, Herr Bischoff. Die Fraktion der Linkspartei. PDS wird Ihnen aber genau diese inhaltliche Debatte und unsere sachlichen Argumente an diesen drei Tagen nicht ersparen.

Damit komme ich zu den drei wesentlichen europa- und entwicklungspolitischen Anträgen, die wir in die Haushaltsberatungen eingebracht haben.

Erstens: Die Wiederaufnahme eines Titels zur entwicklungspolitischen Projektförderung. Sie können noch so oft behaupten, die Bundesländer hätten keine Zuständigkeit für Entwicklungspolitik. Selbst in Ihren Reihen gibt es Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre, die das besser wissen und auch zum Ausdruck bringen. Die entwicklungspolitische Verantwortung auch der deutschen Länder ist in unterschiedlichen Gremien mehrfach bekräftigt worden.

Ist es für Sie nicht beschämend, wenn Ihnen ein politischer Beamter, wie in einer Sitzung des Europaausschusses geschehen, den Tipp gibt, als Gesetzgeber zu handeln und Geld für Entwicklungspolitik einzustellen, statt auf den Lottotopf der Landesregierung zu verweisen? Allein mit einer Schirmherrschaft bei den BREBIT durch den Bildungsminister wird ein auch für andere Länder mittlerweile anziehendes Modellprojekt kein Erfolg. Es bedarf dazu auch Geldes aus dem Landeshaushalt, wie auch das Ministerium von Heidemarie Wieczorek-Zeul meint. Wir sehen die SPD-Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinter uns, wenn wir als Fraktion der Linkspartei.PDS heute den Antrag stellen, als Übergangsförderung bis zur Sicherung einer stabilen Grundfinanzierung, zum Beispiel mittels einer Stiftung, wenigstens 50 000 Euro einzustellen.

Zweitens: Als wir vor einigen Monaten erstmals mit der Landesvorsitzenden der Deutschen Sinti und Roma in Berlin und Brandenburg, Frau Petra Rosenberg, sprachen, hätten wir uns nicht vorstellen können, dass die Mehrheiten in diesem Hause nicht bereit sein würden, 20 000 Euro zu den rund 80 000 Euro dazuzugeben, die Berlin bisher für die Landesgeschäftsstelle der Sinti und Roma für Berlin-Brandenburg ausgibt. 20 000 Euro haben wir für eine nicht nur in Berlin, sondern auch in Brandenburg lebende Volksgruppe beantragt, die durch europäisches und deutsches Recht als nationale Minderheit anerkannt und deshalb auch in Brandenburg besonders zu fördern ist. Die Angehörigen dieses Volkes leiden noch heute unter den Folgen des Holocaust. Hunderttausende sind in Gaskammern oder bei Massenerschießungen ermordet worden. Dennoch werden die Sinti und Roma noch heute diskriminiert, wie wir im Frühjahr durch Gerichtsprozesse um eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Kriminalist“ erneut erfahren mussten.

Dass hier angesetzt werden muss und verstärkt Beratungs- und auch Öffentlichkeitsarbeit notwendig ist, sollte selbstverständlich sein. Dass bisher niemand - weder in der Landesregierung noch im Landtag; ich schließe meine Fraktion explizit ein - aktiv geworden ist, ist skandalös. Auf keinen Fall darf dieser Fehler aber als Grund dafür herhalten, dass wir den Sinti und Roma in Berlin-Brandenburg die Förderung weiterhin verweigern. Springen Sie über Ihren Schatten, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen. Es geht um Ausgaben weit unterhalb des Promillebereichs.

Drittens: Die Aufnahme eines Titels zur Förderung von europapolitischen Projekten. Wir haben versucht, dies im Haushaltsausschuss durchzusetzen. Ich nenne in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male einfach nur die Fakten. Es gibt im Haushalt für den Europabereich eigentlich nur eine Sorte von Ausgaben, nämlich Personalkosten. Selbst die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung wird kaum finanziert.

Die Berichte an den Landtag, die Europaminister Schelter Anfang der 3. Wahlperiode eingeführt hatte, wurden schon unter

Barbara Richstein abgeschafft. Die Information des Landtages - Grundlage für eigene Aktivitäten - wurde damit erheblich eingeschränkt. Sie nehmen es einfach nur zur Kenntnis.

Die Einbeziehung des Landtages in die Subsidiaritätskontrolle wollen Sie nicht wirklich, auch wenn Ihr Antrag im Oktober anderes vermuten lässt. Weder bei der Dienstleistungsrichtlinie noch bei REACH oder anderen wichtigen EU-Projekten - ich denke etwa nur an die Arbeitszeit-Richtlinie - unterrichten Sie den Landtag, wie von der Verfassung gefordert, rechtzeitig und umfassend. Sie nehmen es zur Kenntnis.

Schließlich wurde die Unterstützung von Projekten der europapolitischen Zusammenarbeit auf null gefahren.

Da Ihr Agieren nicht unser Maßstab ist, haben wir einen Antrag in den Haushaltsausschuss gebracht: Wir wollen, dass die Landesregierung europapolitische Projekte übergreifenden Charakters wenigstens im Umfang von 100 000 Euro fördert. Wie weit wir in Deutschland und Brandenburg gerade in Bezug auf europäisches Bewusstsein und Handeln von den europäischen Spitzenreitern entfernt sind, zeigen nicht nur die regelmäßigen Befragungen des EU-Barometers, sondern auch Diskussionen - oder sollte man lieber von „Nichtdiskussionen“ sprechen? - hier im Landtag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion setzt die Abgeordnete Funck fort.

Frau Funck (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Die Kollegin Stobrawa hat bereits gesagt, dass die 2. Lesung zu einer Art Generaldebatte genutzt wird. Die Einzelpläne werden von unseren Kollegen inhaltlich und zahlenmäßig näher erläutert.

Frau Stobrawa, eine Aussage von Ihnen kann ich so nicht stehen lassen, nämlich dass wir inhaltlich nicht diskutiert und uns mit Anträgen nicht auseinandergesetzt haben. Das stimmt nicht. Wir haben im Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig festgestellt, dass wir eine sehr gute und sehr sachliche Diskussion geführt haben. Darüber freue ich mich. Deshalb kann ich Ihren Vorwurf überhaupt nicht nachvollziehen. Meine Kollegin Richstein wird auf Ihre Anträge noch näher eingehen. Ich möchte einige grundsätzliche Dinge zum vorliegenden Haushalt sagen.

Mit diesem Haushalt wird meines Erachtens eine Brücke geschlagen. Es ist die Brücke von der zeitweise exzessiven Schuldenpolitik der Vergangenheit in die Zeit einer Haushaltspolitik, die ohne neue Schulden auskommt, ja, ohne neue Schulden auskommen muss, wenn wir nicht in einem finanziellen Desaster enden wollen. Mit dem vorliegenden Haushalt sind wir auf dieser Brücke ein gehöriges Stück vorangekommen oder, um es in Zahlen zu benennen: Wir haben mit dem Haushalt 2007 den Bau dieser Brücke um eine Strecke von einer Viertelmilliarde Euro weitergeführt. Ich sehe allerdings mit Sorge, dass es auch in den Reihen unseres Koalitionspartners einige gibt, die dieses gebaute Stück noch vor Fertigstellung der Brücke wieder einreißen wollen. Dazu kann ich nur sagen: Vorne aufzu-

bauen, hinten einzureißen und dann zu reparieren, das sind die besten Grundlagen für Pfusch am Bau.

Brückenbau bringt es mit sich, dass man erst über die Brücke gehen kann, wenn der Bogen fertig ist. Vorher müssen solide Berechnungen und hohe Qualität den Boden für die erfolgreiche Überquerung des Abgrundes bereiten. Wenn man das nicht macht, stürzt eine Brücke sehr schnell ein, und man hat keine Chance, das andere Ufer zu erreichen. Das sollten all diejenigen bedenken, die Hand an diese Konsolidierungsbrücke legen.

Um nichts anderes nämlich geht es bei dieser schwierigen Aufgabe: Wir haben uns in der Vergangenheit auf einen Abgrund zubewegt. Hätten wir so weitergemacht, wäre jedwede Politik - ganz gleich ob Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik oder auch die Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung - genauso wie politisches Gestalten in Brandenburg in einigen Jahren unmöglich gewesen. Damit würden die mühsam errungene Demokratie und die Freiheit in unserem Land zunehmend gefährdet werden.

Wahlverweigerung und verantwortungslose extremistische Stimmungsmache sind gefährliche Indikatoren hierfür. Beides ist bedauerlicherweise in unserem Land vielfach anzutreffen. Ich erinnere nur an die Hartz-IV-Kampagne. Die Realität sah so aus, dass die Ausgaben für Sozialleistungen des Staates mit Hartz IV um Milliardenbeträge gesteigert wurden. Demagogen aber wollen nicht rechnen, sondern sie wollen Stimmung machen. Wahrheit interessiert da leider Gottes nicht.

Das sollten wir im Kopf behalten, wenn wir über das Geld reden, welches dem Land von den Bürgern treuhänderisch überlassen wird. Hier liegt unsere Verantwortung, der wir gerecht werden müssen. Das muss auch bedacht werden, wenn wir über Gerechtigkeit und über das Viele, was zur Befriedigung aktueller Bedürfnisse und zur Erfüllung von Wünschen gut und richtig wäre, reden.

Erst wenn wir unserer Verantwortung für eine solide Finanzpolitik wirklich gerecht werden, können wir unsere Gestaltungsansprüche, politischen Ideen und Pläne realisieren. Darum bereiten wir mit den notwendigen Einsparungen das Feld dafür, dass in Zukunft Politik noch einen Sinn macht, dass in Zukunft heutige Kinder und Jugendliche etwas aus ihrem und unserem Land machen können, dass wir im föderalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe, die besten Ideen und den größten Erfolg an vorderer Stelle mitspielen.

Wir haben also hier einen Haushalt zu verabschieden, bei dem es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht. Ich sage da auch ganz deutlich: Ja, wir brauchen gute Bildung und Erziehung für unsere Kinder und Jugendlichen; wir brauchen Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau. Wir brauchen Wirtschaftsförderung, die unseren Unternehmen dazu verhilft, in Zukunft wirklich selbstständig und ohne Subventionen auszukommen. Wir brauchen eine funktionierende Daseinsvorsorge. Ja, wir müssen unsere Stärken stärken.

Ich möchte jetzt nicht all die guten und richtigen Entscheidungen aufzählen, die genau in diese Richtung zielen. Nur so viel: Wir haben gute finanzielle Grundlagen für Bildung und Erziehung, Forschung und Entwicklung, Wirtschaftsförderung und Daseinsvorsorge im Haushalt verankert. Wir sind sehr vorsichtig, wenn es hierbei um Einsparungen geht.

Sicher gibt es keinen Bereich, von dem wir sagen können: Das ist jetzt wirklich genug Geld. - Allgemeine Glückseligkeit im finanziellen Bereich werden wir wohl nie erleben und das Christkind lässt auch noch ein paar Tage auf sich warten. Immer wird es Wünsche oder Bedarfe für neue Ideen und Projekte geben. Dafür haben wir heute jedoch sehr wenig Spielraum.

Sie können mir glauben, auch ich hätte einige gute Ideen für sinnvolle und segensreiche Staatsausgaben. Da unterscheiden wir uns wohl alle nicht grundsätzlich. Wenn ich aber auf der Homepage des Landes den Slogan „Deutschland - Land der Ideen“ lese, wird mir etwas mulmig. Grenzenlos scheinen die Ideen im Bereich von Ausgaben zu sein. Da nehme ich auch meine Partei nicht aus. Gute Ideen gibt es viele und die meisten kosten richtig viel Geld.

Bezüglich des Themas Konsolidierung und Einsparungen wird der Ideenreichtum gemeinhin den Finanzern überlassen, und deren Vorschläge werden dann als kalt und hartherzig bezeichnet. Das ist natürlich eine Arbeitsteilung, die nicht ganz unserer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes entspricht und die auch mir nicht schmeckt. Ich vermute, dem Finanzminister geht es da ähnlich, denn auch er muss da seine bitteren Pillen schlucken.

Wenn ich in der letzten Woche den Vorwurf hören musste, wir würden zu viel über Finanzen und zu wenig über Menschen sprechen, komme ich schon ins Grübeln, ob derartiger Populismus etwas mit verantwortungsvoller Politik zu tun hat.

Erstens ist es normal, dass in den Zeiten der Haushaltsberatungen über Finanzen gesprochen wird.

Zweitens ist das Budgetrecht der Kern parlamentarischer Arbeit und unser ureigenes Königsrecht. Da ist es unsere verdammte Pflicht, über Finanzen zu sprechen, auch wenn es der eigenen Popularität mehr dient, den Menschen nach dem Munde zu reden, Versprechungen zu machen und falsche Hoffnungen zu wecken.

(Beifall bei der CDU)

Drittens sprechen wir, wenn wir über den Haushalt reden, selbstverständlich auch über Menschen. Wir reden über die Brandenburger, die ca. 5 Milliarden Euro Steuern und Abgaben zahlen, wir reden über diejenigen, die in anderen Bundesländern mit ihrer Hände Arbeit Sonderbedarfsergänzungszuweisungen, Länderfinanzausgleich, aber auch die EU-Fördermittel, die an uns zurückfließen, erwirtschaften. Wir reden auch über die mehr als 50 000 Beschäftigten des Landes, die betriebsbedingte Kündigungen nicht erleben mussten, obwohl wir noch immer deutlich mehr Personal als die Westländer haben. Dass all das etwas kostet, ist wohl jedem von uns bewusst. Dass wir das nicht nur dem Steuerzahler oder den zukünftigen Kreditbedienern, den heutigen Kindern, aufbrummen können, muss doch auch jedem klar sein.

Ich weiß ganz genau, dass viele dieser Beschäftigten einen wirklich schweren Job haben, den sie verantwortungsvoll und einsatzbereit erledigen. Ich weiß, dass die Arbeitsbedingungen vieler Polizisten mit immer längeren Arbeitswegen und vielen Zuständigkeiten wirklich hart sind. Ich weiß, dass dank unseres unübersichtlichen Steuersystems die Arbeit in den Finanzämtern kein einfaches Abstempeln ist. Ich weiß auch, dass enga-

gierte Lehrer unter dem schlechten Ruf zu leiden haben, der aus der Kombination unnötiger Schulbürokratie, ständig wechselnder neuer Ideen für Projekte, Strukturveränderungen und Erziehungsverweigerung von Eltern erwächst. Daher müssen wir uns auch stärker mit der Frage beschäftigen: Was sind die eigentlichen Motivationskiller? - Da erwarte ich selbstverständlich von unseren Ministern, dass sie sich um diese Fragen intensiv kümmern und mit dem Gesicht zu den Menschen den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes erklären, warum manche Dinge zwingend notwendig sind, aber auch, wo die Möglichkeiten einer verantwortungsvollen gegenseitigen Unterstützung von Politik und Verwaltung liegen.

In vielen Gesprächen, die ich in den letzten Tagen und Wochen mit Beschäftigten des Landes führen durfte, ist mir deutlich geworden, dass es viele Mitarbeiter gibt, die ein Einsehen um ihre Mitverantwortung an der Konsolidierung des Landes haben. Sie wissen vielfach, dass es um die Landesfinanzen nicht gut bestellt ist und dass ein „Weiter so!“ schlichtweg nicht möglich ist. Sie wollen aber nicht von oben herab behandelt werden, sondern sie wollen beteiligt werden an der Politik, nicht nur den Frust von den Bürgern auffangen, sondern gefragt und beteiligt werden.

Darum mein Appell: Machen Sie die Betroffenen zu Beteiligten! Nutzen Sie die Ideen für bessere Verwaltung, für guten Unterricht, für mehr Sicherheit, die aus der Erfahrung vor Ort erwachsen! Sagen Sie den Leuten mit Führungsverantwortung, dass sie ihre Ohren für die Belange der Belegschaft öffnen und ihnen auch zuhören!

Ich scheue harte Verhandlungen nicht, auch wenn die Interessen unterschiedlich und manche Positionen unpopulär sind. Meine Gespräche mit führenden Personalvertretern haben mir gezeigt, dass es dafür Verständnis gibt. Es gibt aber kein Verständnis dafür, dass man nicht miteinander redet oder nicht zuhört. Das gilt natürlich für beide Seiten, denn das Säbelraseln der Gewerkschaften bei jeder unliebsamen Ankündigung ist der Dialogbereitschaft eben nicht sehr förderlich.

In den letzten Wochen habe ich des Öfteren den Spruch gehört, wir würden die Landesbediensteten zu den Sparschweinen des Landes machen. Die Zahlen sprechen eine deutlich andere Sprache: Seit Jahren sind trotz Personalabbau die Personalausgaben fast konstant. Dass die Ausgaben in der Hauptgruppe 4 sinken, hat nur mit den sogenannten globalisierten Haushalten zu tun. Diese mit eingerechnet geben wir mehr als die Hälfte der im Lande erwirtschafteten Einnahmen für Personal aus. Sinkende Personalzahlen bei konstanten Personalausgaben bedeuten nun einmal höhere Pro-Kopf-Ausgaben. Mit „Sparschwein“ hat das nichts zu tun. Die geplante Ost-West-Angleichung wird diesen Effekt noch verstärken.

Dass wir im Zuge einer Gerechtigkeitsdebatte immer wieder etwas für die Nivellierung zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen tun, ist für die Leistungsträger unter den Landesbediensteten nur begrenzt motivierend. Hier müssen wir wirklich auch einmal schauen, ob die ständige Nivellierung zwischen den Gruppen wirklich noch gerecht gegenüber denjenigen ist, die durch kraft eigener Leistung erworbene Qualifikation mehr verdienen. Wir müssen uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, dass die in unserem Personal vorhandene Motivation und Qualifikation vor lauter Gerechtigkeitsstreben nicht gebremst wird. Unsere Idee eines Vorschlagswesens, das

es ermöglicht, besonders engagierte Beamte und Angestellte für gute und außergewöhnliche Ideen, die zu wirklichen Einsparungen und Verbesserungen führen, auch finanziell zu belohnen, liegt auf dem Tisch. Ich hoffe diesbezüglich auf interessante Diskussionen mit dem Koalitionspartner und auf positive Unterstützung dieser Ideen. Es gibt auch ein Konzept, mit dem das kostenneutral umgesetzt werden kann.

Wir werden in den nächsten zehn Jahren Ausgaben reduzieren müssen, indem wir wirklich ernsthaft Aufgabenkritik betreiben, und zwar weniger virtuell in Kommissionen, Arbeitsgruppen oder mit leeren Worten auf viel Papier. Aufgabenkritik muss viel mehr in der Realität stattfinden. Wir werden „Spielwiesen“ trockenlegen müssen und uns auf notwendiges und wirksames staatliches Handeln beschränken. Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob Projekte vor Ort wirklich halten, was sie versprechen, und ob der finanzielle Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den überprüfbar Ergebnissen steht. Wenn die Ergebnisse angeblich nicht überprüfbar sind, besteht unsere Verantwortung darin, allerstärkste Zweifel an der Sinnhaftigkeit solcher Projekte zu haben.

Ein ordentlicher Umgang mit dem Personal und ein ordentlicher Umgang des Personals mit den Finanzen ist für die Haushalte der nächsten Jahre existenziell erforderlich.

Aber wir brauchen keine Angst vor dieser Konsolidierung zu haben. Wir haben in Brandenburg eine solide Grundlage in den Kernbereichen staatlichen Handelns. Jeder, dessen politisches Geschäft darin besteht, Unzufriedenheit im Lande zu schüren, sollte sich das vor Augen führen.

Unsere Kommunalverschuldung ist so niedrig, dass uns alle anderen ostdeutschen Kommunen darum beneiden. Wir haben Standards in der Kita-Betreuung, von denen die meisten Gebirgländer im Länderfinanzausgleich nur träumen können.

Wir haben eine Investitionsquote, die doppelt so hoch ist wie die der alten Bundesländer. Forschung und Entwicklung sind in staatlichen Institutionen wie in der Wirtschaft zu Hause.

Unser Natur- und Umweltschutz ist uns lieb und teuer. Mit den verkommenen Verhältnissen in der untergegangenen DDR ist ein solches Niveau nicht zu vergleichen.

Wir führen eine erfolgreiche Politik in der Prävention und Bekämpfung von Kriminalität.

Die brandenburgische Hochschullandschaft hat sich seit 1989 grandios entwickelt. Statt marxistisch-leninistischer Kaderschmieden wie der Stasi-Hochschule in Golm oder der SED-Parteischule in Kleinmachnow haben wir die Universität Viadrina wiederbelebt und Potsdam zu einem vielfältigen Universitätsstandort entwickelt. Brandenburg hatte noch nie so viele Hochschulstandorte.

Unsere Städte und Dörfer werden immer attraktiver und verfügen über eine Infrastruktur, einschließlich ÖPNV, um die uns viele Nachbarn noch immer beneiden.

All dies wird trotz unserer Konsolidierungsbemühungen nicht infrage gestellt. Aber gerade weil das so ist, müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, die vorhandenen Sparpotenziale konsequent zu nutzen.

Eines macht mir jedoch Sorge, wenn ich den Konsolidierungsbedarf bis 2019 betrachte und schaue, welche Schritte wir in diese Richtung getan haben. Wir gehen meines Erachtens viel zu sehr von dem aus, woran wir uns in den letzten 16 Jahren gewöhnt haben. Da würde ich gerne noch einmal auf das „Land der Ideen“ zurückkommen. Es ist unheimlich schwer, kleine Veränderungen zu erreichen. Immer gibt es Interessen, Gewohnheiten und Besitzstände, die schützenswert sind. Wenn wir mit genau derselben Energie, die wir für diesen Schutz aufwenden, unsere Kreativität nutzen würden, die Zukunft heute zu beginnen und zu gestalten, anstatt die Vergangenheit zu bewahren und immer weiter in die Länge zu ziehen, wenn wir diese Energie dafür verwenden würden, einmal ganz genau zu bestimmen, wohin wir wollen, dann wäre mir wohler, dann könnten wir den Menschen im Land viel klarer sagen, wohin es gehen soll.

Verlässlichkeit in der Politik hat auch etwas mit klaren Ansagen zu tun. Die Erfahrung lehrt, dass dann, wenn man das ordentlich erklärt, die Bereitschaft der Menschen, sich notwendigen Entwicklungen zu stellen, größer ist, als man es sich vorstellen kann. Natürlich muss man da auch einmal Gegenwind aushalten. Das gehört in der Politik dazu.

Schuldenabbau und Konsolidierung der Finanzen sind gut und richtig - aber wofür? Wir müssen nicht nur über Leitbilder reden, sondern auch über konkrete Ziele. Wir diskutieren schon seit einiger Zeit über die demografische Entwicklung, über Fachkräftemangel, über sinkende Kinderzahlen und die Folgen steigender Lebenserwartung. Aber was bedeutet das konkret für unsere Politik? Wie soll das 2015 aussehen? Wie wollen wir regieren oder regiert werden? In der Wirtschaft arbeitet man da zum Beispiel mit Kennzahlen, die entscheidend sind. Welche Schritte sind notwendig, um diese Kennzahlen zu erreichen? Wie kommen wir zu einer vernünftigen Personalstruktur? Dazu gehört die Altersstruktur ebenso wie das Qualifikationsniveau und die Mitarbeiterzahl. Wie kommen wir zu einer vernünftigen Aufgabenstruktur? Wie verbessern wir das Aufwand-Nutzen-Verhältnis? Das alles sind Fragen, die viel mit dem Haushalt zu tun haben. Natürlich erwarte ich - wir werden bald die Diskussion zum Haushalt 2008/2009 haben, die Eckwerte dazu werden in Kürze vorliegen -, dass auch darauf Antworten gegeben werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kollegen! Herzlichen Dank, dass Sie meiner Rede zum Haushalt ohne viel Zahlen und Haushaltsarithmetik geduldig gefolgt sind. Aber ich denke, dass das alles haushaltsrelevante Überlegungen und Fragen sind. Ich ermuntere Sie ausdrücklich, das Gespräch miteinander zu suchen, um Brandenburg zu einem Land der Ideen zu machen, aber bitte zu einem Land der Ideen mit Zukunftswert, mit Lösungen für die Probleme und mit Maßnahmen, deren Preis nicht zukünftige Generationen zu zahlen haben. Ich freue mich sehr auf die Diskussionen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Funck. - Das Wort erhält der Abgeordnete Schuldt.

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind hier in Preußen. Hier gilt das Prinzip: „Ich bin der erste Diener meines Staates“ und nicht das Prinzip des absolutistischen Sonnenkönigs: „Der Staat bin ich.“

(Beifall bei der DVU)

Das heißt, eine Regierung ist Treuhänder der Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger. Zumindest ist das unsere Auffassung, meine Damen und Herren. Ich freue mich, dass auch Frau Funck sich dieser Meinung angeschlossen hat.

Aber statt mit Sparsamkeit und Redlichkeit, wie es sich für Brandenburg als einstiges Herz Preußens gehört, glänzen die Landesregierung und Ministerpräsident Platzeck, meine Damen und Herren Koalitionäre, mit Steuergeldverschwendung und Skandalen. Ob es sich nun um die nicht vertretbare Stellensicherung im Fall des Herrn Szymanski, dem neuen Cottbuser Oberbürgermeister, oder um das durch die Presse gegangene Gemauschel um die Kollegin Stark als designierte Präsidentin des Rechnungshofes handelt oder um die bislang von der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gestoppte 120-Millionen-Euro-Steuergeldverschwendung des Baus einer Landtagsschlossattrappe - wohin man schaut, man ist geradezu entsetzt. Während Sie in Kürze die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit dem Haushaltsentwurf 2007 gegenüber diesem Jahr um weitere 108 Millionen Euro schröpfen

(Minister Schönbohm: Weniger Schulden!)

und statt Wirtschaftsförderung Wirtschaftsverhinderung betreiben, worauf unsere Fraktionskollegin Hesselbarth noch zu sprechen kommen wird, gibt es bei Ihnen selbst nicht die geringsten Kürzungen - der Sonnenkönig lässt grüßen -,

(Beifall bei der DVU)

und zwar weder bei Ihnen, meine Damen und Herren Koalitionäre, beim Haushalt des Landtags noch beim Ministerpräsidenten, beim Haushalt der Staatskanzlei.

Sehen wir uns doch diese beiden Einzelpläne einmal detailliert an. Im Einzelplan 01 des Landtages soll - wie alle Jahre wieder - eine erneute Kostensteigerung erfolgen, diesmal von 1,75 Millionen Euro. Während unsere DVU-Fraktion seit ihrem ersten Landtagseinzug 1999 immer wieder forderte, die Abgeordneten deutlich zu senken, wozu wir auch die verschiedenen Anträge und Gesetzentwürfe einbrachten, sollten diese im Jahr 2007 gegenüber 2005 um sage und schreibe 646 000 Euro angehoben werden - und dies in einer Zeit, in der man den kleinen Landesbeamten sogar die komplette Streichung des Weihnachtsgeldes zumuten wollte. Sie sollten sich schämen, meine Damen und Herren von SPD und CDU, aber wirklich!

(Beifall bei der DVU)

Nun kamen Sie, Herr Präsident - ich hoffe, dass er im Haus ist -, Frau Vizepräsidentin, und stellten Bezug nehmend auf die kürzlich erfolgte Änderung des Abgeordnetengesetzes den Antrag, die Aufwendungen für Abgeordnete insbesondere hinsichtlich der Aufwendungen für die Unterhaltung von Wahlkreisbüros um 99 700 Euro zu senken. Diesem Antrag stimm-

ten wir im Finanzausschuss bekanntlich aus vollem Herzen zu. Doch unsere DVU-Fraktion erklärte auch, wofür diese Mittel eingesetzt werden sollten, nämlich für die Erhöhung der Mittel für soziale Hilfeleistungen unter dem Titel 52 911 von bisher geplanten 15 000 Euro auf dann 114 700 Euro. Dieser Antrag liegt Ihnen auch heute wieder zur Abstimmung vor, und ich bitte um Ihre Zustimmung. Über diese Mittel entscheidet übrigens das Präsidium des Landtages, und es ist beileibe nicht so, wie der Präsident es sagte, dass damit nur soziale Notlagen von Abgeordneten oder deren Familien gelindert werden. Dies war im Finanzausschuss eine reine Alibibehauptung von ihm, um diesen Antrag dort abzulehnen. Richtig ist vielmehr, dass die Präsidiumsmitglieder mehrheitlich entscheiden, und zwar frei, welche sozialen Notlagen auch außerhalb des Landtages mit diesen Mitteln gelindert werden können oder sollen. Davon gibt es ja bekanntlich in diesem Land genügend.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion befasst sich mit den völlig überhöhten Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags, namentlich 35 000 Euro für den Landtagsneubau. Da dieser - der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung sei Dank - hoffentlich niemals in der von der Landesregierung geplanten Form stattfinden wird, sind diese Kosten völlig überflüssig und sollen der Konsolidierung des Haushalts dienen. Auch für diesen Antrag bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.

Nochmals apropos Landtagsneubau: Einzig und allein die DVU-Fraktion stellte den Antrag, im Kapitel über die Hochbaumaßnahmen des Einzelplanes 01 im Einzelplan 15 die für 2007 eingestellten Mittel von 4,1 Millionen Euro für den Landtagsneubau zu streichen, ebenso die für 2007 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung in Höhe der horrenden Summe von 83,4 Millionen Euro. Nochmals klipp und klar: Mit uns wird es keinen Landtagsneubau als Schlossattrappe auf dem Alten Markt in Potsdam geben. Dies nicht, weil wir etwa gegen den Wiederaufbau der historischen Potsdamer Mitte wären. Ganz im Gegenteil! Selbstverständlich soll in Potsdam die alte preußische Architektur einschließlich des Stadtschlusses wiederentstehen. Doch dann bitte schön als Besuchermagnet und Touristenattraktion und nicht als Landtag mit Schlossfassade.

(Beifall bei der DVU - Zuruf des Abgeordneten Vietze [Die Linkspartei.PDS])

Wir können und dürfen uns als Landtag keine Schlösser bauen, während wir unseren Bürgerinnen und Bürgern mit einer Sparorgie nach der anderen das Geld buchstäblich aus den Taschen ziehen. Das wäre verwerflich. Denn dass angesichts der desolaten Haushaltslage dafür momentan kein Geld vorhanden ist, dürfte jedem klar sein, der zumindest die Grundrechenarten beherrscht. Daher hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, nunmehr unverzüglich die wesentlich kostengünstigere Sanierung des Landtagsgebäudes hier auf dem Brauhausberg anzugehen. Auch über diesen Antrag werden Sie anschließend abzustimmen haben. Für die Planung reichen insoweit die im Jahr 2006 nicht verausgabten Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro laut Einzelplan 15 im kommenden Jahr völlig aus.

Zum Schluss noch einige Anmerkungen zum Einzelplan 01, die ich mir wirklich nicht verkneifen kann. Zum Änderungsantrag des Präsidenten, für die Einstellung nur eines einzigen Auszubildenden ab August 2007 die Wahnsinnssumme von 3 800 Euro bereitzustellen, muss ich ganz ehrlich sagen: Das ist vom Präsidenten zwar schön und wird von der DVU-Fraktion

im Prinzip auch begrüßt, aber ich frage Sie: Warum beschäftigt der Landtag bislang keine Auszubildenden? Sind Ihnen Ausbildung und Zukunft unserer Jugend nicht mehr wert als popelige 3 800 Euro im Jahr 2007? Warum soll es 2007 eigentlich nur ein Auszubildender sein? Gibt es bei uns nicht genügend Perspektivlosigkeit unter Jugendlichen? Kennen Sie die Ausbildungssituation im Land wirklich nicht? Wäre es nicht möglich, hier im Haus mit seinen unterschiedlichen Arbeitsbereichen mindestens fünf bis zehn Auszubildende einzustellen? Natürlich wäre dies möglich. Die DVU-Fraktion würde sich selbstverständlich daran beteiligen. Doch offenbar ist man unfähig oder gar nicht gewillt, das alles in die Wege zu leiten. Also bleibt es wohl - immerhin noch besser als in den Vorjahren - bei diesem einen Tropfen auf den heißen Stein. Traurig, aber wahr.

Ein trauriges Thema ist auch die, mit Verlaub, geradezu lausige Entlohnung des privaten Wachpersonals, das hier bei uns auf dem Landtagsgelände in unser aller Interesse seinen Dienst tut. Diese Männer leisten hier anstrengende und mit Nachtschicht verbundene Arbeit für den niedrigen Stundenlohn von gerade einmal 4,90 Euro, der nicht zum Leben und nicht zum Sterben reicht. Das ist schlicht und greifend ein Skandal.

(Beifall bei der DVU)

Der Hauptausschuss beschloss - übrigens einstimmig -, dass geprüft werden soll, auf welche Weise eine angemessene Entlohnung des Wachpersonals sichergestellt werden kann. Im Finanzausschuss kam sodann die Aussage, es bestünden hier feste Verträge mit der derzeitigen Wachfirma, die eben diese Tariflöhne - fragt sich nur, nach welchem Tarifvertrag - zahlt. Das ist doch kein Argument, meine Damen und Herren. Hier kann wohl Abhilfe geschaffen werden. Man kann den Wachdienst durchaus neu ausschreiben, unter anderem mit der Bedingung angemessener Löhne für die Bediensteten. Außerdem kann man mit der derzeitigen Wachfirma mit Sicherheit eine vertragliche Nachverhandlung dergestalt führen, dass diese, wenn sie vom Landtag mehr Geld erhält, ihre Bediensteten angemessen bezahlt. Das, meine Damen und Herren, wäre ein Stück soziale Gerechtigkeit.

Doch nun zum Einzelplan 02 der Staatskanzlei. Auch hier sollen die Ausgaben um knapp 1,6 Millionen Euro steigen, bei 196 Mitarbeitern und nur zwei Auszubildenden. Ja, so geht der Ministerpräsident Platzeck mit den Geldern unserer Bürgerinnen und Bürger um und mit „gutem Beispiel“ voran. Abermals lässt der Sonnenkönig grüßen.

(Beifall der Abgeordneten Hesselbarth [DVU])

Es wäre doch für ihn ein Leichtes, von seinen knapp 12 000 Euro Ministerpräsidentenbezüge monatlich 500 Euro abzugeben, um wenigstens einen Ausbildungsplatz zu schaffen. Aber nein, während unter seiner Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zunehmend Wasser und Brot verordnet wird, verköstigt er sich selbst sprichwörtlich mit Kaviar und Champagner. Schauen wir uns nur einige Einzelpositionen des Einzelplanes 02 an.

(Frau Alter [SPD]: Schlimm ist das! Muss man sich so etwas anhören?)

Sie können ja rausgehen, wenn Sie es nicht hören wollen. - So soll das Land für die Durchführung eines Benefizkonzerts des

Bundespräsidenten 50 000 Euro zur Verfügung stellen. Wofür eigentlich? Bei normalen Benefizveranstaltungen beteiligen sich Künstler wie auch die Veranstalter, welche die Infrastruktur zur Verfügung stellen, in der Regel kostenlos, und Sponsoren - wenn man in der Lage ist, diese zu akquirieren - beteiligen sich für nichts, für Werbung. Sie stellen etwas zur Verfügung und garantieren den finanziellen Erfolg. Deshalb können dann die Einnahmen grundsätzlich für gute Zwecke ausgegeben werden. Daher hat die DVU-Fraktion den Antrag gestellt, diese 50 000 Euro zu streichen.

Auch ansonsten gehen in diesem Einzelplan die Geldverschwendungen munter weiter. Stiegen die Repräsentationskosten bereits in den Jahren 2005 bis 2007 um 25 000 Euro, sollen für Ordensverleihungen und sonstige offizielle Glückwünsche im kommenden Jahr weitere 22 800 Euro gegenüber 3 000 Euro in diesem Jahr eingestellt werden. - Selbstverständlich haben wir nichts gegen offizielle Auszeichnungen oder Glückwünsche, aber diese müssen nicht unbedingt vom Ministerpräsidenten oder anderen Mitgliedern der Landesregierung überbracht werden. Das geht viel bürgernäher und damit zugleich kostengünstiger, zum Beispiel in den Kommunen des Landes durch die örtlichen Repräsentanten. So könnten hier unserer Meinung nach durchaus 10 000 Euro eingespart werden. Aber auf solche Ideen kommen Sie mit Ihrem Drang zur Selbstdarstellung offenbar gar nicht.

Entsprechendes gilt auch für den Titel Veranstaltungen, Besucherbetreuung bei der Vertretung des Landes beim Bund mit einem Aufwuchs von 59 000 Euro gegenüber 2005 auf nunmehr 68 000 Euro. Abgesehen von der Frage, wofür Brandenburg bei der räumlichen Nähe zu Berlin dort eine eigene Ländervertretung braucht, ist es überhaupt nicht einsehbar, dass hier so horrende Mittel für Repräsentationsveranstaltungen eingestellt werden.

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, nur raten, beim Sparen endlich bei sich selbst anzufangen, anstatt hier große Töne zu spucken.

(Beifall bei der DVU)

Kleinunternehmer und Freiberufler werden in Brandenburg steuerlich in den Ruin getrieben, bedauernswerte Hartz-IV-Opfer weiter geschröpft und Familien mit Kindern mit Abgaben an die Armutsgrenze gebracht. Dafür braucht sich der Ministerpräsident nicht feiern zu lassen und schon gar nicht auf Repräsentationsveranstaltungen.

Die DVU-Fraktion wird die Einzelpläne 01 und 02 - des Landtags sowie des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei - aus den genannten Gründen selbstverständlich ablehnen. Den soliden Haushalten der Einzelpläne des Landesverfassungsgerichts und des Landesrechnungshofes werden wir unsere Zustimmung selbstverständlich nicht verweigern. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Nun erhält der Abgeordnete Bischoff das Wort.

Bischoff (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnetenkollegen! Ich gebe ehrlich zu, dass es mir nicht ganz leichtfällt, nach diesem Redebeitrag zur ganz normalen Tagesordnung überzugehen.

(Unmutsäußerungen bei der DVU)

Herr Kollege Schuldt, glauben Sie es uns: Dass Sie das neue Parlament in Potsdams Mitte nicht unterstützen, ist für uns Demokraten nicht das Problem. Das viel größere Problem ist für uns Demokraten, das Ziel umzusetzen, dass Sie in diesem neuen Landtag nicht mehr vertreten sein werden.

(Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS - Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

- Wer schreit, hat Unrecht.

(Schuldt [DVU]: Noch in zehn Jahren wird unsere Fraktion dort sein!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor uns liegt eine 13-stündige Haushaltsdebatte. Die Debatte betrifft üppige 2 000 Seiten und fünf Kilogramm eng beschriebenes Zahlenmaterial. Lassen Sie mich zu Beginn einige grundsätzliche Bemerkungen zur 2. Lesung des Etats 2007 machen. Fünf Kernpunkte für den Haushalt 2007 sind wichtig.

Erstens: Der Landeshaushalt 2007 ist verfassungskonform. Die Investitionen liegen über der Kreditaufnahme.

Zweitens: Wir machen weniger Schulden als noch vor Jahren.

Drittens: Dabei geben wir Jahr für Jahr weniger Geld für die Verwaltung aus, obwohl die Preise ständig steigen, ein Problem, das übrigens auch unsere Bürger kennen - von der Tankstelle oder bei der Energierechnung.

Viertens: Die Steuereinnahmen haben sich spürbar erhöht und liegen erstmals wieder auf dem Niveau des Jahres 2000, übrigens kurz vor dem 11. September.

Fünftens: Städte, Dörfer, Ämter und Landkreise bekommen 2007 mehr Geld in die kommunalen Kassen. Auch die Gemeindesteuern haben, was sehr gut ist, fundamental eine deutlich positive Entwicklung genommen.

Ich warne trotz all dieser positiven Trends ganz vehement vor zu hohen Erwartungen; denn die Mehreinnahmen sind kein Urknall, der alle Haushaltsprobleme im Land Brandenburg lösen wird. Wahr ist nämlich, dass Brandenburg 2007 zum wiederholten Male mehr Geld ausgeben wird, als es einnimmt. Wenn auch verlangsamt, wächst der Schuldenberg des Landes stetig von Jahr zu Jahr weiter an. Auch 2007 wird das der Fall sein. Unser jährliches Minus umfasst rund 500 Millionen Euro. Wir geben 5 % mehr aus, als in der Kasse liegt. Damit werden 2007 trotz massivster Sparanstrengungen Tag für Tag 1,5 Millionen Euro mehr ausgegeben als eingenommen - auf Pump.

Zeitgleich muss das Land Brandenburg täglich 2,5 Millionen Euro an nationale und auch internationale Banken überweisen - reine Zinskosten. Wir überweisen täglich 2,5 Millionen Euro

Zinsen an Bankhäuser. Weil das Geld aber nicht da ist, nimmt Brandenburg täglich bei denselben Banken 1,5 Millionen Euro an neuen Krediten auf, nur um Zinsen zu zahlen.

Wir als Große Koalition haben das Ziel - und übrigens keine Alternative -, diese Schuldenspirale zu stoppen. In 13 Jahren - Kollegin Funck hat vorhin schon darauf hingewiesen - müssen wir finanziell auf eigenen Beinen stehen. Ab 2009 kommen zum derzeitigen strukturellen Defizit von 0,5 Milliarden Euro Jahr für Jahr noch 100 Millionen Euro strukturelles Defizit hinzu. Die Solidarpaktmittel gehen dann jährlich zurück. Der Solidarpakt II endet im Jahre 2019 mit einem Landeshaushalt, der über 20 % weniger Einnahmen haben wird als der heutige, statt 10 Milliarden weniger als 8 Milliarden Euro.

Unsere Landesausgaben für Pensionen von Beamten übrigens verzehnfachen sich schrittweise von heute 30 Millionen Euro auf dann 300 Millionen Euro allein in den kommenden zehn Jahren. 2020 werden 450 Millionen Euro jährliche Pensionslasten im Haushaltsplan stehen. Rückstellungen bislang? - Keine.

Mit anziehender Konjunktur wird sich das Zinsniveau erhöhen. Die Europäische Zentralbank hat neben der Anhebung in der letzten Woche weitere Schritte nicht ausgeschlossen. Nur ein Prozentpunkt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wird uns über die Laufzeit der vielen Jahre der Kreditaufnahme mehrere hundert Millionen Euro kosten.

Im Übrigen - das ist die letzte Anmerkung zu diesem Themengebiet - weist keine Ausgabeposition im Landeshaushalt eine derart hohe Zuwachsrate auf wie die Zinsausgaben. Seit 2001 betrug die jährliche Ausgabensteigerung allein für die Zinsausgaben im Durchschnitt 11 % pro Jahr. 2010 werden die Kosten für Zinsausgaben bei 1 Milliarde Euro liegen. 20 % der gesamten Landessteuern sind 1 Milliarde Euro.

Kollegin Funck hat vorhin auch Folgendes angesprochen: Populären - Sie haben gesagt: populistischen - Aussagen, es könne nicht immer nur am Geld hängen; wir müssten auch mehr an die Menschen denken, halte ich entgegen: Schuldenpolitik macht den normalen Steuerzahler immer ärmer und die nationalen und internationalen Großbanken - leider - immer reicher.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [Die Linkspartei.PDS])

- Entschuldigung, wir haben Brandenburg 1989/90 - Frau Tack, das wissen Sie besser als alle anderen hier im Saal - als Land vorgefunden, in dem Krankenhäuser saniert werden mussten, Schulen in einem erbärmlichen Zustand, Kitas baufällig waren. Sie wissen ganz genau, dass hier einige Anstrengungen nötig waren, um den Menschen bessere Bedingungen zu bieten.

Unser junges Bundesland, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat im Vergleich mit dem Bund - diesbezüglich sorgt derzeit gerade der Verkauf von Telekom-Anteilen etc. für Diskussionen - oder auch mit westdeutschen Ländern allerdings kaum nennenswertes Landesvermögen oder Beteiligungen, sogenanntes Tafelsilber, das veräußert werden könnte. Deshalb - das ist unser Rückschluss aus den recht nüchternen Tatsachen - gibt es keine ehrliche Alternative vor konsequenten Haushaltspolitik, und zwar, so füge ich als Sozialdemokrat hinzu, mit sozialem Augenmaß. Wir müssen dem süßen Gift der schleichen den Verschuldung widerstehen.

Zur Erinnerung: Wir nehmen im Jahre 2007 560 Millionen Euro an neuen Krediten auf, um einzig und allein die Zinsen für Kredite zu bedienen. Allerdings fallen ab 2008 allein dafür zusätzlich neue Zinsen in Höhe von 15 Millionen Euro Jahr für Jahr an, für die weitere Kredite drohen.

Wir setzen den Tatsachen und Risiken im Kern fünf Punkte entgegen.

Erster Punkt: Die Zahl der Landesbediensteten wird in der neuen Personalplanung noch stärker, aber eben auch sozialverträglich reduziert.

Zweiter Punkt: Wir nehmen keine Verbeamtungen mehr vor, außer in streng hoheitlichen Bereichen.

Dritter Punkt: Investitionen müssen Arbeit sichern und schaffen. Das war ja auch Thema der heutigen Regierungserklärung. Statt mit der Gießkanne zu tröpfeln, werden Wachstumskerne im Land gestärkt.

Vierter Punkt: Die Landesverwaltung wird Schritt für Schritt weiter modernisiert. Dabei ist es auch verständlich, dass es bei Zusammenlegungen oder dem Bürokratieabbau Widerstände gibt, was auch immer wieder zu Unsicherheiten in der Diskussion führt. Dem müssen wir allerdings auch parlamentarisch geschlossen entgegenzutreten.

Fünfter Punkt: Zusammenarbeit mit Berlin. Mit konkreten Schritten - wie gemeinsame Obergerichte oder auch gemeinsame Ausbildungszentren - wird bares Geld gespart, und das jedes Jahr.

Der Haushalt 2007 setzt damit den Konsolidierungskurs fort. Das bedeutet konkret Folgendes:

Erstens: Die Personalbedarfsplanung wird bis 2010 fortgeschrieben. Bei erfolgreicher Umsetzung wird Brandenburg innerhalb eines Jahrzehnts ein Viertel der Stellen sozialverträglich und ohne Kündigungen abgebaut und die Zahl der Stellen auf dann 49 300 reduziert haben.

Zweitens: Der Ende Januar 2007 auslaufende Sozialtarifvertrag muss neu verhandelt werden. Dazu gehört auch die Frage der Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamte.

Drittens: Der Kreditrahmen sinkt - auf Antrag der Koalition übrigens - nochmals um weitere 90 Millionen Euro. Der steile Anstieg der Neuverschuldung ist inzwischen zwar gebremst und der Trend auch umgekehrt, Brandenburg hat jedoch enorm hohe Zinslasten aus den 90er Jahren zu tragen.

Letzter Punkt: Die knapper werdenden Mittel werden auf zukunftsorientierte Politikfelder konzentriert. Unsere Ausgaben für Bildung steigern wir um gut 17 Millionen Euro, plus 5 %. Auch die Zuschüsse für Krippe, Kindergarten und Hort werden erhöht. Die Mittel für Universitäten und Hochschulen werden von der Großen Koalition um 18 Millionen Euro aufgestockt. Die Mittel für Wirtschaft, Technologie und Innovation legen im nächsten Jahr um 57 Millionen Euro zu. Nahezu jeder fünfte Euro steht für notwendige Investitionen zur Verfügung, insgesamt also knapp 2 Milliarden Euro, Frau Kollegin Funck. Davon können übrigens auch gute Brücken gebaut werden.

Darüber hinaus hat die SPD-Landtagsfraktion eine Reihe von Änderungsanträgen zum Haushalt eingebracht. Für die Verbesserung der Betreuung von Kindern stellt die Koalition insgesamt zusätzlich 4 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel werden dauerhaft für Sprachstandserhebungen aller Kinder und die Betreuungssicherung von Unter-Dreijährigen in den Kitas zur Verfügung stehen. Zum anderen erhöhen wir unter anderem die Mittel für Opfer rechtsextremistischer Gewalt, um noch konsequenter helfen zu können.

Auch die Opposition hat in den langwierigen Ausschussberatungen eine Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt, die auch Gegenstand der jetzt beginnenden 2. Lesung des Haushalts sein werden. Während die Berliner PDS-Parteifreunde in Regierungsverantwortung Sparpolitik durchaus konstruktiv vertreten, besteht die Masse der Änderungsanträge der brandenburgischen PDS-Landtagsfraktion allerdings im Kern aus dem Verschieben von ganz großen Wolken. Bei der Opferhilfe und der Kita bestand Übereinstimmung. Aber dass gerade Sie die Mittel für Bildungspolitik aus dem Geldbeutel der Beamten bestreiten wollen, ist für uns schon mehr als befremdlich. Ich kann Ihr schlechtes Gewissen ja ein wenig verstehen. Was hat Frau Kaiser den Beamten da draußen auf der Demo vor zwei, drei Wochen nicht alles erzählt, und welchen Jubel hat sie erhalten! Reden und Handeln liegen hier offensichtlich weit auseinander.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

- Sie wissen es ganz genau!

Unabhängig von all diesen Debatten, meine Damen und Herren: Die rechtsextreme DVU hat mit einer Reihe von Haushaltsanträgen ihren sehr muffigen Gedankenvorhang gelüftet: Erstens Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz um 30 % kürzen; zweitens Zuschüsse an die Stiftung „Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“ deutlich reduzieren; drittens Zuschüsse für freie Träger und Maßnahmen zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit komplett streichen. - All diese Anträge passen übrigens exakt zur beantragten vollständigen Mittelstreichung für den Landesverfassungsschutz,

(Beifall bei der DVU)

weil das zeigt - noch dazu, da Sie jetzt dazu applaudieren -, wes Geistes Kind Sie sind - ein Geist, von dem ich behaupte, dass er demokratiefeindlich ist.

(Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS sowie vereinzelt bei der CDU)

DVU ist gleich NPD. NPD ist gleich DVU.

(Schuldt [DVU]: Das ist eine Unterstellung! Davon haben Sie keine Ahnung!)

- Das ist die Realität, Herr NPD-Bundestagsspitzenkandidat Schuldt! Wer für die NPD Spitzenkandidat ist, muss sich diesen Vergleich gefallen lassen, zumal Sie schlimmerweise mit Ihren muffigen Anträgen hier im Parlament eindrucksvoll versucht haben, Ihr Gedankengut einzubringen.

(Beifall bei SPD, CDU und der Linkspartei.PDS)

Ich sage Ihnen voraus: Nicht eine Stimme werden Sie von den demokratischen Parteien SPD, CDU und der Linkspartei.PDS für diese Anträge erhalten, nicht eine einzige Stimme!

(Beifall bei SPD und der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich bin fest davon überzeugt: Niemand in Brandenburg kann ernsthaft wollen, dass die Zukunft unserer Kinder mit immer mehr Schulden belastet wird.

Wahr ist aber auch: Sobald es konkret wird und es zu persönlichen Zumutungen kommt, formiert sich sehr schnell hartnäckiger Widerstand.

Norbert Blüm hat dieses allzu menschliche Phänomen einmal wie folgt umschrieben: Alle wollen den Gürtel enger schnallen, nur fummelt jeder am Gürtel des Nachbarn herum.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir alle müssen die Möglichkeiten sehr konsequent ausschöpfen, um die immer noch viel zu hohe Nettokreditaufnahme zurückzuführen. Der Haushalt 2007 setzt diesen Weg fort. Wir sind als SPD-Fraktion aber auch davon überzeugt, dass nur ein solider Landeshaushalt auf lange Sicht eine gute Sozialpolitik garantiert. Deshalb ist der Haushalt 2007 ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Minister Speer.

Ich begrüße zwischenzeitlich die Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Oberschule Potsdam und wünsche ihnen einen angenehmen Nachmittag bei uns.

(Allgemeiner Beifall)

Ich mache aus gegebenem Anlass darauf aufmerksam, dass es in unserem Hause eine Kleider- und Hausordnung gibt und das Tragen von verfassungsfeindlichen Symbolen in den Räumen des Landtags nicht gestattet ist.

(Bischoff [SPD]: Soll hinausgehen!)

Das bitte ich zu Protokoll zu nehmen.

Herr Speer, Sie haben das Wort.

Minister der Finanzen Speer:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten für die Diskussionen im Haushaltsausschuss und in den einzelnen Fachausschüssen eine sehr komfortable und angenehme Situation. Wir haben das erste Mal seit längerer Zeit nach der Herbststeuerschätzung die Erwartungen nicht nach unten korrigieren müssen, sondern konnten sie glücklicherweise nach oben korrigieren. Diese 160 Millionen Euro Mehreinnahmen aufgrund der soliden Wirtschaftsentwicklung, die derzeit in unserem Land vorstatten geht und sich nach Einschätzung der Experten auf absehbare Zeit fortsetzen wird, ver-

setzen uns in die Lage, zu entscheiden, welche Aufgabenbereiche wir wie ausstatten.

Die Koalitionsfraktionen sind mit der Verbesserung der Einnahmesituation sehr verantwortungsvoll umgegangen. Sie haben zum einen 4 Millionen Euro genommen und sie für Qualität und Anspruch im Kita-Bereich obendrauf gelegt. Das versetzt uns in die Lage, am Ende des Tages feststellen zu können, dass im Haushalt 07 im Verhältnis zum Haushalt 06 24 Millionen Euro mehr im Bereich Bildung zu verzeichnen sind. - Das ist eine der wesentlichen Zielsetzungen von Koalition, Regierung und Landtag.

Wir haben daneben die Nettokreditaufnahme im Ansatz - dieser Vorschlag fand im Haushaltsausschuss eine Mehrheit - um 90 Millionen auf 560 Millionen Euro gesenkt. 560 Millionen Euro - das ist immer noch über eine halbe Milliarde und demzufolge auch über eine halbe Milliarde zu viel. Daran wird deutlich, welche Aufgabe vor uns steht.

Aus der Erhöhung um 160 Millionen Euro resultiert, dass die Steuereinnahmen den Haushalt unseres Landes zu 49,6 % decken. Frau Stobrawa, wenn Sie an der Stelle „Armes Brandenburg!“ sagen, so ist dies richtig. Bei der Einschätzung der Ausgaben ist es falsch; denn wir geben im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern West - also unseren Bezugsländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz - über 130 % aus. Auf der Basis der Mittel, die wir von diesen Ländern bekommen, von den Kommunen im Westen, vom Bund, von der EU, sind wir in der Lage, mehr Geld auszugeben als vergleichbare Länder im Westen, und zwar auch mit der Zielsetzung, diese Mittel in die Zukunft zu investieren.

Deswegen freut es mich auch, nach der Debatte feststellen zu können, dass der Bereich Wissenschaft gestärkt wird. Wir haben in der Studie, die wir gestern ins Internet eingestellt haben und die heute durch die Medien geht, festgestellt, dass wir im Bereich Forschung nicht zu den führenden Ländern gehören. Deshalb sind alle Anstrengungen, dies zu verbessern, für die Zukunft des Landes wichtig.

Wir haben festzustellen, dass wir ein stabil ausgestattetes Politikfeld Wirtschaft, Technologie, Innovation haben. Die Investitionsquote wird nach den Änderungen 19,3 % betragen, wenn die Regierung mit diesem Etat entsprechend umgeht und im nächsten Jahr dafür sorgt, dass Investitionen dieses Geld auch absorbieren können.

Wir haben vor der letzten Landtagssitzung eine größere Demo gehabt. Wir haben heute hier gesehen, dass Polizisten den Weg säumten, nicht um uns zu schützen, sondern um ihre Forderungen noch einmal vorzutragen. Es ist gefordert worden, Verhandlungen auf Augenhöhe auch in Bezug auf die Ausstattung des Haushaltes im Jahre 2007 zu führen. Ich gehe davon aus, dass wir uns in der Beratung des Haushaltsausschusses, die zwischen der 2. und 3. Lesung stattfindet, mit diesem Thema auseinandersetzen werden. Meine Position dazu lautet: Wir lassen den Haushalt an dieser Stelle, was die Personalausgaben betrifft, so, wie er eingebracht wurde, mit den Änderungen, die in der Koalition besprochen wurden. Wir haben dann gegenüber einer Absenkung auf null Spielraum. Wir haben gegenüber der Forderung der Gewerkschaft ein Minus. Insofern bewegt sich das genau in dem Korridor, wo Verhandlungen notwendig und möglich sind. Das passiert auf Augenhöhe. Ich ha-

be bei allen Gesprächen, die ich in der Vergangenheit mit den Gewerkschaften geführt habe, weder auf dem Tisch noch unter dem Tisch gesessen. Das wird auch in der Zukunft so weitergeführt werden.

Zu den Debatten, die in der nächsten Woche im Kabinett folgen: Wir werden, so der Haushalt am Freitag Ihre Bestätigung findet, uns umgehend mit der Haushaltssituation 2008/2009 auseinandersetzen, einen Doppelhaushalt entwerfen und 2010 notwendigerweise mit im Blick haben, weil dies auch notwendig ist in Bezug auf die weitere Entwicklung im Tarif- und Besoldungsbereich, da 2010 bekanntlich bei den oberen Einkommen sowohl im Tarif- als auch im Besoldungsbereich die Ost-West-Angleichung abgeschlossen werden soll. Dies wird noch einmal eine erhebliche Mehrbelastung des Landeshaushalts mit sich bringen. Deshalb werden wir in diesem Zusammenhang diese Debatte führen und daraus auch Vorschläge ableiten, wie wir mit den Gewerkschaften diskutieren und auch diesen Zeitraum im Blick haben können.

Ich wünsche mir für die weiteren Beratungen im Finanzausschuss eine ähnlich konstruktive Situation und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Nun erhält der Abgeordnete Vietze das Wort.

Vietze (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte gleich zu Beginn meines Beitrags um Verständnis dafür, dass ich mich nicht ganz vorbehaltlos den Überlegungen meines geschätzten Kollegen Mike Bischoff anschließen kann, der sich auf dem richtigen Weg fühlt. Ich halte das für eine logische Konsequenz; denn vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenserfahrungen ist es manchmal gut, auch einen Weg, den man geht, von dem man überzeugt ist, dass er der richtige ist, zu hinterfragen, damit man eine größere Sicherheit hat. Insofern, bin ich der festen Überzeugung, werden Sie manche meiner Bemerkungen zumindest unter dem Gesichtspunkt zur Kenntnis nehmen: Es macht Sinn, über das eine oder andere vielleicht auch einmal unabhängig von einer Haushaltsdebatte nachzudenken.

Ich will ausdrücklich sagen - weil das in der Debatte mehrmals angesprochen wurde -: Wir übersehen keineswegs, dass in den letzten 15 Jahren in Brandenburg eine Menge geschaffen wurde.

Wir halten fest, was im innerstädtischen Bereich in vielen Städten unseres Landes passiert ist. Wir halten fest die Entwicklung im Infrastrukturbereich. Wir halten fest den nach wie vor im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr guten Ausstattungsgrad bei Kindereinrichtungen. Wir halten fest, wir halten fest! Es ist zutreffend.

Es ist aber auch zutreffend, dass wir uns das möglicherweise teuer erkaufte haben und dass der Schuldenberg, der uns jetzt drückt, auch eine Belastung für Künftiges ist und das eine oder andere, was uns jetzt mit Stolz erfüllt, nicht mehr gewährleistet werden kann, weil uns die Zinslasten in dieser Weise belasten.

Ich finde auch - das gehört dazu -: Von so manch kühnem Traum, der da bestand, was die „Leuchttürme“ betrifft, und so manchem, was in dem Zusammenhang einzigartig und alternativlos im Rahmen der dezentralen Konzentration gedacht war und mit dem großen Jobmotor Baufeld Ost - ich will mit der Aufzählung gar nicht erst beginnen - zusammenhing, wissen wir: Da sind natürlich auch Investitionen getätigt worden und Gelder, die uns heute belasten, geflossen, die nicht den gewünschten ökonomischen Effekt hatten. So mancher Untersuchungsausschuss, den wir hier im Landtag hatten, hatte die Aufklärung des sorglosen Umgangs mit Geldern als Aufgabstellung.

Insofern will ich klar und deutlich sagen: Wir in der Opposition haben durchaus die Fähigkeit, mit diesem Sachverhalt auszuweichen umzugehen. Deswegen werden Sie vielleicht auch Folgendes verkraften: Das Prinzip, das sich in den letzten Jahren eingeschlichen hat - ich habe das große Glück, seit 1990 alle Haushaltsdiskussionen miterlebt haben zu dürfen, habe sie auch mitgestaltet unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung - für die Einzelpläne 01, 02, 13, 14 war ich immer zuständig - sieht folgendermaßen aus: Da gibt es eine kluge Partei oder - wie wir es jetzt haben - zwei kluge Parteien, die regieren, und die schnüren ein Paket. Da ist alles, was wichtig ist, bedacht. Das ist in sich schlüssig, das ist logisch aufgebaut. Da gibt es nichts, was man im Nachhinein noch verändern sollte, weil: Das Paket ist so geschnürt, dass es eingebracht wird - mit dem einen oder anderen Kollegen der Koalition im Vorfeld sicherlich diskutiert -, und man es umsetzen kann. Das wichtigste Argument - Herr Bischoff, das müssen Sie aber auch verkraften - Ihrerseits in den Auseinandersetzungen lautet: Es gibt zu unserem klugen Angebot und unseren Plänen keine Alternative.

(Bischoff [SPD]: Wie wahr!)

Das ist genau das Problem. Ich sage: Die Aufgeschlossenheit hat eine große Grenze, nämlich die, dass Sie bei dem, was Sie dem Landtag zu beschließen empfehlen, immer davon ausgehen, dass es alternativlos ist. Diese Basta!-Politik ist auf der Bundesebene gescheitert, und es ist unsere Fürsorgepflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, damit Sie dieser Gefahr entgegen, indem Sie sich einfach aufgeschlossener Sachthemendebatten stellen und Inhalte diskutieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Das ist das eine. Dann gibt es natürlich - völlig klar - Sachverhalte, die wichtig sind wie Klarheit, Vergleichbarkeit. Es gibt Vergleiche, die wichtig sind. Sie haben das ja alles genau verfolgt. Deswegen: Als wir uns den Personalkostenteil aller Einzelpläne anschauten, fiel uns zum Beispiel auf, dass das eine oder andere nicht verständlich ist. Weil Sie immer mit uns reden, wenn wir die Personalkosten reduzieren oder nicht, also Folgendes: Im Finanzministerium wurde eine Personalkosten-senkung in Höhe von 21,5 Millionen Euro eingeplant. Da habe ich keinen Protest von Ihnen gehört - vom Minister auch nicht. Im Einzelplan 10 ging es um 2,8 Millionen Euro, im Bereich von Wissenschaft und Forschung um 1,5 Millionen Euro. Andere wiederum - wie der Innenminister - bekamen 10 Millionen Euro mehr. Im Bereich Bildung gab es 4 Millionen Euro weniger, obwohl 928 Stellen gespart werden. Der Minister des Innern spart 452 Stellen und kriegt 10 Millionen Euro mehr.

Da haben wir gesagt: Da kann doch was nicht stimmen! Dann haben wir einen Brief geschrieben und eine überzeugende Antwort bekommen; das will ich sagen. Wir haben die Kollegen beschäftigt. Ich will ausdrücklich sagen, da wurde fleißig gearbeitet, damit wir unsere Antwort erhalten.

Aber da wurde auch deutlich: Nachdem auf diese Weise - also so, wie bisher gearbeitet wurde; in dem Brief ist das umfangreich erläutert - eine Fortschreibung der Personalbudgets über fünf Jahre erfolgte, wurde deren Angemessenheit im Hinblick auf den tatsächlichen Stellen- und Personalbestand von den Ressorts zunehmend bezweifelt, und daher wurde der Minister der Finanzen von der Landesregierung beauftragt, nun ein Haushaltsaufstellungsverfahren zu entwickeln, mit dem eine Neuverteilung des Gesamtpersonalbudgets auf die Einzelpläne unter abgestimmten Kriterien - Bewahrung des Gesamtbudgets - zu prüfen war.

Nun muss ich einfach einmal sagen: Ich bin sehr dankbar dafür, dass ein paar Kollegen die Fragen aufgeworfen haben und der Minister sie beantwortet hat. Ich habe festgestellt: Sie hatten diese Fragen gar nicht, weil, Sie hatten es ja schon im Vorfeld begriffen. Ich will einfach noch einmal sagen, was ich dann begriffen habe, weil mir das erläutert wurde. Also: Was haben wir jetzt für ein neues Prinzip? Ich finde, das ist so schön geschrieben, dass man es sich noch einmal vergegenwärtigen muss:

„Ausgangspunkt der Neuberechnung des Personalbudgets waren die tatsächlich im Haushaltsjahr 2005 verfügbaren Personalbudgets je Einzelplan (d. h., Hauptgruppe 4 abzüglich der laut Haushaltsgesetz ausgenommenen Versorgungsausgaben sowie Ausgaben für Trennungsgeld und Umzugsvergütung ...). Diese wurden dem jeweiligen idealtypischen Personalbudget (Stellenobergrenzen gemäß § 26 Bundesbesoldungsgesetz) mit einer rechnerischen 100%igen Finanzierung gegenübergestellt. Die Normierung der Stellenpläne der verschiedenen Einzelpläne erfolgte dabei unter Berücksichtigung des jeweiligen Ist-Verhältnisses der von der Stellenobergrenzenregelung erfassten (Plan-)Stellen für Beamte und Angestellte. Für die so vereinheitlichten und damit vergleichbar gemachten Stellenpläne wurden auf der Grundlage des Ist-Ergebnisses 2005 (Haushaltsvollzug) kapitel- sowie besoldungs- und vergütungsgruppenweise Personalkostendurchschnittssätze ermittelt. Aus der Gegenüberstellung des Produkts der normierten Stellenpläne und Personalkostendurchschnittssätze mit dem tatsächlichen Personalbudget 2005 ergaben sich die tatsächlichen Finanzierungsgrade der Einzelpläne zwischen 86,3 und 105 %, wobei der Durchschnitt 91,9 % betrug ... Um das Gesamtpersonalbudget einzuhalten, wurden rechnerische Beträge von den Einzelplänen mit überdurchschnittlichem Finanzierungsgrad zugunsten der Ressorts mit unterdurchschnittlichem Finanzierungsgrad umverteilt.“

(Heiterkeit und Beifall bei der Linkspartei.PDS - Baaske [SPD]: Na und, das machen wir immer so! - Heiterkeit bei SPD und CDU)

„Die Budgetminderungen betrafen Staatskanzlei ...

Die mit einem für alle Ressorts einheitlichen Finanzierungsgrad bemessenen rechnerischen Personalbudgets

2005 dienten nunmehr als neue Ausgangsbasis ...“

Ich finde, es war sehr wohltuend, dass der Satz angefügt war:

„Wegen des erheblichen Umverteilungsbetrages wurde eine in 3 Jahresschritten zu vollziehende Umverteilung der Personalbudgets festgelegt. Damit wurde den von der Umverteilung belasteten Ressorts die Möglichkeit gegeben, sich auf das verminderte Personalbudget einzustellen. Die vorstehend beschriebenen verschiedenen Zu- und Abschläge bei der Ermittlung der ressortspezifischen Personalbudgets sind Erklärung dafür, dass ein Vergleich der Haushaltsansätze 2006 mit den Haushaltsansätzen 2007 auf der Basis der Stellenzahl keine Erklärung der Planansätze liefern kann.“

Im Klartext: Ein Fünftel der Mittel des Gesamthaushalts für Personalkosten hat eine neue Berechnungsbasis erhalten. Es ist mit nichts mehr, was es vorher gab, vergleichbar; es gibt jetzt eine ganz tolle neue Lösung, ebenso, wie die vor fünf Jahren gefundene Lösung ganz toll war.

Wir als Opposition sind aufgefordert, zu diesem neuen Prinzip einer mathematisch guten „Leistung“, so möchte ich das ausdrücklich nennen, großes Vertrauen zu entwickeln, alles zu bestätigen. Man muss sachlich feststellen: Diese herausgehobene, solide Arbeit des Finanzministeriums hat dazu geführt, dass ich in den Haushaltsausschusssitzungen sehr überrascht feststellte, dass es bis auf ein, zwei Minister, um deren Perspektive ich mir Sorgen gemacht habe, niemanden gab, der sich nicht eingangs seines Beitrags beim Finanzminister für das kollegiale, engagierte Aufeinanderzugehen bedankt hat.

Herr Finanzminister, ich habe überhaupt nicht verstanden, warum es in der letzten Woche irgendwo eine Nachricht gab, Sie würden mit Ihrem Job spielen. Bei der Wohlpreisung in Ihren Kollegenkreisen kann ich nur sagen: Das kann noch kein Minister der Finanzen in den Vorjahren in einem derartigen Maß in Anspruch genommen haben. Das ist eine gute Leistung. Wenn jetzt noch der Effekt eintritt, dass wir, wenn wir künftig über den Haushalt, über dieses gute Fünftel reden, wieder die Vergleichbarkeit und damit auch die Durchsichtigkeit haben und sozusagen als Haushaltsgesetzgeber wieder wissen, worüber der Einzelne in seinem Einzelplan entscheidet, ist, wie ich finde, eine große Leistung vollbracht worden, und ich bedanke mich für diese sehr umfangreiche Arbeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zum zweiten Thema, das ich ansprechen möchte: Wir haben wieder Hoffnung, wir haben Vertrauen. Es gibt jetzt eine ganz tolle Idee: Es wird alles zentralisiert - im Fuhrpark; der Einsatz der Fahrzeuge, die Kraftfahrer werden konzentriert. Jetzt tritt die Situation ein, da schreibt als Erster der Chef der Staatskanzlei: Der Aufwuchs bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten: 450 000 Euro, Mietzahlungen: 1,2 Millionen Euro, macht rund 1,7 Millionen Euro. Nun ist es so, dass dem lediglich bisherige Ausgaben im Hause in Höhe von 232 000 Euro gegenüberstehen. Also haben wir hier jetzt eine Zentralisation durchgeführt, die offensichtlich zu Mehrausgaben der einzelnen Ministerien in Höhe von 4 Millionen Euro führt. Herr Minister, das ist die Anlage 1/5 zu meiner Fragestellung. Ich habe das alles von Ihnen bekommen; insofern ist es auch zuverlässig.

Das Problem besteht darin: Es wurde jetzt eine Konzentration vorgenommen, bei der es durchaus sein kann, dass zu Beginn der Arbeitsaufnahme eines so wichtigen Unternehmens Vorleistungen erbracht werden können, Übergangsleistungen finanziert werden. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Nur, ich würde mich freuen, wenn Sie beim nächsten Mal, wenn Sie in die Haushaltsberatung kommen, nicht erst nach Aufforderung, sondern gleich sagen: Im Ergebnis des Haushaltvollzugs 2007 ist es mit Blick auf den Doppelhaushalt 2008/09 gelungen, eine Form zu finden, mit der wir eine Verwaltungsoptimierung in den Ministeriumsbereichen in Potsdam durchgeführt haben, die dem Steuerzahler künftighin deutliche Einsparungen bringt. Dann hätte es seinen Sinn erfüllt.

Insofern sage ich: Wir sind an Ihrer Seite - mit Mut, mit Hoffnung. Aber wir sagen auch: Angesichts manchen Berichts, der dann vom Landesrechnungshof erstellt wird, sind wir gehalten, etwas vorsichtig zu sein. Im Zusammenhang mit der Einrichtung des Landesbetriebes für Straßenwesen stellt dann der Landesrechnungshof fest: Die ständige Wiederholung der Begriffe Transparenz, Effizienz und Wirtschaftlichkeit vermochte die vorgenommene Ausgliederung und die Verwaltungsaufgaben nicht nachvollziehbar zu begründen. - Wir bekommen das immer gut vermittelt, mit optimistischem Vokabular, um nicht zu sagen, auch der einen oder anderen Worthülse. Aber ich möchte ausdrücklich sagen: Wir werden es kontrollieren. Das wird eine der herausgehobenen Aufgaben diesbezüglich sein.

Ich komme zum dritten Thema, bei dem ich Ihre Aufmerksamkeit für eine innere Diskussion bei Ihnen anregen möchte. Wir haben jetzt eine neue Förderstrategie, Wachstumskerne, Branchen. Ich würde darum bitten, dass das heute früh in der Regierungserklärung klug Vorgetragene doch noch eine stärkere Untersetzung findet, damit man die Branchen bei den Finanzplanungen noch ein bisschen deutlicher spürt. Vielleicht kommen wir sogar dahin, wenn Unternehmen in Brandenburg, und nicht nur hier, Gelder vom Steuerzahler für die Entwicklung ihres Unternehmens wünschen, zu sagen: Die Arbeitsplätze, die in diesem Betrieb geschaffen und erhalten werden, werden durch das Land gefördert, so wie es bei EU-Mitteln gehandhabt wird, und dies auf einem Schild zu lesen ist: Das Unternehmen, der Bau wird durch die EU oder den Bund oder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe usw. gefördert. Wenn es ständig das Argument gibt, es sei eine Wettbewerbsverzerrung, wenn wir das eine oder andere öffentlich machen, dann muss ich sagen, dass es keine Wettbewerbsverzerrung für jene gibt, die investieren wollen. Wenn sie es allein machen, dann sind sie in ihrer Sache autark. Wenn sie dafür öffentliche Gelder wollen, muss die Öffentlichkeit wissen, dass ihr Steuergeld in dieses Unternehmen fließt, dort verbleibt, weil wir wollen, dass dort die Arbeitsplätze erhalten werden.

Das ist eine Frage, wo man einen Diskussionsprozess beschleunigen kann und möglicherweise auch ein bisschen mehr Ehrlichkeit und Offenheit im Lande im Umgang mit diesen Themen schafft.

Das Vierte, was ich ansprechen möchte, ist eine Sachdebatte. Meine Kollegin Stobrawa hat darauf hingewirkt. Manchmal ist es schwierig, auch in der Diskussion. Herr Bischoff hat gesagt: Man habe sich entschieden, es gebe keine institutionelle Förderung usw.

(Bischoff [SPD]: Das habe ich nicht gesagt.)

- Das haben Sie gesagt - im Zusammenhang mit Sinti und Roma. Es steht im Protokoll. Ich bin ganz offenherzig, ich habe das alles hier. Ich kann Ihnen sogar sagen ...

(Bischoff [SPD]: Im Finanzausschuss!)

- Ja, dort haben sie es gesagt, heute nicht. Vielleicht haben Sie dazugelernt.

(Bischoff [SPD]: Wir lernen immer!)

Vielleicht wollten Sie es heute nicht mehr sagen. Aber ich sage es; das ist ja kein Problem. Worum es mir geht, ist: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz - ich kann Ihnen die Liste geben - haben Mittel für Sinti und Roma eingestellt. Wir empfangen sie hier im Landtag, Präsident und Vizepräsidentin werden danach befragt, da geht es um eine Summe von 20 000 oder 25 000 Euro - das geht natürlich aus Prinzip nicht, weil Sie das nicht in Ihrem Paket unterbringen. Da muss ich ganz einfach sagen: Das hat etwas damit zu tun, dass Sie keine Bereitschaft zeigen, über bestimmte Dinge nachzudenken; denn das ist im Budget des Haushalts, so rund wie wir das gerechnet haben, immer drin.

(Zuruf des Abgeordneten Baaske [SPD])

Wenn Sie die Zahlen vergleichen, den Abfluss der Mittel für Personalkosten, stellen Sie fest: Es ist noch nicht ein Jahr gewesen, in dem unter 48 Millionen Euro nicht ausgegeben worden sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Alles andere ist in den Jahresscheiben noch höher. Also, hören Sie auf, bei diesem Haushaltspolster, das Sie sich schaffen, zu sagen, dass wir nicht 20 000 Euro für die Sinti und Roma haben! Genauso machen Sie es mit den Weltanschauungsgemeinschaften. Ich sage es ausdrücklich, damit ich nicht fehlinterpretiert werde: Heinz Vietze ist für die 10 Millionen Euro im Kirchenvertrag - evangelische Kirche! Heinz Vietze ist für die Millionen für die katholische Kirche! Heinz Vietze ist für die 200 000 Euro für die jüdische Gemeinde! Ich bin aber auch dafür, für die verfassungsrechtlich gleichgestellten Weltanschauungsgemeinschaften mehr als 3 000 Euro einzusetzen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

wenigstens 20 000; da könnten Sie sich doch mal ein Herz fassen, weil das dann eine andere Basis bekommen würde.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe mit den Kollegen der Kirchen gesprochen, die sind sogar dafür. Ich habe gesagt, es wäre eine tolle Initiative von evangelischer und katholischer Kirche. Beide Seiten sagten, sie verzichten auf 15 000 oder 10 000 Euro, damit das für eine andere Sache eingestellt wird. Sie sollten darüber nachdenken und sehen,

(Bischoff [SPD]: Das Paket wird immer größer! - Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

ob da nicht doch noch etwas zu machen ist.

Ich möchte mich an der Stelle auch dagegen verwahren. Sie wissen, die Regelung mit dem Wachdienst haben wir in unserem Antrag eingebracht, der Hauptausschuss ist dem gefolgt. Es ist viel zu ernst, Herr Schuldt, als dass Sie sich dieses Themas hier mit solch billigem Populismus bedienen dürfen. Das muss ich ganz entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist ein ernstes Thema, und wir haben es nicht populistisch gemeint. Deshalb haben wir im Hauptausschuss über den Antrag auch nicht abgestimmt, sondern wir sind der Meinung: Wir müssen darüber reden. Es ist eine komplizierte „Kiste“: In diesem Hause werden wir zur gleichen Zeit von einem privaten Wachdienst und von Wachdienstkräften des Landtages bewacht. Für die einen gilt der private Wachdiensttarif in Höhe von 4,90 Euro, für die anderen der des öffentlichen Dienstes. An der Stelle haben wir die Verantwortung - eine alte sozialdemokratische Forderung lautet: gleicher Lohn für gleiche Arbeit -

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

uns in einen Diskussionsprozess zu begeben. Deswegen sage ich: miteinander reden! Das ist wichtig, wenn man schon so knapp dran ist und die 3 000 Euro nicht hat, die 5 000 Euro nicht hat.

Dass die Kommunen jetzt mehr Geld bekommen, haben Sie auch gesagt. Der Brandenburg-Tag ist ein herausgehobenes Ereignis; dafür gibt es jährlich eine direkte Zuwendung in Höhe von 200 000 Euro. Jetzt bekommt er eine völlig andere, eine „Brandenburger“, eine größere Dimension: Er wird jetzt mit 400 000 Euro gefördert. Das machte Sinn, wenn man ihn sich größer wünschte. Aber wenn einem an jeder anderen Stelle im Landeshaushalt Geld fehlt, dann kommt man nicht unbedingt auf die Idee, die Aufwendung des Steuerzahlers für den Brandenburg-Tag zu verdoppeln. Darüber muss man nachdenken. Sie haben die Chance, dieses Thema im Rahmen einiger von uns gestellter Anträge noch einmal zu behandeln.

Ich möchte jetzt meinen abschließenden Dank an die Kollegen der Koalitionsfraktionen richten. Es gab eine herausragende Leistung, die von mir unbedingt gewürdigt werden muss. Ich habe aus der Zeitung erfahren - Herr Bischoff und andere haben eine Pressekonferenz gegeben -, dass es der Koalition gelungen ist, im Haushalt eine einzigartige Umschichtung von über 100 Millionen Euro vorzunehmen. Ich möchte Ihnen bestätigen, dass ich für Ihren diesbezüglichen Antrag sehr dankbar bin, denn er ist Bestandteil der Informationen des Ministers der Finanzen und beruft sich auf die Ergebnisse der 128. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung am 2. und 3. November. Er enthält eine Auflistung von Bereichen, für die gemäß der Steuerschätzung für das Jahr 2007 höhere Einnahmen vorhergesagt werden. Herr Bischoff, ich muss Ihnen sagen:

(Bischoff [SPD]: Das ist ja heute ein richtiges Zwiegespräch!)

- Ja, ich erwähne Sie heute mehrmals; das haben Sie verdient.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihnen gelungen, die Steuereinnahmen gemäß der Schätzungen für das Jahr 2007 im Detail exakt abzuschreiben. Es

gibt keinen Fehler; alle Umschichtungen im Bereich „Mehreinnahmen“ sind enthalten. Ich möchte Ihnen in besonderer Weise meine Dankbarkeit ausdrücken. Sie haben immer über die Biersteuer gesprochen. Der Antrag, diese mit 1 Millionen Euro höher anzusetzen, kommt von Ihnen. Ich bedanke mich sehr. Sie haben mich mit diesem Thema gut unterhalten. - Danke für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche noch einen schönen Tag.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Richstein das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte an den Schluss meiner im Rahmen der Haushaltsdebatte am 18. Mai 2005 gehaltenen Rede anknüpfen. Darin habe ich mir gewünscht, dass die nächste Haushaltsdebatte mehr zum Thema Europa und zu den europapolitischen Vorstellungen der Landesregierung enthalte. Dieser Wunsch ist mir erfüllt worden, ich bin also kein einsamer Rufer in der Wüste; nicht, weil die Klimaveränderung so schleppend ist - wo doch Brandenburg von einigen schon mal in die Verödung und die Verstepung geschickt wurde -, sondern weil Sie, Frau Stobrawa, über Europa gesprochen haben.

Insgesamt bin ich jedoch von Ihnen enttäuscht. Ich weiß nicht, ob es der Beginn einer rot-roten Kuschelrunde ist, oder ob es ein mir bisher unbekanntes Schwarz-Weiß-Denken Ihrerseits gibt. Ich hatte den Eindruck, Sie meinten, die Europapolitik und die Entwicklungspolitik würden seit dem Jahr 1999, also seit wir im Land Brandenburg die Große Koalition haben, immer mehr in den Hintergrund treten und zurückgebaut werden. Sie vergessen vielleicht, dass das Kabinett bereits im Jahr 1999 für brandenburgische Bedienstete, die zur Europäischen Kommission gegangen sind, erstmals einen Landesmittelpool eingerichtet hat. Im Jahr 2001 wurde der Beschluss gefasst, dass jedes Ressort einen Mitarbeiter nach Brüssel entsenden solle. Und wir haben - darauf hatte sich die Große Koalition verständigt - erstmals eine trilaterale Zusammenarbeit mit Berlin und unseren polnischen Nachbarregionen entwickelt. Von daher kann ich Ihre Ansätze nicht verstehen, hoffe dennoch, dass wir im Europaausschuss weiterhin so konstruktiv wie bisher zusammenarbeiten werden.

Ich möchte kurz etwas zu den im Hauptausschuss behandelten Sachanträgen bezüglich der Sinti und Roma sagen. Es hat mich gewundert, dass Sie plötzlich meinen, der Landtag solle eine institutionelle Förderung von Sinti und Roma aufbauen. Das Thema wäre, wenn überhaupt, bei der Landesregierung anzusiedeln. Wonach berechnet sich die Förderung in Höhe von 20 000 Euro, wenn auf die Frage, wie viele Sinti und Roma im Land Brandenburg leben, keine Antwort gegeben werden kann? Damit machen Sie es sich sehr einfach.

Meine Damen und Herren! Auch wenn wir heute ein wenig über Europa gesprochen haben, so kann ich nicht erkennen, dass wir die Bedeutung Europas erkannt haben. Zumindest ist das, wenn wir uns das Kapitel 02 070 anschauen, nicht der Fall. Die Haushaltsmittel für die Landesvertretung in Brüssel sind wieder abgesenkt worden. Natürlich kommen noch die Etats in den einzelnen Ressorts hinzu, in denen man sich mit Europa befasst, aber es reicht meines Erachtens nicht aus, um zu sa-

gen, dass die Bedeutung Europas vollends erkannt worden sei. Es ist anzuerkennen, dass der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung zur Wirtschaftsförderung Europa erwähnt hat. Es reicht jedoch nicht aus, wenn wir nur über Allgemeinplätze reden. Eine tragende Säule der Wirtschaftsförderung fußt auf der Europäischen Union. Da frage ich mich: Was ist eigentlich die Strategie des „zupackenden Landes“?

Es ist ebenfalls nicht ausreichend, wenn wir dem Modell der Metropolenregion Berlin-Brandenburg, das seit mindestens einem Jahr diskutiert wird, lediglich einen neuen, englischen Namen „Capital Region Berlin-Brandenburg“ geben, sondern wir müssen das Ganze mit Inhalten füttern.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist wichtig, dass wir - wie der Ministerpräsident gesagt hat - dringender denn je sicherstellen, dass die regionalen Interessen und Landesinteressen frühzeitig und wirksam in den Brüsseler Entscheidungsprozess eingebracht werden. Aber - wie gesagt - das spiegelt sich leider im Haushalt nicht wider.

Wir haben für die Landesvertretung in Berlin immerhin 68 000 Euro für Veranstaltungen vorgesehen. Für die Landesvertretung in Brüssel wurden demgegenüber nur 15 000 Euro eingestellt. Die Landesvertretung in Berlin ist wichtig, aber wir müssen bedenken: Dort sind wir eines von 16 Bundesländern, in Europa ist Brandenburg eine von 254 Regionen. In Brüssel ist es viel schwieriger, seiner Stimme Gewicht zu geben und Gehör zu finden.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Lange bestehenden Problemen kann man nur mit Beständigkeit begegnen. Daher brauchen wir neben der Informationskampagne für die Bürger - Sie beklagen ja immer das mangelnde Interesse der Bürger an Europa - auch einen Ausbau der Europakompetenz innerhalb unserer Administration, und zwar nicht innerhalb der Europaabteilung in der Staatskanzlei - dort sitzt ja die geballte Europakompetenz -, sondern in den einzelnen Ressorts. Ich habe vorhin den Beschluss der Landesregierung, dass jedes Ressort einen Mitarbeiter zur Landesvertretung nach Brüssel entsenden soll, der dort die originären Interessen des Ressorts vertritt, angesprochen. - Das ist bis heute nicht gelungen. Viele vertrauen darauf, dass die ständigen Mitarbeiter in der Landesvertretung die notwendigen Informationen weitergeben; es ist noch nicht Normalität geworden, die Wichtigkeit Brüssels anzuerkennen. Ich denke, dass ein Blick nach Brüssel genauso normal sein muss wie ein Blick nach Berlin.

In der nächsten Zeit stehen, gerade was die Europapolitik angeht, wichtige Aufgaben auch für das Land an. Seit dem 1. September 2006 übersendet die Europäische Kommission alle Konsultationspapiere und Vorschläge für Rechtsakte an die europäischen Organe und die nationalen Parlamente. Wir werden uns zukünftig nicht mehr herausreden können, dass in Brüssel etwas entschieden worden sei, ohne dass wir davon Kenntnis gehabt haben, sondern wir sind originär dazu aufgerufen, am Entscheidungsprozess mitzuwirken, damit später in Brüssel etwas entschieden wird, das unsere Region positiv betrifft. Wir haben bereits in der vorletzten Landtagssitzung den Antrag gestellt, dass wir an diesem Informationssystem teilhaben wollen. Ich hoffe, das wird bald umgesetzt. Wir erwarten Ende Januar den Bericht.

Seit am 1. September 2006 die Föderalismusreform in Kraft getreten ist, haben wir weitere Kompetenzen auf dem europäischen Spielfeld. Wichtig ist auch das Datum 01.01.2007 - der Beginn der neuen Förderperiode. Es ist traurig genug, dass wir weniger Mittel bekommen. Es werden nur noch 2,8 Millionen Euro Strukturfondsmittel zuzüglich der Ziel-3-Förderung ...

(Zuruf von der Regierungsbank: Es sind 2,8 Milliarden Euro!)

- Ja, natürlich, 2,8 Milliarden Euro, herzlichen Dank. Die vielen Nullen!

(Bischoff [SPD]: Manchmal kommt es auf die Nullen an!)

- Ja, manchmal kommt es auf die Nullen an. Nicht im Leben, aber im Haushalt auf jeden Fall.

Wir haben neue Programme, mit denen wir umgehen müssen. Zudem müssen wir verhindern - wie es teilweise in dieser Förderperiode der Fall war -, dass der Mittelabfluss in diesem Bereich stockt.

Deutschland hat derzeit einen guten Namen in Europa. Das begann damit, dass die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel bei den Haushaltsdebatten Europas einen Kompromissvorschlag unterbreitet hatte, der letztendlich zum Ziel führte. Zudem hängt es damit zusammen, dass wir nach vielen Jahren der Verstöße gegen den Stabilitätspakt diesen endlich einhalten. Des Weiteren ist es damit verbunden, dass infolge der Übernahme der Ratspräsidentschaft und des Vorsitzes des G8-Gipfels durch Deutschland hohe Erwartungen an Deutschland gestellt werden. Wir wissen noch nicht, ob die Bundesregierung alle Erwartungen erfüllen kann, dennoch ist der Klang des Namens Deutschland in Europa sehr positiv.

Ich denke, davon sollten wir als Brandenburger auch profitieren. Wir müssten uns vor allen Dingen in Brüssel einsetzen. Deswegen werbe ich weiterhin dafür, dass wir die Landesvertretung in Brüssel personell und finanziell stärken, und hoffe diesbezüglich auf eine gute Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Richstein. - Herr Minister Speer, Sie können noch einmal das Wort ergreifen. - Da der Minister nicht noch einmal sprechen möchte, ist die Rednerliste für die Einzelpläne 01, 02, 13 und 14 abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Erstens: Ihnen liegt der Änderungsantrag der DVU-Fraktion in der Drucksache 4/3823 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Änderungsantrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Zweitens: Ihnen liegt der Änderungsantrag der DVU-Fraktion in der Drucksache 4/3824 vor. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Antrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Drittens: Ich rufe die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01, die Ihnen in der Drucksache 4/3801 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Trotz einiger Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden.

Viertens: Ich rufe den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 4/3825 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Änderungsantrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Fünftens: Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/3910 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mehrheitlich wurde gegen diesen Änderungsantrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Sechstens: Ich rufe den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 4/3826 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen den Änderungsantrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Siebtens: Ich rufe den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 4/3828 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Antrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Achtens: Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/3911 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mehrheitlich wurde gegen diesen Antrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Neuntens: Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, der Ihnen in der Drucksache 4/3912 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mehrheitlich wurde gegen diesen Antrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Zehntens: Ich rufe die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02, die Ihnen in der Drucksache 4/3802 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mehrheitlich wurde dieser Beschlussempfehlung gefolgt und sie ist somit angenommen.

Elfens: Ich rufe die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13, die Ihnen in der Drucksache 4/3813 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Beschlussempfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Zwölftens: Abschließend rufe ich die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 14, die Ihnen in der Drucksache 4/3814 vor-

liegt, zur Abstimmung auf. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Beschlussempfehlung wurde einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 - Ministerium des Innern

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3803

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Petke, Sie haben das Wort.

Petke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vorangegangenen Debatte wurde häufig und vollkommen zu Recht angesprochen, vor welchen enormen Herausforderungen sich das Land Brandenburg befindet. Es wurde auf die demografische Entwicklung, auf die Wettbewerbssituation, in der sich Brandenburg in einer erweiterten Europäischen Union befindet, aber natürlich auch auf die Wettbewerbssituation, die wir in Deutschland innerhalb unseres föderalen Systems haben, hingewiesen.

Beim Einzelplan 03 geht es um eine Kernkompetenz auf der Länderebene, nämlich die Kernkompetenz des Innenministeriums mit der Gestaltung und Sicherung der inneren Sicherheit für unsere Menschen in Brandenburg. Ich glaube, zu Recht sagen zu können: Es ist über die Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames Anliegen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen in Brandenburg sicher und ruhig leben können, dass sie sich wenig um ihre eigene Unversehrtheit sorgen müssen, dass sie sich wenig um die Unversehrtheit ihres Eigentums sorgen müssen und dass sie sicher sein können, dass die Politik, die Polizei und die Justiz alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um unter anderem Kriminalität zu bekämpfen, damit die Menschen ein sicheres Leben haben.

Das Innenministerium hat innerhalb der Landesregierung zu Recht eine besondere und herausgehobene Position. Das wird auch durch die Ziffer des Einzelplans 03 deutlich. Zudem möchte ich darauf eingehen, dass das Innenministerium unter Minister Jörg Schönbohm seit 1999 als eines der ersten Ministerien den Mut besessen hatte, notwendige Strukturentscheidungen nicht nur zu besprechen und zu diskutieren, sondern aus der Diskussion und aus der Erkenntnis heraus einen Entscheidungsprozess und vor Ort einen Umsetzungsprozess durchzuführen.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle sei ein Punkt erwähnt, der direkt mit der Haushaltssituation zu tun hat - Kollege Vietze hat das Problem heute schon angesprochen -: Natürlich ist es für einen innenpolitischen Sprecher wie mich schwierig, dass Brandenburg in der Polizei Stellen abbaut. Aus der rein innenpolitischen Sicht kann das auch die Koalition insgesamt nur schwer akzeptieren. Wir betreiben aber nicht nur Innenpolitik, sondern tragen gemeinsam eine umfassende Verantwortung. Dazu gehört die Wahrung der Generationengerechtigkeit. In diesem Zusammenhang ist

die Frage zu beantworten, wie wir mit 18 Milliarden Euro Landesschulden umgehen sollen: Wollen wir den nachwachsenden Generationen nur Schulden hinterlassen, oder wollen wir ihnen eine Zukunft ermöglichen, die sie selbst gestalten können?

Dabei müssen wir dem Credo folgen: Wir können nur das Geld ausgeben, das wir jetzt erarbeitet haben. - Dagegen verstoßen wir zurzeit auf Bundes- und auf Landesebene. Das können wir uns nicht mehr lange leisten. Auch deswegen ist vom Innenministerium ein Haushalt vorgelegt worden, der im Wesentlichen den Zielkorridor der vergangenen Jahre einhält. Der Haushalt geht aber auch - das ist schmerzhaft; ich wiederhole es - mit dem Abbau von Stellen bei der Polizei und der Schließung von Standorten einher. Diese Diskussion ist ganz aktuell. Wir werden uns dieser Herausforderung verantwortungsbewusst stellen.

Ich möchte auf die Polizeireform zurückkommen. Worüber haben wir damals diskutiert: Wie wird sich die innere Sicherheit nach der Reduzierung der Zahl der Polizeipräsidien von sechs auf zwei oder drei und nach der Schließung von Standorten entwickeln? Fakt ist: Die innere Sicherheit hat sich sehr gut entwickelt. Wir verzeichnen weniger Straftaten in Brandenburg. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Aufklärungsquote liegt höher als noch vor wenigen Jahren. Mit fast 60 % ist sie so hoch, dass sie bundesweit ihresgleichen sucht. Es gilt denjenigen Dank zu sagen, die das hohe Aufklärungsniveau und die innere Sicherheit von Montag bis Sonntag 24 Stunden am Tag gewährleisten: unsere Polizeibediensteten!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, indem wir die Herausforderungen annehmen. Wir setzen auf den Einsatz moderner Technik. Bei der Verabschiedung des Polizeigesetzes morgen im Landtag werden wir einiges dazu sagen. Das Polizeigesetz bietet die rechtliche Grundlage für den vermehrten und effektiveren Einsatz von Technik zur Verbrechensbekämpfung.

Wir müssen aber auch den Mut haben, in eine moderne Organisation zu investieren. Ich erinnere daran: Als die CDU mit Jörg Schönbohm 1999 in die Regierung kam, ging es zum Beispiel um die Frage, wie viele tausend Autos bei der Polizei nicht mit Airbags oder ABS ausgestattet waren. Das findet man heute überhaupt nicht mehr. Wir sind stolz auf eine Ausstattung mit moderner Technik. Auch von den Gewerkschaften wird uns bescheinigt, dass sich, was die Technik betrifft, wahrnehmbar enorm viel getan hat.

Ein weiterer Punkt: Noch vor drei oder vier Jahren haben wir darüber diskutiert, ob es tatsächlich möglich sei, Polizeiwagen zu leasen, das heißt, ob Polizeibedienstete mit geleasteten Autos Verbrechen genauso gut bekämpfen könnten wie mit landeseigenen Autos. Der damalige Vorsitzende der GdP warf in den Raum, das sei unmöglich. Solche Argumente gehören glücklicherweise der Vergangenheit an. Kriminalität kann die Polizei genauso gut mit einem geleasteten Auto bekämpfen. Es ist unter Umständen für das Land Brandenburg und damit für den Steuerzahler sogar viel billiger. Deswegen ist es richtig gewesen, diesen Schritt auch gegen Widerstände zu gehen.

Widerstände gibt es noch heute. Wir werden ein neues Schichtsystem einführen. In dienstlicher Hinsicht, das heißt in der Arbeitsfähigkeit der Polizei, wird sich viel verändern. In unseren

Wachen und Hauptwachen vor Ort testen wir schon heute neue Schichtmodelle. Ich habe mit ein wenig Erschrecken gelesen, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um das Weihnachtsgeld aus der einen oder anderen Berufsvertretung die Drohung kam: Dann machen wir bei diesem Schichtmodell nicht mit. Damit würden sie sich ins eigene Knie schießen. Die Mehrzahl unserer Polizeibediensteten vor Ort hat Interesse daran, flexibler arbeiten und ihren Dienst besser auf familiäre oder sonstige Bedürfnisse abstimmen zu können. Unsere Polizeibediensteten haben sicherlich auch Interesse daran, ein Stück weit mit Modellen mitzuhalten, die es in der freien Wirtschaft schon seit fünf oder zehn Jahren gibt. Bei all meinen Besuchen in Polizeiwachen vor Ort habe ich immer wieder gespürt, dass die große Mehrzahl der Polizeibediensteten entsprechenden Vorschlägen sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Offensichtlich braucht der eine oder andere an der Spitze einer Berufsvertretung noch das eine oder andere an Nachhilfe. Vielleicht liegt es daran, dass er zu lange nicht mehr vor Ort gewesen ist, sondern zu lange in einer Spitzenposition in einer Gewerkschaft tätig ist - das soll es an der einen oder anderen Stelle geben - und deshalb den Kontakt zur Basis verloren hat.

Wir werden aber nicht nur im Bereich der Polizei, sondern auch bei den Feuerwehren die Herausforderungen annehmen. Ob es in Ostprignitz-Ruppin ist, in Neuruppin, oder im Landkreis Elbe-Elster, in Finsterwalde - überall spüren wir die demografische Entwicklung und den enormen Druck, unter dem die freiwilligen Feuerwehren stehen, Nachwuchs zu gewinnen. Es wird guter Nachwuchs ausgebildet. Wir haben das auch sichergestellt. Auf der anderen Seite haben wir zu vergegenwärtigen, dass viele der von uns gut ausgebildeten jungen Kameradinnen und Kameraden Brandenburg verlassen, wenn es darum geht, die berufliche Karriere voranzubringen. Sie suchen anderswo ihr Glück und gehen uns damit verloren.

Wir werden Stützpunktfeuerwehren einführen. Auf Landesebene wird es enorme Unterstützung geben, um sie voranzubringen. Auch in diesem Zusammenhang wird es wieder die Diskussion geben: Ist meine Stadt positiv betroffen? Ist der Nachbar positiv betroffen? - Aber wir können der tatsächlichen Entwicklung nicht aus dem Weg gehen. Wir werden den Brand- und Katastrophenschutz sichern, wenn auch in Zukunft unter erschwerten Bedingungen. Diskussionen gehen wir dabei nicht aus dem Weg. Ich bin mir sicher, dass wir - ähnlich wie bei der Polizeistrukturereform - am Ende einen Strich ziehen und in der Summe sagen können: Es hat sich gelohnt. Wir haben etwas erreicht, trotz der Schwierigkeiten die Dinge vorangebracht und die richtigen Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Ich merke schon, wie die Reaktion der Linkspartei.PDS ausfällt. Auch in meinem siebenten Jahr im Landtag habe ich immer noch die Hoffnung, dass es wenigstens eine Reform gibt, an der die Linkspartei.PDS mitwirkt. Ich habe die Hoffnung, dass Sie nicht nur sagen, das sei alles unmöglich und es gehe alles nicht, sondern dass Sie an der Seite der Koalition bzw. der Regierung stehen und sagen: Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Brandenburg, insbesondere dafür, dass die Menschen in Brandenburg eine gute Zukunft haben. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Dann haben Sie etwas falsch verstanden!)

- Frau Kaiser, ich schaue, wo Sie stehen. Aber Sie stehen nicht neben mir, nicht an unserer Seite.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Da stehen nicht einmal die Minister! Ich stelle mich nicht dazu!)

Sie kritisieren nur.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

- Verehrte Frau Kollegin Kaiser, schauen Sie sich doch einmal all die Änderungsanträge an, die heute auf Ihrem Platz liegen! Das geht doch von A bis Z nicht! Das funktioniert nicht! Manchmal sparen wir zu wenig, dann sparen wir zu viel. Nur Sie allein schaffen es, das unter einen Hut zu bringen. Wir in der Regierung bzw. in der Koalition schaffen es demnach nicht.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: So ist es!)

Sie machen den Menschen vor, wir würden unser Land kaputtsparen, sagen aber gleichzeitig, wir täten nicht genug, was die Generationengerechtigkeit betrifft. Das schaffen nur Sie von der Linkspartei.PDS. Wir stellen uns der Verantwortung.

Es geht natürlich ohne Sie. Aber es wäre im Interesse des Landes ein positives Zeichen, wenn Sie bei den notwendigen großen Veränderungen konstruktiv dabei wären. Sie sind herzlich eingeladen; das sage ich in fast jeder Rede. Aber wir in der Koalition werden wahrscheinlich - wie in der Vergangenheit - diesen Weg ohne Unterstützung der Opposition gehen müssen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Haushalt des Innenministeriums hat herausragende Bedeutung. Polizei, Verfassungsschutz, Brand- und Katastrophenschutz, gemeinsamer IT-Dienstleister - das alles sind wichtige Punkte für die Verwaltung, aber vor allen Dingen für das Leben der Menschen im Land Brandenburg. Wir sichern diese Punkte und bringen sie voran. Wir stellen uns den Schwierigkeiten. In diesem Sinne ist die Haushaltsberatung in der Koalition, aber auch im Innenausschuss verlaufen. Für Brandenburg ist es gut, dass wir in wenigen Minuten den Haushalt für die angesprochenen Bereiche verabschiedet werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Bevor es so weit ist, müssen noch ein paar Redner an der Aussprache teilnehmen. Herr Claus, Sie können das jetzt tun.

In der Zwischenzeit begrüße ich die Mitglieder des CDU-Ortsvereins Wildberg, die auf der Besuchertribüne Platz genommen haben. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Claus (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Internationale Banden des organisierten Verbrechens beherrschen die Szene in Brandenburg. Das möchte ich vorab feststellen.

(Lachen bei der SPD - Baaske [SPD]: Aber nur sechs Leute sind hier!)

- Herr Baaske, hören Sie zu! - Die organisierte Kriminalität in Brandenburg wird zunehmend - begünstigt durch die EU-Osterweiterung - durch international agierende Banden beherrscht. Das geht aus dem Lagebild von Polizei und Justiz hervor, welches Generalstaatsanwalt Rautenberg und selbst Sie, Herr Innenminister Schönbohm, erst im September vorstellten.

Das ist die Quelle meiner Aussage, meine Damen und Herren. Außerdem ist vorab festzustellen:

(Dr. Klocksin [SPD]: Aussageverweigerungsrecht gilt nicht!)

Sie, Herr Innenminister Schönbohm, sind dafür zuständig, und der Haushaltsplanentwurf 2007, Einzelplan 03, muss Ihnen die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Jetzt, da auch dies festgestellt ist, sind wir unmittelbar beim Thema innere Sicherheit und Haushaltsplan 2007. Warum habe ich Ihnen diese Hinweise auf die Entwicklung der organisierten Kriminalität am Anfang meiner Rede gegeben? Ganz einfach: Organisierte Kriminalität ist eine der größten Gefahren für die innere Sicherheit. Die innere Sicherheit selbst ist eine staatliche Kernaufgabe, die wir zu erfüllen haben. Herr Innenminister, unsere Bürgerinnen und Bürger hier im Land Brandenburg haben einen umfassenden Anspruch darauf, vor allem in Bezug auf die organisierte Kriminalität.

(Dr. Klocksin [SPD]: Den Schutz vor organisierter Kriminalität!)

Daraus, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, ergibt sich schlicht Folgendes: Maß der Dinge im Bereich innere Sicherheit sind nicht Sparallüren von Finanzminister Speer oder politisch-ideologische Hyperaktivität; Maß der Dinge ist die reale Sicherheitslage hier in Brandenburg.

(Dr. Klocksin [SPD]: Bravo!)

Damit werden wir uns zunächst beschäftigen, bevor wir uns darüber unterhalten, ob der Haushaltsplan 2007, Einzelplan 03, dazu passt. Im Rahmen dieser Betrachtung zur Sicherheitslage gehe ich noch einmal näher auf Ihr im September 2006 vorgestelltes Lagebild zur Entwicklung der organisierten Kriminalität ein. Herr Innenminister Schönbohm, das ist durchaus aktuell und passt auch gut ins Bild. Diesem Lagebild zufolge waren bei der brandenburgischen Justiz im vergangenen Jahr allein 17 Verfahrenskomplexe mit zahlreichen Einzelverfahren im Bereich der organisierten Kriminalität anhängig. Insgesamt wurden 73 Täter und Tatverdächtige ermittelt, aber - Achtung, meine Damen und Herren! - hierbei handelt es sich nur um in Brandenburg geführte Verfahren. Bei uns in Brandenburg begangene Straftaten der organisierten Kriminalität, die in Bundesländern durch andere Bundesländer bearbeitet werden, sind dort nicht erfasst. Ihr Lagebild weist auch darauf hin, Herr Innenminister.

Ein Beispiel ist der Unfall vor einigen Monaten in der Nähe der Stadt Königs Wusterhausen, bei dem vier eingeschleuste Asiaten auf der Flucht vor der Polizei ums Leben kamen; das Verfahren gegen die Schleuserbande führt allerdings die Staatsanwaltschaft Leipzig, weil die vor allem aus Vietnam stammen-

den Schleuser dort besonders aktiv waren oder auch noch aktiv sind.

(Domres [Die Linkspartei.PDS]: Das Prinzip der Zuständigkeit!)

Weitere Beispiele sind Einbrecherbanden aus Ex-Jugoslawien und organisierte Autoschieber aus den baltischen Ländern. Sie werden zwar auch in Brandenburg aktiv, aber hauptsächlich in Berlin, und ihre Straftaten werden schwerpunktmäßig von dort verfolgt. Also ist Ihr Lagebild nur eine Teilwahrheit, Herr Minister.

Hinzu kommt, dass man dreierlei benötigt, um Straftaten zur organisierten Kriminalität zuzuordnen. Erstens müssen begangene Straftaten bekannt sein, zweitens muss die Zuordnung solcher Straftaten zum Bereich der organisierten Kriminalität möglich sein, und drittens benötigt man Tatverdächtige, bei denen sich entsprechende Verbindungen zur organisierten Kriminalität feststellen lassen. Dies alles erfordert einen erheblichen Ermittlungsaufwand sowie eine effektive Polizei und eine ebensolche Justiz. Deren Effektivität ist aus Sicht unserer Fraktion schon jetzt zu hinterfragen; dazu bedarf es keiner Umsetzung dieses Haushaltsplans 2007 mehr. Kurzum: Die Dunkelziffer der im Rahmen von organisierter Kriminalität in Brandenburg tatsächlich begangenen Straftaten, also von Straftaten, die nicht bekannt sind oder bei denen die Zuordnung nicht möglich ist oder bei denen die Verbindungen der Täter nicht sicher sind, wird ganz beträchtlich sein.

Obendrein kommt noch Folgendes hinzu: Straftaten, die zwar sozusagen im Sinne der Synergie eine Folge organisierter Kriminalität sind, ohne damit aufgrund der Täter oder von Täterstrukturen direkt im Zusammenhang zu stehen, tauchen in dem Lagebild nicht auf. Das sind mit Sicherheit sehr viele. Ich nenne zwei Beispiele: Der Jugendliche A gibt an den Jugendlichen B Drogen weiter: ein alltäglicher Vorgang, der strafbar ist. Beide gehören nicht zur organisierten Kriminalität, aber die Drogen sind als Folge organisierter Kriminalität nach Brandenburg gekommen. - Die XY-Bande schleust Ausländer A ein. Er geht in Brandenburg zu Aldi und kauft dort. Auch das ist ein alltäglicher Vorgang und strafbar; jedoch gehört der Täter A nicht zur organisierten Kriminalität. Allerdings hält er sich infolge organisierter Kriminalität in Brandenburg auf.

Sie sind doch auch gar nicht dazu in der Lage, Herr Innenminister Schönbohm, anhand der Täterstrukturen ein realistisches Bild der organisierten Kriminalität zu ermitteln.

(Domres [Die Linkspartei.PDS]: Geht es um den Haushalt, oder worum geht es?)

Dazu müssten Sie die nationale Herkunft der Täter erfassen. Unsere Fraktion hat Sie nach der EU-Osterweiterung mehrfach dazu aufgefordert oder Sie danach gefragt. Stets hieß es: Dazu haben wir keine Daten. Ich hoffe, Sie erkennen jetzt die Konsequenzen.

Als Zwischenergebnis lässt sich feststellen: Der in Ihrem Lagebild zur organisierten Kriminalität gezeichnete Zustand der inneren Sicherheit ist nur die Spitze des Eisberges; ein größerer Teil schlummert im Verborgenen. Aber Folgendes geht immerhin aus Ihrem unvollständigen Lagebild zur Gefahr durch organisierte Kriminalität hervor: Bestimmt wird die organisierte

Kriminalität in Brandenburg vor allem von bandenmäßig begangenen Eigentumsdelikten wie Raub, Einbrüchen und Autodiebstählen sowie von Drogen- und Schleuserkriminalität nebst Menschenhandel. Letzteres hat vielfach Bezug zum Rotlichtmilieu, das selbst immer mehr unter ausländische Kontrolle gerät.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS)

Weitere häufig aufgedeckte Delikte sind Fälschungen, vor allem von Urkunden, aber auch von Geld, ebenso Geldwäsche sowie Zoll- und Steuerkriminalität. Hierbei konnten allein bei den im Land Brandenburg geführten 17 Verfahren Täter und Tatverdächtige aus acht Staaten ermittelt werden, darunter Polen, Weißrussen, Türken, aber auch Täter aus dem Libanon, dem Iran, aus Argentinien und Chile. Daraus lässt sich zumindest zweierlei ablesen: erstens, woher die Täter maßgeblich kommen, und zweitens, in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger bei uns in Brandenburg bereits durch die organisierte Kriminalität gefährdet sind.

Schließlich hat die Polizei aber auch noch andere Aufgaben der inneren Sicherheit zu erfüllen. Es gibt die Alltagskriminalität, die mit der EU-Osterweiterung nicht das Geringste zu tun hat, so im Straßenverkehr. Außerdem hat sie Demonstrationen von gewaltbereiten Linken unter Kontrolle zu halten.

(Frau Dr. Münch [SPD]: Und was ist mit den Rechten?)

Das ist die Gesamtlage der inneren Sicherheit in Brandenburg nebst Entwicklungstendenz. Dazu stellte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Schuster, im Übrigen schon vor über zwei Jahren fest:

„Die innere Sicherheit im Land Brandenburg wird sich bis zum Jahr 2009 dramatisch verschlechtern.“

Damit Letzteres nicht eintritt, haben wir den Landeshaushalt 2007, Einzelplan 03, so ausgestattet, dass unsere Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg sicher leben können. Wir von der DVU haben Ihnen dazu eine Reihe von Änderungsvorschlägen und Änderungsanträgen vorgelegt.

Sparen, Herr Minister Schönbohm, meine Damen und Herren, ist wegen der prekären Haushaltslage sicherlich notwendig, aber nicht bei der inneren Sicherheit, nicht mit der Folge, dass sich organisierte Kriminalität hier in Brandenburg tummeln kann, denn so werden wir immer mehr zum Magneten für ausländische Banden; das steht fest und das erkennt man auch aus Ihrem Lagebild.

(Dr. Klocksin [SPD]: Aufhören!)

Diese begehen bereits heute in vielen Bereichen der organisierten Kriminalität wie Autoschieberei und Menschenhandel ihre Straftaten zwar in Brandenburg; die Drahtzieher sitzen nach der EU-Osterweiterung aber vor allem in Osteuropa, wohin auch die Gewinne fließen.

Herr Minister Schönbohm, meine Damen und Herren, wegen der Bedrohung sind Reformen notwendig, auch bei der Polizei, allerdings solche, die das Handeln der Polizei effektiver und Brandenburg sicherer machen. Ein Reformziel, das Sie auch selbst nannten - Wasserköpfe weg, mehr Grün auf die Straßen -,

(Domres [Die Linkspartei.PDS]: DVU weg!)

tragen wir von der DVU mit. Das Regierungshandeln auf der Grundlage des Haushalts 2007, Einzelplan 03, aber sieht anders aus. Zum einen ist hier die geplante Streichung von 452 Stellen im Bereich des Ministeriums und dabei insbesondere bei der Polizei zu nennen.

Damit wollen Sie, koste es, was es wolle, unbedingt Ihr Potenzial von über 900 Stellenstreichungen bei der Polizei beibehalten. Zudem wird eine Polizeiwache nach der anderen geschlossen. Die Anfahrtszeiten der Polizei haben sich in der Zwischenzeit mehr als verdoppelt - zur Freude der Kriminellen. Und dies alles aufgrund der Formel und Theorie: Wir brauchen pro Einwohnerzahl künftig nur noch soundso viel Polizisten und wegen des Bevölkerungsschwundes immer weniger.

Aber das ist absurd, meine Damen und Herren. Wie soll die Rechnung denn aufgehen, wenn ein maßgeblicher Teil der Täter im Ausland sitzt? Oder fallen die jetzt unter die neue Altfallregelung der Konferenz der Innenminister, die letzstens stattfand? Ihr Rezept Videoüberwachung, Kameras auf Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen, in Bussen und Gebäuden hilft auch hier nicht weiter. Es ersetzt die Polizei vor Ort mit dem direkten, bürgernahen Kontakt überhaupt nicht. Es ist nur als ergänzende Maßnahme an Kriminalitätsschwerpunkten sinnvoll, aber nicht flächendeckend.

Entsprechendes gilt auch für die Datensammelei in den anderen Bereichen. Sie können doch nicht nach dem Motto „Alle in einen Sack und drauf!“ die Daten einer Vielzahl braver Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs in den Dateien sammeln, um so Polizisten einzusparen. Als Beispiel nenne ich hier nur die geplante Kfz-Kennzeichenfahndung. Wird Brandenburg dadurch sicherer? Ich denke nein.

Damit ist die Linie für die Behandlung des Einzelplans 03 des Haushaltsplans 2007 vorgezeichnet. Natürlich ist er, so wie er jetzt vorliegt, abzulehnen. Deshalb haben wir von der DVU hierzu eine Reihe von Änderungsanträgen vorbereitet. Zunächst gibt es im Einzelplan 03 Posten, die überflüssig sind und völlig am Bedarf vorbeigehen. Nehmen wir die Abteilung 5 Ihres Ministeriums, den Verfassungsschutz. Er erhält knapp 1,2 Millionen Euro plus Personalkosten. In anderen Bereichen wird gespart. Wird Brandenburg dadurch sicherer? Nein. Aber es schafft Probleme und kostet Geld.

Wohin das führt, zeigte sich jüngst in Seefeld. Dort wurde aufgrund zweifelhafter Erkenntnisse personalintensiv eine private Grillfeier von Polizei belagert. Nichts ist dort gewesen und nichts ist passiert. Und was das Ganze gekostet hat, kann die Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage hin nicht beantworten. Also lesen Sie die Antwort auf die Kleine Anfrage, dann wissen Sie es.

Gespart werden kann auch an folgenden Stellen, Herr Innenminister Schönbohm: Erstens können wir nicht nachvollziehen, dass Ihnen sogenannte kriminalpräventive Initiativen, Maßnahmen und Projekte, die in Wirklichkeit mit Prävention nichts zu tun haben, 250 000 Euro wert sind - so geht es aus den Erläuterungen Ihres Hauses hervor - und dass das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung knapp 40 000 Euro zur Analyse der Entwicklung von Jugendlichen mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen Tatmotiven erhalten soll. Es ist auch nicht ersichtlich, was das Moses-Mendelssohn-Zentrum oder der Verein „pro familia“ mit Kriminalitätsprävention zu tun haben sollen.

Zweitens gibt es im Bereich der zentralen Ausländerbehörde - Stichwort Asyl -, der bei immer weniger Asylbewerbern, wie Sie auch sagen, mangels effektiver Abschiebung immer mehr Geld kostet, Einsparpotenzial in Höhe von 700 000 Euro, ohne jemandem das ihm gesetzlich zustehende Geld wegzunehmen.

Und schließlich zu dem Bereich, in dem auf gar keinen Fall gespart werden darf, meine Damen und Herren: Sie, Herr Minister, wollen die Zahl der Beamten der Besoldungsgruppen A 7 und A 8 im Bereich Frankfurt (Oder), der besonders für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zuständig ist, um 65 Stellen verringern. Wir wollen diese Kürzung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der inneren Sicherheit dieses Landes rückgängig machen. Ebenso sollen die Mittel der Fachhochschule der Polizei für Forschungsaufgaben wieder auf den Stand von 2006 angehoben werden. Dasselbe gilt für die Mittelkürzung zum Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen beim Zentraldienst der Polizei von 5,9 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 3,3 Millionen Euro im Jahr 2006 und nur noch 1 Million Euro für das Jahr 2007. Wir wollen diese Kürzung durch die Aufstockung von knapp 1,2 Millionen Euro zumindest teilweise rückgängig machen, meine Damen und Herren.

Wie sieht es beim Landesfeuerwehrverband aus? Er soll gegenüber 2005 eine Mittelkürzung von 25 000 Euro erfahren. Zusätzlich 70 000 Euro zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit seiner freiwilligen Feuerwehren, meine Damen und Herren, Herr Innenminister, wären der zwingend notwendige Mindestbedarf für den Bereich der inneren Sicherheit.

Meine Damen und Herren, wir haben den Einzelplan 03 in seiner jetzigen Fassung abgelehnt. Ich nehme an, unsere Änderungsanträge werden wieder „mit ganz knapper Mehrheit“ scheitern. Wir werden diesen Einzelplan, so wie er jetzt ist und wahrscheinlich auch bleibt, ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Als Nächste in der Rednerliste hat Frau Abgeordnete Stark das Wort.

Frau Stark (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, dass ich meinem Koalitionskollegen Petke Respekt zolle. Er hat in seiner Rede aus dem doch eher mageren Haushalt des Innenministeriums eine ganze Menge herausgeholt. Man hatte fast den Eindruck, dass dies Züge einer Antrittsrede hatte.

(Zurufe)

Es ist sehr viel gesagt worden. Es ist auch sehr richtig, was hier gesagt worden ist. Ich möchte anfügen, dass sich der Innenausschuss die Mühe gemacht hat, den gesamten Haushalt und insbesondere den Einzelplan 03 nach möglichen Einsparpotenzialen und Umschichtungen zu durchforsten. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass der Spielraum für die Umschichtung von Haushaltsmitteln auch in diesem Ressort sehr gering ist.

Vonseiten des Innenministeriums wurde der Wunsch vorgetragen, eine Summe von 16 Millionen Euro für den investiven Be-

reich zur Verfügung zu stellen, um zum Beispiel die notwendige IT zu beschaffen und der Polizei weitere Ausrüstungsgegenstände - Autos, Technik etc. - in dem entsprechend der Situation nötigen Maße zur Verfügung zu stellen. Im Haushaltsplan sind aber leider nur 5,3 Millionen Euro vorgesehen; wir müssen mit diesem Zustand leben und vertreten das auch. Im Vergleich mit Polizeien anderer Länder sind wir mit unserem Budget und auch mit unserer Personalausstattung relativ weit vorn angesiedelt.

Die Besonderheit des Einzelplans 03 liegt darin, dass 80 % der Ausgaben Personalausgaben sind. Deshalb fällt auch das Auslaufen des Sozialtarifvertrages in diesem Haushalt besonders ins Gewicht und schlägt mit einem Plus von 13,3 Millionen Euro zu Buche.

Auch bei den sächlichen Verwaltungsausgaben gibt es einen Aufwuchs, was unter anderem auf das neue Vermieter-Mieter-Modell bei den Landesliegenschaften zurückzuführen ist. Wir haben im Innenausschuss also klargemacht, dass wir nach wie vor gravierende Sparzwänge sehen, und haben das Innenministerium aufgefordert, alle Einsparpotenziale zu identifizieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal an die auch in der Presse diskutierte Benzinkostenreduzierung in den Schutzbereichen erinnern, die sehr viel Würdigung fand. Zu den sächlichen Verwaltungskosten zählen auch die Kosten für den Kraftstoff der Polizeiautos. Wir alle wissen aber, dass die Spritpreise alles andere als stabil sind. Damit kommt der Budgetierung aus meiner Sicht eine ganz besondere Bedeutung zu. Hier muss die kritische Frage erlaubt sein, warum einige Schutzbereiche sehr gut mit ihrem Kontingent klarkommen und andere eben nicht. Das ist also eher ein hausgemachtes Problem, und man kann es nicht, wie es in der Presse gemacht worden ist, an der Brandenburger Haushaltslage festmachen.

Meine Damen und Herren von der PDS, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal auf einen Ihrer Anträge eingehen. Uns ist natürlich klar, dass wir in der allgemeinen Einsparsituation, in der wir uns befinden, mit weiteren Stelleneinsparungen bei der Polizei irgendwann die Schmerzgrenze für die innere Sicherheit in diesem Land erreicht haben.

Gleichwohl haben wir dem Antrag der Linkspartei.PDS, die Streichung von 65 bzw. zehn Stellen im mittleren Vollzugsdienst wieder zurückzunehmen, eine Absage erteilt. Wir halten an dem Ziel der Polizeireform unverändert fest: Mehr Grün auf die Straße. Die Polizei in Brandenburg hat das umgesetzt. Sie lächeln zwar darüber, aber ich möchte betonen: Die Polizeireform in Brandenburg ist erfolgreich, sie war erfolgreich und der Rest, der noch zu erledigen ist, wird auch erfolgreich sein.

In Anbetracht unserer Haushaltslage nützt es wenig, die Realität zu leugnen und sich von reinem Wunschdenken leiten zu lassen. Natürlich wäre es schön, mehr Polizisten im mittleren Polizeidienst zu haben. Wenn wir aber den Plan zum Stellenabbau an einer Stelle unterlaufen würden, hätte das Signalwirkung für andere Bereiche. Das würde unweigerlich zu Konsequenzen führen, die man nur schlecht wieder wettmachen könnte. Wie gesagt, im Ländervergleich steht das Land Brandenburg bei den Ausgaben für den Polizeibereich nicht schlecht da. Im Vergleich zu den anderen Ländern sind wir sogar überdurchschnittlich gut. Um allen Beschwörungen über die Sicherheit in Brandenburg entgegenzutreten, welche die

DVU-Fraktion vorhin dargestellt hat - wir alle kennen diese Szenarien -, möchte ich betonen, dass wir in Brandenburg sehr gute Werte bei der Aufklärung haben. Es ist natürlich nicht in Ihrem Interesse, das zu würdigen; Sie sind angetreten, Horrorszenarien zu malen. Das kennen wir und damit können wir gut umgehen.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. - Es ist weiterhin erforderlich, die Konsolidierungsanstrengungen fortzusetzen. Polizei und Innenbereich sind davon nicht auszunehmen. Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Petke an und danke den Polizistinnen und Polizisten, die unter diesen Bedingungen täglich für die innere Sicherheit in unserem Land auf der Straße sind und in den entsprechenden Schutzbereichen ihre Arbeit tun. Ich hoffe, dass wir es trotz der vorhandenen Sparzwänge gemeinsam schaffen werden, mit dem vorliegenden Haushalt einen sicheren Rahmen und eine gute Zukunft für Brandenburg zu haben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Dr. Scharfenberg von der Linkspartei.PDS.

Dr. Scharfenberg (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Petke hat hier ein Idealbild gemalt. Herr Claus hat ein Horrorszenario dargestellt. Ich will mich auf die konkreten Bedingungen des Einzelplans 03 konzentrieren.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Ein ambitioniertes Vorhaben!)

Dieser Plan weist eine Erhöhung der Haushaltsmittel um insgesamt 10,6 Millionen Euro gegenüber dem laufenden Jahr aus, obwohl gerade im Personalbereich erhebliche Einschnitte vorgesehen sind. Der Innenminister hat mehrfach unaufgefordert auf diesen Umstand aufmerksam gemacht, der trotzdem kritisch zu hinterfragen ist.

Die eingeschränkte Nachvollziehbarkeit des Haushaltsplanes zeigt sich insbesondere bei den widersprüchlichen Angaben zu den Personalausgaben, die titelscharf in ihrer Begründetheit nur schwer nachprüfbar sind. Der Abgeordnete Vietze hat dazu vorhin ausführlich gesprochen. Diese willkürliche Form der Darstellung erschwert die parlamentarische Behandlung des Haushalts erheblich, da die entsprechenden Erklärungen von den Abgeordneten blindes Vertrauen in die Regierung abfordern. Das kann nicht der richtige Weg sein.

Ich will auf einige Probleme des Einzelplans 03 eingehen, die sich zum Teil auch in unseren Änderungsanträgen widerspiegeln und dem Plenum zur Abstimmung vorliegen. Das ist erstens der bei der Polizei vorgesehene Personalabbau. Frau Abgeordnete Stark hat dazu freundliche Worte gefunden. Sie werden sich nicht wundern, dass wir uns dieser Sichtweise nicht anschließen.

Im Polizeipräsidium Potsdam sollen zehn Stellen und im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) nach meiner Rechnung 66 Stellen abgebaut werden. Diese mit dem langfristigen Personalabbau verbundenen Maßnahmen führen in der Folge dazu, dass

es zu der umstrittenen Schließung von Polizeiwachen kommt. Ich erinnere: Noch im vergangenen Jahr ist in dem Abschlussbericht zur Evaluierung der Polizeireform eindeutig formuliert worden, dass die 54 Polizeiwachen im Land gebraucht werden und dass sie richtig platziert sind. Der plötzliche Sinneswandel und vor allem die veränderte Argumentation verwundern schon. Man hat den Eindruck, dass die Sichtweise unter dem Druck von Haushaltszwängen sehr willkürlich ist.

Das gilt auch für die beabsichtigte Reduzierung der Kriminalpolizei. Dort sollen in den nächsten Jahren immerhin 400 Stellen wegfallen. Auch dafür gibt es Begründungen, die durch eine qualifizierte allgemeine Polizeiausbildung einen völligen Ausgleich suggerieren. Dieser Abbau der spezifisch ausgebildeten Kriminalisten wird jedoch nicht ohne Folgen bleiben. In jedem Fall steht diese Entwicklung im Gegensatz zur ursprünglich mit der Polizeireform verbundenen Zielstellung, mehr Grün auf die Straße zu bringen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernig [Die Linkspartei. PDS])

Man sollte das nicht beschönigen. Das ist einfach so.

Äußerst fragwürdig ist, dass mit diesem Personalabbau in den Polizeipräsidien eine Aufblähung des Apparates des Innenministeriums verbunden ist, nachdem es dort bis 1999 einen schrittweisen Personalabbau gegeben hat. Während im Jahr 2000 nur noch 450 Mitarbeiter in der unmittelbaren Ministerialverwaltung beschäftigt waren, sind für 2007 571 Planstellen für Beamte vorgesehen. Das ist eine Steigerung um mehr als 20 % innerhalb von sechs Jahren. Diese Entwicklung halte ich insofern für bedenklich, als in anderen Zusammenhängen immer davon die Rede ist, die Zahl der Häuptlinge zugunsten der Indianer reduzieren zu wollen. Dieser Widerspruch kann nicht stillschweigend hingenommen werden, sondern wir müssen dem weiter nachgehen.

Der Einzelplan 03 weist für die LSTE sowohl bei den Sachausgaben als auch bei den Personalausgaben eine globale Minderausgabe in Höhe von jeweils 1 Million Euro aus. Diese völlig unrealistische Minderausgabe erklärt sich damit, dass die Kommunen von den 9 Millionen Euro der neu eingeführten Feuerwehrpauschale aus dem kommunalen Ausgleichsfonds 2 Millionen Euro an die LSTE weitergeben sollen. Nach dieser Transaktion bleiben nur noch 7 Millionen Euro übrig, die weit vom tatsächlichen Bedarf der Kommunen für die Ausstattung der Feuerwehren entfernt sind.

Wenn wir hier schon die Kienbaum-Studie ins Feld führen, so wird in ihr bezüglich der Feuerwehren ausgesagt, dass einiges zu tun ist. Das unterstreicht erneut die Fragwürdigkeit dieser Regelungen im FAG. Leider ist unserem Antrag zur Streichung der globalen Minderausgabe im Innenausschuss nicht gefolgt worden.

Das gilt auch für den Antrag der Linkspartei.PDS zur Erhöhung der Mittel für die Kampfmittelräumung. Es ist bekannt, dass bei Beibehaltung des gegenwärtigen Tempos der Beseitigung von Kampfmitteln etwa 220 Jahre benötigt werden, bis das Land Brandenburg frei von diesen Kriegslasten ist. Angesichts der damit verbundenen Gefahren sollten stärkere Anstrengungen zur vorsorgenden Munitionssuche und -beseitigung gemacht werden. Dass eine Änderung der entsprechenden

Bundesgesetze erforderlich ist und sicherlich im Vordergrund stehen muss, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch das Land auf diesem Gebiet eine große Verantwortung trägt.

Wir haben mit unseren Haushaltsanträgen nicht nur zusätzlichen Finanzbedarf geltend gemacht, sondern weisen auch auf zusätzliche Einnahmequellen hin. So ist der Einzelplan 03 sehr vorsichtig hinsichtlich der Einnahmeerwartungen bei den Geldstrafen und Geldbußen. In dieser Position sind beim Zentraldienst der Polizei 2005 etwa 41 Millionen Euro eingenommen worden. Für 2006 waren nur knapp 28 Millionen Euro angesetzt worden, die in jedem Fall überboten werden, trotz des großzügigen Herangehens der Polizei vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die geplante Streichung des Weihnachtsgeldes.

Der Landtag sollte diese Sparbüchse des Innenministers nicht akzeptieren, sondern in einer realen Planung Einnahmen von mindestens 35 Millionen Euro zugrunde legen, die zur Finanzierung der von uns benannten Mehrausgaben eingesetzt werden und gleichzeitig der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen könnten. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Minister Schönbohm.

Minister des Innern Schönbohm:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei der Anhörung zum Haushalt 2002/03 gesagt, ein Zitat von Fontane benutzend, „Am Mute hängt der Erfolg“. Daran habe ich die Reformen gemessen, die ich begonnen habe, die Reformen, die wir gemeinsam in Kenntnis der Tatsache durchgesetzt haben, dass wir die Innenpolitik in die Gesamtpolitik einordnen müssen. Wer von der PDS glaubt, das ganze Land müsse sparen, aber nicht in der Innenpolitik, irrt sich. Ich bekenne mich zur heutigen Sparpolitik, die wir vorgesehen haben, damit Ihre Enkel - ich hoffe, Sie haben welche - nicht die Schulden zurückzahlen müssen. Damit wir uns darüber einmal im Klaren sind! Nur darum geht es. Ich bekenne mich zum Sparhaushalt. Das Innenministerium trägt diesen Sparhaushalt mit. Das können Sie auch nicht auseinanderdividieren.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es Möglichkeiten, wie man sparen kann. Sie haben ja Erfahrungen damit, sich zu Tode zu sparen. Wir versuchen, eine Einsparung durch organisatorische Veränderungen vorzunehmen. Dabei sind wir auf dem richtigen Weg. Sie haben sich ja auch einmal überzeugend zur Präsidentin des Landesrechnungshofs geäußert. Was hat sie denn dazu gesagt? Mir glauben Sie es ja nicht. Darum lese ich einmal vor, was sie in ihrem Jahresbericht gesagt hat:

„Der Landesrechnungshof erkennt die Bemühungen und Ergebnisse bei der Umsetzung der Polizeistrukturreform ausdrücklich an. ... Das Innenministerium hat mit der Polizeistrukturreform die Aufbauorganisation der Polizeipräsidien durch Wegfall einer Leistungsebene deutlich gestrafft und mehr Verantwortung auf die Schutzbereiche

und Polizeiwachen übertragen. ... Die Verringerung der Anzahl der Polizeipräsidien und der Schutzbereiche sowie die Verlagerung der Verantwortung auf die Leiter der unteren Polizeiebenen führt zur Verschlingung der Organisationsstruktur zur effektiven Gestaltung der Polizeiarbeit.“

Erkennen Sie doch wenigstens das an, wenn Sie mir schon nicht glauben. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs hat das in ihrem Bericht festgestellt. Es ist doch Ihr Bericht, Ihnen hat sie doch berichtet. Sie können doch lesen, was Ihnen von den Beauftragten des Landesrechnungshofs vorgelegt wird.

Ein anderer Punkt gilt ebenso. Konfuzius hat gesagt: Das Recht erkennen und nichts zu tun ist Mangel an Mut. - Ich glaube, Sie müssen sich einmal darüber klar werden, was Sie erkennen oder nicht erkennen wollen. Sind Sie gewillt, Konsequenzen aus der Wirklichkeit im Land Brandenburg zu ziehen - ja oder nein?

Herr Claus, was ich von Ihnen gehört habe - ich weiß nicht, war es ausländerfeindlich bzw. was war das überhaupt, was Sie da gesagt haben? So etwas Krauses habe ich schon lange nicht mehr gehört. Das muss ich wirklich sagen. Mit innerer Sicherheit hatte das überhaupt nichts zu tun.

Darum haben wir bei der Polizeireform versucht, diese Nachjustierung vorzunehmen. Eines ist vollkommen klar: Das Umsetzen ist nicht einfach. Einfacher wäre es, weiterzumachen, aber dann wären wir irgendwann pleite. Das träfe die Nachfolgenden; das können wir nicht verantworten. Darum müssen wir für die Polizei Standort- und Organisationsentscheidungen treffen, die mit Sorgfalt abgewogen und den Bürgern vermittelt werden müssen.

Ich bin optimistisch, dass es uns gelingt, Konsens mit den Betroffenen herbeizuführen. Ich muss aber auch sehr klar sagen: Sparen verlangt Veränderungen und auch unangenehme Entscheidungen. Über die Art und Weise, mit der zum Beispiel vom innenpolitischen Sprecher, Herrn Sarrach, bezüglich der Schließung der Polizeiwache Beeskow umgegangen wird, bin ich sehr überrascht. Ich habe mich mit den Polizeibeamten in Beeskow unterhalten. Sie sagen schon seit längerer Zeit, dass sie einsehen, dass die Wache vermutlich geschlossen werden muss.

Ich möchte sagen, dass mich Folgendes persönlich sehr ärgert. Es wird ein Bild gemalt, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Wenn wir eine Polizeiwache schließen - ich wiederhole es noch einmal ganz langsam, damit es im Protokoll genauso mitgeschrieben wird -, sparen wir zwölf Dienstkräfte ein. Die Revierpolizisten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wach- und Wechseldienste bleiben vor Ort. Das heißt, wir übertragen die Aufgabe für die Einteilung des Wach- und Wechseldienstes, für die Organisation der Revierpolizisten an einen anderen Ort. Das ist das, was wir machen. Ich gebe zu, dass es die Situation gibt, dass der Bürger weitere Wege hat. Dafür haben wir aber - daran arbeiten wir noch im Einzelnen - zum einen die Internetwache bereits angeboten. Es wird auch andere Möglichkeiten geben, wie sich der Bürger mit der Polizei in Verbindung setzen kann, wenn dort die Wache wegfällt. Die Einzelheiten müssen wir noch ausarbeiten. Daran können Sie mitwirken und einen Beitrag dazu leisten, wie es weitergehen soll. Wir werden weiterhin strukturelle Veränderungen vornehmen.

Ein weiterer Punkt ist auch ganz wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Sarrach [Die Linkspartei.PDS])

- Herr Sarrach, hören Sie doch einmal zu, ich muss Ihnen ja auch zuhören, ich habe gute Ohren. - Ich will einmal Folgendes sagen, Sie können es ja nachlesen, Sie können ja Haushaltspläne lesen, davon gehe ich aus: Wir haben eine gemeinsame Vereinbarung getroffen und festgelegt, dass wir für die Polizei einen Einstellungskorridor haben. Ich finde es eine großartige Sache, dass wir Planungssicherheit haben, dass wir sagen können, wie viel Polizeibeamte pro Jahr ausgebildet, eingestellt werden und zur Verfügung stehen. In welchem anderen Bereich kann man das eigentlich noch machen? Das war seitens der Landesregierung keine einfache Entscheidung. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen dafür dankbar, dass sie es so gemacht haben, und der Koalition dafür, dass sie es unterstützt haben.

Darum möchte ich noch etwas sagen und dazu aus der „Berliner Zeitung“ von heute zitieren:

„Die Deutsche Polizeigewerkschaft und der Bund der Deutschen Kriminalbeamten haben gestern beschlossen, Straftaten und deren Aufklärung nur noch nach streng geregelten Kriterien zu erfassen.“

Das soll ohne politischen Druck geschehen, sagt der BDK-Chef. Ich empfinde diese Äußerung als einen Skandal. Von mir gibt es keinen politischen Druck. Die Polizei ist dazu da, Straftaten aufzuklären, denn das ist ihre Aufgabe. Sie muss entscheiden. Wenn sie sagen, sie brauchen es nicht aufzuklären, weil es eine Bagatelldat ist, müssen sie das entscheiden.

Dann heißt es: Sie wollen die Statistiken ändern. - Wir arbeiten nicht für die Statistik, sondern für die Bürger. Das muss ich einmal ganz klar sagen. Das ist unsere eigentliche Aufgabe.

(Beifall bei CDU und SPD)

Darum haben wir die Bürger befragt. Jeder von uns im Raum wäre froh und dankbar, wenn seine Organisation bzw. Partei solche Umfrageergebnisse hätte. Die Bürgerbefragung bezüglich der Polizei brachte hervorragende Ergebnisse. Darum müssen wir den Weg weitergehen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir haben diesen Entwurf im Innenministerium vorgelegt. Er ist in den Ausschüssen beraten worden. Von daher gesehen bin ich sehr froh darüber, dass wir jetzt so weit sind.

Ich möchte noch auf einige andere Baustellen hinweisen. Wir haben vorgesehen, das Amt für Statistik als Anstalt des öffentlichen Rechts gemeinsam mit Berlin zu betreiben. Es wird im Januar eingerichtet; mit der Verabschiedung des Gesetzes zum entsprechenden Staatsvertrag haben Sie Ihre Zustimmung dazu gegeben. Haushaltsmäßig führt die Zusammenlegung im Jahr 2007 zu einer Einsparung von 1 Million Euro.

Wir haben weiterhin die Bildung eines zentralen IT-Dienstleisters auf der Tagesordnung. Das ist eine schwierige Sache. Ich habe mich mit Herrn Dr. Scharfenberg oft darüber unterhalten. Kollege Speer und ich haben uns jetzt darüber verständigt, dass

der IT-Bereich des Landesdatenbetriebes der Nukleus für den neuen Dienstleister wird, in den die anderen Bereiche schrittweise eingeführt werden, sodass wir einen zentralen IT-Dienstleister erhalten. Das ist für die gesamte Landesverwaltung von großer Bedeutung, denn wir wollen nicht alles aussondern, sondern eigene Kompetenzen erhalten, um das beurteilen zu können, was uns angeboten wird. Es ist unumgänglich, dass der Staat Kernkompetenzen in diesem Bereich behält, um die Steuerung dieses Prozesses überhaupt in der Hand behalten zu können. Es gibt Bundesländer, die einen anderen Weg gegangen sind, zum Beispiel Sachsen. Sie gehen jetzt wieder den Weg, den wir auch gehen wollen. So gesehen sollten wir aus den Fehlern der anderen lernen.

Ich möchte auch den Bereich des Vermessungswesens nicht unerwähnt lassen, da gerade hier neue Medien wie das Internet, aber auch veränderte Auftragslagen von uns Überlegungen fordern, wie wir sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene die Zukunft gestalten.

Ein weiteres Thema ist die Sicherung des Brand- und Katastrophenschutzes. Unser Konzept hierzu haben wir Ihnen vorgestellt. Auch wenn der Brand- und Katastrophenschutz eine originäre Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ist, haben wir als Landesregierung hier bestimmte Pflichten zu erfüllen. Sie bedürfen der Unterstützung bei der tätigen Hilfe. Wir wollen als gemeinsames Ziel die Bildung von Stützpunktfeuerwehren erreichen, um damit eine technische Struktur im Lande zu schaffen, die einen umfassenden Brand- und Katastrophenschutz für die Bevölkerung gewährleistet. Meine Bitte an uns alle ist: Verbeißen wir uns nicht in die Standorte, die Stützpunktfeuerwehren bekommen. Nicht in jedem Ort, in dem ein Abgeordneter ein Mandat hat, kann die Stützpunktfeuerwehr ihren Standort haben. Wir müssen dieses gemeinsam mit den Kreisbrandmeistern und dem Landesbrandmeister machen. Dann werden wir Vorschläge unterbreiten.

Für die Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren und die Sicherung der Kompatibilität der technischen Ausstattung der integrierten Leitstellen der kreisfreien Städte und Landkreise und der Lagezentren des Landes werden aus dem Ausgleichsfonds jährlich bis zu 700 Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben damit die Finanzmittel, um das zu machen, was wir tun.

Herr Scharfenberg, Sie haben gewisse Unsicherheiten angesprochen. Die Unsicherheiten, die bezüglich dieser Einrichtung bestanden, sind mit der zweiten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Ausgleichszahlung von bis zu 2 Millionen Euro aus dem Ausgleichsfonds für die LSTE für die Kommunen beseitigt.

Damit wird diese Einrichtung für ihre künftige Arbeit auf finanziell sichere Füße gestellt.

Der Haushaltsentwurf 2007 ist für meinen Geschäftsbereich wie auch in den Vorjahren auf Kante genäht. Das ist auch richtig so. Wenn Sie mir mehr geben würden, hätte ich gute Verwendungsmöglichkeiten. Aber mit dem, was wir haben, können wir die Aufgaben erfüllen.

Ich möchte noch einmal besonders darauf hinweisen, dass wir es in den letzten Jahren gemeinsam geschafft haben, die Ausstattung der Polizei und des Verfassungsschutzes und auch der übrigen Bereiche, insbesondere des Bereichs Datenverarbei-

tung, so zu verbessern, dass wir sagen können: Wir haben eine leistungsfähige Verwaltung. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür bedanken, dass sie diese Unterstützung gegeben haben und wir diese Leistungsfähigkeit erreichen konnten. Ich bin sicher, dass wir sie weiter ausbauen werden. Das gilt für alle Bereiche - von der Polizei bis hin zur Datenverarbeitung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, noch ein Thema, das ich kurz ansprechen möchte, den BOS-Digitalfunk, wobei eine Situation besteht, die wir nicht zu verantworten haben. Wir haben für die künftige Situation Haushaltsvorsorge getroffen. Zurzeit findet im Innenministerium eine Besprechung darüber statt, ob das Angebot der DB Telematik angenommen wird. Davon hängt ab, wie wir weiter vorgehen. Wir haben im Land Vorsorge getroffen, sodass wir tätig werden können. Aber der Digitalfunk macht nur dann Sinn, wenn er bundeseinheitlich eingeführt wird. Wir haben uns darauf verständigt, dass andere Länder vor uns an der Reihe sind, weil wir noch einen gut funktionierenden Analogfunk haben. Sollte der Digitalfunk nicht kommen, hätten wir große Probleme. Es ist im Augenblick noch nicht zu überschauen, was geschieht. Wir haben Vorsorge im Haushalt getroffen, und ich werde den Innenausschuss unterrichten, wenn klar ist, wie es weitergeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, dem Einzelplan 03 zuzustimmen. Ich glaube, es ist ein Haushaltsplan mit Augenmaß. Wir können damit die Aufgaben erfüllen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die Rednerliste für diesen Einzelplan ist abgearbeitet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Es liegt Ihnen erstens der Änderungsantrag der DVU-Fraktion in Drucksache 4/3833 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden, er ist also nicht bestätigt.

Zweitens liegt Ihnen der Änderungsantrag in Drucksache 4/3834, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden, er ist nicht bestätigt.

Drittens liegt der Änderungsantrag in Drucksache 4/3913, eingebracht von der Fraktion der Linkspartei.PDS, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Viertens liegt der Änderungsantrag in Drucksache 4/3835, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist ge-

gen diesen Änderungsantrag gestimmt worden, demzufolge ist er nicht angenommen.

Fünftens liegt der Änderungsantrag in Drucksache 4/3914, eingebracht von der Fraktion der Linkspartei.PDS, vor. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Sechstens liegt der Änderungsantrag in Drucksache 4/3836, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Antrag gestimmt worden.

Es liegt Ihnen siebentens der Änderungsantrag in Drucksache 4/3837, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Antrag gestimmt worden.

Achtens liegt Ihnen der Änderungsantrag in Drucksache 4/3915, eingebracht von der Fraktion der Linkspartei.PDS, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Neuntens liegt Ihnen der Änderungsantrag in Drucksache 4/3838, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden, er ist nicht bestätigt.

Zehntens liegt Ihnen der Änderungsantrag in Drucksache 4/3839, eingebracht von der DVU-Fraktion, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden.

Ich rufe elftens den Änderungsantrag in Drucksache 4/3840, eingebracht von der DVU-Fraktion, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag stattgeben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Zwölftens liegt Ihnen die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 in Drucksache 4/3803 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 ist mit Mehrheit gefolgt worden.

Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 03, wir sind aber immer noch beim Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 - Ministerium der Justiz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3804

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich als kleine Dienstleistung von hier oben noch einmal die Zeiten angeben, die bisher in Anspruch genommen worden sind. Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat bisher 38 Minuten der Redezeit in Anspruch genommen, die SPD-Fraktion 19 Minuten, die CDU-Fraktion 36 Minuten, die DVU-Fraktion 32 Minuten und die Landesregierung 18 Minuten. Sie können also selbst ausrechnen, wie viel Redezeit Sie noch haben.

Wir treten in die Aussprache ein. Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte.

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Haushaltsplan 2007, Einzelplan 04, würden wir - bildlich gesprochen - mit dem Hintern kaputt machen, was wir zuvor - seit 1990 - mit den Händen aufgebaut haben. Gerade in der Justiz sind wir zumindest bis 2002 recht weit gekommen. Andere Bereiche konnten davon nur träumen. Wir waren auf einem guten Weg, bei uns im Land Brandenburg eine Justiz zu schaffen, die der Schlüsselfunktion und der Bedeutung unseres Staatswesens gewachsen ist. Das wird aber mit diesem Haushaltsentwurf 2007, Einzelplan 04, abermals nachhaltig infrage gestellt.

Die Zahl der Justizbediensteten wird seit Jahren rapide abgebaut, und zwar nicht nur infolge des technischen Fortschritts - wie das elektronische Grundbuch oder das Mahnverfahren -, den wir als DVU-Fraktion ausdrücklich unterstützen, sondern in Schlüsselfunktionen, im richterlichen Dienst, bei den Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug. Der Haushaltsentwurf steht augenscheinlich unter dem Motto „Nach uns die Sintflut!“, ob Gerichte, Staatsanwaltschaften oder JVA's, vor nichts und niemandem macht der Rotstift halt, nur vor irgendwelchen politisch-ideologisch motivierten Experimenten offenbar nicht. Anders ist nicht zu erklären, was nach diesem Haushaltsentwurf 2007 - wie folgt - im Einzelnen passieren soll.

Erstens: In den kommenden Jahren sollen, obwohl Gerichte und Staatsanwaltschaften ohnehin teilweise völlig überlastet sind, nochmals 47 Stellen gestrichen werden.

Zweitens: Zudem soll die Zahl der Beamten im Vorbereitungsdienst von 130 auf 60, also um mehr als die Hälfte, reduziert werden.

Drittens: Im Bereich des Strafvollzugs sollen 66 Stellen der Besoldungsgruppen A 7 und A 8 bis 2009 gestrichen werden, nicht etwa Stellen mit reinen Verwaltungsfunktionen, nein, im Schließdienst.

Viertens: Die Ausbildung der Justizvollzugsanwärter ist völlig eingestellt worden, und das bei fortschreitender Überalterung des Personals.

Fünftens: Davon abgesehen kursieren seit längerer Zeit Pläne von Ihnen, Frau Ministerin Blechinger, in Brandenburg die Zahl der Amtsgerichte erheblich zu reduzieren, ohne dass - abgesehen von der haushälterischen Wirtschaftlichkeit - die wirtschaftlichen und strukturellen Folgen für unser Land, seine Bürgerinnen und Bürger, - zum Beispiel die Erreichbarkeit der Amtsgerichte mit dem öffentlichen Nahverkehr -, einschließlich der mittelständischen Wirtschaft, hinreichend evaluiert worden sind.

Sechstens: Stattdessen ist anscheinend Geld für irgendwelche Experimente wie einen externen Jugendstrafvollzug, dessen Erfolg und dessen Rechtsgrundlage zumindest unsicher sind, und für die Förderung solcher politisch-ideologisch zweifelhaften Vereine wie den Verein „Opferperspektive“ da.

(Unmut bei der SPD)

Die Sinnhaftigkeit einer Erhöhung der Mittel für Aufwandsentschädigungen oder Vergütungen für Vormunde, Pfleger und Betreuer ist aus unserer Sicht nicht nachgewiesen.

Frau Ministerin Blechinger! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Es bedarf wohl keiner Erörterung, dass wir von der DVU-Fraktion diese Sachen nicht mitmachen werden. Der Zug fährt hier eindeutig in die falsche Richtung. Wenn wir ihn nicht stoppen, ist er plötzlich für immer abgefahren.

(Beifall bei der DVU)

Dann haben wir das Justizwesen in Brandenburg kaputtgespart. Darüber täuschen auch die von uns grundsätzlich begrüßten Ausgabensteigerungen von knapp 27,5 Millionen Euro im Justizbereich nicht hinweg. Nach dem soeben Gesagten wird hier nämlich das Pferd von hinten aufgezäumt. Um das zu verhindern, haben wir Ihnen zum Haushaltsentwurf 2007 Einzelplan 04 eine ganze Anzahl von Änderungsanträgen vorgelegt, die allesamt zum Ziel haben, ein funktionstüchtiges Justizwesen im Land Brandenburg für die Zukunft zu sichern. Wenn Sie dies ablehnen, müssen wir natürlich den gesamten Haushaltsplan 2007 Einzelplan 04 ablehnen; dies bedarf keiner weiteren Erörterung.

Nun aber zu unseren Änderungsanträgen. Eine personell wie sachlich gut ausgestattete Justiz hat eine Schlüsselfunktion für unser Land, weil es sich nicht nur um eine staatliche Kernaufgabe, sondern auch um einen Standortfaktor handelt. Moderne Technik in der Justiz sowie zügige Verfahren sind für die Wirtschaft von ganz großer Bedeutung und bestimmen die Attraktivität unseres Landes für ansiedlungsbereite Unternehmen maßgeblich. Das habe ich hier im Übrigen schon mehrfach gesagt, als wir noch einen Justizminister namens Schelter hatten. Für die DVU-Fraktion hat sich an dieser Einschätzung bis heute nichts geändert.

Wenn Finanzminister Speer vor diesem Hintergrund dann sagt: Kommen Sie mir nicht mit angeblicher Nichtfinanzierbarkeit -, wenn der Finanzminister sparen will, ist das angesichts der desolaten Haushaltslage sicherlich richtig. Aber er muss es an der richtigen Stelle tun und Prioritäten, vor allen Dingen bei im Kernbereich liegenden staatlichen Aufgaben, setzen, anstatt das Geld für irgendwelche Hirngespinnste auszugeben.

(Beifall bei der DVU)

Ideologischen Schnickschnack sollten Sie, meine Damen und Herren Koalitionäre und meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, lieber abbauen, denn davon gibt es bei uns in Brandenburg wahrlich genug. Herr Bischoff hat vorhin einige Beispiele aufgezählt.

Zu den Einzelheiten - Erstens: Wir fordern, bei den Richtern der Amts-, Landes- und Verwaltungsgerichte in den Besoldungsgruppen R 2 und R 1 den Personalstand zu halten. Die

kw-Vermerke und Stellenstreichungen in diesen Bereichen sind samt und sonders aufzuheben. Dazu soll der Zuwachs von 1 Million Euro dienen. Der Grund, die Problematik zu langer Verfahren in diesen Bereichen, besteht nach wie vor. Angesichts der auch Ihnen, Frau Ministerin Blechinger, bekannten Überlastung der Verwaltungsgerichte ist eine Streichung von sechs Richterstellen bis 2009 wirklich unverantwortlich.

Zweitens: Dasselbe gilt für die Streichung der kw-Vermerke bei den Staatsanwaltschaften. Grund: Die Kriminalität in Brandenburg wird nicht weniger. Die nach der EU-Osterweiterung im Bereich der organisierten Kriminalität eingetretene Entwicklung lässt hier auch keine Änderung erwarten.

Drittens: Besonders desolat ist die personelle Situation in den Justizvollzugsanstalten. Die geplanten weiteren Kürzungen von 66 Stellen bei den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 bis 2009 müssen unbedingt verhindert werden. Hier handelt es sich um Beamte im sogenannten Schließdienst. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass auch in Zukunft weitere Justizvollzugsbeamte ausgebildet werden. Deshalb müssen die 20 Stellen erhalten bleiben. Dazu sind im Haushaltsplan 2007 insgesamt 2,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die Gründe: Einmal wird, wie gesagt, die Kriminalität nicht weniger. Ein geregelter Strafvollzug muss aber im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein. Die absehbare Überalterung des Personals kann und muss durch die kontinuierliche Ausbildung junger Kräfte verhindert werden. Und schließlich: Der bereits eingetretene Zustand, dass in einer Justizvollzugsanstalt am Wochenende zwei Beamte ungefähr 100 dort Einsitzende bewachen, ist ein unmöglicher Umstand und kein geregelter Strafvollzug. Daher fordern wir mit den von uns vorgelegten Anträgen, die Stellenkürzungen in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 rückgängig zu machen und dazu 2,5 Millionen Euro im Haushaltsplan 2007 zusätzlich zur Verfügung zu stellen sowie 2007 mindestens wieder 20 Beamtenanwärter zur Ausbildung einzustellen.

Viertens: Das rechtlich wie sachlich diffuse Projekt „externer Jugendstrafvollzug“ ist hingegen einzustellen.

Fünftens: Die Beschaffung neuer Dienstuniformen ist mit Sicherheit nicht so wichtig wie eine ordentliche Personalplanung. Berlin hat die Mittel dafür gestrichen. Wir von der DVU-Fraktion wollen den Ansatz halbieren, Frau Ministerin. Damit soll dann der Austausch zerschlissener Uniformen gewährleistet bleiben.

Was im Übrigen unsere Haushaltsdeckungsquelle, die Personalverstärkungsmittel betrifft, so sind diese im Jahr 2007 im Einzelplan 20 wieder in einem zahlenmäßig sehr hohen Umfang eingestellt. Durch einen Änderungsantrag zum Einzelplan 20 der Koalitionsfraktionen sollen diese sogar noch erhöht werden. Die von uns geforderten Umschichtungen im Justizbereich von 3,975 Millionen Euro sind in diesem Rahmen dagegen buchstäblich Peanuts. Ich hoffe, Sie werden unseren Änderungsanträgen zustimmen und nicht auf das hören, was Herr Bischoff hier von sich gegeben hat. - Danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Ziel.

Ziel (SPD): *

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine gut funktionierende Justiz im Lande Brandenburg. Das ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Fachbereichen dieses Ressorts zu danken, nicht zuletzt aber auch der Führung dieses Ressorts.

(Beifall bei SPD und CDU)

Am Gesamthaushalt hat der Justizhaushalt einen Anteil von 3 %. Das ist nicht sehr viel, aber es ist sehr bedeutsam, weil er Bereiche des Lebens im Land Brandenburg angeht, die uns und vor allen Dingen den Bürgerinnen und Bürgern sehr am Herzen liegen. Es geht um das Sicherheitsgefühl der Menschen. Insofern gibt es immer wieder Verbindungen zwischen den Haushalten 03 und 04 - dem Haushalt des Innenressorts und dem des Justizressorts.

Ich gebe zu, dass ich, als wir diese Fragen im Rechtsausschuss - ich glaube, in zwei wesentlichen Ausschusssitzungen - diskutiert haben, dem einen oder anderen Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ganz gern zugestimmt hätte. Allerdings haben wir nach genauer Prüfung festgestellt, dass leider keine Deckungsgrundlagen vorhanden waren.

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Das müssen Sie sagen!)

- Ja, wir haben es im Einzelnen diskutiert, und es lässt sich auch nachlesen. Ich möchte das alles jetzt nicht aufführen.

Die von Ihnen angegebenen Deckungsgrundlagen konnten wir nicht akzeptieren.

Dennoch haben wir Akzente gesetzt. Ich möchte besonders auf ein Beispiel eingehen, das im Kapitel 04 080 - Zuwendungen im Projektfeld Opferberatung und Täter-Opfer-Ausgleich - verankert ist. Die Zuwendungen wurden mehr als verdoppelt. Aus ganz bestimmten Gründen möchte ich noch einmal deutlich machen: Die Mittel sind insbesondere für die Beratung und die Betreuung von Kriminalitätsoptionen, Opfern von Gewaltkriminalität, zum Beispiel Gewalt gegen Kinder, Opfern von Sexualstraftaten und von politischer Gewalt vorgesehen. Jetzt wundert es mich gar nicht, dass die DVU-Fraktion dagegen etwas einzuwenden hat. Aber ich finde es unerträglich, wenn dies als „politischer Schnickschnack“ abgetan wird.

(Beifall bei der SPD)

Ähnliches gilt auch für Modellversuche im Justizbereich. Wenn man bestimmte Entwicklungen vorausschauend erkennen will, ist es angezeigt, einen Modellversuch auf den Weg zu bringen. Beispiel Jugendstrafvollzug: Wollen wir in denselben Spuren bleiben wie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor?

(Nein! bei der CDU)

Ich denke, es ist notwendig, zu neuen Ideen zu kommen und diese auch auszuprobieren. Wir jedenfalls unterstützen das.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Natürlich sind wir verpflichtet, auch darüber nachzudenken, wo es Effizienzreserven geben könnte oder gibt. Wir sind uns

mit dem Justizministerium einig: Eine moderne Aktenführung gehört dazu. Wir haben im Ausschuss eine Vielzahl von Experten dieses Ressortbereichs gehört, die schon vieles auf den Weg gebracht haben. Ich will noch einmal betonen: Auch das elektronische Grundbuch gehört dazu. Das wird derzeit vorangebracht, und alle Gedanken, die sich darum ranken, müssen dann auch erlaubt sein. Wir wissen, dass dies in Österreich schon seit Jahren praktiziert wird; wir sollten einmal dorthin fahren, uns das genauer anschauen und uns davon überzeugen, dass das elektronische Grundbuch auch für Deutschland und insbesondere für unser Land Brandenburg - wir wären dann eines der ersten Bundesländer, das dies auf den Weg bringt - Sinn machen kann.

Zu einem weiteren Punkt. Ich finde nicht, dass der Gedanke, Amtsgerichte kompakter anzulegen, verboten sein sollte, sondern wir müssen uns ihm stellen. Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass das nicht nur ein Sieg finanzieller Überlegungen sein kann, sondern auch ein Sieg derjenigen, die inhaltlich zu vertreten haben, was hier im Lande geht und was vielleicht nicht gehen kann.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Es muss eine Struktur sein, die sowohl der Effizienz als auch den Aufgaben bzw. Angeboten, die wir für die Bürger des Landes Brandenburg auf diesem Sektor vorhalten müssen und die wir als Abgeordnete für wichtig halten, Rechnung trägt.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Punkt eingehen. Wenn hier von einem Redner, der zum Haushalt 03 gesprochen hat, gefordert wird, den Verfassungsschutz im Land Brandenburg abzuschaffen, dann erinnert mich das an das Beispiel von dem Bock und dem Gärtner. Gott sei Dank wird es dazu nicht kommen, dass hier Macht ausgeübt werden kann. Angenommen, es könnte dazu kommen, dann wüsste ich ganz genau: Man will bei der Vorbereitung bzw. Unterstützung von Straftaten oder jedweder rechtsextremistischer Machenschaften nicht beobachtet werden. Dem sollten wir dann einen Riegel vorschieben. - Vielen Dank.

(Bochow [SPD]: Sehr wachsam! - Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ziel. - Ich begrüße neue Gäste in unseren Reihen, die Schülerinnen und Schüler des Rouanet-Gymnasiums aus der schönen Kreisstadt Beeskow. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Debatte mit dem Redebeitrag des Abgeordneten Sarrach von der Fraktion der Linkspartei.PDS fort.

Sarrach (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Viele in diesem Haus finden schmale Justizhaushalte überhaupt nicht ungewöhnlich. Sie sind das Normale für sie, das nicht hinterfragt wird. Wenn aber Menschen definieren, was sie normal

finden, benennen sie nur allzu oft das, woran sie sich gewöhnt haben. Dieser Gewöhnung wird meine Fraktion auch heute wieder entgegenwirken.

Das Schlechte am heute zu beratenden Einzelplan 04 - Justiz - ist nicht, dass die finanziellen Zuweisungen unter der einen oder anderen Haushaltsstelle etwas großzügiger hätten ausfallen können. Das Schlechte an diesem Einzelplan ist, dass er dem Justizwesen trotz zusätzlicher Mittel nur das absolute Minimum gewährt und oft genug sehenden Auges sogar weniger - und das, obwohl die bundesgesetzlich vorgegebenen Ausgaben nur beschränkt beeinflussbar sind. Die finanzielle Vernachlässigung dieses Ressorts über Jahre heilen Sie nicht mal eben mit der Einstellung von 13,6 Millionen Euro. Das ist allenfalls ein erster Schritt.

Immerhin haben Sie für diesen Haushalt eine Forderung der Linkspartei.PDS aufgegriffen und für die justizbezogene Zusammenarbeit mit Polen und anderen Staaten wieder einen Betrag eingestellt. Das war mehr als überfällig. Weiterhin sind im Verlauf der Haushaltsberatungen die nun mittlerweile erheblich gestiegenen Aufwendungen für Prozesskostenhilfe, Betreuung und Pflichtverteidigung, soweit vorhersehbar, gedeckt worden. Das wäre eine Aufgabe des Ministeriums schon bei der Aufstellung des Haushaltsplans gewesen; denn diese Entwicklung hatte nichts Überraschendes. Gleichwohl, Frau Ministerin, fordere ich Sie auf, die Kritik des Landesrechnungshofes ebenfalls ernst zu nehmen. Die Kosten für die Betreuung haben sich von 2003 bis 2006 von 13,3 Millionen Euro auf 24,2 Millionen Euro fast verdoppelt. Nur nebenbei sei angemerkt, dass eine Förderung der Zuschüsse an Betreuungsvereine letztmalig 2002 in Höhe von 642 000 Euro gewährt worden ist. Das ist Ausdruck der demografischen Entwicklung, aber ebenso Ausdruck einer sozialen Schieflage in diesem Land.

Dies gilt auch für die ständig steigende Zahl von privaten Insolvenzverfahren. Den angekündigten Modellversuch eines externen Jugendstrafvollzugs betrachten wir zurückhaltend. Er reiht sich ein in eine Vielzahl von Projekten, die mit viel Aufwand durchgeführt, nie evaluiert und dann doch beerdigt wurden. Ist er der Anfang der Privatisierung von Kernaufgaben der Justiz? Differenziert er zulässig zwischen den „guten“ Jugendlichen, die mit dieser alternativen Vollzugsform belohnt werden, und den „schlechten“, die im normalen Vollzug bleiben müssen? - Das sind doch die Fragen, die zu beantworten sind.

Dass Sie aufseiten der Koalition der von uns vorgeschlagenen Summe von 5 000 Euro für den Verein der Schiedsleute nicht zustimmen konnten, bleibt ungeheuerlich. Morgen werden Sie das Schiedsgesetz unbefristet in Kraft setzen. Denen, die es dann aber umsetzen sollen, verweigern Sie selbst eine symbolische, aber nicht unwichtige Unterstützung. Das ist wahrscheinlich Ihr ganz besonders empfundener Dank im Jahr des Ehrenamtes. - Wir halten diesen Antrag aufrecht.

Die Einführung des Vermieter-Mieter-Modells im Bereich der Justiz ist ein betriebswirtschaftliches Kunststück ohnegleichen. Dies führt zu Mehraufwendungen im Bereich der Hauptgruppe 5 von knapp 23 Millionen Euro, die durch das Finanzministerium zur Verfügung gestellt werden. Gleichwohl handelt es sich hier um Kosten für gesetzliche Pflichtaufgaben. Sich in einem solchen Bereich einem Kostenzwang zu unterwerfen wird zu zwangsläufigen Entscheidungen führen, Amtsgerichte

zu schließen - selbst wenn sie sich auf landeseigenen Liegenschaften befinden - und Justizstandorte infrage zu stellen. Die Transparenz des Haushalts geht sowieso völlig verloren, denn echte Anmietungen bei Dritten sind im Haushaltsplan nun nicht mehr erkennbar. Das Amtsgericht Zossen jedenfalls lassen Sie, Frau Ministerin, schließen, ohne eine vollständige wirtschaftliche Berechnung gesehen zu haben und ohne dem Rechtsausschuss die fragmentarische betriebswirtschaftliche Prüfung zu zeigen.

Es war überdies eine denkwürdige Sitzung des Rechtsausschusses am 7. Dezember 2006. Nach dem doch recht großspurigen Redebeitrag des Herrn Petke möchte ich dies, obwohl ich es eigentlich nicht wollte, hier anmerken. An diesem Tag stand in der Zeitung, Herr Petke sei als Vorsitzender des Rechtsausschusses zurück. Trotzdem musste Kollege Holzschuher die Rechtsausschusssitzung leiten.

(Holzschuher [SPD]: Das habe ich aber gern gemacht!)

- Ja, Sie haben das auch sehr gut gemacht, Kollege Holzschuher.

Als wir im Rechtsausschuss über Gerichtsschließungen unter anderem auch am Standort Zossen sprachen, fehlte Herr Petke, weil er sich zu diesem Zeitpunkt in Zossen aufhielt, um vor Ort Versprechungen für den Erhalt der Polizeiwache und des Gerichts zu machen - Positionen, von denen ich im Rechtsausschuss bislang noch nichts gemerkt habe. Das halte ich in der Tat für Schaumschlägerei.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Personalsituation im Bereich des Justizvollzugs ist an der Grenze des rechtsstaatlich Zulässigen angekommen. Ein Behandlungsvollzug, wie er im Gesetz steht, ist kaum noch möglich, wie uns erst gestern wieder Vertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten versicherten. Eine Psychologin der JVA Brandenburg an der Havel, die allein für mehr als 170 Gefangene zuständig ist, hielt es nicht mehr für vertretbar, überhaupt von Resozialisierung im Gefängnis zu sprechen, wenn - so ihre Erfahrung - Langstrafer die JVA völlig unbehindert verlassen.

Es gibt also ein großes Defizit. Es gibt keine echte, verlässliche Bestandsaufnahme in der Justiz. Sie wollen sich am Best-Practice-Verfahren orientieren, ohne dass es eine Aufgabenkritik und eine Vergleichbarkeit gibt. Und es fehlt die Kenntnis bei uns als politischen Entscheidungsträgern von den Aufgaben und deren Wahrnehmung durch die Justizbeschäftigten. Wie also soll die Schmerzgrenze im Justizhaushalt ermittelt werden? - Die Praktiker sagen seit Jahren, der Strafvollzug als Behandlungsvollzug sei gescheitert, weil seit Jahren die erforderlichen Mittel nicht aufgebracht würden. Wir brauchen nicht allein Neubauten oder einen Siegburg-Dresden-Aktionismus. Deshalb beantragten wir im Ausschuss die Aufhebung der Streichung von 36 Stellen im Vollzugsdienst.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, Ihnen kann doch unmöglich entgangen sein, dass der Justizapparat unter seiner knappen Ausstattung leidet und nur noch mit Mühe die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann. Nicht umsonst laivieren Sie als Koalitionsabgeordnete herum, wenn Sie - wie gestern - mit Justizbediensteten sprechen. Sie sprechen vom Gestalten des Spagats, von der Sicherung des Bestandes.

- Der Haushalt spricht eine ganz andere Sprache, und Ihre Zustimmung zu diesem Haushalt deckt sich leider nicht mit Ihren Worten.

Sicher ist es nicht nur eine Frage des Geldes, dass vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) in diesem Jahr nicht alle Verfahren aus dem Jahr 2000 behandelt und beendet werden konnten. Wir sprechen also bei diesem Gericht über sechsjährige Verfahrenszeiten. Das ist doch kein normaler Zustand! Die Justiz ist nicht irgendein Aufgabenbereich des Staates. Sie ist unentbehrlicher Mindestbestandteil des sozialen Rechtsstaates und dessen Garant. Die Justiz in Brandenburg ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Es besteht also weder Grund noch Anlass, bei der Verabschiedung des aktuellen Entwurfs wieder in die übliche Gewöhnung an klamme Haushaltspläne zu verfallen. Fragen Sie die Beschäftigtenverbände, die Interessengruppen, die Berufsvereinigungen. Fragen Sie die Richterinnen und Richter im Land und lassen Sie sich von denen erklären, was Sie meiner Fraktion nicht glauben möchten. Sie werden überall die gleiche Nachricht erhalten. Was wir benötigen, ist die Bereitschaft, eine rechtsstaatliche Justiz zu organisieren und zu bezahlen. Unsere Anträge hierzu wurden zu meinem Bedauern im Ausschuss allesamt abgelehnt.

Eine letzte Bemerkung, Herr Kollege Ziel, zur Frage der Seriosität der Anträge der Koalition.

(Ziel [SPD]: Zur Deckung!)

- Ja, insbesondere die Deckungsfrage. - Ich glaube, das hat es noch nicht gegeben, dass dem Rechtsausschuss als Deckungsangabe ein komplettes Haushaltskapitel aus einem anderen Einzelplan, nämlich dem Einzelplan 05, vorgeschlagen wurde. Sie wollen ja die Finanzierung des Projektfeldes Opferberatung und Täter-Opfer-Ausgleich ganz grundsätzlich und global aus dem Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg beschließen. Das hat es noch nicht gegeben, dass der Rechtsausschuss dann auch den Einzelplan 05 beschließen musste. Das ist aus meiner Sicht auch nicht gerade ein Beitrag zur Seriosität gewesen; vor allem, weil Sie gesagt hatten, Sie wollten die Konkretisierung nachreichen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Redebeitrag des Abgeordneten von Arnim fort.

von Arnim (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Behandlung des Einzelplans 03 wurde von einigen Rednern die Wichtigkeit unterstrichen. Ich möchte in aller Bescheidenheit über den Einzelplan 04, den Justizhaushalt, ebenfalls sagen: Er gehört zu den wichtigen. Kollege Ziel hat bereits gesagt, es gebe eine gewisse Verknüpfung beider Haushalte. Darin besteht Einigkeit. Es sind in der Tat wichtige Haushalte.

Wie in jedem Jahr sind die Aussprachen zum Haushalt auch dieses Mal wieder eine schwierige Gratwanderung: Man muss zwischen dem Machbaren und dem Erforderlichen abwägen und einen Weg finden, wie man die Dinge in den einzelnen Kapiteln auf einen Nenner bringt. Was mich ein bisschen erregt

hat - muss ich gestehen - waren die Beiträge von Herrn Schuldt. Ich hatte den Eindruck, dass Sie sich mit Ihren Bemerkungen überwiegend darauf eingelassen haben, was uns die Medien berichten, und nicht so sehr auf das, was uns im Ausschuss regelmäßig von der Justizministerin oder deren Vertretern vorgetragen wurde. Der gelegentlich zu vernehmenden Äußerung, dass die Föderalismusreform dazu beitrage, dass insbesondere das Justizressort, der Strafvollzug Federn lassen werde, vermag ich nicht zuzustimmen, weil ich sicher bin, dass unser Finanzminister sehr schnell merken würde: Sollte er da kürzen, würde es teuer. Ich sehe dem gelassen entgegen und meine, dass wir in dieser Sache gut mit dem Finanzministerium auskommen werden.

Die Bemerkung, dass der Jugendstrafvollzug in Gefahr sei bzw. unter Umständen sogar abgeschafft gehöre, kann ich nicht nachvollziehen. Denn wieso kommen andere Länder bezüglich dieses Bereichs auf uns zu und stellen Anträge auf Zulassung für unseren Justizstrafvollzug? - Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie das zusammenpassen soll.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Blechinger das Wort. - Bitte schön.

Ministerin der Justiz Blechinger:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bereits einiges zum Justizhaushalt gehört. Richtig ist, dass wir der Schmerzgrenze bei den Ausgaben in einigen Punkten ziemlich nahekommen. Richtig ist aber auch, dass die Ausgaben gegenüber dem Jahr 2006 steigen, und zwar nicht unbedeutend, nämlich von 344,5 Millionen Euro auf 372 Millionen Euro. Demnach werden die notwendigen Ausgaben im Haushalt geleistet.

Da hier sehr viel von Schließungen der Amtsgerichte die Rede war, möchte ich darauf hinweisen, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Haushalt 2007 und der Schließung von Amtsgerichten gibt, die möglicherweise in einem Konzept oder in einem Gesetzentwurf im nächsten Jahr beschlossen werden.

Herr Abgeordneter Sarrach, ich lasse das Amtsgericht Zossen nicht schließen. Amtsgerichtsschließungen beschließt der Landtag. Ich kann allenfalls Vorschläge zu Schließungen oder bestimmten Entwicklungen unterbreiten, die ich für sachgerecht halte.

(Dr. Klocksin [SPD]: Richtig!)

Ob der Landtag diese Auffassung teilt, wird er frei und unabhängig entscheiden.

(Dr. Klocksin [SPD]: Souverän!)

Souverän entscheiden!

(Sarrach [Die Linkspartei.PDS]: Was wünschen Sie sich denn?)

Deshalb gestatte ich mir nur einige Bemerkungen zu wesentlichen Punkten des Haushalts. Auf der Einnahmenseite wurde der Ansatz von 111 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 107,8 Millionen Euro reduziert. Dies trägt der Entwicklung der Ist-Einnahmen Rechnung.

Auf der Ausgabenseite gibt es zwei wesentliche Aspekte; zum einen das Personalbudget und zum anderen die Stellenausstattung. Das Finanzministerium hat zum Haushalt 2007 erstmals die Systematik zur Ermittlung des Personalbudgets für die Ressorts umgestellt. Da der Kollege Vietze das vorhin sehr ausführlich und, ich glaube, für alle verständlich und eindeutig erklärt hat,

(Bischoff [SPD]: Sehr verständlich!)

brauche ich dem nichts mehr hinzuzufügen.

(Zuruf des Abgeordneten Sarrach [Die Linkspartei.PDS])

Das Ministerium der Justiz hat aus den Gründen, die hier dargestellt wurden, eine Reduzierung des Budgets um etwa 1,8 Millionen Euro zu akzeptieren. Auch in den Folgejahren wird eine Reduzierung des Budgets festgeschrieben. Es bleibt zu hoffen, dass zur Erfüllung der Besoldungs- und Vergütungsansprüche dennoch langfristig auskömmliche Mittel zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Stellenausstattung sind nach dem bisherigen Konzept bis zum Ende des Jahres 2009 im Justizressort 464 Stellen abzubauen. Im Jahr 2010 beabsichtigt das Land derzeit eine Reduzierung um weitere 1 106 Stellen. Der Justizbereich hat hierbei eine Abbaupflichtung von 185 Stellen zu tragen. Damit ist dieser Bereich überproportional belastet. Wir hoffen, dass es durch entsprechende Bundesgesetze insgesamt zu einer Entlastung der Justiz und zu einer effizienteren Gestaltung von Verfahren bis zu diesem Zeitraum kommt. Nur dann wäre die Personalreduzierung zu verkraften, ohne dass es zu einer Verlängerung der Verfahren in Brandenburg kommt.

In der Hauptgruppe 5 ist bei den Sachausgaben der Ressorts nach dem Haushaltsentwurf ein Mittelanstieg auf 141,5 Millionen Euro zu verzeichnen. Dieser Aufwuchs ist mit einem Betrag von 15,1 Millionen Euro wesentlich durch die Einführung des Vermieter-Mieter-Modells begründet. Die Sachausgaben für den Berliner Teil des Landessozialgerichts schlagen mit etwa 1 Million Euro zu Buche. Dem stehen allerdings in gleicher Höhe Erstattungen aus Berlin gegenüber. Somit ist es haushaltsneutral.

Eine unvermeidbare Erhöhung der Ansätze um 19,7 Millionen Euro ergibt sich im Bereich der gesetzlichen Leistungsverpflichtung. Dies sind die Ausgaben für Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidiger, Beratungshilfe, Unterbringung von Jugendlichen zur Vermeidung von Untersuchungshaft nach dem Jugendgerichtsgesetz sowie Aufwandsentschädigungen und Vergütungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer. Hierauf lag ein Kernthema bei der Aufstellung des Haushalts 2007 im Einzelplan 04.

Bei den Ausgaben in Rechtssachen in den Titeln der Gruppe 532 und den Ausgaben für Betreuung ist bundesweit seit Jahren ein starker Anstieg festzustellen. In den Verhandlungen zur Haushaltsplanung kollidiert diese Ausgabenentwicklung

mit den Bestrebungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Die Haushaltskonsolidierung ist das gemeinsame Ziel der Landesregierung, das ich ausdrücklich mittrage. Mir ist jedoch eine Feststellung wichtig: Gesetzliche Leistungen und Betreuungsleistungen im Einzelplan des Justizministeriums sind dem Charakter nach stark sozialhilfeähnliche Leistungen. Die Ausgaben fallen zwar im Rahmen von Verfahren der Justiz an, die Ursachen liegen aber in einer Zunahme des sozialen Unterstützungsbedarfs in der Bevölkerung. Diese Entwicklungen haben erhebliche Staatsausgaben im Sozialbereich und in den Justizhaushalten zur Folge.

In der Hauptgruppe 6 steigen die Ansätze von 7,5 Millionen Euro auf 8,6 Millionen Euro. Dies steht im Zusammenhang mit den neuen gemeinsamen Justizeinrichtungen - dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg und dem gemeinsamen Justizprüfungsamt Berlin-Brandenburg -, die ihren Sitz in Berlin haben. Hintergrund sind die Ausgabenverlagerungen aus der Hauptgruppe 4 - Personalausgaben - in die Hauptgruppe 6, aus der die Erstattungen an Berlin zu leisten sind.

Sowohl das Konzept zur haushalterischen Umsetzung als auch die Zusammenarbeit mit Berlin haben sich bislang sehr gut bewährt. Bei den Ausgaben der Hauptgruppe 6 möchte ich die Einrichtung eines neuen Titels für den alternativen Jugendstrafvollzug besonders hervorheben. Meine Damen und Herren Abgeordnete, es wird Sie nicht verwundern, dass ich diesbezüglich die Einschätzung des Kollegen Schuldt in keiner Weise teile. Es geht hierbei um eine Verpflichtung, die wir auch im Koalitionsvertrag übernommen haben, nämlich um eine Reduzierung der Rückfallquote jugendlicher Straftäter. Dafür stehen im Jahr 2007 Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung, mit denen neue und, wie ich hoffe, erfolgreiche Wege eingeschlagen werden, um jugendlichen Straftätern die Eingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Die Ausgaben sind durch einen Stellenabbau bei den Justizvollzugsanstalten gedeckt und erfolgen demnach haushaltsneutral.

In der Hauptgruppe 8 geht bei den Investitionsmitteln der Ansatz von 7,1 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 4,5 Millionen Euro im Jahr 2007 zurück. Hieran wird besonders deutlich, dass die Einsparvorgaben des Finanzministeriums umgesetzt werden. Investitionsmaßnahmen - im Wesentlichen Ersatzbeschaffungsmaßnahmen - werden verschoben.

Damit habe ich Ihnen einen Überblick zu den Eckpunkten des Justizhaushalts gegeben. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass die Eckpunkte zwar eine sehr strenge Vorgabe darstellen, die uns wenig Spielraum lässt, dass dem aber insgesamt ein ausgewogener Ansatz zugrunde liegt. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin Blechinger. - Damit kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge und Beschlussempfehlungen.

Ihnen liegt der Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion in der Drucksache 4/3916 vor. Er bezieht sich auf Kapitel 04 020 Titel 685 10 - Erstellung eines neuen Ansatzes. Wer diesem

Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den zweiten Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3841, auf. Er bezieht sich ebenfalls auf Kapitel 04 040 Titel 422 10. Begehrt wird eine Erhöhung des Ansatzes sowie eine Veränderung im Stellenplan. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zum dritten Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3842. Er bezieht sich auf Kapitel 04 040 Titel 422 11. Begehrt wird die Streichung eines kw-Vermerks. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der vierte Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3843, bezieht sich auf Kapitel 04 050 Titel 422 10. Begehrt wird eine Erhöhung des Ansatzes und eine Veränderung im Stellenplan. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der fünfte Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3844, bezieht sich auf Kapitel 04 050 Titel 422 20. Begehrt wird eine Erhöhung des Ansatzes und eine Veränderung im Stellenplan. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der sechste Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3845, bezieht sich auf Kapitel 04 050 Titel 686 40. Begehrt wird die Streichung des Ansatzes sowie der Verpflichtungsmächtigung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der siebente Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3846, bezieht sich auf Kapitel 04 050 Titel 812 10. Begehrt wird die Streichung des Ansatzes.

(Claus [DVU]: Nicht Streichung, Halbierung!)

Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der achte Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3847, bezieht sich auf Kapitel 04 090 Titel 422 10. Begehrt wird eine Erhöhung des Ansatzes und eine Veränderung im Stellenplan. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 04, Drucksache 4/3804. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist ohne Stimmenthaltungen mit Mehrheit angenommen worden.

Damit schließen wir die Beratung über Einzelplan 04.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3805

Ferner liegt eine Reihe von Änderungsanträgen vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Es spricht Frau Abgeordnete Geywitz.

Frau Geywitz (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher! Wir debattieren jetzt über einen Einzelhaushalt, in dem sehr viel Wichtiges steckt - Bildung. Bildung hat Priorität. Das müsste man dem Haushalt auch ansehen können.

Man kann es. Ich glaube, das muss man erklären. Das Finanzministerium hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben - man konnte im Fernsehen davon hören und es in den Zeitungen nachlesen -, mit der festgestellt werden sollte, in welchen Bereichen Brandenburg überdurchschnittlich viel Geld ausgibt. Ein Ergebnis der Untersuchung ist, dass der Bildungsbereich nicht zu den Bereichen gehört, in dem wir, verglichen mit den anderen ostdeutschen Bundesländern, überdurchschnittlich viel Geld ausgeben. Im Gegenteil, es gibt Länder, die mehr ausgeben.

Dieses Ergebnis hat die Kenner der Szene nicht sonderlich überrascht. Es ist seit Jahren so, dass Brandenburg in diesem Bereich in der Statistik hinten liegt. Die „Mathematiker“ argumentieren gelegentlich, bei uns gäbe es viel mehr Beamte, die zunächst einmal billiger seien. Deswegen sei das eine schwierige Pro-Kopf-Rechnung. Die Statistik kann also so interpretiert werden, dass jeder zu seiner eigenen Wahrheit kommt. Es stellen sich aber die Fragen: Was bringt uns grundsätzlich weiter? Führt es zu einer qualitativen Verbesserung, wenn wir 100 Millionen Euro mehr hineinstecken? Im Bildungsbereich ist es leider nicht so einfach, einen harten mathematischen Zusammenhang zwischen der Höhe des in das Schulsystem investierten Geldes und der damit zu erreichenden Qualität herzustellen.

Für alle, die nicht Mitglied des Bildungsausschusses sind, nenne ich drei Beispiele.

In Berlin ist die Hauptschule je nach Rechnung die teuerste bzw. die zweitteuerste Schulform. Niemand hier im Saal wird sicherlich behaupten, die Hauptschule sei die beste oder auch nur die zweitbeste Schulform, die man sich für Berlin vorstellen könne.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf das gegliederte Schulsystem. Die Tradition in der alten Bundesrepublik lautet Hauptschule - Realschule - Gymnasium. Es ist logisch, dass es wesentlich teurer ist, wenn für Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten jeweils eigene Gebäude bzw. Klassenräume vorgehalten werden. Günstiger wäre es, wenn alle in einem Gebäude unterrichtet würden. Das gilt auch für die Lehrer. Es ist inhaltlich nicht zu erklären, warum Mathematiklehrer, die an einer Realschule unterrichten, nicht in der Lage sein sollen, auch einem Gymnasiasten oder einem Hauptschüler Mathematik beizubringen. Es ist also logisch, dass das gegliederte Schulsystem teurer als ein nicht gegliedertes Schulsystem ist. In Brandenburg sind wir einen Schritt in diese Richtung gegangen. Wir haben die Oberschule geschaffen. Daneben gibt es das Gymnasium.

Das dritte Beispiel betrifft das Sitzenbleiben. Darüber haben wir schon im letzten Landtagsplenum debattiert. Sitzenbleiben ist eine sehr teure Angelegenheit. Für einen Schüler wird ein ganzes Jahr lang - das Schuljahr, das er wiederholt hat - Unterricht mehr bezahlt, mit allem, was dazugehört. Wenn man nur einen Bruchteil dieses Geldes in Teilungsunterricht, das heißt in speziell auf diesen Schüler abgestimmten Förderunterricht stecken würde und es auf diese Weise schafft, dass er nicht sitzen bleibt, hätte man eine höhere Qualität erreicht, ohne dass es zwangsläufig teurer würde. Ich bitte in der Diskussion zu beachten, dass nicht ein mathematisch strenger Zusammenhang in dem Sinne hergestellt werden kann, dass viel Geld im Bildungssystem automatisch zu hoher Qualität führt.

Wir werden über unsere Bemühungen, qualitativ nach vorn zu kommen, sicherlich am Freitag im Zusammenhang mit der Schulgesetznovelle debattieren. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen - das ist kein Plädoyer für sinkende Bildungshaushalte. Wir sind sehr froh, dass die Koalition in der Haushaltsberatung auch auf diesen Bereich ihre Priorität gesetzt hat. Wir in Brandenburg sagen: Bildung ist eines unserer Schwerpunktthemen. Das soll sich auch in den Haushaltsverhandlungen widerspiegeln.

Zweitens sagen wir, dass Bildung von vorn gedacht werden muss. Das beginnt im Kindergarten. Dabei geht es uns vor allem um das Wie. Das Was ist in Brandenburg nicht die Frage. Im Kindergartenbereich haben wir eine sehr gute Abdeckung. Wir haben die Frage zu beantworten, wie wir in qualitativer Hinsicht noch etwas verbessern können.

Wir haben die Landesregierung beauftragt, das Kindertagesstättengesetz entsprechend zu überarbeiten. Der Punkt „Sprachstandsförderung“ ist Ihnen sicherlich noch im Gedächtnis. Zum anderen geht es darum, die Grundsätze der elementaren Bildung in den Auftrag der Kitas aufzunehmen. Den Rechtsanspruch haben wir in einem Bereich ausgeweitet, wofür wir seriöserweise Haushaltsvorsorge getroffen haben. Ansonsten orientieren sich die Kita-Kosten an den Kinderkosten. Da können die Finanzpolitiker nichts machen. Wenn wir mehr Kinder haben, was uns sehr freut, steigt natürlich auch im Kita-Bereich der Zuschuss.

Über den Sportbereich wird nur selten diskutiert, weil seine Finanzierungsbasis solide ist. Über die Finanzierung aus Lottomitteln wird eine Diskussion geführt. Das Thema sollte in den Haushaltsverhandlungen zumindest angesprochen werden; man sollte es im Auge behalten. Wir hoffen, dass die jetzige Finanzierungsbasis des Sports nicht gefährdet ist.

Herr Kollege Sarrach hat es angesprochen: Die Finanzierung des Vereins „Opferperspektive“ erfolgt teilweise aus diesem Haushalt, was ich inhaltlich durchaus begrüße.

Ich gehe noch einmal auf die Frage des kostenlosen Kita-Jahres ein. Eigentlich spricht nichts dagegen. Auf Bundesebene, aber auch bei uns wird seit langem darüber diskutiert. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir schauen müssen, was wir mit unseren Mitteln machen können. Heute Vormittag haben wir eine Debatte über die strukturellen Belastungen des Haushalts geführt. Ich habe vorhin gesagt, dass wir im Bildungsbereich nicht über dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Studie, auf die ich verwiesen habe, weist aber mit den Zinszahlungen einen Bereich auf, in dem wir deutlich über dem Niveau anderer Länder liegen.

Wenn wir nicht gegensteuern, werden wir in einigen Jahren nicht nur in ein paar Bereichen hinsichtlich der tatsächlichen Leistungen - also dem, was beim Volk ankommt - unter dem Bundesdurchschnitt liegen, sondern die Ausgaben aufgrund der steigenden Zinszahlungen in allen Bereichen nach unten fahren müssen. Die Äußerung, Haushaltskonsolidierung müsse nicht sein, nützt also niemandem. Sie ist sehr notwendig, gerade für diejenigen, die jetzt in die Kita gehen. Deswegen haben wir gesagt: Wir nehmen das Geld, soweit wir es verantworten können, und stecken es in die Qualitätsverbesserung. Über alles andere wird es sicherlich noch eine spannende Diskussion auf Bundesebene geben. Aus pädagogischer Sicht spricht natürlich nichts gegen das Ansinnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Linkspartei.PDS-Fraktion fort. Es spricht die Abgeordnete Große.

Frau Große (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bei der bisherigen Diskussion zum Haushalt hat der Minister wiederholt eine Positivliste mit Schwerpunkten aufgemacht; Frau Geywitz hat sie in verknappter Form heute Abend noch einmal dargelegt: 250 zusätzliche Lehrkräfte wegen der Schulzeitverkürzung, mehr Fachkräfte für Sozialarbeit, 10 Millionen Euro mehr für Kita-Betreuung aufgrund gestiegener Kinderzahlen, Absicherung der Sprachstandsfeststellungen und der Sprachförderung. Das nächste Beispiel sind 150 Referendare und 26 Seminarleiter mehr, um sich auf den Lehrbedarf einzustellen.

Das alles klingt gut und soll den Eindruck erwecken, als sei Bildung Priorität und dies auch haushälterisch untersetzt. Dass wir dies in Abrede stellen, liegt nicht nur daran, dass wir die Opposition sind. Vergleichen Sie die Stimmung an den Schulen im Lande mit diesen positiven Berichten, so werden Sie einen eklatanten Widerspruch feststellen.

An dieser Stelle betone ich, dass die Landesregierung das Kienbaum-Gutachten in Auftrag gegeben hat. Ich finde schon bemerkenswert, dass Sie jetzt, da Ihnen diese Zahlen nicht gefallen, sagen, das alles sei eine Frage der Statistik und stimme irgendwie nicht, denn unter dem Strich seien wir eben doch

gut. Es ist Ihre Studie gewesen, die diese Ergebnisse gebracht hat; daher sollten wir das auch ernst nehmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Richtig ist zumindest, dass die Landesregierung mehr Geld als im vergangenen Jahr in den Haushalt eingestellt hat. Das müssen wir einfach auch zur Kenntnis nehmen. Darüber, dass dies allein - das hat Frau Geywitz richtig gesagt - nicht der Maßstab für eine bessere Qualität oder mehr Chancengleichheit ist, sind wir uns einig.

(Widerspruch bei der DVU)

Letztendlich müssen wir betrachten, wohin dieses Geld fließt. Auf unser Land sind viele zusätzliche Aufgaben zugekommen, die auch zusätzliche Mittel verschlingen, beispielsweise die Mehrbedarfe durch die Verkürzung der Schulzeit, Mehrbedarfe in Höhe von 96 Stellen für die Leistungs- und Begabungsklassen, für zusätzliche Prüfungen sowie für Tests und Vergleichsarbeiten, deren Durchführung ebenfalls einen Haufen Geld kostet. Ich erinnere nur an die Angelegenheit in Klasse 6: Bei einem solchen Test sind wir mal locker mit 270 000 Euro dabei. Das Geld landet nicht ursächlich beim Schüler. Diese zusätzlichen Aufgaben sind im Einzelnen also nicht finanziell untersetzt. Insofern kann man diesem Haushalt gar nicht entnehmen, in welchem Umfang Mittel in die neuen Maßnahmen fließen.

Bei den Personalkosten werden laut Haushaltsplan „nur 4 Millionen Euro“ gekürzt. Das sind mindestens 899 Stellen. Hinter dieses Geheimnis sind wir bis heute nicht gestiegen. Mehrfach haben wir leider nicht immer identische und meist kaum nachvollziehbare Erklärungen bekommen. Dies bedeutet 899 Stellen weniger und eben nicht 250 Stellen mehr, wie hier immer behauptet wird, obwohl die Unterrichtsversorgung jetzt schon mangelhaft ist, sich Unterrichtsausfälle mehren und Fachunterricht nicht abgesichert ist, was sich die Koalition durch ihr Antragspaket in der letzten Landtagssitzung selbst eingestanden hat.

(Zuruf von der SPD: Wir haben noch mehr!)

Zunächst muss man auch noch die 96 Stellen für die Leistungs- und Begabungsklassen und eine bisher eher unbekannte, ständig wachsende Zahl von Stellen für Abordnungen abziehen, die ebenfalls aus dem System genommen werden. Sie haben sie eben nicht addiert. Es sind 899 Stellen weniger, und wir müssen die 250 Stellen und die 96 Stellen, die Sie aus dem jetzigen System herausgenommen haben, hinzuzählen.

Einen Aufwuchs an Stellen gibt es allein im Bereich der Schulen in freier Trägerschaft und beim Religionsunterricht, in beiden Fällen wegen des gestiegenen Bedarfs zu Recht; das sage ich hier ausdrücklich. Die vorgesehene Kürzung um fast 900 Stellen im Jahr 2007 wurde von den Koalitionsparteien sanktioniert.

Der Antrag der Linkspartei, anstelle der 899 gekürzten Stellen zusätzlich mindestens 300 Stellen in den Haushalt einzustellen - hinsichtlich der Deckungen schummeln wir nicht; auch wir haben sie nur für 300 Stellen gefunden, wovon wir uns ein Drittel für Schulsozialarbeiter wünschten -, wurde sowohl im Bildungsausschuss als auch im Haushaltsausschuss abgelehnt.

Sie haben heute noch eine letzten Chance, diese Fehlentscheidung zu korrigieren.

Verehrter Herr Lunacek, Sie waren mit mir zusammen in Biesental; Sie haben vor Ort erfahren, wie die Ausstattung mit Lehrerstellen ist, und die Wünsche und Forderungen der Kollegen gehört und ihnen versprochen, Sie würden sich darum kümmern. Ich habe den Leuten dort versprochen, darauf zu achten, wie sich Herr Lunacek zu den von uns beantragten 300 Lehrerstellen verhält. Sie haben also heute noch einmal die Chance, zumindest vor diesen Menschen geradezustehen.

(Zuruf des Abgeordneten Lunacek [CDU])

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sind stolz auf die Erhöhung der Zuweisungen in der Kindertagesbetreuung in Höhe von 10 Millionen Euro wegen der erhöhten Kinderzahlen. Dazu hat Frau Geywitz gesagt, da könne kein Haushalter etwas machen. Ich meine, man könnte es immer noch kürzen, was ich nicht hoffen will. 4 Millionen Euro davon wollen Sie für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren, deren Eltern arbeitslos werden, einsetzen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ihnen wollen Sie den Kita-Platz sichern. Wir haben das Gesetz noch gar nicht; die Haushaltsvorsorge haben Sie hiermit getroffen. Ich weiß nicht, warum es mit dem von Ihnen schon nach den Sommerferien angekündigten Gesetz so lange dauert. Doch wo bleiben die Kinder von Eltern, die bereits arbeitslos sind? Das können Sie nach wie vor nicht erklären; von wegen „Auf den Anfang kommt es an“. Sie schließen die Gruppe der dreijährigen Kinder, deren Eltern erwerbslos sind, mit Ihrem Haushalt nach wie vor aus.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wo bleibt hier die Chancengleichheit? Wo vor allem bleibt das nun auch von Ihnen, Frau Geywitz, angesprochene und durch die Bundestagsfraktionen - von CDU/CSU und SPD, wohlgebet - irgendwie ins Gespräch gebrachte kostenfreie Kita-Jahr, wo bleibt zumindest ein Ansatz dafür? - Sie haben gesagt, Sie hätten sich erst einmal anders entschieden. Sicherlich ist es richtig, zunächst einmal in Sprachförderung zu investieren und dafür Geld einzustellen. Dann muss man aber auch begleitend etwas dafür tun, damit diese Förderung auch erfolgen kann, und dafür sorgen, dass ausreichend Personalstellen und die entsprechende räumliche Ausstattung in den Kindertagesstätten vorhanden sind. Erkundigen Sie sich in den Kitas und bei den Kommunen: Das ist noch sehr problematisch.

Beide Parteien, CDU und SPD, haben sich in den letzten Monaten wiederholt in der Öffentlichkeit mit dieser Forderung nach einem elternbeitragsfreien Kita-Jahr profiliert und letztendlich gefordert, dass es kommt. Sie alle haben bekundet, dass Sie es wollen. Wenn es aber konkret wird, dann wollen Sie davon nichts mehr wissen. Unser heute anstehender Vorschlag, über den wir nachher namentlich abstimmen werden, greift Ihre Ideen auf, die in diesem Fall mit unseren langjährigen Forderungen übereinstimmen, und untersetzt sie finanziell. Da können Sie sich auch nicht mit den Deckungsquellen herausreden; schauen Sie es sich an. Wir haben hierfür eine solide Gegenfinanzierung gefunden. Die Frage ist, inwiefern Sie das wirklich wollen oder es einfach nur verbal immer wieder in den Raum gestellt wird, damit man damit im Gespräch ist.

Wir fordern erst einmal nur eine schrittweise Einführung des elternbeitragsfreien letzten Kindergartenjahres vor der Schule. Sie hätten also heute durch Zustimmung zu unserem Antrag noch einmal die Gelegenheit, Ihren Worten konkrete Taten folgen zu lassen und damit in der Öffentlichkeit zu dokumentieren, wie ernst es Ihnen mit der Umsetzung dieses Vorschlags ist.

Ihre finanziellen Wohltaten, für die Sie sich selbst immer rühmen, finden sich im Haushalt kaum wieder, oder Sie haben sie so gut versteckt, dass wir sie nicht finden konnten. Herr Vietze hat dazu heute schon einschlägige Zitate gebracht; diese Einsichten könnte ich noch vermehren. Damit bin ich bei dem Thema, das mich sehr umtreibt, der schon mehrfach angesprochenen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Damit hapert es aus meiner Sicht von Haushaltsplan zu Haushaltsplan, solange ich hier in diesem Hause agiere, immer mehr. Plötzlich ist es alles miteinander oder gegeneinander deckungsfähig. Deckungsquellen mussten - das war Ihr zumindest an die Opposition gerichteter Anspruch, meine Damen und Herren von der Koalition - immer titelscharf sein. Plötzlich wird das von Ihnen als Makel bewertet, und bei den Anträgen der Koalition genügt die Angabe von Kapiteln.

Es scheint zwei Haushaltswahrheiten zu geben, eine für die Koalition und eine für die Opposition. Ich habe bisweilen bei diesem Haushalt den Eindruck, als wollten Sie mit uns Osteriersuchen spielen und seien selbst gespannt, ob wir etwas von dem sorgfältig Versteckten finden. Offensichtlich ging es Ihnen selbst ähnlich. Die Anträge, die Sie vorgelegt haben, konnten Sie im Ausschuss nämlich nicht einmal selbst begründen, sondern mussten das dem Vertreter des Ministeriums überlassen. So viel zum Thema Klarheit und Wahrheit des Haushalts.

Schwierigkeiten hatten und haben wir weiterhin mit der Hauruckaktion bei den Staatsverträgen für das LISUM, nicht generell mit der Zusammenlegung der Institute LISUM und FBB. Wir sehen Schwierigkeiten bei der seriösen personellen und finanziellen Unterersetzung dieser Zusammenführung. Auch nach mehreren Erklärungsversuchen blieb es dabei: Die Zahl der Stellen im Haushalt stimmt nicht mit der in den Staatsverträgen überein. Nun sind wir weit davon entfernt, die Entlassung von Mitarbeitern zu fordern, zumal das Aufgabenspektrum gerade im LISUM ja immer wieder erweitert wird. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, hätten sich beim Abschluss der Verträge nicht so leichtfertig auf zum Einrichtungstermin zu besetzende Stellen festlegen dürfen, wenn Sie von vornherein wussten, dass Sie die vereinbarte Zahl gar nicht einhalten können. Und das wussten Sie!

Auch hier und heute ist es einfach so: Die von Ihnen wieder aufgemachte Erfolgsstory „Schule in Brandenburg“ hält einem ernsthaften Praxistest nicht stand. Sie, Herr Minister Rupprecht, haben im Ausschuss auch schon gesagt, Sie würden gern unseren Anträgen zustimmen wollen, auch wenn Ihnen die Deckungsquellen nicht so recht gefielen; aber ansonsten fänden Sie das schon ganz in Ordnung. Sie würden dem also gern zustimmen, aber Sie sagten, Sie hätten hier die Position der Landesregierung mitzutragen und könnten das deswegen nicht befürworten. Sehr schade, aber heute gibt es noch einmal die Chance, das mitzutragen, was Sie sich insgeheim wünschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung hat und behält Priorität. Daran ändern auch die Worte der Opposition nichts. Wir werden an diesem Anspruch festhalten. Dabei spielen neben dem Haushalt, über den aktuell zu beschließen ist, vor allem die inhaltlichen Fragen eine Rolle. Deswegen sage ich ganz klar auch mit Blick auf den bevorstehenden Freitag: Wir sind seit über sieben Jahren in einer inhaltlich guten Bildungsoffensive; das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden mit dem Haushalt weiter dafür sorgen, dass wir die Offensive in der Bildung auch finanziell umsetzen können und unserem Anspruch im Bildungsbereich gerecht werden. Es gibt dafür auch ein sehr schwergewichtiges Argument: 20 Millionen Euro mehr im Bildungshaushalt als im Jahr 2006. Der Minister kann also im nächsten Jahr mehr ausgeben als im Jahr 2006 und auch mehr als im Jahr 2005. Das ist ein richtig gutes Argument. Sie hätten dies zumindest einmal positiv erwähnen können, statt immer nur diesen negativen Touch zu bringen, und das kurz vor Weihnachten.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

- Manchmal bin ich sensibel, manchmal auch nicht. Solche Phasen wechseln im Leben. Machen Sie sich also keine Sorgen um meine Gemütsverfassung. Solange ich hier vorn stehen kann, bin ich ganz gut in der Lage, das umzusetzen.

In einem Bereich - jetzt komme ich wieder zu dem Wort „sensibel“ - mit einem so hohen Personalanteil, wie er im Bildungsbereich nun einmal notwendig ist, ist es immer auch eine sehr sensible Bilanzfrage, wenn es darum geht, über Haushaltsfragen zu diskutieren. Deshalb sind die Anträge der Opposition auch relativ spektakulär; es geht um Tausende von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern. Aber Sie kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können. Wir wissen auch mit Blick auf die teilzeitverbeamteten Lehrerinnen und Lehrer im Land Brandenburg, dass wir noch einiges zu tun haben. Wir können keine ungedeckten Schecks ausstellen, da eventuell in Zukunft noch Maßnahmen im Bildungsbereich abzudecken sind.

70 % des Budgets des Bildungsministeriums sind allein für den Personalbedarf in den Schulen veranschlagt. Wir sind gern bereit, unsere Lehrerinnen und Lehrer - es sind insgesamt über 18 000 Vollzeitstellen - finanziell zu unterstützen, damit sie ihre Arbeit gut verrichten können. Aber wir haben rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen. Bei der Anhörung zum Schulgesetz im Bildungsausschuss hat Ihr Experte - nicht unserer - gesagt, das ein Schülerrückgang um 10 % bei gleichbleibender Struktur Mehrkosten in Höhe von 8 % bedeuten würde. Im Vergleich zu den Vorjahren beläuft sich der Schülerrückgang auf mehr als 10 %. Weniger Schüler bedeuten auch in Finnland, das Sie immer als Ihr „Heimatland“ bezeichnen, mehr Geld. Das können sich die Finnen nicht leisten, und das können wir uns in Brandenburg erst recht nicht leisten. Deswegen müssen wir strukturelle Veränderungen vornehmen.

Zum Thema Unterrichtsgarantie, auch zu dem, was Sie angeprangert haben, gibt es einiges zu sagen. Wir brauchen mehr Lehrer, um den Unterricht zu ermöglichen. Mit dem Konzept ab Schuljahr 2007/08 wird es in Brandenburg eine verlässliche Schule geben. Den Antrag dazu haben wir erst in den letzten Monaten beraten. Dabei können wir auch mit verschiedenen Maßnahmen die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer im Land Brandenburg unterstützen und für unsere Schülerinnen und Schüler eine Unterrichtsgarantie unter dem Motto „Verlässliche Schule in Brandenburg“ geben.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

- Wir werden vor allem sehen, wie es in Brandenburg funktioniert. Das ist viel wichtiger, als danach zu sehen, wie es in Hessen läuft.

Frühförderung, Bildungspläne in Kindereinrichtungen und Sprachförderung - das sind wichtige Punkte der Koalition zur Bildungsförderung für die Schülerinnen und Schüler in Brandenburg. Es gibt insgesamt 10 Millionen Euro mehr für die Kindertagesbetreuung in Brandenburg. Das ist ein gutes Signal; nicht nur deshalb, weil mehr Geld zur Verfügung steht, sondern auch deshalb, weil mehr Kinder in den Kindertagesstätten betreut werden können. Dieses gute Signal haben Sie mit keinem einzigen guten Wort erwähnt. Darauf kommen noch einmal 4 Millionen Euro - der Finanzminister ist schon ganz blass geworden angesichts all der Millionen, die wir draufgesattelt haben - für eine bessere Sprachförderung, die bis 2009/10 flächendeckend eingeführt wird, und vor allem auch für einen sozialen Rechtsanspruch auf die Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Das alles sind gute Maßnahmen, die doch auch ein klein wenig Beifall von der linken Seite des Landtags verdient hätten.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin nicht dafür bekannt, dass ich Dinge nicht kritisiere. Wenn ich Dinge lobe, dann hat es einen Grund, und wenn ich sie kritisiere, hat das auch einen Grund. Deswegen können Sie davon ausgehen, dass ich das, was ich vorhin gesagt habe, als einen positiven Ansatz werte.

Unsere Schülerinnen und Schüler, die Eltern, aber auch die Lehrer haben es ganz einfach verdient, unter guten Rahmenbedingungen Bildungserfolge erzielen zu können. Das ist letztlich auch unabhängig von der Schulform in Brandenburg zu sehen. Deswegen werden wir mit diesem Finanzgerüst die Arbeit der Schulen insgesamt, aber auch die Arbeit, die sie in den verschiedenen Bereichen individuell umsetzen, unterstützen. Dazu zählt unter anderem das Ganztagschulprogramm. 35 Millionen Euro können im nächsten Jahr investiv für den Ausbau von Ganztagschulen im Land Brandenburg ausgegeben werden. Wir legen noch 250 Lehrerstellen darauf, damit in den Ganztagschulen die Bildung und die Betreuung gut funktionieren. Das ist ein wichtiger Ansatz, um in Brandenburg eine gute Bildung und Erziehung zu sichern.

Wir haben bereits das Stichwort Religionsunterricht gehört. Es gibt gegenwärtig über 27 000 Schülerinnen und Schüler in Brandenburg, die am Religionsunterricht teilnehmen - eine ständig steigende Zahl.

An 40 % aller Schulen kann heute Religionsunterricht angeboten werden. Deshalb ist die Finanzeinigung zwischen dem

Hause von Herrn Minister Rupprecht und den Kirchen ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten. Das haben Sie gelobt. Das Geld ist an der Stelle sinnvoll eingesetzt, um auch Wertedebatten an den Schulen in Brandenburg fortentwickeln zu können. Nehmen Sie als weiteres Beispiel die Förderungen bezüglich der Oberschulmaßnahmen in Höhe von knapp 20 Millionen Euro, die in den nächsten sechs Jahren im Land Brandenburg anfallen werden. Auch das kann die Oberschule gut gebrauchen, wenn es darum geht, Angebote vor Ort zu ermöglichen.

Um Bildungsvielfalt in Brandenburg weiterhin in einem großen Spektrum anbieten zu können, sind die freien Schulen ein wichtiger Partner. In diesem Bereich gibt es Schulformen, die uns als Union von ihrer Ausrichtung her sehr entgegenkommen, aber auch solche, deren inhaltliche Ausprägung uns nicht nahe ist. Wichtig ist uns, dass Bildungsvielfalt und Bildungsfreiheit in Brandenburg erhalten bleiben. Deswegen bekommen die freien Schulen weiterhin das Geld, das sie für ihre Arbeit vor Ort benötigen. Ich hoffe, dass eine große Mehrheit dem Bildungshaushalt zustimmen kann. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete Fechner setzt für die DVU-Fraktion fort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Senftleben, die Aufgabe der Oppositionspartei besteht nicht darin, die Regierungsparteien zu loben, sondern darin, sich kritisch mit deren Arbeit auseinanderzusetzen. Vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass Sie ein gewisses Verständnis für meinen Redebeitrag aufbringen werden.

(Senftleben [CDU]: Mache ich auch!)

Ich nehme die Aufgabe der Opposition besonders gut wahr.

In unserem rohstoffarmen, relativ dünn besiedelten und von einer mittelständischen Wirtschaftsstruktur geprägten Land kann nur eine hervorragende Bildung und Ausbildung unserer Schüler aus der wirtschaftlichen Krise heraushelfen und Brandenburg wieder zu einem Wirtschaftsstandort machen, der den Namen verdient. Darüber hinaus muss eine gute Bildung der Weg sein, Kindern aus armen Familien, insbesondere Hartz-IV-Opfern, wieder den Weg in eine halbwegs gesicherte Zukunft zu eröffnen.

Ein Zitat:

„Vorrang hat Bildung. Sie ist die Grundlage, um Armut zu verhindern. Die Neustrukturierung der Wirtschaftspolitik hilft, Arbeitsplätze zu schaffen, und durch familienpolitische Maßnahmen werden Grundlagen für stabile gesellschaftliche Strukturen geschaffen.“

Es gehe darum, „Leitern zu bauen, um Aufstieg zu ermöglichen.“

Diese Worte stammen vom Kollegen Baaske. Natürlich wissen wir als DVU-Fraktion, dass dies lediglich hohle Phrasen sind,

die nur dazu dienen, weiteren Sozialabbau zu betreiben, nicht aber, in der Bildungspolitik wirklich etwas zu bewegen. Trotzdem habe ich mir erlaubt, Sie hier und heute zu zitieren, um Ihre Aussagen mit der bildungspolitischen Realität in Brandenburg zu vergleichen.

Derzeit gibt es in Brandenburg 977 Schulen, welche im Schuljahr 2006/07 von 313 000 Schülern besucht werden. Ein Jahr zuvor waren es noch über 327 000 Schüler, also fast 14 000 Schüler mehr. Die Anzahl der Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport - zu über 90 % Lehrkräfte - soll, wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, von 19 941 in diesem Jahr um 928 auf nur noch 19 013 gesenkt werden.

Landauf, landab werden bereits Schulen geschlossen. Diese Schließungen, insbesondere in den berlinfernen Regionen, werden weitergehen. Beispiele gefällig? Grundschulen: 91 Stellenstreichungen. Gesamtschulen mit gymnasialer Oberschule: 353 Stellenstreichungen. Oberschulen: 491 Stellenstreichungen. Gymnasien: 73 Stellenstreichungen. Diese Zahlen zeigen mehr als deutlich, dass in diesem Land, welches das PISA-Schlusslicht in Deutschland darstellt, Bildungspolitik nur mit dem Rotstift gemacht wird.

Als Grund für die Stellenkürzungen wird unter anderem angegeben: Weniger Schüler benötigen weniger Lehrer. - Das klingt logisch. Doch heißt weniger Schüler nicht zwangsläufig, Schulen zu schließen und Lehrerstellen abzubauen. Stattdessen könnte man die Bildungsanstrengungen verstärken und Schülern in kleineren Klassen besseren und intensiveren Unterricht angedeihen lassen.

Die Bildungspolitik in Deutschland, des einstigen Landes der Dichter und Denker, ist inzwischen, wie PISA beweist, nur noch Mittelmaß. Brandenburgs Bildungspolitik bildet dabei das Schlusslicht. Zahlreiche Studien zeigen das große Defizit des Brandenburger Schulsystems gegenüber anderen Bundesländern. Dies ist das Ergebnis von 16 Jahren roter Bildungspolitik in unserem Land. Kein Bundesland gibt prozentual gesehen so wenig Geld für seine Schüler aus wie Brandenburg. Darüber täuscht der Zuwachs von 2,5 Millionen Euro laut vorliegendem Haushaltseinzelplan nicht hinweg. Dieser Zuwachs reicht nicht einmal aus, die schlimmsten und gravierendsten Fehlentwicklungen finanziell zu überbrücken, geschweige denn, das Brandenburger Schulsystem zu reformieren. Dabei verfügen die Brandenburger Schüler über kein schlechteres Leistungsvermögen als Schüler aus anderen Bundesländern. Trotzdem werden ihre Schulabschlüsse beispielsweise bei der Ausbildungsplatzvergabe abgewertet. Daher sind Brandenburger Schüler gegenüber Schülern aus anderen Bundesländern benachteiligt und müssen die zukunftsvernichtende Schulpolitik dieser Landesregierung später tragen.

(Frau Melior [SPD]: Polemik!)

Nach 16 Jahren SPD-Schulexperimenten brauchen wir hier in Brandenburg eine grundlegende Neuorientierung im Bildungssystem. Kinder und Jugendliche haben nur eine unumkehrbare Schulbiografie. Durch eine realistische und unideologische Bildungspolitik, wie sie unsere DVU-Fraktion in ihren bildungspolitischen Leitlinien niedergelegt hat, muss das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Brandenburger Schulen wiederhergestellt werden. Unser Bildungssystem muss jeden einzelnen Schüler nach seinen individuellen Begabungen fördern und vor

allen Dingen auch fördern. Es muss leistungs- und wertorientiert, praxisbezogen sowie zukunftsfähig sein. Die Schule muss den Kindern und Jugendlichen Freude am Lernen und Fähigkeiten und Fertigkeiten für ihr zukünftiges Leben vermitteln. Dazu ist der vorliegende Haushaltseinzelplan 05 für das Jahr 2007 in keiner Weise geeignet.

Es ist durchaus nicht so, dass kein Geld vorhanden wäre. Dieses wird statt für Schulpolitik und Jugendhilfe für politische Indoktrinationen und den sogenannten Kampf gegen Rechts ausgegeben. Unsere DVU-Fraktion zeigt mit den von uns vorgelegten Änderungsanträgen, die natürlich nur einige Zeichen setzen können, dass damit Schluss sein muss. Daher fordern wir, die Mittel für das sogenannte Handlungskonzept der Landesregierung mit dem unzutreffenden Titel „Tolerantes Brandenburg“ von 931 400 Euro komplett zu streichen und die Mittel sinnvollen Maßnahmen zuzuführen. Statt Aktivitäten von zum Teil gewalttätigen Linksextremisten zu fördern,

(Zurufe von der SPD)

die DVU-Bürgerbüros zerstören, ist dieses Geld viel besser, wie von unserer DVU-Fraktion gefordert, im Wissenschaftsbereich aufgehoben.

(Beifall bei der DVU)

Wir als DVU-Fraktion sind der Meinung, dass ein Teil dieses Geldes direkt für die Jugendarbeit vor Ort eingesetzt werden sollte. Auf der einen Seite schließt man Jugendeinrichtungen, weil angeblich kein Geld da ist. Auf der anderen Seite finanziert man Projekte, deren Sinnhaftigkeit mehr als zweifelhaft ist, schlimmer noch, deren Nutzen nicht einmal untersucht wurde. Im Übrigen hat dieses Programm „Tolerantes Brandenburg“ an der steigenden emotionalen Verwahrlosung von Jugendlichen in Brandenburg nicht das Geringste geändert. Wir brauchen keine Beschäftigungsprogramme für linientreue Genossen, sondern wir brauchen Geld für die Jugendarbeit vor Ort.

(Beifall bei der DVU)

Darum weg mit dem Programm „Tolerantes Brandenburg“! Dasselbe gilt für die Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger der politischen Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Um nicht wieder missverstanden zu werden, meine Damen und Herren: Wir wollen die Landeszentrale als solche überhaupt nicht abschaffen, wie es Ihre SPD-Genossen in Niedersachsen gemacht haben. Die Landeszentrale für politische Bildung soll endlich, was sie heute beileibe nicht ist, eine objektive politische Institution, statt eine Propagandazentrale der Regierung werden.

(Beifall bei der DVU-Fraktion - Zurufe von SPD und CDU: Na, na!)

Auch hierzu haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen deren Zuschüsse kürzen. Dieses Geld wollen wir teilweise im Wissenschaftsbereich und teilweise für eine Erhöhung der Zuschüsse für Investitionen an freie Träger der Jugendhilfe ausgeben. Eine Erhöhung der Mittel des Landesjugendhilfeplans könnte dafür sorgen, dass die Erstellung von Notfallplänen gegen Amokläufe an Brandenburger Schulen überflüssig wird.

Meine Damen und Herren, dass unsere Fraktion aufgrund der von mir genannten gravierenden bildungs- und finanzpolitischen Mängel den vorliegenden Einzelplan 05 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport ablehnen wird, dürfte klar sein.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Minister Rupprecht sagt uns jetzt, wie es wirklich ist.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach nunmehr gut zwei Jahren Amtszeit als Bildungsminister kann ich heute feststellen: Bildung hat Priorität in diesem Bundesland. Daran ändern auch die Ergebnisse der jüngsten Kienbaum-Studie nichts, zu denen ich im weiteren Verlauf meiner Rede noch einiges sagen werde. Daran ändert auch Ihr permanentes Schlechtreden nichts, Frau Große. Ich ahne, was mir am Freitag bevorsteht.

Zwei Jahre sind für Änderungsprozesse in der Bildungspolitik eine sehr kurze Zeit, in der wir, glaube ich, schon viel auf den Weg gebracht haben. Wir stehen vor weiteren tiefgreifenden Veränderungen. Zu dem, was wir schon umgesetzt haben, zähle ich die Umwandlung der bisherigen Realschulen und des größten Teils der Gesamtschulen in die neue Schulform Oberschule, den Ausbau des Ganztagsbetriebs an den Grundschulen und an den Schulen der Sekundarstufe I, die Vorbereitung der Einrichtung von Leistungs- und Begabungsklassen zum kommenden Schuljahr, die Vorbereitung von Sprachstandserhebungen bei allen Kindern ein Jahr vor der Einschulung und der Sprachförderung der Kinder, für die sich bei dieser Feststellung Defizite ergeben haben, und schließlich die Errichtung gemeinsamer Einrichtungen mit dem Land Berlin - ein schwieriger Prozess, den wir erfolgreich abgeschlossen haben.

Zu den nicht gewollten, aber zum großen Teil auch nicht beeinflussbaren Veränderungen rechne ich in erster Linie den drastischen Einbruch der Schülerzahlen und seine Auswirkungen auf die Schulstandorte bzw. die Schülerinnen und Schüler und natürlich auch die Lehrkräfte.

Unmittelbar vor uns stehen hier, nachdem die Veränderungen in der Grundschule abgeschlossen sind und wir uns in der Sekundarstufe I mittendrin befinden, die Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe, an den Gymnasien, an den Gesamtschulen und an den beruflichen Schulen.

Zu Beginn des letzten Schuljahres war es aus demografischen Gründen unvermeidbar, eine Reihe von Lehrkräften aus dem Schulamtsbezirk Cottbus in die übrigen Schulamtsbezirke zu versetzen. Sie erinnern sich an die Aufregung, die es auch in der Öffentlichkeit gegeben hat. Anders ließ sich die auf mittlere bis lange Sicht notwendige gleichmäßige Ausstattung mit Lehrkräften aber nicht herstellen. Diese Entscheidungen waren für die Betroffenen nicht immer ganz einfach. Ich bin froh, dass wir ein Verfahren gefunden haben, das möglichst gerecht war und das auch vor den Gerichten in den meisten Fällen Bestand hatte.

Aufgrund der regionalen Verwerfungen bei der Entwicklung der Schülerzahl werden wir zur Sicherung einer gleichmäßigen

und gerechten Verteilung der Ausstattung mit Lehrkräften auch künftig steuernd eingreifen müssen. Ob es dabei zu Versetzungen kommt oder der Ausgleich auf andere Weise gelingt - wie im laufenden Schuljahr - wird sich zeigen. Die verfügbaren Ressourcen sind jedenfalls leider zu knapp, als dass wir hier die Entwicklung dem Selbstlauf überlassen könnten.

Die hohe Priorität für Bildung in Brandenburg äußert sich dadurch, dass die finanziellen Voraussetzungen für die Bildungspolitik in den vergangenen Jahren vergleichsweise günstig waren. Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnte ich feststellen - darüber bin ich sehr froh - dass dies auch im Landtag nicht anders gesehen wird. Wenn die aktuelle Kienbaum-Studie nun feststellt, dass die Ausgaben für die Schulen in Brandenburg unter Berücksichtigung der Versorgungsausgaben sowohl im Vergleich zu den neuen Flächenländern als auch gegenüber den finanzschwachen alten Ländern geringer sind, steht das nicht in Widerspruch zu meinen Ausführungen. Die Differenz sowohl zu den neuen wie auch zu den alten Ländern ergibt sich im Wesentlichen aus der Tatsache - Frau Geywitz hat schon darauf hingewiesen -, dass Brandenburg als einziges neues Bundesland Lehrkräfte so weit wie möglich verbeamtet hat. Für diese Lehrkräfte fallen keine Rentenversicherungsbeiträge an, wie sie die anderen neuen Bundesländer zahlen müssen. Die alten Länder dagegen haben erhebliche Versorgungslasten zu tragen, die es hier derzeit noch nicht gibt und in entsprechender Höhe auch zu keinem Zeitpunkt anfallen werden.

Lässt man beim Vergleich mit den alten Ländern diese Versorgungsausgaben außer Betracht, sind die Ausgaben in Brandenburg höher als in diesen Ländern. Der Grund dafür liegt auf der Hand - jetzt bitte bei der Opposition genau zuhören -: Die Lehrerausstattung der Schulen in Brandenburg ist nach wie vor um 6 % besser als im Durchschnitt aller Länder der Bundesrepublik. Gegenüber den finanzschwachen Westländern sind es sogar 10 %. Bitte, liebe Frau Große, nehmen Sie das zur Kenntnis.

Bei der Versorgung mit Kita-Plätzen - das wissen wir - nehmen wir bundesweit nach wie vor eine Spitzenposition ein. Auch das bestätigt übrigens das Kienbaum-Gutachten.

Wenn dem vorliegenden Koalitionsantrag zu den Kita-Ausgaben im Umfang von 4 Millionen Euro zugestimmt wird, werden wir mit der Bestandsschutzsicherung negative Auswirkungen der Veränderung des Kita-Gesetzes aus dem Jahre 2000 abmildern und mit der zusätzlichen Finanzierung der Sprachstandsmessung und -förderung ein wichtiges Qualitätsmerkmal an unseren Kitas flächendeckend fördern.

Lassen Sie mich noch zu einigen bedeutsamen Veränderungen im Einzelplan 05 gegenüber den Vorjahren etwas sagen. Unabhängig von der von Ihnen noch zu beschließenden Erhöhung der Kita-Ausgaben für Bestandsschutz und Sprachförderung werden wir im kommenden Jahr ohnehin mehr Geld für Kitas ausgeben, da die Kinderzahlen mittlerweile glücklicherweise wieder steigen.

Steigen - das wurde auch schon erwähnt - werden die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft, weil sowohl die Zahl der Schüler als auch die Zahl der Schulen weiter anwächst. Ich begrüße - das will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen - das Nebeneinander von Schulen unterschiedlicher Trägerschaft durchaus, weil ich mir durch den dadurch initiierten Wettbewerb Vorteile auf beiden Seiten verspreche. Ich will

aber an dieser Stelle auch betonen, dass für mich die Sicherung eines erreichbaren öffentlichen Schulnetzes für alle Schüler klare Priorität hat.

Reduzieren werden wir die Personalausgaben - das ist korrekt - im Schulbereich gegenüber 2005 um rund 65 Millionen Euro. Der ausschließliche Grund hierfür ist der Stellenabbau, der den weiterhin drastisch sinkenden Schülerzahlen des Landes geschuldet ist.

Sehr geehrte Abgeordnete von der Opposition, Sie haben mich nicht nur heute, sondern bereits des Öfteren gefragt, warum ich Ihren Anträgen auf Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften nicht zugestimmt habe. Ich möchte die Antwort, die ich Ihnen in den bisherigen Beratungen schon oft gegeben habe, hier noch wiederholen: Ihre Deckungsvorschläge gefallen mir nicht nur nicht, wie Sie es ausgedrückt haben, sondern sie sind völlig inakzeptabel. Die Landesregierung ist mit ihrem Beschluss zur Ausstattung der Schulen schon über die von ihr selbst gesetzten Eckwerte für die Haushaltsaufstellung hinausgegangen - da sind wir wieder bei den 250 Stellen -; sie muss aber - das ist meine feste Überzeugung - an ihrem Konsolidierungskurs, der in den nächsten Jahren sicherlich an Schärfe zunehmen wird, festhalten. Die Steuermehreinnahmen weitgehend für den Schuldenabbau einzusetzen halte ich gerade als der für Kinder und Jugendliche verantwortliche Minister dieses Landes für dringend geboten.

Ich möchte meine Ausführungen mit einigen Anmerkungen zum Politikfeld Sport schließen. Die Umstellung der Sportfinanzierung, die ausschließlich durch Einnahmen aus Lottomitteln erfolgt, hat diesem Bereich eine sehr gute Ausstattung gesichert. Im Moment - darauf ist heute schon hingewiesen worden - ist diese für den Sport günstige Art der Finanzierung allerdings gefährdet. Ich hoffe, dass der Streit über die Lotteriangebote in einem Sinne gelöst wird, der die in Brandenburg bewährte Finanzierung des Sports nicht infrage stellt. Heute kann bei den Ministerpräsidenten schon eine Entscheidung fallen. Ich hoffe sehr, dass es eine vernünftige Entscheidung sein wird.

Zusammenfassend kann ich Sie mit Blick auf den Einzelplan meines Hauses nur nachdrücklich bitten, dem vorliegenden Entwurf mit den vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS fort. Der Abgeordnete Krause spricht.

Krause (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Senftleben, ich werde Sie jetzt nicht fragen, in welcher Phase Sie sich gerade befinden, ob in einer sensiblen oder einer anderen. Ihre Rede würde schon eine ganze Menge Stoff zur Erwidierung liefern. Aber lassen wir das.

Dieses Jahr stand ganz im Zeichen der Schulgesetznovelle. Wir haben dazu hier bereits eine ganze Menge gehört und werden an den weiteren Tagen noch mehr dazu hören. Dementsprechend drehte sich auch in der Ausschussarbeit ziemlich viel um

das Thema Schule. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass das Thema Jugend auch im Ministerium etwas aus dem Blick geraten ist. Ich würde das in diesem Zusammenhang zumindest positiv bewerten, weil es dazu führt, dass es nahezu keine Kürzungen in diesem Bereich gibt. Wenn das die Konsequenz ist, müsste man überlegen, ob es nicht vielleicht der richtige Weg ist.

Es gibt marginale Veränderungen. Wenn man den Blick nur kurz über die Seiten des Einzelplans streifen lässt, könnte man den Eindruck gewinnen, dass alles beim Alten bleibt und alles so in Ordnung ist. Damit ist es aber nicht getan; schließlich entsprach schon der Haushalt 2005/2006 nicht unseren Vorstellungen. Natürlich sind in diesem Bereich auch Aufgaben hinzugekommen. Die Ansätze sind also gleich geblieben, aber aufgrund zusätzlicher Aufgaben ist es faktisch zu einer Kürzung gekommen. So wurde etwa der Landesjugendplan mit neuen Aufgaben angereichert. Für das Jahr 2007 kommen in diesem Bereich zum Beispiel die Eltern-Kind-Zentren und der Aufbau der Kinderschutzarbeit hinzu.

Für die Eltern-Kind-Zentren setzt das Land im kommenden Jahr 500 000 Euro aus dem Landesjugendplan ein, und der Aufbau der Kinderschutzarbeit wird gemäß der Schwerpunktsetzung im entsprechenden Programm der Landesregierung, verabschiedet im März 2006, mit 100 000 Euro aus dem Landesjugendplan gefördert. 600 000 Euro werden also dem Landesjugendplan zusätzlich abverlangt, jedoch kommen nur 400 000 Euro für diese neuen Aufgaben hinzu. Dies entspricht einer faktischen Kürzung um 200 000 Euro.

Wenn wir den Gesamthaushalt betrachten, erscheinen 200 000 Euro natürlich als relativ geringe Summe. Millionen sind heute schon sozusagen durch den Raum geflogen. Aber 200 000 Euro sind für die Jugendarbeit ein sehr wichtiger Beitrag, mit dem man eine Menge machen könnte. Diese 200 000 Euro wird es nun nicht geben. Das führt dazu, dass es im Maßnahmenbereich der Jugendverbände zu weniger Angeboten kommen wird. Konkret bedeutet dies, dass es weniger ausgebildete Jugendgruppenleiter, weniger Freizeitfahrten und weniger internationalen Jugendaustausch geben wird.

Auch das 610-Stellen-Programm wird im Jahr 2007 weiter gekürzt. Die schiefe Ebene in diesem Bereich wurde bereits mit der Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts geschaffen.

In der Landtagssitzung im November debattierten wir über das Thema Freiwilligendienste. Ich habe dargelegt, dass Freiwilligendienste Jugendlichen soziale Verantwortung und Kompetenz vermitteln. Sie stärken die Jugendlichen in ihrer Selbstständigkeit. Sie bewegen zu bürgerschaftlichem Engagement, und sie befähigen zu politischer Partizipation. Die Koalition unterstützte unser Anliegen inhaltlich und begrüßte unsere Initiative. Das Fazit der Debatte war der Wunsch nach einem Vorschlag zur Finanzierung dieses politisch gewollten Mehraufwandes. Wir haben Ihnen unsere Vorschläge zur Finanzierung von 300 Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr und von 250 Plätzen im Freiwilligen Ökologischen Jahr unterbreitet. In der entsprechenden Debatte im Ausschuss für Haushalt und Finanzen konnten sich die Vertreter der Koalition an ihren eigenen politischen Willen nicht mehr erinnern; beide Anträge wurden abgelehnt.

(Frau Melior [SPD]: Abgelehnt ist richtig, der Rest nicht!)

- Richtig, Frau Melior, abgelehnt.

Dasselbe Verfahren spiegelte sich auch im Fachausschuss wider. Unsere Anträge zur Aufstockung der Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger der freien Jugendhilfe um 300 000 Euro, unser Antrag zur Stärkung der freien Träger im Bereich der Maßnahmen zur Entwicklung einer demokratischen Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit mit zusätzlich 245 000 Euro sowie unser Vorschlag, die Zuschüsse für politische Bildungsarbeit um 37 100 Euro zu erhöhen, wurden ebenso abgelehnt.

Zur Schulsozialarbeit hat Frau Große schon etwas gesagt.

In Bezug auf die humanistische Lebenskunde sei, weil es gerade in diesen Tagen um die Diskussion von Werten geht, noch erwähnt, dass Sie noch nicht einmal bereit waren, dafür eine Haushaltsstelle einzurichten, geschweige denn, finanzielle Mittel bereitzustellen. Die Deckungsquellen haben Sie, Herr Minister, nicht abgelehnt; vielmehr konnten Sie sich nach den Aufzeichnungen im Ausschuss damit nicht anfreunden. Ich habe den Eindruck - da müssen wir auch fair miteinander bleiben -, Sie wollen einfach nicht zustimmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wenn Sie das gleich so sagen, dann brauchen wir nicht lange hin und her zu verhandeln. Eine fachpolitische Debatte war und ist nicht gewollt. Dies ist zu bedauern. - Trotzdem vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Hartfelder spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Ausschuss und in anderen Gremien haben wir im letzten Jahr natürlich mehr gemacht, als nur fachpolitische Diskussionen über die Schule und das Schulgesetz zu führen. Themen wie Kita-Betreuung, Kinderschutz oder Landesjugendplan, aber auch der Sport spielten eine Rolle. Insbesondere die Kita-Betreuung beschäftigt uns seit Jahren, egal ob es um Kita-Standards, die Betreuungsqualität, die Zuständigkeiten, die Betreuung durch Tagesmütter oder auch die nicht unwichtige Frage der Finanzierung ging.

Im Sommer 2006 haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag beschlossen, der eine Entscheidung korrigierte, die insbesondere für die betroffenen Kinder ungünstig war. Kinder unter drei Jahren, die schon in der Kita betreut wurden, aber wegen Arbeitslosigkeit der Eltern wieder aus der Einrichtung genommen werden mussten, haben nicht verstanden, weshalb sie nicht mehr mit anderen Kindern in der Kita spielen durften. Mitunter mussten auch Kinder die Kita verlassen, die zwei oder drei Monate später drei Jahre geworden waren. Der gesetzliche Spielraum, auch diese Kinder weiter zu betreuen, war zwar mit der Formulierung im Gesetz „wenn es die besondere familiäre Situation erfordert“ gegeben, aber die Kreise haben oft sehr restriktiv gehandelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir zusätzlich regeln wollen, ist die Festschreibung von Grundsätzen elementarer Bildung.

Wenn wir die zunehmenden Sprachdefizite der Kinder betrachten, wissen wir, wie wichtig die Bildung innerhalb der Kindertagesstätte ist. Defizite in der frühkindlichen Bildung kann man später kaum ausgleichen. Allein für diese zusätzliche Regelung werden wir landesseitig weitere 4 Millionen Euro bereitstellen. Insgesamt gibt das Land für die Kindertagesbetreuung dann im Jahr 2007 136 790 000 Euro aus. Damit „leisten“ wir uns einen sehr hohen Betreuungsstandard.

Ein sehr wichtiges Thema ist für uns nach wie vor der Schutz der Kinder vor Gewalt. Wir haben eine Vielzahl von Veranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt oder als Gäste besucht. Wir haben das Thema in allen Facetten beleuchtet, und wir wissen, dass es ein Maßnahmenbündel geben muss; denn es ist ein Zusammenwirken aller an der Betreuung von Familien Beteiligten erforderlich. Dennoch ist es in unseren Augen zwingend notwendig, die U-Untersuchungen pflichtig zu gestalten. Wir sind zu zögerlich, wenn es darum geht, Veränderungen herbeizuführen. Bayern koppelt die Teilnahme an den Untersuchungen an die Gewährung eines Landeserziehungsgeldes. Wenn wir die Teilnahme an den Untersuchungen bundeseinheitlich an die Zahlung des Kindergeldes als Bonussystem koppeln würden, könnten wir höchstwahrscheinlich auf ein verbindliches Einladesystem verzichten. Die Eltern, die sich ohnehin vorbildlich um ihre Kinder kümmern, gehen bereits freiwillig zu diesen Untersuchungen. Andere würden wir so ein Stück weit treiben. Diese Diskussion wird uns 2007 weiter begleiten.

Als Sprecherin für die Jugendpolitik freue ich mich, dass wir trotz knapper Kassen die freiwillige Förderung in diesem Bereich fortsetzen. Das Personalstellenprogramm des Landes hilft den Kreisen und den kreisfreien Städten, Jugendpolitik zu gestalten. Durch die zweckgebundene pauschalierte Zuweisung der Mittel an die Kreise aus dem 510- bzw. 540-Stellenprogramm haben sich Spielräume deutlich vergrößert.

Herr Krause, Sie sagen, wir tun in der Jugendpolitik nicht genug. Dem möchte ich eine These entgegenstellen: Die beste Politik für die Jugend ist, dass wir ihr eine unbelastete Landesfinanzierung, einen unbelasteten Staatshaushalt übergeben, damit sie selbst zukünftig auch noch Politik machen kann.

(Krause [Die Linkspartei.PDS]: Wir müssen ihr doch ein Angebot unterbreiten!)

Als ehemalige Sportlehrerin ist mir natürlich auch der Sport wichtig. Die Förderung aus den Lottomitteln hat der Minister beschrieben. Ich war in den letzten Wochen auf sehr vielen Veranstaltungen des Landessportbundes und der Landessportjugend. Ich habe noch nie so erlebt, dass die Landespolitik von den Vertretern der betreffenden Gremien so positiv beschrieben wird, ich meine, schon fast gelobt worden ist. Es ist gut, dass zusammen mit unseren Bundestagsabgeordneten erreicht wurde, dass der Goldene Plan Ost für den Sportstättenbau aufrechterhalten wird. Auch das wird helfen, den Sport in Brandenburg auf stabiler Basis sichern zu können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste für den

Einzelplan 05 erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Als Erstes stelle ich den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3848, zur Abstimmung. Er bezieht sich auf Kapitel 05 010 Titel 53 110 und betrifft die Minderung eines Haushaltsansatzes. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, Drucksache 4/3917, betreffend Kapitel 05 050 Titel 63 310 zur Abstimmung. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und Sie, sich darauf zu konzentrieren.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die noch keine Gelegenheit hatten, Ihr Votum abzugeben?

(Die Abgeordneten Bochow [SPD], Frau Richstein und Dombrowski [CDU] geben ihr Votum ab.)

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Für den Antrag stimmten 23 Abgeordnete, gegen ihn 45 Abgeordnete; sechs Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 2945)

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, Drucksache 4/3918, Kapitel 05 050 Titel 68 460 ab. Es geht um die Erhöhung eines Ansatzes. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag bei einigen Stimmenthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Als Nächstes stimmen wir über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3849, betreffend Kapitel 05 050 Titel 89 360 ab. Es geht wiederum um eine Erhöhung. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3850, betreffend Kapitel 05 050 Titel 68 462 abstimmen. Es geht um die Minderung eines Ansatzes. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag ohne Enthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3851, betrifft Kapitel 05 060 Titel 68 420. Es geht um die Streichung des Ansatzes. Wer dem Antrag folgen möchte,

den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/3919, betreffend Kapitel 05 326 Titel 425 10. Eine Erhöhung wird hier begehrt. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist bei einigen Stimmenthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 - Drucksache 4/3805 - des Haushalts- und Finanzausschusses. Wer dieser Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Damit verlassen wir Einzelplan 05. Ich rufe auf:

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3806

Ich rufe als ersten Redebeitrag den der Fraktion der Linkspartei.PDS auf. Es spricht der Abgeordnete Jürgens.

Jürgens (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Max Weber hat einen sehr schönen Satz geprägt:

„Es ist durchaus richtig - und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es -, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Ummöglichen gegriffen worden wäre.“

Diesen Satz habe ich nicht einfach einem Zitatbuch entnommen, nein, dieses Zitat hat mir Ministerin Wanka Ende 2005 lebenswerterweise als Weihnachtsgruß gesandt. Ich verstehe diesen Satz durchaus als Berechtigung für Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wenn wir als oppositionelle Linksfraktion nicht immer wieder mehr Geld für den Hochschulbereich gefordert und hier die Arbeit der Ministerin unterstützt hätten - wobei ich im Unterschied zu Max Weber die Forderung nach mehr Geld im Hochschulbereich nicht als das Ummögliche betrachte -, hätte es diesen geringen, aber doch stetigen Aufwuchs im Haushalt 06 vielleicht nicht gegeben. Aber wir sind uns hoffentlich einig, dass diese Aufwüchse für einen wirklichen Qualitätssprung bei weitem nicht ausreichen.

Der Finanzminister hat im Juni dieses Jahres stolz verkündet, dass die Hochschulen im Jahre 2007 18 Millionen Euro mehr bekommen. Das klingt gut. Aber wollen wir uns diese Steigerung einmal genau anschauen: Von den 18 Millionen Euro sind knapp 8 Millionen Euro fest gebunden, nämlich für das Auslaufen des Sozialtarifvertrages im Februar 2007. Die Titelgruppe der Überlastmaßnahmen steigt um eine halbe Million Euro.

Angesichts - erfreulicherweise - steigender Studierendenzahlen ist die Summe allerdings etwas mickrig. Im Endeffekt bleiben die 4,4 Millionen Euro übrig, die der Finanzminister den Hochschulen zur Verfügung gestellt hat, und dafür sollten wir ihm danken.

Um der Situation zum einen angesichts der steigenden Studierendenzahlen und zum anderen angesichts des erhöhten Bedarfs an Lehrpersonal aufgrund der Studienstrukturreform Rechnung zu tragen, schlagen wir als Linksfraktion vor, 100 Stellen im Mittelbau zu schaffen. Diese 100 Menschen, die da eingestellt werden sollen, sollen im Rahmen eines Stufenplans die Betreuungsrelation an den Hochschulen weiter verbessern. Dass das nötig ist, zeigt unter anderem die gestern vorgelegte Kienbaum-Studie. In unserem Hause wird ja des Öfteren über Statistiken gestritten. In diesem Fall aber vertraue ich dem Auftraggeber Finanzministerium. Die Analyse der GmbH ist erschreckend und bestätigt ein Stück weit die Mahnungen und Analysen meiner Fraktion. Ich zitiere aus Seite 51 der Studie:

„Brandenburg verfügt beim Benchmarking auf Basis der Einwohnerzahl über Minderausgaben gegenüber den ostdeutschen Flächenländern im Durchschnitt von ca. 155 Millionen und gegenüber dem Durchschnitt der westlichen finanzschwachen Flächenländer von ca. 151 Millionen.“

Weiter heißt es:

„Das Benchmarking auf Basis spezifischer Indikatoren ergibt Minderausgaben für Brandenburg gegenüber dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer von 110 Millionen und gegenüber der westlichen finanzschwachen Länder von 109 Millionen.“

(Zuruf des Abgeordneten Baaske [SPD])

- Die Hochschulkliniken, lieber Herr Baaske, sind in dieser Studie nicht eingerechnet, aber das haben Sie ja vielleicht schon geklärt. Auch das Argument, die Studie beziehe sich nur auf das Jahr 2004, greift in dem Fall ins Leere. Zwar gab es seit dem Jahr 2004 einen Aufwuchs von rund 7 Millionen in der Titelgruppe 70 - das sind die Maßnahmen für strukturelle Innovationen - und einen Aufwuchs von rund 3 Millionen in der Titelgruppe 60 - das sind die Zuweisungen für die Überlastmaßnahmen -, aber zugleich hatten die Hochschulen in der Titelgruppe 100 von 221 Millionen Euro im Jahre 2004 nur noch 218 Millionen Euro in den Jahren 2005 und 2006 zur Verfügung. Selbst der Aufwuchs um 18 Millionen im kommenden Jahr gleicht bei weitem nicht die 150 bzw. 100 Millionen aus, die wir laut der Studie an Minderausgaben haben. Daraus schlussfolgert die Studie - wieder zitiere ich aus Seite 51 -:

„Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass die Minderausgabe von Brandenburg im Vergleich auf eine generell geringere finanzielle Ausstattung des Hochschulbereichs zurückzuführen ist.“

Dieser Einschätzung schließt sich meine Fraktion an. Das Wenige, was an Haushaltsaufwuchs erreicht wurde, reicht nicht aus und bedeutet bei weitem keine Priorität. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Geywitz erhält das Wort.

Frau Geywitz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Eigentlich ist es eine sehr schöne Situation: Die SPD-Fraktion hat noch über eine Stunde Redezeit. Man könnte einmal unbegrenzt alles sagen, was man über die Situation der Wissenschaftslandschaft im Land Brandenburg sagen möchte.

(Jürgens [Die Linkspartei.PDS]: Bitte!)

Das will ich aber nicht tun.

(Bischoff [SPD]: Schade!)

- Herr Bischoff, wir können das gern einmal im Haushaltsausschuss diskutieren, weil das Thema nämlich auch eine Debatte mit den Finanzern verträgt, da in der Tat - dies wurde schon mehrfach erwähnt - der Aufbau einer sinnvollen Wissenschaftsstruktur für unser rohstoffarmes Land Brandenburg wichtig ist. Ich zitiere den Koalitionsvertrag:

„Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung werden nicht gekürzt.“

Man kann glasklar feststellen: Der Koalitionsvertrag hält an der Stelle, was er versprochen hat. Die Ausgaben wurden nicht gekürzt.

Herr Jürgens von der Linkspartei.PDS hat sogar nicht umhinkönnen, festzustellen, dass dieser Haushaltsbereich einen Aufwuchs erfährt, etwas, was in einer Zeit, in der wir über Konsolidierung, über Reduzierung von Umfängen des Haushalts reden, natürlich auch klarmacht, dass hier eine Prioritätensetzung erfolgt. Logischerweise könnten sich alle Fachpolitiker gut vorstellen, für ihren Bereich mehr herauszuholen, mehr ausgeben zu können, und hätten auch gute Ideen, wofür.

In der Tat ist das mit der Vergleichbarkeit der Ausgaben für den Hochschulbereich nicht so einfach. Das betrifft nicht nur die Frage: Was ist mit der Mediziner Ausbildung, die in anderen Ländern zu Buche schlägt? Es gibt noch sehr viele andere Themen, die man bei der Interpretation der Statistik berücksichtigen muss. Die Ministerin hat ja schon im Vorfeld signalisiert, dass sie sich sehr darauf freut, zu Fragen der Statistik Stellung zu nehmen und dazu, wie es bei uns aussieht.

Ich möchte Sie nur auf eine Herausforderung hinweisen, die uns nicht in diesem Haushalt, aber in Zukunft begegnen wird; das ist die Entwicklung der Studierendenzahlen, die jetzt im Hochschulpakt angegangen werden soll. Ich halte es schon für einen erstaunlichen Erfolg, dass das Land Brandenburg 16 Millionen Euro dafür bekommt, dass wir nichts tun, 16 Millionen nicht dafür, dass wir zusätzliche Studienkapazitäten aufbauen, sondern einfach dafür, die vorhandenen - auch bei sinkenden Studienanfängerzahlen - stabil zu halten. - Vielleicht so viel.

Ansonsten merke ich an der Unruhe im Saal, dass dies offensichtlich nicht Ihr Leib- und Magenthema ist, was ich schade finde, weil gerade der Fachkräftebedarf einer sinnvollen Debatte in diesem Parlament bedürfte.

Zum Kulturbereich will ich nur sagen, dass auch der Haushalt 2007 kein Haushalt der großartigen Entscheidungen ist. Ebenso wie die Projektmittel werden Sorben und Musikschulen finanziert; die großen Kultureinrichtungen bekommen sogar noch einen kleinen Aufschlag. Spannend wird sein, was mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 in diesem Bereich geschieht. Da werden sicherlich wesentliche und wichtige Weichen gestellt werden müssen, zum Beispiel die, wie man darauf reagiert, falls die kommunale Seite nicht kofinanziert. Wie geht man mit den vorhandenen Kulturangeboten um? Gibt es da noch Parallel- und Doppelangebote, und welche Art von Kultur soll zukünftig wie gefördert werden? Das alles sind noch einmal notwendige Zuspitzungen, die mit dem Haushalt 2008/2009 auf uns zukommen werden. Darauf möchte ich jetzt schon hinweisen. Ansonsten sind Wissenschaft, Forschung, Kultur in gutem, ruhigen Fahrwasser mit einer ganz deutlichen Prioritätensetzung auf den Wissenschaftsbereich. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Nonninger setzt die Debatte für die DVU-Fraktion fort.

Nonninger (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An Brandenburger Hochschulen haben sich im Wintersemester 2006/07 erneut mehr Studenten als im Vorjahr eingeschrieben. Nach einer Mitteilung des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik ist mit 42 282 Studierenden an den 14 Hochschulen im Lande ein neuer Höchststand erreicht worden. 594 junge Frauen und Männer mehr als im Winterhalbjahr 2005/06 haben sich eingeschrieben. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Immatrikulationen damit um 1,4 %. Allein im Bereich der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind nahezu 15 000 Studenten eingeschrieben, bei den Sprach- und Kulturwissenschaften sind es ca. 9 500.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Zahlen gilt es, die Brandenburger Hochschulen zukunftsfähig zu reformieren. In einer Zeit, in der alle Staaten und Bundesländer ihre Bildungs- und Wissenschaftspolitik voranbringen wollen, darf Brandenburg den Anschluss nicht verlieren. Hochschulen sind das Zukunftspotenzial unseres Landes. Sie können die gesellschaftlichen Anforderungen nur erfüllen und für Aufschwung sorgen, wenn in diesem Bereich eine politische und finanzielle Schwerpunktsetzung erfolgt. Insbesondere sollen von den Hochschulen mehr Impulse für Firmengründungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgehen, als dies heute der Fall ist.

Im Mittelpunkt der Hochschulreform müssen die Bedürfnisse der über 42 000 Studierenden stehen. Sie benötigen ein schnelles und leistungsfähiges Studium, das ihnen den Weg in die Praxis ebnet. Die Hochschulen und deren wirtschaftliches Umfeld müssen ein Angebot für Jugendliche sein, in Brandenburg zu bleiben und hier ihre Zukunft zu planen, statt in zunehmendem Maße das Land zu verlassen.

Frau Ministerin Wanka, Sie wollen mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf zum Einzelplan 06 die Globalzuweisungen

an die Hochschulen von knapp 219 Millionen Euro im Jahre 2006 um 14 Millionen Euro auf 233 Millionen Euro im Jahre 2007 erhöhen. Dies wird von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt, ebenso wie der Aufwuchs der Ausgaben des Einzelplanes 06 um 26 Millionen Euro und die Mehrausgaben für Investitionen von 29 Millionen Euro. Doch im Hinblick auf die stetig wachsende Anzahl von Studentinnen und Studenten werden diese Summen der Realität nicht gerecht. Hier muss klar und deutlich gesagt werden: Die Mittelerrhöhungen müssen mittel- und langfristig proportional zur Zahl der Studierenden vorgenommen werden. Darüber hinaus sind freie Lehrstühle zügig zu besetzen, um ein effizientes Studium sowie eine hohe Forschungsleistung an den Universitäten zu garantieren.

Noch ein Wort seitens unserer Fraktion zu den immer wieder diskutierten direkten, aber mehr noch indirekten Studiengebühren: Wir sind gegen alle Modelle zur Finanzierung des Studiums durch Gebühren, weil sie unsozial sind und das Geld ausschließlich zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht werden kann. Damit tragen die Modelle zu keiner Lösung der finanziellen Problematik der Hochschulen bei. Auch Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter, Frau Ministerin Wanka, sind in erster Linie dazu da, Spitzenleistung in Lehre und Forschung zu erbringen, und nur in zweiter Linie, wenn überhaupt, dazu, Fremdmittel einzuwerben.

Was die Brandenburger Hochschulen jedoch brauchen - da stimmen wir mit Ihnen, Frau Ministerin, durchaus überein -, ist die Unterstützung der Wirtschaft, um die Verbindung von Theorie und Praxis zu vertiefen. Nur wenn das Wissen, das sich an den Hochschulen befindet, in die Wirtschaft transportiert wird, werden Arbeitsplätze geschaffen. Ziel der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss es insbesondere sein, talentierten wissenschaftlichen Nachwuchs und modernen Unternehmergeist für die Bearbeitung von Zukunftsthemen zu bündeln.

Es ist eine enge Verflechtung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen anzustreben. Ansätze dazu existieren bereits seit Jahren. Denken Sie nur an die Kooperation mit den Max-Planck- und den Fraunhofer-Instituten. Die Kooperation mit kleinen und mittelständischen Betrieben muss jedoch verstärkt werden; denn wenn Wissenschaft und Wirtschaft als Partner in einer Region Netzwerke knüpfen, profitieren alle Beteiligten davon. Unternehmen erhalten hervorragend ausgebildete junge Menschen und können neueste wissenschaftliche Entwicklungen nutzen. Absolventen finden in der Region einen Arbeitsplatz und bleiben dem Land Brandenburg als Leistungsträger erhalten, statt abzuwandern.

Genau dem, meine Damen und Herren, dienen auch drei unserer vorliegenden Anträge. So wollen wir den Titel 685 17 in Kapitel 06 020 - „Jugend forscht“ - von 8 100 Euro auf 39 500 Euro aufstocken, um bereits bei Jugendlichen über den Landeswettbewerb „Jugend forscht“ Forscher- und Unternehmergeist zu wecken und sie auf ein späteres Studium vorzubereiten. Die leider seit Jahren nicht mehr im Einzelplan 06 existenten Titel „Verbundforschung“ sowie „Unternehmensgründungen“ - gemeint sind solche aus dem universitären Bereich - wollen wir als DVU-Fraktion wieder in den Einzelplan 06 aufnehmen und dafür 55 000 Euro bzw. 250 000 Euro bereitstellen, und zwar zur Förderung interdisziplinärer Forschung in Zusammenarbeit mit insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen

einerseits sowie von Unternehmensgründungen von Akademikern andererseits. Die DVU-Fraktion ist der Meinung, dass in diesen zukunftsrelevanten Bereichen das Geld mit Sicherheit sinnvoller eingesetzt ist als im Bereich politischer Indoktrination oder Förderung von teils gewalttätigen Linksextremisten durch Ihr famoses Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

Noch einige Worte zum Kulturbereich. Zunächst einmal begrüßen wir, dass es in diesem Bereich, anders als in den Vorjahren, keine weiteren Kürzungen geben soll. Andererseits sind die bereitgestellten Mittel teilweise viel zu gering, um nicht zu sagen: dürftig. Dies betrifft insbesondere den Titel 684 40 in Kapitel 06 810 - Förderung des Kulturgutes der Vertriebenen. Wenn man bedenkt, dass jeder dritte Brandenburger entweder selbst Vertriebener oder Nachkomme deutscher Heimatvertriebener ist, und wenn man weiter bedenkt, welche wichtige, verantwortungsvolle, friedenssichernde und völkerverbindende Tätigkeit gerade der Bund der Vertriebenen und seine ihm angeschlossenen Landsmannschaften betreiben - hier möchte ich unter anderem die Spätaussiedlerbetreuung nennen -, sind die laut Haushaltsplan der Landesregierung für diesen Bereich veranschlagten 35 000 Euro geradezu lächerlich. Daher fordern wir als neuen Ansatz mit unserem Änderungsantrag, für die Förderung des Kulturgutes der Vertriebenen 1 Million Euro einzustellen.

Nach gründlicher Abwägung von allem Für und Wider wird die DVU-Fraktion den Einzelplan des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur trotz mancher guter Ansätze ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Dr. Niekisch spricht.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie kann man überhaupt noch das Gehör des Hauses finden bzw. Ihre Aufmerksamkeit wecken? - Vielleicht wenn ich Ihnen sage, dass ich morgen oder übermorgen gegen den Haushaltsplan der Koalition stimme? - Dann würden sich sicherlich alle wundern. Aber ich kann Sie beruhigen; das würde ich schon wegen des Haushaltsplans 06 nicht tun. - Oder ich könnte den jüngsten Mitgliedern der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Pioniergeburtstag gratulieren, denn heute ist der 13. Dezember. Ich weiß jedoch nicht, ob sich Herr Krause und Herr Jürgens an diese Zeit erinnern.

(Jürgens [Die Linkspartei.PDS]: Ich hatte nur das blaue Halstuch!)

Nach dieser Einleitung hören mir wenigstens einige Leute zu; wir können also zum Thema kommen.

Dass der Haushalt nicht nur passabel und vernünftig, sondern gut ist, haben die Finanzpolitiker und der Finanzminister bereits gesagt. Mit dem Einzelplan 06 - da will ich nicht bescheiden sein - kommen wir zu einem der Glanz- und Höhepunkte des Haushalts für das Jahr 2007; denn an diesem Teil des Haus-

haltsplans können Sie gut nachvollziehen, dass die Koalitionsparteien von SPD und CDU ihre im Wahlkampf 2004 gegebenen Versprechen, dass sie im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur nicht kürzen, sondern Schwerpunkte setzen werden, einhalten. Das ist im Koalitionsvertrag verankert und kann Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen nachvollzogen werden.

Während das Gesamtbudget für das Land Brandenburg von 10 472 000 000 Euro auf reichlich 9 Milliarden Euro leicht sinkt - das ist eine Schrumpfung um ca. 1,07 % -, steigt das Haushaltsvolumen für den Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur von 516 Millionen Euro auf 524 Millionen Euro. Das macht immerhin 5,46 % des Gesamtvolumens des Haushalts aus; im Jahr 2006 waren es nur 5,14 %. Das heißt, das Budget für die Hochschulen im Kapitel 06 steigt um 14 Millionen Euro; davon sind zwar knapp 8 Millionen Euro für Personalausgaben - wegen des Auslaufens des Sozialtarifvertrags - aufzuwenden, aber immerhin gibt es weitere Finanzzuwächse in der Titelgruppe 60: Überlastmassnahmen zur Bewältigung von steigenden Studienplatznachfragen. Für profil- und strukturbildende Maßnahmen stehen im Jahr 2007 rund 11 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind immerhin knapp 6 Millionen Euro mehr als im Haushalt 2006. Erstmals haben wir eine Titelgruppe 90 eingerichtet, um die vom Bund geförderte Exzellenzinitiative kofinanzieren und damit im Land sicherstellen zu können. Keine brandenburgische Hochschule hat bisher in toto an Maßnahmen im Rahmen der Exzellenzförderung teilnehmen können, jedoch gab es, auch in Verflechtung mit Instituten und Berliner Universitäten, Einzelprojekte. Für sie ist die 25%ige Kofinanzierung sichergestellt.

Auch im Bereich der außeruniversitären Forschung ist ein Zuwachs von 3 % zu verzeichnen. Die großen Institute und Gesellschaften, die wir haben - die Fraunhofer Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft - werden davon profitieren.

Beim Themenbereich Kultur können wir nicht unbedingt mit großen Zuwachszahlen, aber zumindest mit einer Stabilisierung auf einem guten Niveau aufwarten. Die Summen steigen von 13 Millionen Euro um ca. 2 Millionen Euro auf knapp 16 Millionen Euro. Die Kulturförderung insgesamt kann auf einem Niveau von 16 Millionen Euro konstant gehalten werden.

Die Oppositionsfraktionen, die Fraktion der Linkspartei.PDS und auch die DVU, haben verschiedene Änderungsanträge vorgelegt; wir haben uns damit beschäftigt und darüber diskutiert. Was die Anträge der Fraktion der Linkspartei.PDS angeht, so wäre das eine oder andere sicherlich möglich, vielleicht sogar sinnvoll, jedoch sind die angegebenen Alternativen zur Finanzierung - Zinsen für Kassenkredite durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen und Gewinnanteile aus der Norddeutschen Klassenlotterie - reichlich unseriös oder zumindest nicht gut begründbar. Bei der Fraktion der DVU will ich mich gar nicht lange aufhalten; da sind schon die politischen Ansätze fragwürdig.

Man kann beim Haushalt für Wissenschaft, Forschung und Kultur das eine oder andere sicherlich monieren, nur müssen Sie sehen, dass wir in Brandenburg zusammen mit Berlin im Bereich Kultur eine große nationale Aufgabe meistern: das größte zusammenhängende Weltkulturerbedenkmal, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Hier werden Aufgaben erfüllt, die andere, zum Teil reichere und größere Bundesländer nicht zu erfüllen haben.

Auch für die Bereiche Wissenschaft und Hochschulen gilt: Wir können uns zukünftig nicht ohne eigene Leistungen nur auf Steuergelder berufen oder uns auf den Lorbeeren ausruhen. Wir werden in den nächsten Jahren, wenn die Finanzmittel knapper werden, um das Thema Studiengebühren nicht herumkommen; und zwar nicht nur, um das Geld den Studenten und Hochschulen unmittelbar zugute kommen zu lassen, sondern auch, um die Qualität zu steigern und diejenigen, die einen hohen Anspruch an ihr Studium stellen, nicht an Brandenburg und seinen Hochschulen vorbeigehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Keine Studiengebühren zu erheben kann und wird durchaus Auswirkungen auf die Qualität der Hochschulausbildung haben.

Zum Schluss möchte ich ein Thema für den Fachbereich Kultur ansprechen, anhand dessen man sehen kann, wie vorbildlich das Land Brandenburg mit wenigen Mitteln für die Kultur bzw. das Ansehen der Kultur, für das Selbstverständnis und die Identitätsfindung der Menschen im Lande sorgt. Das sind die Kulturlandkampagnen. Sie gibt es seit dem Jahr 1998. Im vorigen Jahr standen dafür knapp 600 000 Euro zur Verfügung. Das wird auch im Jahr 2007 so sein. Die Themenvielfalt - von den Klöstern der Zisterzienser über Fontane, über Tausend Jahre Christentum, über die Industriekultur, über Gärten und Parks bis zur Baukultur - und die Resonanz darauf sind bemerkenswert, und die Arbeit trägt Früchte. Mit wenig Geld ist in den letzten Jahren sehr viel an Öffentlichkeit und Kulturbewusstsein geschaffen worden; das kann man nicht hoch genug einschätzen. Auch die nächsten Jahre werden spannend. Es gibt viele Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen Ministerien: mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung und - im Ökologiebereich - mit dem Landwirtschaftsministerium. Der Titel der Kulturlandkampagne im Jahr 2007 lautet nämlich „Fokus Wasser“. Dabei geht es nicht nur um unsere wunderschönen Seen, sondern auch um das Kulturgut und um die Gefahren, die das Wasser in sich birgt, zum Beispiel bei Hochwasser, des Weiteren um Melioration, um die Wiederaufbereitung und Neugestaltung der Mondlandschaften des ehemaligen Braunkohletagebaus im Süden und auch um das Problem, dass hier und da schon extremer Wassermangel herrscht. All dies soll in dieser Kulturlandkampagne eingefangen werden. Auch die darauf folgenden Jahre werden spannend; im Jahr 2008 heißt das Thema „Die Provinz und die Hauptstadt“ und beschreibt die ehemaligen Beziehungen zwischen Berlin und der Mark Brandenburg. Da kann man exemplarisch nachweisen, wie viele Beziehungen vor allem durch die Zeit des Kalten Krieges abgebrochen worden sind.

Ich wiederhole: Der Haushaltsplan 06 ist einer der Glanzpunkte und schönsten Kapitel - das sage ich nicht nur als Sprecher für Wissenschaft, Forschung und Kultur -, und ich empfehle selbstverständlich die Annahme des Einzelplans und des Haushalts insgesamt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Prof. Dr. Heppener [SPD])

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht Ministerin Prof. Dr. Wanka.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Niekisch, heute früh stand Frau Kaiser am Rednerpult und hat in ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung unter anderem gesagt, dass in der heutigen Presse von einer neuen großen Katastrophe zu lesen war: Kienbaum - 100 Millionen Euro Unterfinanzierung der Hochschulen. - Herr Jürgens hat aus der Kienbaum-Studie zitiert und richtig wiedergegeben, dass das brandenburgische Hochschulsystem im Vergleich mit den anderen Bundesländern mit 100 Millionen Euro oder 150 Millionen Euro - es kommt auf die Vergleichsbasis an - unterfinanziert sei.

Man muss die Kienbaum-Studie aber genauer betrachten. Dort ist in allererster Linie einwohnerbezogen gerechnet und verglichen worden. Es wurde gerechnet: Wie viele Studenten leistet sich zum Beispiel ein Land wie Sachsen, gemessen an der Einwohnerzahl? - Wir in Brandenburg haben weniger Einwohner.

Dann wurde ausgerechnet, wie viel Geld wir, wenn wir genauso viele Einwohner hätten, mehr ausgeben müssten. Brandenburg hat ein kleines Hochschulsystem, und Kienbaum empfiehlt, dieses Hochschulsystem den Hochschulsystemen der anderen Bundesländer anzugleichen und entsprechend zu vergrößern. Brandenburg soll sich zusätzlich eine Universität in der Größenordnung der Universität Potsdam leisten, was etwa 100 Millionen Euro kosten würde. Das ist eine Aussage und eine Empfehlung, über die man durchaus diskutieren kann. Diese Aussage besagt jedoch nicht, dass unsere vorhandenen Hochschulen unterfinanziert sind und dass wir pro Student katastrophal wenig Geld ausgeben. Das steht nicht bei Kienbaum.

Wenn Sie das genau wissen wollen, können Sie es nachlesen. Darüber gibt es eine aktuelle Studie aus dem Herbst dieses Jahres. Darin sind nicht nur die Funktionskennziffern wie bei Kienbaum enthalten, sondern es ist eine OECD-Studie, in der alle Bundesländer verglichen wurden. Unter anderem geht es darin um die Ausgaben pro Student, pro Professor und pro Mitarbeiter. Bei diesem Vergleich belegen wir einen Mittelplatz. Andere Bundesländer - zum Beispiel Bayern - sind zwar besser, aber immerhin belegen wir einen Mittelplatz und haben uns in den letzten Jahren gesteigert. Das ist der grundlegende Unterschied. Das Katastrophenszenario, es fehle Geld in den Hochschulen und sie seien total unterfinanziert, ist bei Kienbaum nicht nachzulesen, sondern es ist etwas anderes.

Mich stört daran - das wurde bei Herrn Jürgens nicht so deutlich, ist aber die Tendenz -, dass unsere ernsthaften Bemühungen - das hier sind ja Zahlen bzw. Kürzungen aus dem Jahr 2004 -, also all das, was wir in den letzten Jahren an Konsolidierung, Steigerungen und Nichtkürzungen geleistet haben, unberücksichtigt bleiben.

Natürgemäß wird bei Kienbaum auch nicht geschaut, wie außerhalb der Landesmittel Finanzen in dieses Hochschulsystem gebracht werden. Als Beispiel möchte ich die EFRE-Mittel nennen. Wir haben besprochen, wie wir die EFRE-Gelder für die nächste Förderperiode verteilen. Eine Basis der Debatten zwischen den Ministerien war: Was sind die Empfehlungen der

Evaluatoren, und was gibt Brüssel vor? - Dann gab es eine Prozentzahl, die als Orientierung für Brandenburg diente und die besagte, wie viel Prozent der EFRE-Mittel für den Wissenschaftsbereich verwendet werden sollten. Wir liegen entscheidend darüber. Das ist eine der Entscheidungen, die strategisch richtig sind und die bedeuten, dass bei den Hochschulen mehr Geld ankommt, wenn es sich dabei auch nicht um Landesgeld, sondern um EFRE-Mittel handelt.

Das ist letztendlich ein Indiz dafür, dass wir uns ernsthaft bemüht und daran gearbeitet haben, die Finanzausstattung des Hochschul- und Wissenschaftsbereichs in den letzten Jahren zu verbessern. Betrachtet man den Haushalt 2007, zeigt sich das auch. Das Volumen unseres Landeshaushalts sinkt um etwa 1,07 %, während das Volumen des Einzelplans 06 um 5 % steigt. Das bedeutet in einer schwierigen Finanzsituation eine große Anstrengung. Das Budget der Hochschulen steigt also.

Kritisch wurde eben angemerkt, dass bei dieser Steigerung um mehr als 14 Millionen Euro für die Hochschulen 8 Millionen Euro für Personal verwendet werden. Damit ist für das Auslaufen des Sozialtarifvertrags Vorsorge getroffen. Wenn der Sozialtarifvertrag ausläuft, werden diese 8 Millionen Euro - damit wird die entsprechende Arbeitszeit bezahlt - den Hochschulen zur Verfügung stehen. Das bedeutet an dieser Stelle auch ein Mehr für die Hochschulen.

Bei den strukturbildenden Maßnahmen bekamen wir den Zuschlag in Höhe von 4,4 Millionen Euro, insgesamt 5,8 Millionen Euro. Das Entscheidende ist, dass wir Sorge dafür tragen müssen, dass die Qualität der Ausbildung - Betreuungsrelation und anderes - verbessert und gestärkt wird. Das ist hinsichtlich des Hochschulpaktes, über den die Ministerpräsidenten derzeit beraten, umso wichtiger. Ich hoffe, dass sich Berlin nicht durchsetzt bzw. Berlin so konstruktiv ist, dass es nicht boykottiert. Wird dieser Hochschulpakt angenommen, bedeutet das für uns zusätzliches Geld unter einer zentralen Bedingung. Wir müssen es schaffen, dass die Studienanfängerzahlen aus dem Jahr 2005 gehalten werden. Als Studienanfänger werden nur diejenigen gezählt, die wirklich neu hinzukommen, und nicht die Studiengangwechsler oder Studienanfänger der Masterstudiengänge; denn man möchte mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen. Das klingt zwar trivial, ist es aber nicht.

Betrachtet man die aktuellen Zahlen, ist erkennbar, dass in diesem Herbst in elf Bundesländern die Anzahl der jungen Menschen, die ein Studium beginnen, gesunken ist. Das heißt, in elf Bundesländern gibt es weniger Studienanfänger als im Vorjahr. Bei den Bundesländern, in denen das nicht der Fall ist, liegt Brandenburg nach Berlin und Bayern auf dem dritten Platz. Beim Vergleich der Wintersemester verzeichnet Brandenburg sogar den größten Zuwachs. Des Weiteren liegt Brandenburg hinsichtlich des Zuwachses an weiblichen Studierenden mit mehr als 6 % - in Bezug auf die Wintersemester - sehr gut. Um dieses Niveau in den nächsten Jahren zu halten, benötigen wir finanzielle Mittel für die Qualität, benötigen wir den Hochschulpakt und die 4,4 Millionen Euro, die wir derzeit investieren. Das ist eine ganz zentrale Aufgabe.

Das Geld, das wir den Hochschulen geben, ist wichtig für die Landesentwicklung. Aufgrund von Prognosen kann man davon ausgehen, dass im akademischen Bereich - also im Hochschulbereich - etwa 20 % der Fachkräfte in den nächsten Jahren immer wieder neu eingestellt werden müssen. Dafür müssen wir

Vorsorge tragen. Gelingt es uns, unsere Hochschulanfängerzahlen zu halten, müssen wir das bleiben, was wir sind: das größte Importland an Studenten unter den Flächenländern. Das ist die einzige Chance, die wir haben, um junge Menschen ins Land zu bekommen. Bieten wir ihnen danach noch Arbeitsplätze, bleiben sie auch hier.

Das Geld, das wir im Hochschulbereich für das Jahr 2007 mehr ansetzen, ist wichtig und wird benötigt. Wenn es darum geht, sich noch mehr zu wünschen, bin ich gern bei all denjenigen, die uns mehr Segnungen geben wollen.

Niemand hat etwas zu den Forschungsinstitutionen gesagt. Diese - unter anderem die Max-Planck- und die Leibniz-Institute - sind zahlreich vorhanden. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Pakt für Forschung und Innovation beschlossen. Danach ist festgelegt, dass der Etat dieser Organisationen jährlich um 3 % zunimmt. Im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung ist dieser 3%ige Aufwuchs vollständig enthalten. Demnach haben wir also vollständig Vorsorge getroffen, was auch nicht jedes Bundesland unternimmt. So weit zu diesen Zahlen.

Meine Damen und Herren, angesichts der Uhrzeit und der allgemeinen Nichtaufmerksamkeit ...

(Oh! und Heiterkeit bei der SPD)

- Test bestanden; es haben erstaunlich viele zugehört.

Präsident Fritsch:

Das war so gut wie die Bitte um eine Zugabe, Frau Ministerin.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Ministerin Prof. Dr. Wanka:

An dieser Stelle werde ich nicht das machen - weil Kienbaum uns beschäftigt -, was ich eigentlich machen wollte, nämlich anhand von Beispielen darauf hinzuweisen, wie wichtig die Hochschulen sind und was wir an Spitzenleistungen geschafft haben. Als Quintessenz hinsichtlich der Hochschulen und Forschungseinrichtungen will ich Folgendes sagen: Wir haben ein kleines, aber ein sehr leistungsfähiges Hochschulsystem. Betrachtet man den Mittelansatz und den Effekt, ist unser Hochschulsystem sehr leistungsfähig und sehr effektiv. Das ist keine schlechte Note für dieses Hochschulsystem.

Hinsichtlich der Kultur haben wir auf einem zwar nicht sehr hohen, aber immerhin mittleren Niveau eine Stabilisierung erreicht. Das Budget der Kultureinrichtungen - wenn Sie in die Pläne der Landeseinrichtungen schauen - steigt um 2 Millionen Euro. Das betrifft nun aber mehr die Haushaltstechnik. Davon werden Personalaufwüchse und Verrechnungen mit dem BLB erfasst.

Bei der Kulturförderung im engeren Sinn - bei der gesamten freien Kulturförderung - werden keinerlei Kürzungen veranlasst. Im Zusammenhang mit den Verpflichtungsermächtigungen und der Planungssicherheit ist das sowohl für die Kleinprojektförderung als auch für die großen institutionellen Zuwendungen - dazu gehört so etwas wie die Stiftung für das sorbische Volk - außerordentlich wichtig.

Man kann also sagen, der Einzelplan 06 spiegelt sowohl im Kulturbereich als auch im Hochschulbereich die intensiven Diskussionen in der Landesregierung um eine gerechte Verteilung wider. Was der Ministerpräsident bezüglich der Prioritätensetzung für Wissenschaft und Forschung gesagt hat, findet sich in dem Haushaltsplan 2007 wieder. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS spricht der Abgeordnete Dr. Hoffmann.

Dr. Hoffmann (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 06 ist im Kulturteil tatsächlich in sich schlüssig. Die Logik stimmt hier. Dennoch stimmt der Stellenwert der Kulturpolitik im Land Brandenburg nach Auffassung meiner Fraktion insgesamt nicht. Das ist das Problem.

Vor mehr als 2000 Jahren machte der Philosoph und Querdenker Zenon darauf aufmerksam, dass durchaus logisch begründet werden kann, warum eine Schildkröte einen Wettlauf mit Achilles - dem schnellsten Läufer Griechenlands - gewinnen kann. Mit dem richtigen Leben - das wusste Zenon, und das wissen wir - hat das nichts zu tun.

Brandenburg weist unter den Flächenländern Ost die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur auf. An dieser Stelle wird eingespart. Das kann uns später teuer zu stehen kommen, womit ich natürlich nicht sagen will, dass es auf diesem Gebiet nichts zu loben gibt. Zudem stimmt es nicht, dass auf kulturpolitischem Gebiet im Land Brandenburg nichts los ist. Aber Demokratie ist manchmal auch arbeitsteilig. Im Augenblick ist es nicht meine Aufgabe, hier vor allem Lob vorzutragen, sondern die Stellen zu nennen, an denen wir das anders sehen.

Wir beantragen deshalb, die Zuweisungen an freie Träger der Kultur um 500 000 Euro zu erhöhen. Die Deckungsquelle haben wir genannt. Das war der einzige Grund, warum nicht alle Mitglieder des Kulturausschusses mitgehen konnten. Nennen Sie uns etwas anderes; wir gehen dann mit.

Angesichts der Situation im Lande - auch unter dem Gesichtspunkt des demografischen Faktors - halten wir diese Mehrausgabe für gerechtfertigt; denn besonders die freien Träger der Kultur kommen in den Kommunen immer mehr unter Druck. Es gibt kaum noch Spielräume. Oftmals retten Ehrenamtliche das kulturelle Leben. Ihnen gebührt Anerkennung und Respekt. Man kann es nicht oft genug sagen: Dank an die vielen Ehrenamtlichen in der kulturpolitischen Arbeit im Land Brandenburg!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist nicht so, dass es in den Kommunen keine kulturellen Angebote gäbe. Verdächtig ist aber, wie die Regierung gelegentlich über das Ehrenamt redet. Ehrenamtliche schaffen wirklich nicht alles. Bereits jetzt können viele Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter von ihren Einkünften nicht leben. Die Enquetekommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ hat sich besorgt an den

Bundesbeauftragten für die neuen Länder gewandt, um zu erreichen, dass die Kulturförderung in den neuen Ländern den ihr zukommenden Stellenwert erhält. Das ist richtig. Aber hier im Land sind wir dafür verantwortlich.

Unbestritten ist die herausragende bildende, identitätsstiftende und wirtschaftsfördernde Kraft von Kultur und Kulturwirtschaft. Kultur hat - gerade wegen der demografischen Entwicklung in den ländlichen Gebieten - zunehmend auch soziale Funktionen zu erfüllen. Mit Harald Altekrüger, Bürgermeister von Drebkau, bin ich völlig einer Meinung, dass es keine Kürzungen geben darf. Im Gegenteil, im Kultur- und Sozialbereich sind Erhöhungen nötig. Wir beide wissen genau, was passiert, wenn der Klub gegenüber dem Drebkauer Bahnhof nicht mehr als kulturelles Zentrum für Jugendliche unterhalten werden kann. Einig sind wir uns auch darin, dass dieser Klub ebenso wie die sorbische (wendische) Heimatstube von der Kommune unbedingt gehalten werden muss, egal wie. Schön wäre es nur, wenn auch das Land für eine entsprechende Finanzierung bzw. für Aufwüchse in diesem Bereich sorgen könnte.

Auch deshalb beantragen wir die Erhöhung der Zuweisungen an freie Träger der Kultur, um kooperative Projekte voranzubringen und partizipative demokratische Elemente zu befördern. Kulturelle Vielfalt und gleiche Teilhabe sind ohne staatliche Interventionen nicht möglich. Die Linkspartei möchte, dass auch unter komplizierten Haushaltsbedingungen an dem Anspruch „Kultur für alle“ festgehalten werden kann. Angesichts zunehmender sozialer Ungleichheit ist diese Forderung sehr aktuell. 500 000 Euro sind, gemessen an dieser Aufgabe, nicht viel Geld. Sie wären eine Investition in die Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Damit sind wir am Ende der Rednerliste zu Einzelplan 06.

Ich stelle die Änderungsanträge zur Abstimmung und beginne mit dem Antrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3852. Er bezieht sich auf Kapitel 06 020 Titel 685 17. Es geht um eine Ansatzserhöhung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der zweite Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3853, bezieht sich auf Kapitel 06 020 Titel 685 31 (neu). Begehrt wird die Einstellung eines neuen Titels. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der dritte Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3854, bezieht sich auf Kapitel 06 020 Titel 685 32 (neu). Hier wird ebenfalls die Einfügung eines neuen Titels begehrt. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der nächste Änderungsantrag, Drucksache 4/3920, ist von der Fraktion der Linkspartei.PDS eingebracht worden und bezieht

sich auf Kapitel 06 100 Titel 685 60. Es geht um einen Erhöhungsantrag. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Der vierte Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3855, bezieht sich auf Kapitel 06 810 Titel 684 40. Es handelt sich um einen Erhöhungsantrag. Wer möchte ihm Folge leisten? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Der nächste Änderungsantrag, Drucksache 4/3921, ist von der Fraktion der Linkspartei.PDS eingebracht worden und bezieht sich auf Kapitel 06 810 Titel 685 70. Es handelt sich um einen Erhöhungsantrag. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ohne Stimmenthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 06, Drucksache 4/3806. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen worden.

Wir verlassen Einzelplan 06 und ich rufe auf:

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/3807

Als Erste spricht die Abgeordnete Schier für die CDU-Fraktion.

Frau Schier (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über Gesundheit und Soziales reden, ist das Interesse der Menschen sehr groß; denn jede Familie ist in irgendeiner Weise davon betroffen. So beschäftigt uns seit längerer Zeit insbesondere die ambulante medizinische Versorgung in den Randregionen. Gerade dort, wo vor allem ältere Menschen zu betreuen sind, kann sie vor dem Hintergrund der Altersstruktur der Hausärzte zum Problem werden. Ein gebrechlicher Mensch braucht den Arzt in der Nähe; er kann die weiten Wege in eine entlegene Praxis nicht mehr zurücklegen.

Wir haben uns sowohl direkt vor Ort als auch in zentralen Veranstaltungen diesem Thema gestellt. Natürlich ist es schwer, Ansätze zu finden, die ein Umsteuern ermöglichen. Aber man muss versuchen, Antworten zu geben. In diesem Zusammenhang plädieren wir nicht nur dafür, Praxen oder Grundstücke zu günstigen Konditionen bereitzustellen, sondern wir haben auch die Idee mit der alten/neuen Gemeindeschwester wiederbelebt. Natürlich gab es Widerstände und Bedenken, insbesondere von den ambulanten Pflegediensten. Inzwischen wird in

Lübbenau ein Modellversuch durchgeführt. Wir konnten uns am vergangenen Dienstag davon überzeugen, dass der Einsatz der Gemeindeschwester ein Erfolg zu werden scheint. Natürlich stellt sich die Frage, wie es weitergeht, wenn das Projekt beendet ist. Dreh- und Angelpunkt wird die Finanzierung sein. Wo die Gemeindeschwester angegliedert wird, beim Arzt oder zum Beispiel beim ambulanten Pflegedienst, ist im Moment noch offen.

Gefreut habe ich mich über einen anderen Lösungsansatz. In einem Krankenhaus wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Studentin über die Gewährung eines Stipendiums an die Einrichtung zu binden. Diesen Vorschlag habe ich auch in Gesprächen mit Kommunalvertretern mehrfach geäußert. Ich freue mich, dass diese Möglichkeit auch von anderen gesehen wird; vielleicht macht sie Schule.

Über die Frage, ob eine Impfpflicht festgeschrieben werden sollte, haben wir ebenso diskutiert wie über die Themen Organspende, Sterbehilfe und Nichtraucherschutz. Ich persönlich hätte mir gewünscht, den Haushaltsansatz für Schwangerschaftsabbrüche nicht zu erhöhen, sondern stattdessen auf Bundesebene die Legalisierung der anonymen Geburt voranzutreiben. Insoweit sind wir aber auf einem guten Weg. Man muss allerdings immer wieder erkennen, dass die Bretter, die es zu bohren gilt, mitunter sehr dick sind.

(von Arnim [CDU]: Wohl wahr!)

Welcher Weg auch immer zum Erfolg führt ist letztlich nicht so entscheidend. Wichtig ist in jedem Fall, den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken.

Im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform stehen wir vor neuen Herausforderungen, die wir annehmen müssen, auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle Bedenken haben. Wir brauchen ein zukunftsfähiges System; es ist schwierig, dies zu konzipieren, zu vermitteln und umzusetzen.

Ebenso wie die Gesundheitspolitik ist bei vielen Bürgern die Frage nach der Altersversorgung von großem Interesse. Nullrunden in der Rentenentwicklung, die keinen Rentner glücklich machen, oder Fragen der Rentenbesteuerung spielen ebenso eine Rolle wie Entscheidungen, die auf Landesebene getroffen werden können. Ich denke dabei an spezielle Wohnformen für ältere Menschen, an Möglichkeiten ehrenamtlicher Betätigung, an Bildungs- und Freizeitangebote.

Wir haben in unsere Überlegungen die rüstigen und agilen Senioren genauso einbezogen wie die hochbetagten, pflegebedürftigen und dementen Menschen. Wir haben moderne Seniorenheime, in denen ältere Menschen ihren Lebensabend sorgenfrei verbringen können. Wir wollen aber auch zunehmend dafür Sorge tragen, dass Senioren mithilfe der Unterstützung durch Familien und ambulante Pflegedienste länger als üblich in ihrem persönlichen Umfeld bleiben können. Auch Senioren-WGs oder Mehrgenerationenhäuser werden zunehmend eine Rolle spielen.

Wir sind froh darüber, dass es trotz der Knappheit der Haushaltsmittel viele Projekte im sozialen Bereich gibt und dass wir nach wie vor ein Landespflegegeld zahlen, denn wir alle wissen, dass man den Haushalt von 1993 - übrigens der Haushalt

mit dem höchsten Etat für das MASGF - nicht mit dem Haushalt von 2007 verglichen kann. Das erschwert natürlich vieles, denn man kann nicht alles gewähren, was wünschenswert wäre.

Über einen langen Zeitraum hat uns die Diskussion über das Ausführungsgesetz zum SGB XII beschäftigt. Der Spagat, zwischen den unterschiedlichen Interessenlagen auszugleichen, schien von Anfang an unmöglich. An erster Stelle standen und stehen aber die Interessen der betroffenen Menschen. Ich hoffe sehr, dass sich ihre Situation deutlich verbessert.

Unser Ansatz in der Sozialpolitik hat sich nicht verändert. Die Sozialpolitik muss dort ansetzen, wo Menschen tatsächlich der Hilfe bedürfen. Je knapper die Haushaltsmittel werden, je schwieriger es sein wird, die Einnahmenseite der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern, desto genauer muss geschaut werden, was wirklich nötig ist. Die vielen Projekte müssen einer Kontrolle unterzogen werden. Wir werden uns immer mehr am Machbaren orientieren müssen. Das sollte übrigens das Interesse aller Verantwortungsträger sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der Linkspartei.PDS setzt der Abgeordnete Görke die Debatte fort.

Görke (Die Linkspartei.PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Arbeit und Ausbildung sind Themen von herausgehobener Bedeutung, nicht nur für den Einzelplan 07, aber eben auch da. Wie bereits in den letzten Haushaltsjahren müssen auch in diesem Jahr wieder erhebliche öffentliche Mittel aufgewandt werden, um zusätzliche Ausbildungsplätze zur beruflichen Erstausbildung zu finanzieren.

Nun hätte man ja erwarten können, dass es in Anbetracht des Rückgangs der Bewerberzahlen auf dem Ausbildungsmarkt zu einer Entspannung auf diesem Markt hätte kommen müssen. Stattdessen verzeichnen wir die höchste Anzahl unversorgter Jugendlicher in der Geschichte Brandenburgs. Diese Lehrstellenplatzlücke - besser gesagt: dieses Lehrstellenloch - wird angesichts geringer werdender ESF-Mittel zu einer weiteren Zuspitzung im Haushalt führen. Für 2007 sieht es auf den ersten Blick noch einigermaßen gut aus; allerdings werden die Zahlen durch Überhänge aus der alten Förderperiode ein bisschen aufgepeppt. Aber 40 Millionen Euro, die allein im Jahr 2007 für Ausbildungsplatzprogramme aufgewendet werden, werden in den „normalen“ Jahren, die dann folgen werden, mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel ausmachen.

Eines sage ich ganz klar: Die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsplätze hat in diesen Zeiten auch bei uns eine sehr hohe Priorität. Aber das muss nicht heißen, dass der Staat in immer größerem Maße anstelle der Unternehmen Berufsausbildung finanziert. Das kann und muss man anders organisieren, indem man die Unternehmen, die nicht ausbilden, obwohl sie es können, in die Pflicht nimmt,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

nämlich so, wie es im Berufsausbildungssicherungsgesetz von der SPD festgelegt wurde; leider liegt es im Bundestag und im Bundesrat noch immer auf Eis.

Apropos Pflicht: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Ausbildung in der Landesverwaltung, dem größten Arbeitgeber in diesem Land, ist ein Trauerspiel. Ich meine nicht die Qualität der Ausbildung, sondern die Ausbildungsbereitschaft in der Landesverwaltung. Es ist schon ein großes Stück Unbekümmertheit - ich will es vorsichtig formulieren -, wenn die Landesregierung wie noch vor fünf Wochen einen Brandenburger Ausbildungspreis für vorbildliche Ausbildungsbetriebe verleiht, zugleich aber selbst die schlechteste Ausbildungsquote aller Zeiten aufweist. Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Baaske - schade, dass er nicht da ist -, das ist hoffentlich nicht Ihr Beitrag zur Fachkräfteausbildung und -sicherung in diesem Land. Ich glaube, dafür muss man viel mehr tun.

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen hatten zwei verschiedene Botschaften. Erstens: Es gibt positive Arbeitsmarktindikatoren, zwar auf niedrigem Niveau, aber immerhin. Zweitens: Die konjunkturellen Aufhellungen sind an den Langzeitarbeitslosen vorbeigegangen, bei ihnen nicht angekommen. So ist die Anzahl der über 55-jährigen zumeist Langzeitarbeitslosen gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum seit Monaten angestiegen, im Oktober um 7 % und im November noch um 6,1 %. Diese Zahlen haben nach Auffassung meiner Fraktion Folgendes bestätigt: Solange die Aufnahmefähigkeit des ersten Arbeitsmarktes gerade für Menschen mit Vermittlungshemmnissen wie Alter und Qualifikation unterentwickelt ist, besitzt zumindest mittelfristig auch ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor eine wichtige sozial- und beschäftigungspolitische Entlastungsfunktion.

Nur ist das Verständnis von öffentlich geförderter Beschäftigung nicht immer das gleiche. Sie, Frau Ministerin, haben gestern - ich konnte es nachlesen - gesagt: Die derzeit vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente reichen aus, um die Beschäftigungsförderung von Langzeitarbeitslosen zu realisieren.

Schauen wir uns doch noch einmal den Instrumentenkatalog in Brandenburg näher an und kommen zunächst zu den Instrumenten, bei denen es zumindest noch eine sozialversicherungspflichtige Entlohnung gibt.

Erstens: Es gibt 3 982 ABM, 1 000 weniger als im Vorjahr. Zweitens: SAM ist rückläufig auf 1 800. Drittens: 380 Personen sind in beschäftigungschaffenden Infrastrukturmaßnahmen, BSI, tätig. Viertens: MAE in der Entgeltvariante: 925 in den Arbeitsgemeinschaften und 2 000 bei den kommunalen Trägern. Auf der anderen Seite stehen 16 500 dieser kurzzeitigen, eigentlich als Ultima Ratio und damit im SGB II als nachrangig bezeichneten 1-Euro-Jobs. So klafft im Instrumentenkasten der Beschäftigungspolitik eine deutliche Lücke hinsichtlich der Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Erodierung dieser Beschäftigung, wie Sie sie in Ihrem Operationellen Programm richtig beschrieben haben, ist die entscheidende Herausforderung, vor der wir stehen; es sind nicht nur die Vermittlungsprobleme oder die Defizite bei den Arbeitslosen.

Leider wird der Einzelplan 07 auch diesen Anforderungen nicht gerecht. So mussten wir - wie auch schon beim letzten

Doppelhaushalt - feststellen, dass sich die Landesregierung seit dem Inkrafttreten von Hartz IV aus einer eigenständigen aktiven Beschäftigungspolitik zurückgezogen hat. Mehr noch: Sie versucht auch gar nicht, auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes Wirkung zu erzielen, zum Beispiel bei gemeinwohlorientierten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Viele Experten von Gewerkschaften, Kirchen und selbst von der Bundesagentur selbst sind mittlerweile anderer Auffassung: Ohne öffentlich geförderte Beschäftigung wird es keinen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit geben. Dabei geht es um öffentlich geförderte Beschäftigung nicht in Form von 1-Euro-Jobs, sondern in Gestalt sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Deshalb wollen wir übereinstimmend mit dem DGB, der AWO, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Diakonie auch in Brandenburg schnellstens den modellhaften Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

In Berlin ist ein Modellprojekt auf den Weg gebracht, während Sie, Frau Ministerin, unseren gestern unterbreiteten vergleichbaren Vorschlag kritisieren, weil dies EU-rechtliche finanzpolitische Probleme hervorrufen könnte, wenn es mit der Kommission keine Absprachen gibt. Dabei sollten Sie zweierlei bedenken: Zum einen gilt jenseits der Glienicker Brücke kein anderes Recht als diesseits, zum anderen trägt Ihre Partei dieses Modellprojekt in Berlin auch politisch mit, das gerade zu dieser Zeit mit der EU-Kommission noch einmal überarbeitet wird. Aber gerade das scheint das Problem zu sein: Ihnen fehlt wahrscheinlich der politische Wille.

Zur Ausgestaltung der Finanzierung des ÖBS schlagen wir die Bündelung und Umwidmung der aktiven und passiven Finanzmittel des Arbeitslosengeldes II vor. Diese Mittel sollen dann - wie in unserem konkreten Fall - durch einen Lohn- und Sachpostenzuschuss aus dem ESF und dem Landeshaushalt in Höhe von 300 Euro bezuschusst werden. Insgesamt können in Brandenburg auf diesem Weg zwischen 4 300 und 5 000 solcher gemeinwohlorientierter im Nonprofitbereich angesiedelter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Meine Fraktionsvorsitzende hat diese heute Morgen auch konkret benannt.

Die Kosten - das ist noch einmal festzuhalten - für sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung sind für die öffentliche Hand unter Berücksichtigung von Steuer- und Sozialversicherungsabgaben mitunter nicht höher, teilweise sogar günstiger, als für die 1-Euro-Jobs, was auch durch den Prüfbericht des Bundesrechnungshofes vom 19. Mai bestätigt wurde. Ich möchte Ihnen kurz diesen Auszug verlesen und damit zu Protokoll geben:

„Unter Berücksichtigung der Maßnahmekostenpauschale und einer Mehraufwandsentschädigung für den Hilfebedürftigen von durchschnittlich 180 Euro neben den übrigen Kosten der Grundsicherung waren Arbeitsangelegenheiten nicht zwingend kostengünstiger als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.“

Wir sind keinesfalls der Auffassung - das wollen Sie uns ja ab und zu unterstellen -, man könne allein mit den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik die Probleme der Arbeitslosigkeit in Brandenburg lösen. Hier sind unterschiedliche Politikfelder an-

gesprochen, unter anderem Finanz-, Struktur-, Wirtschafts- und selbstverständlich auch Bildungspolitik. Wir gehen davon aus, dass ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet werden sollte, um wirksam für mehr Beschäftigung zu sorgen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir haben das in einem Programm zusammengefasst, das wir nun in die Diskussion gebracht haben. Darin befinden sich unter anderem Vorschläge zur Förderung der Unternehmensnachfolge, zu Arbeitszeitmodellen, zur gezielten Förderung von Jugendlichen an der ersten und zweiten Schwelle, zur Arbeitsmarktintegration von Nichtleistungsbeziehern. Insgesamt enthält unser Programm zwölf Bausteine, von denen das Modellprojekt des ÖBS nur eines ist.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat aus dem Abschlussbericht des Ombudrates der Bundesregierung zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hartz IV. Dort heißt es am 23. Juni unmissverständlich:

„Über Qualität, Art und Umfang öffentlich geförderter Beschäftigung bedarf es neuer gesellschaftlicher Übereinkünfte.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Wir sind bereit, darüber mit Ihnen zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lehmann spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kollegen! Mit ca. 460 Millionen Euro Gesamtvolumen ist der Einzelplan 07 durchaus überschaubar. Er umfasst 5 % des Gesamthaushalts des Landes. Die Arbeitsförderung einschließlich deren Umsetzung mit 138 Millionen Euro, der Gesundheitsbereich mit der Krankenhausförderung in Höhe von 108 Millionen Euro sowie die Refinanzierung des IVP mit 41 Millionen Euro sind finanziell gesehen die größten Positionen unseres Einzelplans.

Mit dem Jahr 2007 starten wir die neue EU-Förderperiode, und mit dem Europäischen Sozialfonds - (ESF) - ist dies gerade für die Arbeitsförderung im Lande von großer Bedeutung. Auch hier gilt: Neue Herausforderungen erfordern neue politische Ansätze. Globalisierung, demografischer Wandel und Bedeutungszunahme von Wissen und Kompetenz stellen wachsende Herausforderungen an Individuen, Betriebe und Regionen.

Die Art und Weise, mit der in unserer Gesellschaft Beschäftigung entsteht und organisiert wird, unterliegt einem Veränderungsprozess. Der damit verbundene Wandel von Arbeit und Beschäftigung hat Auswirkungen auf Erwerbsverläufe und führt zu veränderten Risikolagen. Aber natürlich auch die Vorgaben der EU, das geänderte Gefüge in der Bundespolitik, nämlich die starke Gesamtverantwortung für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen, die jetzt der Bund im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende übernommen hat, sowie

die Neuausrichtung der Förderstrategie des Landes werden in den nächsten Jahren die Schwerpunkte unserer Arbeitsförderpolitik bestimmen.

Arbeitspolitik in Brandenburg ist nicht schlechthin eine neue, spitzfindige Definition, sondern ein neuer Politikansatz. Arbeitspolitik meint die Gesamtheit aller Maßnahmen, die dazu beitragen, die Beschäftigungsstrukturen zu gestalten, Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verbessern, ihre Arbeitsplätze zu sichern und die Beschäftigungschancen für Arbeitsuchende zu erhöhen. Arbeitspolitik geht deutlich über Arbeitsmarktpolitik hinaus. Damit verbunden ist auch eine höhere politische Verantwortung; denn wir werden uns weniger an Integration in Arbeit, sondern mehr an Qualität von Arbeit und Stabilität der Arbeitsplätze im Lande messen lassen müssen. Dieser Verantwortung stellen wir uns.

In der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 stehen uns im ESF 620 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind leider 135 Millionen Euro weniger als in der nun auslaufenden Förderperiode. Jährlich sind es etwa 19 Millionen Euro weniger. Diese Tatsache müssen wir zur Kenntnis nehmen. Sie wird uns vor schwierige Herausforderungen stellen. Allein 41 % der ESF-Mittel werden wir in die Verbesserung des Humankapitals investieren, das heißt zum Beispiel in Ausbildungsverbünde, in klein- und mittelstandsunternehmerische Netzwerke, in die Akademie „50 plus“, in den Bildungsbereich in puncto Berufsorientierung, Praxislernen, Schülerfirmen, in die Verbesserung der Schulabschlussquote und in vieles andere mehr.

Einen zweiten Schwerpunkt der künftigen ESF-Förderung sehen wir in der Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie in der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen. 38 % des ESF werden somit unter anderem aufgebracht für die Finanzierung eines flächendeckenden Regionalbudgets mit Fokus auf die Eingliederung von benachteiligten Personen. Mit dem Landesprogramm „Aktiv für Arbeit“ wollen wir vor allem Nichtleistungsbezieher erreichen. Der Übergang von der Schule ins Berufsleben für sozial benachteiligte Jugendliche wird ein weiterer Schwerpunkt sein.

Den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzurichten, lehnen wir so, wie er formuliert ist, ab. Wir sagen aber ganz deutlich, dass unsere Zielstellung die gleiche ist. Bei Herrn Müntefering gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich derzeit unter anderem mit diesem Thema befasst. Aber es geht noch um viel mehr, um eine weitere Effizienzsteigerung bei Hartz IV, um Mindestlohn, um Zuverdienstmöglichkeiten und auch - lassen Sie mich es ruhig so nennen - um den dritten Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse werden Ende des I. Quartals 2007 vorliegen. Sie sollten eigentlich jetzt schon zur Verfügung stehen; aber die Diskussion zeigt, wie schwierig diese Frage ist. Wir sollten abwarten, was dort verabredet wird, ganz einfach deshalb, weil das natürlich auch wichtig ist für Regelungen, die wir auf Landesebene schaffen wollen. Hinzu kommt, dass die Finanzierung nicht in jedem Fall nachvollziehbar und schlüssig ist. Die Frage ist, wie wir dann, wenn man auf einen Kostenpunkt von 8 Euro pro Stunde kommt, mit jenen Bereichen umgehen, in denen eben nicht 8 Euro pro Stunde verdient werden. Wir sind uns auch nicht ganz sicher, ob Beschäftigungsträger überhaupt in der Lage sind, einen finanziellen Anteil, wie Sie ihn in Ihrem Rechenmodell ausweisen, zu erbringen. Der Fraktionsvorsitzende hat heute Vormittag dazu auch schon etwas gesagt.

Natürlich spiegelt sich in unserem Einzelplan auch unser Maßnahmenpaket für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg finanziell wider. Wir werden auch 2007 wieder einen Familienpass erstellen. Lokalen Bündnissen für Familien gewähren wir eine Anschubfinanzierung. Neben Lauchhammer werden wir ein weiteres lokales Netzwerk „Gesunde Kinder“ im Lande entwickeln. Insgesamt gibt es für all diese Maßnahmen einen echten Aufwuchs von über 733 000 Euro.

Mit der Privatisierung unserer Landeskliniken für Psychiatrie und Neurologie haben wir dem Landeshaushalt 59 Millionen Euro eingespielt und gleichzeitig einen Investitionsbedarf in Höhe von 40 Millionen Euro mit den privaten Betreibern vereinbart. Aus unserer Sicht ist das ein großer und guter Beitrag des Fachministeriums zur Entlastung des Landeshaushalts. Aus fachpolitischer Sicht war für uns wichtig, dass die psychiatrische Versorgung in den Häusern auf dem derzeitigen qualitativen Niveau bleibt und weiterentwickelt wird und dass die regionale Einbindung in den gemeindepsychiatrischen Verbund auch künftig zur Unternehmensphilosophie gehört.

Die hoheitliche Aufgabe des Maßregelvollzugs ist per Beleihungsakt an die privaten Träger übertragen worden. Das heißt, fachlich, inhaltlich und finanziell bleiben wir für diesen Bereich zuständig. Derzeit werden im Maßregelvollzug 297 kranke Straftäter betreut. Das schlägt mit 28 Millionen Euro zu Buche, und zwar mit jährlich steigender Tendenz. Erstmals finanzieren wir über die Institutsambulanzen die Nachsorge für diesen Personenkreis, um deren Resozialisierungsprozess intensiver und erfolgreicher zu begleiten.

Zur Refinanzierung des Investitionsprogramms Pflege werden wir noch bis 2023 in Abhängigkeit von der jeweiligen Zinslast 41 bis 45 Millionen Euro zu veranschlagen haben. Grundlage sind die Finanzierungshilfen des Bundes gemäß Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz in den Jahren 1995 bis 2002 in Höhe von 530 Millionen Euro für die erforderlichen Investitionen im Pflege- und im Behindertenbereich. Über das IVB beteiligte sich das Land mit 556 Millionen Euro. Träger und Kommunen finanzierten 163 Millionen Euro. Alles in allem flossen in diesen Bereich 1,3 Milliarden Euro - eine dringend notwendige Investition für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung, durch die wahrlich lebenswürdige Bedingungen geschaffen wurden.

Der Einzelplan 07 ist, wie man so schön sagt, auf Kante genäht. Dennoch können wir für 2007 das Fazit ziehen, dass man damit eine solide und gute soziale Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik umsetzen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Für die DVU-Fraktion setzt die Abgeordnete Fechner fort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Armut breitet sich aus. Die Hälfte der Jugendlichen will weg. Dies sind nur zwei von vielen ähnlichen Schlagzeilen in der Presse, welche die soziale Situation in den letzten Wochen in Brandenburg beleuchteten. Doch statt Arbeitsplätze zu schaffen und die soziale Not zu lindern, tut diese Landesregierung nichts, aber rein gar

nichts, was auch nur irgendwie den Anschein von erfolgversprechender Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik erwecken könnte. Die Wirtschaft oder das, was davon übrig ist, geht durch die famose sogenannte neue Förderpolitik buchstäblich weiter vor die Hunde. Auch im Sozialbereich wird Politik weiterhin in erster Linie mit dem Rotstift gemacht.

Sehen wir uns den Einzelplan 07 genau an und ziehen wir in Betracht, dass die Kostenerstattung für die bedauernswerten Hartz-IV-Opfer in den Einzelplan 20 umgesetzt wurde, ergibt sich im vorliegenden Haushalt gegenüber dem Vorjahr ein haushaltspolitisches Nullsummenspiel. Darüber hinaus sollen innerhalb des Ressorts 31 Stellen gestrichen werden.

Diese Landesregierung tut einfach so, als gäbe es die über 204 000 Arbeitslosen von Ende November 2006 mit einer Quote von 17 %, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, überhaupt nicht. Dabei sind dies geschönte Zahlen, da inzwischen selbst sogenannte 1-Euro-Jobs als reguläre Arbeitsverhältnisse zählen. Würde man diese sowie die verschiedenen anderen Verschleierungsmöglichkeiten abziehen, käme man leicht auf 30 %, in manchen Regionen unseres Landes sogar auf über 50 %. Noch erschreckender ist die Tatsache, die sich aus der Arbeitsmarktstatistik ergibt, dass es in Brandenburg fast 262 000 Empfänger von Arbeitslosengeld II gibt, also in Armut und in Not Getriebene.

Für die sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft hat sich die Lage in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. In Deutschland sind einer jüngsten Studie zufolge 13 % der Bürger von Armut bedroht oder sogar arm. Im Jahr 2004 waren 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren, betroffen, wie das Statistische Bundesamt in Berlin mitteilte. In Brandenburg liegt die Armutsgefährdung bei über 17 %. In der Zwischenzeit ist in Brandenburg jedes vierte Kind von Armut betroffen, in der Uckermark, um nur ein Beispiel zu nennen, sogar jedes dritte Kind.

Hartz IV verschärfte die Lage geradezu dramatisch. Wenn es nach vielen Ihrer schwarz-roten Parteifreunde in Berlin ginge, meine Damen und Herren Koalitionäre, soll den ohnehin schon bedauernswerten Hartz-IV-Opfern bildlich gesprochen noch mehr die Gurgel zugedreht werden.

(Zurufe von SPD und CDU)

Dem setzten und setzen wir als DVU-Fraktion unseren schärfsten Widerstand entgegen.

Armutsrisiken sind vor allem Arbeitslosigkeit und fehlende Bildungsabschlüsse. Mehr als 40 % der Arbeitslosen und jeweils ein Viertel der Menschen ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung sind von Armut bedroht, von den Erwerbstätigen jedoch nur 5 %. Auch in Familien von Alleinerziehenden ist das Armutsrisiko besonders groß. Fast ein Drittel lebt unter der Armutsgefährdungsgrenze, während es bei Familien mit nur einem Kind nur 7 % sind.

Arme oder von Armut Bedrohte müssen auf viele grundlegende Dinge verzichten. Mehr als ein Fünftel dieser bedauernswerten Menschen lebt in Wohnungen mit Baumängeln und geht trotz gesundheitlicher Probleme wegen der zusätzlichen Kosten nicht zum Arzt. 14 % müssen im Winter sogar beim Heizen sparen. Ohne soziale Transferleistungen wie Arbeits-

losengeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld würde die Armut hier im Lande Brandenburg leicht die 50%-Marke überschreiten.

Es ist offenkundig, dass die Sozialleistungen nicht ausreichen, Millionen Menschen wirksam vor Armut zu schützen. Wir brauchen eine echte bedarfsorientierte Grundsicherung, also ein Existenzminimum, wie es der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband fordert. Doch von solchen Gedanken kann bei Ihnen, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, überhaupt nicht die Rede sein. Sie interessieren sich buchstäblich einen feuchten Kehricht für die arbeitsmarktpolitische und soziale Situation hier im Land.

(Beifall bei der DVU)

Daher gibt der vorliegende Haushalt weder für Arbeitsmarktformen, welche sogar um 5 Millionen Euro gekürzt werden sollen, noch für Sozialmaßnahmen mehr her, als ohnehin zwingend gesetzlich vorgeschrieben ist - und dies, obwohl Sie genauso gut wie wir wissen, dass die ESF-Mittel in den kommenden Jahren deutlich gesenkt werden. Angesichts eines solchen, geradezu menschenverachtenden Szenarios wundert es nicht, dass 47 % der jungen Brandenburger nach der jüngsten Jugendstudie ihre Zukunft darin sehen, das Land Brandenburg zu verlassen. Doch auch das scheint die Verantwortlichen von SPD und CDU nicht im Geringsten zu stören.

Dabei gibt es im vorliegenden Einzelplan 07 durchaus nicht wenige Positionen für privilegierte Minderheiten, die zugunsten sinnvoller Sozialmaßnahmen gekürzt werden könnten, so zum Beispiel die Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger, also Multikulti-Vereine in der Titelgruppe 70 der Ausländerbeauftragten der Landesregierung. Diese wollen wir auf die Höhe der Verpflichtungsermächtigung kürzen und die Ausbringung einer neuen Verpflichtungsermächtigung streichen. Wozu brauchen wir eigentlich noch eine Ausländerbeauftragte?

(Frau Lehmann [SPD]: Ihretwegen!)

Aufgrund der hohen Zahl der hier ausreisepflichtigen Ausländer bräuchten wir eine Ausländerrückführungsbeauftragte. Für die Ausländerbeauftragte sind im Haushalt fast 580 000 Euro vorgesehen. Zum Vergleich: Für den Behindertenbeauftragten stehen lediglich 37 500 Euro zur Verfügung. In Brandenburg gibt es offiziell nur 3 % Ausländer, jedoch fast 10 % Menschen mit Behinderung, Herr Schippel. Hier sollte man die Prioritäten anders setzen. Dem dient unser vorliegender Antrag.

(Beifall bei der DVU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass es trotz knapper Kassen und abnehmender EU- und Bundesmittel Möglichkeiten gibt, Gelder umzuschichten, um zumindest die schlimmsten sozialen Härten auszugleichen.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [Die Linkspartei.PDS])

4,8 Millionen Euro könnten eingespart werden, wenn, wie von meiner DVU-Fraktion seit Jahren gefordert, das Fass ohne Boden - das Unternehmen LASA - endlich aufgelöst würde. Aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung hat sich der Aufgabebereich drastisch verkleinert. Ein Teil der von ihr immer noch durchgeführten Programme könnte ohne bürokratischen Auf-

wand von anderen Trägern wesentlich kostengünstiger weitergeführt werden.

Um es hier noch einmal zu sagen: Die LASA als Institution möchte die DVU-Fraktion abgeschafft wissen, nicht aber deren zum Teil durchaus sinnvolle Programme.

(Frau Kaiser [Die Linkspartei.PDS]: Ich verstehe, dass die DVU die LASA abschaffen will!)

Ein weiterer Antrag sieht vor, den Titel 891 70 - Zuschüsse an Integrationsprojekte für Investitionen - in Kapitel 07 060 - Maßnahmen für Schwerbehinderte - um 150 000 Euro anzuheben. Dies ist umso dringlicher, da gerade Schwerbehinderte besondere Probleme im täglichen Leben und noch größere Probleme damit haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Dass Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank - und hier meine ich nahezu alle Ressorts -, bis heute die Schwerbehindertenquoten immer noch nicht erfüllen, finde ich und findet meine DVU-Fraktion skandalös.

(Beifall bei der DVU)

Wir sind als DVU-Fraktion weiterhin der Ansicht, dass der Titel „Förderung des Ehrenamtes“ in Kapitel 07 070 nicht wegfallen, sondern mit 100 000 Euro aufgefüllt werden soll. Gerade angesichts der Tatsache, dass landauf, landab von Vereinen und Verbänden wie auch von der Landesregierung selbst ehrenamtliche Helfer geradezu händeringend gesucht werden, ist es ein Gebot der Stunde, ein Zeichen zu setzen und zumindest eine geringe Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Dagegen sehen wir nicht ein, warum Zuschüsse an die Stiftung „Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“ von Jahr zu Jahr steigen. Um es klar und deutlich zu sagen: Wir wollen niemandem, der einen wirklichen Anspruch hat, irgendetwas wegnehmen. Dass aber die Kosten und die Zahl der Anspruchsteller, je weiter diese Zeit vorbei ist, immer mehr steigen und bisher keine Evaluierung stattfand, legt doch den Verdacht eines zunehmenden Missbrauchs nahe.

Schließlich soll in Kapitel 07 080 - Frauenförderung, Gleichstellung, Familie - beim Titel 684 65 die Nr. 4 der Erläuterungen mit der Bezeichnung „lesbisch-schwule Interessenvertretung“ gestrichen werden. Auch hier sage ich klar und deutlich: Die Akzeptanz dieser Personengruppe ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass man spezielle Interessenvertretungen nach Meinung meiner DVU-Fraktion nicht mehr benötigt. Priorität sollte die Familienförderung haben.

(Beifall bei der DVU)

Meine Damen und Herren, summa summarum wird unsere DVU-Fraktion den vorliegenden Einzelplan 07 des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht Ministerin Ziegler.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal kann man ja schon richtig froh sein, wenn die DVU einem Antrag nicht zustimmt.

(Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS)

Obwohl manche aktuelle Entwicklung in unserem Land freundlicher daherkommt, als wir es geplant haben, bleibt festzuhalten: Die Haushaltslage des Landes ist nach wie vor schwierig, und es gibt zu der Finanzpolitik, wie wir sie vereinbart haben, keine Alternative. Deshalb freue ich mich wirklich umso mehr, dass es trotz dieser komplizierten Rahmenbedingungen mit dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 07 des MASGF gelungen ist, sozialpolitische Gestaltungsräume zu erhalten bzw. sogar neue zu schaffen.

Wir stehen weiterhin fest zum Sozialstaatsprinzip in unserem Land, das wir unter den bestehenden und neu heranwachsenden Erfordernissen - natürlich mit den uns gegebenen Möglichkeiten - realisieren. Unsere Haushaltspolitik bleibt berechenbar, ablesbar, auch daran, dass wir im Bereich der freiwilligen Leistungen eben nicht gekürzt haben. Ganz im Gegenteil haben wir in Umsetzung des kinder- und familienfreundlichen Maßnahmenpakets die Ausgaben für die soziale Infrastruktur um über 1 Million Euro angehoben. Die Befürchtung mancher Kreise, die Sparzwänge würden zulasten sozialer Strukturen gehen, ist unbegründet. Die Förderung von Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke sowie von Suchtberatungsstellen, der Mitteleinsatz für die gesundheitliche Prävention oder für die Förderung von Frauenhäusern, Mittel für Maßnahmen der Integrationsbeauftragten zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus - dies alles wird 2007 auf dem bisherigen Niveau fortgeführt. Berechenbar sind wir auch, weil wir die Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes auch 2007 auf dem bisherigen Niveau verstetigen.

Wir sind mit unserer Haushaltspolitik aber nicht nur berechenbar für unsere Partner im Land, für die Wohlfahrtsverbände und die im Sozialbereich tätigen Institutionen, die weiterhin auf unsere Unterstützung zählen können. Wir nutzen - das ist mindestens genauso bedeutsam - unsere Spielräume auch, um aktiv auf veränderte Herausforderungen reagieren zu können. Dafür will ich drei Beispiele nennen.

Als erstes nenne ich unser Modell der Gemeindeschwester. Wir finanzieren dieses Vorhaben mit Haushaltsmitteln. Ein Flächenland wie Brandenburg muss einiges tun, um angesichts neu entstehender Probleme heute und morgen die medizinische Versorgung in guter Qualität zu sichern. Wir haben ein eindeutig doppeltes, wenn nicht gar dreifaches demografisches Problem. Das wurde auch schon mehrfach im Parlament diskutiert. Zum einen werden die Menschen in unserem Land immer älter - das ist schön -, sie beanspruchen aber auch mehr medizinische Leistungen, und zum anderen sind viele Hausärzte bereits über 60 Jahre alt. Nachfolger werden dringend gesucht. Hinzu kommt eine anhaltende Landflucht der Jüngeren mit all den daraus entstehenden Problemen für die wirtschaftliche und eben auch die soziale Infrastruktur. Intelligente Ideen, neue Lösungen sind deshalb gefragt. Manchmal kann man aber auch auf altbewährte Ansätze zurückgreifen. Wir versprechen uns

von dem Modellprojekt Gemeindegewerkschaft unter anderem Hinweise darauf, wie in den unterversorgten Regionen, die in Zukunft in unserem Land zu befürchten sind, Hausärzte entlastet werden können, um mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten in einem vielleicht dann größeren Versorgungsgebiet gewinnen zu können. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein, um dauerhafte Strategien gegen die sich verstärkenden Versorgungsprobleme im Gesundheitswesen zu entwickeln.

Als zweites Beispiel möchte ich „Vorfahrt für Familienpolitik“ nennen. Ohnehin ist die demografische Entwicklung die zentrale Herausforderung für die Politik. Die Unterstützung von Familien und die Schaffung familien- und kinderfreundlicher Bedingungen liegen uns natürlich deshalb besonders am Herzen. Politik für Familien muss für uns - darin sind wir uns wohl alle einig - Priorität haben. Dies kommt auch in unserem Haushalt zum Ausdruck.

Zwei Belege hierfür will ich nennen. Zum einen sollen alle Kinder gleichwertige Entwicklungschancen haben, in der Bildung ebenso wie in der Gesundheit. Ihre gute Vorbereitung auf das Leben setzt voraus, dass eventuelle Entwicklungsstörungen frühzeitig erkannt werden und ihnen auch rechtzeitig geholfen wird. Doch derzeit, so wissen wir, gelangen nur drei von zehn Kindern mit Sprach- und Entwicklungsstörungen in das Hilfesystem. Hier haben wir angesetzt und - zunächst - an zwei Standorten im Land - Lauchhammer und Nauen - ein Netzwerk „Gesunde Kinder“ etabliert und gefördert. Im Kern geht es um ein Netzwerk, das die gesundheitliche und soziale Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren begleitet und von allen Einrichtungen und Berufsgruppen, die in der Region dafür verantwortlich sind, getragen wird. Von der Schwangerschaft über die Geburt bis hinein in die frühe Kindheit gilt es, die präventiven und familienunterstützenden Angebote lokal zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Diese Angebote richten sich nicht an besondere Problemgruppen, sondern an alle Kinder in den ersten Lebensjahren und deren Eltern.

Ergänzend zur lokalen Netzwerkarbeit beraten und betreuen professionelle oder speziell geschulte ehrenamtliche Paten die betreffenden Familien. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei Familien in sozial schlechteren Lebenslagen, die das bisherige Versorgungssystem nur unzureichend nutzen und deren Kinder deshalb höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind. Wir gehen davon aus, dass rund ein Viertel der Kinder dieser Zielgruppe angehören. Alle im Netzwerk Mitwirkenden werden eingehend in der Beobachtung von Eltern-Kind-Beziehungen geschult. Das ist notwendig, um sogenannte Bindungsstörungen rechtzeitig erkennen und ihre negativen Auswirkungen auf die frühkindliche Entwicklung verhindern zu können.

Als Zweites Beispiel möchte ich nennen, dass Familienpolitik vor Ort, nämlich in der Lebenswelt der Familien und Kinder, beginnen muss. Deshalb unterstützen wir ideell, aber auch finanziell die Gründung von lokalen Bündnissen für Familien. Alle Städte und Gemeinden wetteifern um Einwohner, Finanzen und Unternehmensansiedlungen, ein Wettbewerb, der sich mit den demografischen Entwicklungen noch verschärfen wird. Doch eine niedrige Geburtenrate, wie sie zu verzeichnen ist, die Abwanderung junger Leute, das Ausbleiben von Unternehmen sind kein unabwendbares Schicksal, dem wir uns ergeben müssen. Ein gutes Betreuungsangebot für Kinder, eine familien- und kinderfreundliche Infrastruktur erleichtern vielen Unternehmen die Standortentscheidung und beeinflussen

wesentlich den Entschluss der Eltern, an diesem Ort mit Kindern leben zu wollen.

Zur Mitarbeit in den lokalen Bündnissen sind alle eingeladen, die mit Kindern zu tun haben: Behördenleiter, Verbandsvertreter, Kommunalverwaltung, Unternehmen, Vereine, Verbände, Kirchen und natürlich Familien. Lokale Bündnisse helfen den Kommunen, auch in Zeiten knapper Kassen neue Ideen umzusetzen. Auch die Unternehmen profitieren von ihrem kommunalen Engagement, denn eine familienbewusste Unternehmenspolitik steigert die Zufriedenheit der Mütter und Väter und damit auch die Produktivität und hebt so insgesamt auch das betriebliche Image.

Gerade für die kleinen und mittleren Betriebe Brandenburgs sind solche Bündnisse eine besondere Chance. Im Verbund lässt sich eine familienfreundliche Unternehmenskultur eher umsetzen als allein. Insgesamt unterstützen diese Bündnisse für Familien auch das angestrebte Ziel der Landespolitik der Erneuerung aus eigener Kraft und stehen für eine neue Form des bürgerschaftlichen Engagements.

Ein drittes Beispiel, die Ausweitung der Regionalisierung in der Arbeitsmarktpolitik. Wir setzen dabei weiter auf Verzahnung von regionaler Struktur- und Arbeitsmarktpolitik und werden die Regionalisierung im nächsten Jahr deshalb auch ausweiten. Ich bin wirklich fest davon überzeugt, dass auf diesem Wege Fachkräfte viel wirksamer zu gewinnen sind und auch der Langzeitarbeitslosigkeit besser beizukommen ist - beides nach wie vor unsere größten Probleme.

Herr Görke, es ist völlig unbestritten, dass die Akteure vor Ort über die meisten Kenntnisse und Erfahrungen und damit über ein unverzichtbares Know-how verfügen, das wir viel stärker nutzen müssen und wollen. Das hat nichts mit Entzug von Verantwortung zu tun. Dies geschieht unter anderem mit den Regionalbudgets. Wir erproben sie gerade in drei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt. Die Entscheidungsspielräume, die den Kommunen damit eröffnet werden, sind natürlich viel größer als bisher und können mit Unterstützung von ESF-Mitteln noch wirksamer zugunsten ihrer Region genutzt werden. Ich meine, dass sich die Regionalbudgets sehr gut bewährt haben; die ersten Evaluationsergebnisse bestätigen dies. Die Modellprojekte haben die regionalspezifischen Schwerpunkte bisher zumindest sehr sinnvoll gewählt. Sie erprobten neue Vermittlungsinstrumente und erzielten damit beachtliche Ergebnisse. Damit das schnell Schule macht, wollen wir die Regionalbudgets im Jahr 2007 auf alle Kreise und kreisfreien Städte des Landes erweitern. Damit liegen wir ganz vorn im Bundestrend. Auch die Kollegen anderer Bundesländer bestätigen die innovativen Vorzüge dieses Projekts. Ich halte das für den einzig richtigen Weg. Fachkräftesicherung und Stärkung der Humanressourcen sichern die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs. Dafür müssen wir unsere Möglichkeiten voll ausschöpfen. Dabei wissen wir, dass die Mittel in der nächsten EU-Strukturfondsperiode etwas begrenzter sind.

Auch die Investitionen im Einzelplan 07 werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt. Eine geringfügige Kürzung in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro, also von 86 Millionen Euro auf 84,3 Millionen Euro, bei der Krankenhauseinzelförderung wird durch die neuen Träger der ehemaligen Landeskliniken mit den übernommenen Investitionsverpflichtungen in Höhe von rund 40 Millionen Euro in den nächsten Jahren mehr als

ausgeglichen. Das heißt, in diesem Bereich stehen in den nächsten Jahren mehr Mittel zur Verfügung als im Vorjahr.

Beschafft werden im Jahr 2007 auch antivirale Medikamente im Umfang von rund 6 Millionen Euro. Wünschenswert wäre, diese Gelder auch in anderen Bereichen einzusetzen; das ist völlig klar. Aber wir müssen hier in Absprache mit dem Bund und den anderen Ländern Vorsorge für einen möglichen Pandemiefall treffen und werden damit entsprechend den Richtlinien des Robert-Koch-Instituts die Versorgung von 20 % der Bevölkerung mit antiviralen Medikamenten gewährleisten.

Einen großen Posten des Einzelplans 07 umfassten in den Vorjahren die Ausgaben für die stationäre und teilstationäre Sozialhilfe. Die Mittel hierfür sind in den kommunalen Finanzausgleich überführt worden; denn mit der ab Januar 2007 gültigen Rechtslage wird den örtlichen Trägern der Sozialhilfe per Bundesgesetz die sachliche Zuständigkeit für die Sozialhilfe übertragen. Deshalb haben wir im Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihren Aufgaben nachkommen können. Dieser Vorgabe haben wir Genüge getan. Ich bin davon überzeugt, dass wir damit einen richtigen und wichtigen Schritt in Richtung der weiteren Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ beschreiten. Wir werden die Umsetzung dieses Gesetzes genau beobachten und haben dafür auch im Haushalt vorgesorgt. Es wird wissenschaftlich begleitet, und wir haben den örtlichen Trägern der Sozialhilfe auch unsere Unterstützung zugesagt.

Ich möchte noch zu dem Antrag von Herrn Görke bzw. von der PDS-Fraktion etwas sagen. Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungsprogramms aus ESF- und Landesmitteln wird von uns grundsätzlich abgelehnt - das wissen Sie - und ist vor dem Hintergrund knapper werdender finanzieller Spielräume in der kommenden ESF-Periode auch nicht zu rechtfertigen. Das, was Sie vorhin nannten, die Förderung von Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante, ist im Rahmen des von den Trägern der Grundsicherung zur Verfügung stehenden Eingliederungsbudgets ohne Landesmittel und ohne ESF-Mittel bereits möglich und bundesgesetzlich geregelt. Dass die Mittel nicht in Anspruch genommen werden, Herr Görke, kann nicht die Ursache dafür sein, dass wir ein Landesprogramm schaffen.

Unterstellt, dem Antrag würde zugestimmt, müsste die Finanzierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungsprogramms, aus Mitteln des Schwerpunktes 3, Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und Eingliederung von benachteiligten Personen, erfolgen. Es wäre auch formal keine Änderung notwendig, denn das wäre mit dem Haushaltsansatz, den wir haben, auch jetzt schon möglich. Neben den Mitteln, die wir den Ressorts zur Verfügung gestellt haben - zum Beispiel dem MBS für Schulabbrecherprojekte -, sind aus unserem Haus lediglich Regionalbudgets für die Weiterführung des Programms zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit insbesondere langzeitarbeitsloser Nichtleistungsbezieher darin enthalten. Wenn man das eine will, muss man das andere auch tun. Das geht natürlich nicht. Ich halte es auch nicht für vermittelbar, wenn Sie das dann nach außen vertreten müssten.

Alles in allem - ich habe einige Aspekte des Einzelplans 07 genannt - kann man wirklich das nachvollziehen, was man bei Plutarch über den Haushalt nachlesen kann:

„Der Haushalt ist am besten, in dem man nichts Überflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt.“

Ich finde, das trifft auf diesen Einzelplan ganz besonders zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Schulz setzt die Debatte für die CDU-Fraktion fort.

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr viel Wichtiges gesagt worden. Die Koalitionsfraktionen haben eine Menge Dinge gemeinsam auf den Weg gebracht. Das ist von der SPD bzw. von der Ministerin schon gesagt worden. Es wäre einigermaßen merkwürdig, wenn ich jetzt daherkäme und wichtiges Neues zu verkünden hätte, was ich vorher noch nie gesagt habe. Es ist trotzdem so, dass zwischen den Koalitionsfraktionen punktuell schon kleine Unterschiede bestehen. Ich denke, es spricht für die Koalition, dass wir uns gerade in den wichtigen Bereichen dann aber doch immer wieder zusammengerauft haben.

Ich beschränke mich deshalb auf die drei Punkte, die mir besonders am Herzen liegen. Das ist erstens die Familienpolitik. Dass die familienpolitischen Leitlinien und das Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht sind, ist ein sehr gutes Signal auch nach außen. Das betrifft die Finanzen, aber nicht nur diese. Dass im vergangenen Jahr die Diskussion um die Bedeutung der Familie in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt wurde, ist ein gutes Zeichen für die Familien. Ich hoffe, dieses Thema wird auch im nächsten Jahr im Mittelpunkt stehen. Wir sollten diese Diskussion weiterführen und die Ansprüche daraus erfüllen.

Der zweite wichtige Punkt ist die Arbeitsmarktpolitik. Dass daraus jetzt Arbeitspolitik wird, kann ich nicht recht nachvollziehen. Für mich gehört der Markt immer zur Arbeit und zur Politik dazu. Wir sprechen natürlich über die Arbeitsmarktpolitik in veränderten Situationen. Die Kommunen sind jetzt zuständig. Wir haben über die Neuausrichtung des Arbeitsmarktprogramms und des ESF sehr große und weitreichende, ich denke, auch sehr ergebnisorientierte Diskussionen geführt. Ich wünsche mir natürlich sehr, dass der von vielen geäußerte Wunsch, es möge in diesem Bereich sehr unbürokratisch und flexibel zugehen, in Erfüllung geht. Es sind neue wichtige Schwerpunkte gesetzt worden. Die Fachkräftesicherung, die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und das lebenslange Lernen werden weiterhin in den Mittelpunkt gestellt. Die qualifizierte Weiterbildung wird noch an Bedeutung gewinnen und die Integration schwer Vermittelbarer wird in den Mittelpunkt gerückt werden. Dabei ändert sich allerdings nicht allzu viel; denn das stand auch schon im alten Programm.

Dass Sie von der PDS jetzt wie Kai aus der Kiste kommen und so tun, als hätten Sie etwas furchtbar Neues erfunden, finde ich schon etwas vordergründig; denn zur Ehrlichkeit dessen, was Sie vorgeschlagen haben, gehört natürlich, dass Sie auch sagen, wie es finanziert werden soll und woher dann bitte die

Fülle dieser Maßnahmen oder dieser Arbeitsplätze kommt, ohne dass dabei Grundsätze verletzt werden, die - wenn Sie alle auch vor Ort agil und aktiv sind, wissen Sie das - schon jetzt manchmal sehr schwer einzuhalten sind, und man sich nicht grundsätzlich mit Maßnahmen auf dem regulären Arbeitsmarkt ins Gehege kommt. Sie alle werden das sicher schon aus Diskussionen vor Ort in Ihren Beiräten kennen, zum Beispiel aus der über die 1-Euro-Jobs. Selbstverständlich bin ich bereit, mit Ihnen darüber ergebnisorientiert zu diskutieren, denn es ist ein wichtiges Thema.

Ich würde mich mit Ihnen dann allerdings gern in Richtung eines Bürgergeldes bewegen wollen; dann könnten wir uns sicherlich einigen. Es wird in Sachsen-Anhalt bereits praktiziert und ist für mich ein sehr interessanter Ansatz. Dass wir natürlich verpflichtet sind, die uns zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll und effizient einzusetzen, muss man eigentlich nicht betonen, aber ich sage es gerne noch einmal: Es sind die Mittel der Steuerzahler. Das dürfen wir nicht vergessen.

Ich möchte noch eine Anmerkung an die DVU richten: Sie wollen die LASA abschaffen. Ich denke, das wäre sehr unvernünftig. Insofern stimme ich Ihnen nicht zu, sondern möchte anregen, dass wir vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen immer wieder schauen, welche Aufgaben die LASA tatsächlich noch zu erfüllen hat und welche nicht mehr. Das ist meiner Meinung nach kontinuierlich zu überprüfen.

Der dritte Punkt, die Frauenpolitik, ist für mich ein wichtiger, weil ich denke, dass Chancengerechtigkeit ein Wert an sich ist. Die Frauenpolitik wird auch vor dem Hintergrund des im Jahre 2007 stattfindenden europäischen Jahres der Chancengerechtigkeit nicht irgendein Thema sein, sondern ein größeres Thema werden. Vielleicht wird es uns gelingen, das Monstrum Gender Mainstreaming endlich mit Leben zu erfüllen

(Beifall der Abgeordneten Melior [SPD])

und es dann nicht mehr so monströs erscheinen zu lassen, sondern es auf die sachliche Ebene zu führen. Das würde ich mir sehr wünschen. - Vielen Dank, dass Sie mir zu so später Stunde noch zugehört haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Letzte Rednerin für den heutigen Tag ist die Abgeordnete Wöllert für die Fraktion der Linkspartei.PDS - Sie verzichtet.

Damit sind wir am Ende der Debatte zum Einzelplan 07 und kommen zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Da die Änderungsanträge mit der Angabe der Drucksachennummer hinreichend identifiziert sind, verzichte ich jetzt auf die Nennung der Haushaltsstelle und erwähne nur noch die antragstellende Fraktion sowie den Sachverhalt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3856, Minderung des Ansatzes und Streichung der Verpflichtungsermächtigung, abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimment-

haltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3857, Streichung des Ansatzes, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag, von der Linkspartei.PDS-Fraktion, hat die Drucksachennummer 4/3922, Aufnahme einer Erläuterung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Vierter Änderungsantrag, von der Linkspartei.PDS-Fraktion, Drucksache 4/3923, Änderung der Erläuterung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Fünfter Änderungsantrag, von der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3858. Es geht um eine Erhöhung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen; der Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Sechster Änderungsantrag, von der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3859, Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz: Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Siebenter Änderungsantrag, von der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3860: Es geht um eine Minderung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Achter Änderungsantrag, von der DVU-Fraktion, Drucksache 4/3861, Änderung der Erläuterungen. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 07, Drucksache 4/3807. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Stimmenthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Damit schließe ich den Einzelplan 07 und erinnere Sie daran, dass wir um 19 Uhr den Parlamentarischen Abend mit den Pferdezüchtern verabredet haben. Ich erwarte Sie morgen um 9 Uhr zur Fortsetzung der heutigen Sitzung. - Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Unterbrechung der Sitzung: 18.46 Uhr)

Anlage**Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007)****- Einzelplan 05**

Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS, Drucksache 4/3917

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Dr. Bernig (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Böhnisch (Die Linkspartei.PDS)
 Christoffers (Die Linkspartei.PDS)
 Domres (Die Linkspartei.PDS)
 Görke (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Große (Die Linkspartei.PDS)
 Hammer (Die Linkspartei.PDS)
 Heinze (Die Linkspartei.PDS)
 Dr. Hoffmann (Die Linkspartei.PDS)
 Jürgens (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS)
 Krause (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Mächtig (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Meier (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Osten (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Steinmetzer-Mann (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Stobrawa (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Tack (Die Linkspartei.PDS)
 Theel (Die Linkspartei.PDS)
 Thiel (Die Linkspartei.PDS)
 Vietze (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Wehlan (Die Linkspartei.PDS)
 Frau Wöllert (Die Linkspartei.PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Baaske (SPD)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dombrowski (CDU)

Frau Fischer (SPD)
 Folgart (SPD)
 Fritsch (SPD)
 Frau Funck (CDU)
 Frau Geywitz (SPD)
 Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
 Holzschuher (SPD)
 Junghanns (CDU)
 Karney (CDU)
 Frau Kircheis (SPD)
 Klein (SPD)
 Dr. Klocksin (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Melior (SPD)
 Müller (SPD)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Pohl (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Frau Schier (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Frau Stark (SPD)
 Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nonninger (DVU)
 Schuldt (DVU)
 Schulze (DVU)

